



Bildungsbüro Osnabrück

Soziale  
**U**n**g**l**e**i**c**h**h**e**i**t  
in Osnabrück

Ein kleinräumiger Ansatz mit besonderer Berücksichtigung  
von Kindern und Jugendlichen

Stadt Osnabrück  
Der Oberbürgermeister  
Vorstand 2  
Bildungsbüro Osnabrück | Lernen vor Ort

Federführung  
Benjamin Harney | Lutz C. Popp  
Postfach 4460  
49034 Osnabrück

Osnabrück 2012

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen des  
Bundesprogramms Lernen vor Ort erstellt.

GEFÖRDERT VOM



*Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.*

*Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.*

Soziale  
Ungleichheit  
in Osnabrück

## VORWORT

Soziale Ungleichheit wird als gesellschaftliches „Großthema“ von Politik und Bevölkerung diskutiert und führt damit unmittelbar zu Debatten über soziale Gerechtigkeit. Was gerecht ist und was ungerecht, kann objektiv kaum bewertet werden. Grundsätzliche Einigkeit besteht aber darüber, dass extreme Wohlstandsunterschiede in einer Gesellschaft das Gerechtigkeitsempfinden von Menschen berühren und verletzen. In den letzten Jahren steht dabei besonders die Armut von Kindern und Jugendlichen im Fokus: Bundesweit werden zunehmende Kinderarmutsquoten bekanntgegeben; im Vergleich mit anderen Altersgruppen sind sie mittlerweile dem höchsten Armutsrisiko ausgesetzt.

Auch für die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung in Osnabrück ist diese Entwicklung besorgniserregend. Aus diesem Grund sehen wir die zentrale Herausforderung in der Verbesserung von Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche. Dadurch sollen insbesondere die Folgen von Kinderarmut gemildert und die soziale Gerechtigkeit gestärkt werden. Denn in Osnabrück ist der Zusammenhang zwischen Armut und individuellem Bildungserfolg wie im gesamten Deutschland offenkundig: Wer in einer armen Familie aufwächst, hat weniger Chancen auf eine erfolgreiche Lern- und Lebensbiografie. Als Schlüssel zur Entwicklung der Persönlichkeit, individueller Lebenschancen und gesellschaftlicher Teilhabe ist der Bildungsstand eines Menschen lebenslang prägend. Dabei ist Bildung ein zentraler Schutzfaktor gegen Armut. Sie ermöglicht einerseits den Zugang zu Erwerbsarbeit und trägt somit dazu bei, Armutslagen zu vermeiden. Andererseits kann Bildung, z.B. durch die Stärkung von Sozialkompetenz, auch die Bewältigung bereits eingetretener Armutslagen unterstützen.

Für die künftige Entwicklung der Stadt Osnabrück ist die Auseinandersetzung mit den Problemen sozialer Ungleichheit und den daraus resultierenden ungleichen Teilhabechancen unabdingbar. Bildung und aktiv gelebte gesellschaftliche Teilhabe bedeuten die Grundlage für sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. Bildungsangebote müssen daher transparent, sinnvoll aufeinander bezogen und für alle zugänglich sein, und zwar unabhängig von der sozialen Herkunft.

Mit dem vorliegenden Bericht betritt die Stadt Osnabrück Neuland. Zum ersten Mal werden für 78 Teilräume („Planungsräume“) des Stadtgebiets Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit differenziert dargestellt und die unterschiedlichen Chancen von Kindern- und Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilhabe räumlich abgebildet. Als Informationsgrundlage für die Erarbeitung von Handlungsschwerpunkten und Maßnahmen, bietet der im Bericht verfolgte kleinräumige Ansatz die Möglichkeit, tief in die Stadt hineinzublicken und Hinweise auf das „Wo?“ zu geben. Denn die demografische

und soziale Wirklichkeit ist in der Stadt nicht überall gleich. Vor diesem Hintergrund beantwortet der Bericht die wichtige Frage nach den Orten vergleichsweise geringer Teilhabechancen innerhalb der Stadt und gibt den Anstoß für die Diskussion darüber, was getan werden muss, um diese Chancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Welche konkreten Maßnahmen in den einzelnen Planungsräumen umzusetzen sind, wird in einem dialogischen Prozess erarbeitet, an dem neben Vertretern von Stadtverwaltung und Politik auch etliche weitere Akteure beteiligt sein werden, die sich für sozial- und bildungspolitische Belange vor Ort engagieren (s. Kapitel 11). Durch den Bericht ist eine gute Grundlage für fundierte politische Entscheidungen jenseits gefühlten Wissens über die soziale Wirklichkeit in der Stadt gelegt worden. Er soll in Zukunft regelmäßig fortgeschrieben und weiterentwickelt werden.

Wir danken an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsbüros für die federführende Erarbeitung des Berichts. Weiterhin bedanken wir uns bei allen Beteiligten aus Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft, die an diesem Bericht mitgewirkt und seine Entstehung konstruktiv begleitet haben.

Oberbürgermeister  
Boris Pistorius

Stadträtin  
Rita Maria Rzycki



# INHALTSVERZEICHNIS

	<b>VORWORT</b>	4
<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b>	6
<b>2</b>	<b>THEORETISCHER HINTERGRUND</b>	13
2.1	Zum Begriff „Soziale Ungleichheit“	13
2.2	Dimensionen sozialer Ungleichheit	14
2.3	Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheit	15
2.4	Lebenslagenansatz	16
<b>3</b>	<b>METHODISCHES VORGEHEN</b>	19
3.1	Datengrundlagen und Operationalisierung	19
3.2	Kleinräumiger Ansatz	22
<b>4</b>	<b>VOM STADTTEIL ZUM SOZIALRAUM</b>	26
4.1	Segregation	26
4.2	Vorgehensweise und Methodik	29
4.3	Sozialraumtypen	30
<b>5</b>	<b>DEMOGRAFIE</b>	35
5.1	Bevölkerungsdichte	36
5.2	Bevölkerungsentwicklung	37
5.3	Nichtdeutsche	41
5.4	Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren	43
5.4.1	Kinder unter 3 Jahren	44
5.4.2	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	45
5.4.3	Kinder von 6 bis unter 10 Jahren	47
5.4.4	Kinder und Jugendliche von 10 bis unter 18 Jahren	48
5.5	Jugend- und Altenquotient	50
5.6	Familienstrukturen	52
5.7	Bevölkerungsvorausberechnung	54
<b>6</b>	<b>ARBEIT UND TRANSFERLEISTUNGEN</b>	57
6.1	Arbeitslosigkeit	58
6.2	Jugendarbeitslosigkeit	60
6.3	Langzeitarbeitslosigkeit	61
6.4	Hilfebedürftige Personen nach SGB II	62
6.5	Bedarfsgemeinschaften nach SGB II	64
6.6	Kinder mit Sozialgeldbezug	65
6.7	Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften	66
6.8	Bildungssituation von hilfebedürftigen Personen	67

<b>7</b>	<b>BILDUNG</b>	71
7.1	Vorschulische Bildung	72
7.1.1	Krippen und Kindergärten	72
7.1.2	Sprachförderung	78
7.1.3	Typenbildung im Bereich der Kindertageseinrichtungen	80
7.2	Schulische Bildung	86
7.2.1	Allgemeinbildende Schulen	87
7.2.2	Berufsbildende Schulen	96
7.3	Inanspruchnahme des Bildungspakets	99
<b>8</b>	<b>GESUNDHEIT</b>	103
8.1	Teilnahme von Kindern an der Vorsorgeuntersuchung U9	104
8.2	Zahngesundheit	105
8.3	Säuglingssterblichkeit	106
<b>9</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK</b>	106
<b>10</b>	<b>MASSNAHMENPLANUNG</b>	114
<b>11</b>	<b>EXKURS: BILDUNGSBERATUNG IN OSNABRÜCK</b>	118
11.1	Die Kommunale Bildungsberatung – Auswertung der ersten 15 Monate	118
11.2	Die Beratungslandschaft – der Versuch einer ersten Bestandsaufnahme	122
	<b>LITERATUR</b>	126
	<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	130
	<b>KARTENVERZEICHNIS</b>	131
	<b>TABELLENVERZEICHNIS</b>	132



# EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht geht auf einen Antrag des Rates der Stadt zurück, „Lebenslagen und -perspektiven unterversorgter Kinder und Jugendlicher in Osnabrück“ darzustellen.

Auf dieser Grundlage verfolgt der Bericht verschiedene Ziele. Grundsätzlich geht es darum, den politischen Entscheidungsträgern eine Informationsgrundlage zur Verfügung zu stellen, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung von Maßnahmen und den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen geeignet ist. Dazu ist es vor allem wichtig aufzuzeigen, wo im Stadtgebiet Handlungsschwerpunkte vorrangig gesetzt werden sollten. Der Bericht verfolgt aus diesem Grund einen kleinräumigen Ansatz, der Aussagen zur soziodemografischen Differenzierung des Stadtgebiets ermöglicht und aufzeigt, inwieweit Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit räumlich abbildbar sind.

Zu diesem Zweck wurde eine neue Gliederungsebene entwickelt, die das Stadtgebiet in sogenannte „Planungsräume“ einteilt. Die Planungsräume sind so gewählt, dass sie einerseits belastbare Aussagen zur soziodemografischen Zusammensetzung der Bevölkerung zulassen und andererseits eine hohe Differenzierung in der Darstellung sozialer Unterschiede unterhalb der Stadtteilebene gewährleisten. Städtische Teilgebiete können mit Hilfe dieses Vorgehens identifiziert und als Bezugsraum für die Umsetzung von Maßnahmen priorisiert werden.

Für die statistische Beschreibung der Planungsräume wurde ausschließlich auf Daten zurückgegriffen, die durch Kommune, Land bzw. Bund regelmäßig und fortlaufend erhoben werden und zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang konnten Daten beschafft und ausgewertet werden, zu nennen sind vor allem die „Arbeitsmarktdaten in kleinräumiger Gliederung“ und die Einzeldatensätze aus dem Bereich SGB II (der sog. Pseudonymisierte statistische Einzeldatensatz nach § 53 SGB II), die der Stadt in diesem Umfang und in der Genauigkeit bis dato nicht zur Verfügung standen. Diese Daten sind für die Fortschreibungsfähigkeit des Berichtes von entscheidender Bedeutung, da sich amtliche bzw. prozessproduzierte Daten besonders für den Aufbau von Zeitreihen eignen. Somit sind sie für die Betrachtung von zeitlichen Entwicklungen und für die damit zusammenhängende Wirkungsüberprüfung von eingesetzten Ressourcen relevant.

Weiterhin stellt die Verwendung dieser Daten eine vergleichsweise objektive Grundlage dar, um gesetzte Handlungsschwerpunkte auch jenseits von gefühltem Wissen zu begründen.

Mit dem Bericht soll außerdem der Einstieg in die sozialraumorientierte Fachplanung begonnen werden. Dies betrifft insbesondere die Schulentwicklungsplanung, aber auch die Kindertagesstätten- und Jugendhilfeplanung. Der in den Kapiteln 3 und 4 vorgestellte methodische Ansatz dient dabei als systematischer Bezugsrahmen für künftige Berichte und Planungen. Insofern verfolgt der Bericht nicht den Anspruch, möglichst viele Bereiche auszuleuchten, in denen Erscheinungsformen sozialer Un-

gleichheit eine Rolle spielen (man denke z. B. an das Thema Jugendkriminalität). Vielmehr geht es darum, die hier für Osnabrück entwickelte Systematik vorzustellen und in Zukunft für weitergehende Fragestellungen sinnvoll einzusetzen.

### Aufbau des Berichts

Nach einer Einführung in das Konzept der sozialen Ungleichheit sowie in das methodische Vorgehen wird anschließend der diesem Bericht zugrundeliegende kleinräumige Ansatz erläutert und eine neue räumliche Gliederungsebene („Planungsraum“) des Stadtgebietes vorgestellt. Auf Grundlage der Planungsräume werden fünf Sozialraumtypen identifiziert, die jeweils Hinweise auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen der dort wohnenden Bevölkerung geben.

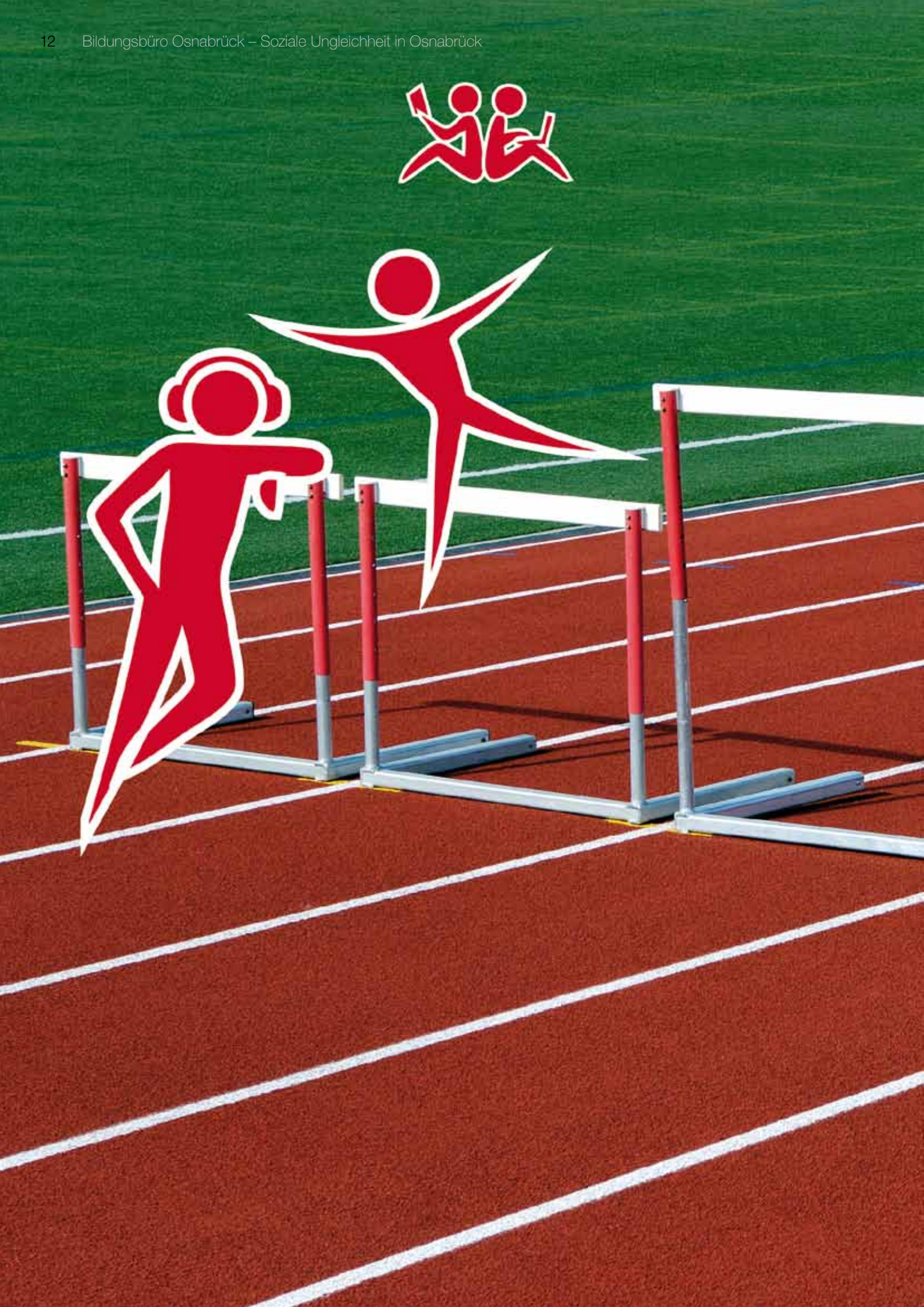
Daran anknüpfend werden die Planungsräume in den weiteren Kapiteln anhand von Kennzahlen und Indikatoren aus den Bereichen Demografie und Transferleistungen weiter beschrieben.

Die nachfolgenden Kapitel Bildung und Gesundheit sind sowohl aus inhaltlichen wie auch aus Gründen der Datenverfügbarkeit (Kapitel Gesundheit) nicht auf die Ebene der Planungsräume bezogen, stellen aber wichtige Kontextbetrachtungen für die Beschreibung von Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit dar. Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und einem Ausblick, der zum einen nötige Schritte zur Weiterentwicklung des sozialraumorientierten Ansatzes umreißt, zum anderen die Möglichkeiten für eine sozialraumbezogene Fachplanung thematisiert und zum Schluss einen kurzen Überblick über den auf Grundlage des Berichts begonnenen Prozess der Maßnahmenentwicklung gibt.

Ergänzt wird der Bericht um einem Exkurs zur Bildungsberatung, ein Angebot, das im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ neu eingerichtet werden konnte.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht die männliche Schreibweise verwendet. Wir weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass nichtsdestotrotz sowohl die männliche als auch die weibliche Schreibweise gemeint ist.





## 2 THEORETISCHER HINTERGRUND

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wie Ungleichheit genau zu definieren und operationalisieren ist. Grundsätzlich geht es um die ungleiche Verteilung von Lebenschancen und keinesfalls um beliebige Andersartigkeiten. *So ist es nicht die Schuhgröße oder die Haarfarbe, die soziale Ungleichheit ausmacht (obwohl sich selbst in körperlichen Merkmalen Ungleichheiten widerspiegeln können), sondern z. B. ein höheres oder niedrigeres Einkommen oder ungleich verteilte Chancen je nach Geschlecht [...]. Soziale Ungleichheit ist somit eine gesellschaftliche Konstruktion, die an ihre historische Zeit gebunden ist und nie „objektiv“ sein kann* (BURZAN 2011: S. 7). Nach RÖSSEL (2009) ist soziale Ungleichheit *die sozial erzeugte Verteilung von Handlungsressourcen und Handlungsrestriktionen in der Bevölkerung der untersuchten Einheit*. Hradils Definition weicht hier nur gering von ab. Demnach liegt soziale Ungleichheit dann vor, *wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung in sozialen Beziehungsgefügen von den wertvollen Gütern einer Gesellschaft regelmäßig mehr als andere erhalten* (HRADIL 2001: S. 30).

### 2.1 Zum Begriff „soziale Ungleichheit“

Eine Gesellschaft wird über die Zugehörigkeit seiner Mitglieder zu Institutionen bzw. „Beziehungsgeflechten“ (HRADIL 2001: S. 34) strukturiert. Dabei handelt es sich z. B. um die Familie, den Arbeitsplatz (Betrieb) oder einen Sportverein. Mit der Zugehörigkeit zu einer spezifischen Institution einher geht die Zuweisung einer sozialen Position. So nimmt ein Handwerksmeister in seinem Betrieb eine andere Position ein als ein Geselle, die Mutter im Familiengefüge eine andere als der Sohn. Anhand solcher sozialer Kategorien gliedert sich die Bevölkerung in eine Vielzahl unterschiedlicher Teilgruppen, die sich z. B. in Bezug auf Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Staatsangehörigkeit oder höchsten Bildungsabschluss eines Menschen abgrenzen lassen. Über die Zugehörigkeit zu einer ganzen Reihe dieser Kategorien können sich ähnliche bzw. unterschiedliche Lebensbedingungen ergeben, wie die von Rentnern und Kindern oder In- und Ausländern (vgl. HRADIL 2001: S. 27).

Menschen sind also in vielerlei Hinsicht verschieden. Doch nicht immer geht es dabei um *soziale* Ungleichheiten. Die bloße Tatsache, dass z. B. Frauen keine Männer sind, stellt zunächst keine soziale Ungleichheit dar, sondern eine humanbiologische Unterscheidung. Dennoch wirken Ungleichheiten und soziale Ungleichheiten in der gelebten gesellschaftlichen Wirklichkeit oftmals zusammen bzw. sind stark aufeinander bezogen. Über die Unterscheidung von Frau und Mann wird dieser Zusammenhang besonders deutlich.

Diejenigen Ungleichheiten, die eine Schlechter- oder Besserstellung von Menschen im Vergleich zueinander nach sich ziehen und zugleich *strukturell*, d. h. beständig und systematisch sind, bezeichnet man als „soziale Ungleichheiten“. Die konkreten Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit werden durch die Verteilung von Gütern sicht-

bar, die in einer Gesellschaft als „wertvoll“ gelten. Dabei handelt es sich gemeinhin um Güter, deren Besitz zu der Vorstellung von einem „guten Leben“ beiträgt, welches sich u. a. durch Wohlstand, Sicherheit oder Gesundheit auszeichnet. Die Lebensbedingungen von Einzelnen stellen sich umso positiver dar, je mehr sie von diesen Gütern besitzen. Die Art und Weise der Verteilung dieser Güter bestimmt auch die Art und das Ausmaß von Ungleichheit. In diesem Zusammenhang ist die „absolute“ von der „relativen“ Ungleichheit zu unterscheiden. Besitzt eine Person mehr von einem wertvollen Gut als eine andere (z. B. Geld oder einen höheren Bildungsabschluss), handelt es sich um „absolute“ Ungleichheit. Folgt die Verteilung hingegen einem bestimmten Kriterium (z. B. Bedürftigkeit, Dienstalter im öffentlichen Dienst), liegt „relative“ Ungleichheit vor. Im Allgemeinen verweist soziale Ungleichheit auf die ungleiche Verteilung absoluter Werte. So sind Einkommensunterschiede zwischen Berufsgruppen, z. B. zwischen Hochschullehrern und Chemielaboranten, Ausdruck sozialer Ungleichheit. An dem Beispiel zeigt sich, dass soziale Ungleichheit nicht automatisch auch ein soziales Problem darstellt. Was „sozial ungleich“ ist, ist nicht unbedingt „sozial ungerecht“. In vielen Fällen ist soziale Ungleichheit sogar erforderlich, weil sie soziale Interaktionen strukturiert und auf diese Weise eindeutige Rollenzuweisungen ermöglicht. Das Erwerben von Bildungszertifikaten, wie z. B. die allgemeine Hochschulreife, wäre ohne gesellschaftliche Akzeptanz der sozialen Ungleichheit zwischen Lehrer und Schüler schlichtweg nicht möglich.

Grundsätzlich kann soziale Ungleichheit in zwei Varianten auftreten. Einerseits in Form der bereits angesprochenen systematisch ungleichen Verteilung absolut wertvoller Güter, wie sie u. a. in Einkommensunterschieden der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Andererseits tritt soziale Ungleichheit jedoch auch zwischen spezifischen Gruppen zutage, z. B. als systematischer Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern oder In- und Ausländern. Es sind vor allen Dingen solche Diskrepanzen, die gemeinhin als ungerecht empfunden werden und Vorstellungen eines „gerechten“ Verteilungssystems zuwiderlaufen (HRADIL 2001: S. 27 ff.).

Der vorliegende Bericht fokussiert insofern auf Ungleichheiten zwischen bestimmten Gruppen bzw. Teilmengen der Bevölkerung. Charakteristisch für die im Bericht eingenommene kleinräumige Perspektive ist der Bezug auf Teilgebiete unterhalb der Stadtteilebene, die anhand demografischer und sozialer Merkmale der dort wohnenden Bevölkerung differenziert beschrieben werden.

## 2.2 Dimensionen sozialer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit wird anhand einer enormen Bandbreite konkreter Ausformungen sichtbar. Das kann bei der getragenen Kleidung anfangen, sich über die Wohnverhältnisse oder den Bildungsabschluss bis hin zum Prestige des ausgeübten Berufs fortsetzen. Ferner kann sich soziale Ungleichheit über die eigene Gesundheit oder auch über das Ausmaß und die Qualität der Freizeitgestaltung vergegenständlichen. Um die Vielzahl der konkreten Erscheinungsformen zu ordnen, werden sie jeweils verschiedenen *Dimensionen*, d. h. beschreibenden Kategorien sozialer Ungleichheit zugeordnet.

Diese Kategorien sind grundsätzlich und weit gefasst, weil über sie die unterschiedlichsten Konkretisierungen sozialer Ungleichheit in unterschiedlichen Gesellschaftstypen erfasst werden sollen. Als Haupt- oder Basiskategorien sozialer Ungleichheit gelten *materieller Wohlstand*, *Macht*, *Prestige* und mittlerweile auch *Bildung*. Durch die zunehmende funktionale Differenzierung, durch die sich moderne Gesellschaften auszeichnen, haben darüber hinaus weitere Dimensionen Eingang in die soziologische Ungleichheitsforschung gefunden. Die wichtigsten von ihnen beziehen sich auf die *Arbeits-, Freizeit-, Wohn- und Umwelt-/Gesundheitsbedingungen von Individuen* (HRADIL 2001: S. 31).

Für das Verständnis des Dimensionenbegriffs ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Dimensionen lediglich in der analytischen Betrachtung unabhängig voneinander sind. Wendet man sie hingegen auf empirisch erfahrbare Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit an, bedingen oder verstärken sie sich normalerweise. So gehen z. B. mit dem materiellen Wohlstand eines Menschen entsprechende Wohnverhältnisse einher.

Anhand der vier Hauptbereiche des Berichts, *Demografie, Arbeit und Transferleistungen, Bildung* sowie *Gesundheit* werden diejenigen Dimensionen sozialer Ungleichheit beleuchtet, die zum einen kleinräumig abbildbar sind und zum anderen über amtliche und prozessproduzierte Datenquellen (Einwohnermelderegister, Daten der Bundesagentur für Arbeit etc.) regelmäßig zur Verfügung stehen. Auf diese Weise wird die Fortschreibungsfähigkeit des vorgestellten Ansatzes sichergestellt. Grundsätzlich ist es darüber hinaus möglich, weitere Dimensionen über zusätzlich durchgeführte Datenerhebungen (z. B. Befragungen) abzubilden. Dies kann allerdings nur punktuell, nicht jedoch in systematischer Kontinuität geschehen.

### 2.3 Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheit

Dimensionen sozialer Ungleichheit ermöglichen die systematische Zuordnung sozialer Phänomene zu logisch voneinander unabhängigen Kategorien. Zudem können Individuen innerhalb einer Dimension verortet werden, also ihnen ein auf die jeweilige Dimension bezogener sozialer Status zugewiesen werden. Auf diese Weise gelangt man zu einer systematischen Darstellung der *Strukturen* sozialer Ungleichheit und kann bestimmte Zusammenhänge zwischen Dimensionen (z. B. zwischen Bildungsgrad und Einkommen) veranschaulichen. Trotzdem bleibt die Reichweite der Erklärung sozialer Ungleichheit begrenzt, wenn nicht auch die „Determinanten“ sozialer Ungleichheit untersucht werden (HRADIL 2001: S. 34). Bei einer Determinante handelt es sich um ein soziales Merkmal (z. B. Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Beruf etc.), welches eine bestimmte Gruppe von Menschen teilt. Diese Bestimmungsgrößen können, wie das Alter, biologische Merkmale sein, oder, wie bei der Unterscheidung von Akademikern und Nicht-Akademikern, gesellschaftlich konstruierte. Des Weiteren kann es sich um individuell nicht beeinflussbare Eigenschaften (z. B. Alter, Geschlecht) handeln oder um Merkmale, die man verändern kann (z. B. Bildungsabschluss, Konfession).

Allen diesen Merkmalen ist jedoch gemein, dass sie zwar für sich genommen nicht als vor- oder nachteilig gelten, jedoch zumeist mittelbar die Teilhabechancen von Menschen in einer Gesellschaft beeinflussen.

Um empirisch feststellbare Zusammenhänge von Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheit und spezifischen sozialen Status auch in ihrer Wirkungsweise zu erklären, muss man auf entsprechende Theorien sozialer Ungleichheit zurückgreifen. Für die Analyse moderner Wohlfahrtsgesellschaften eignen sich z. B. Lagenkonzepte, welche über die zentralen Begriffe „Lebenslage“ und „soziale Lage“ argumentieren und diese zueinander in Beziehung setzen. Insbesondere für komplexe Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit zeigen Lagekonzepte mögliche Wirkungszusammenhänge auf.

## 2.4 Lebenslagenansatz

Ein Konzept der sozialen Ungleichheit ist das Konzept der Lebenslagen. Als „Lebenslage“ wird *die Gesamtheit der äußeren Bedingungen bezeichnet, durch die das Leben von Personen oder Gruppen beeinflusst wird. Die Lebenslage bildet einerseits den Rahmen von Möglichkeiten, innerhalb dessen eine Person sich entwickeln kann, sie markiert deren Handlungsspielraum. Andererseits können Personen in gewissem Maße auch auf ihre Lebenslagen einwirken und diese gestalten* (ENGELS 2008: S. 643).

Lebenslagen können nicht ausschließlich an den materiellen und finanziellen Ressourcen gemessen werden. Vielmehr müssen soziale, ethnische, kulturelle sowie politische Aspekte gleichzeitig herangezogen werden, ohne die die Teilhabe am Leben nicht möglich ist.

Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2008) verdeutlicht, dass Einkommensarmut häufig mit einem Mangel an Bildung, Gesundheit, Sozialem, Kultur und Wohnen einhergeht. Denn Menschen in prekären Lebenslagen leiden nicht nur aufgrund ihrer problematischen finanziellen Lage, sondern befinden sich zudem häufig in einer benachteiligten Bildungs-, Wohn(umfeld)- oder Gesundheitssituation.

Zur Bestimmung von Teilhabechancen, Armut bzw. Unterversorgung reicht der Ressourcenansatz also nicht aus. Es ist vielmehr eine multidimensionale Betrachtung erforderlich, um die unterschiedlichen Lebensbereiche zu berücksichtigen und darüber hinaus in ihrer Wechselwirkung analysieren zu können. Genau das leistet der *Lebenslagenansatz*, der alle zentralen Lebensbereiche wie Einkommen, Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit in die Betrachtung sozialer Ungleichheit integriert (ausführlich in VOGES ET AL. 2003: S. 31 ff.).<sup>1</sup>

Auch die subjektive Einschätzung der eigenen Lebenslage spielt in Bezug auf die Handlungsspielräume eine entscheidende Rolle. VOGES et al. (2003) weisen darauf hin, dass durchaus gute Lebensbedingungen mit einer als schlecht wahrgenommenen Lebensqualität einhergehen können und umgekehrt schlechte Lebensbedingun-

<sup>1</sup> In den letzten Jahren wird der Lebenslagenansatz immer häufiger um den sog. Capability-Ansatz erweitert. Dieses Konzept zur Messung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Nobelpreisträgers Amartya Sen bildet in Verbindung mit dem Lebenslagenansatz u. a. die konzeptionelle Grundlage für den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2008). Beide Ansätze erweitern die Bemessung der Wohlstandsposition über traditionelle Einkommensanalysen hinaus auf Lebenslagedimensionen wie Gesundheit, Bildung oder Wohnen. Eine ausführliche Gegenüberstellung beider Ansätze liefert die Machbarkeitsstudie des Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (ausführlich in ARNDT ET AL. 2006).

gen mit positiven Bewertungen. Der zur Verfügung stehende Handlungsspielraum wird nicht entsprechend den gegebenen Ressourcen genutzt. Die Identifizierung solcher Zusammenhänge ist daher eine wichtige Aufgabe einer auf die Lebenslage bezogenen Berichterstattung (VOGES ET AL. 2003: S. 49 f.), die allerdings ohne weitere qualitative Untersuchungen, d.h. nur auf Basis der amtlichen Statistik, nicht möglich ist. In diesem Kontext haben KLOCKE/HURRELMANN (1995) einen Index zur Bestimmung der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen entwickelt, der auf der Befragung von Kindern und Jugendlichen basiert<sup>2</sup>. Der Vorteil dieses Verfahrens ist, dass nicht nur der Lebensstandard gemessen wird, sondern auch die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen (KLOCKE/HURRELMANN 1995: S. 138 f.).

Die Operationalisierung des Konzepts, die eine Erfassung von Lebenslagen ermöglichen soll, geschieht idealtypisch über verschiedene Dimensionen (siehe u.a. HANESCH, W. ET AL., 1994: S. 128 f.), die sich wiederum mit Hilfe von Indikatoren näher bestimmen lassen. Die Konstruktion von Indikatoren ist wiederum abhängig von der Verfügbarkeit und Qualität der Daten. Die Daten, die für den vorliegenden Bericht in Betracht kommen, müssen kleinräumig und auch regelmäßig zur Verfügung stehen, um die Fortschreibungsfähigkeit des Konzeptes zu gewährleisten (vgl. dazu auch Kap. 2.2). Nach Prüfung aller möglichen kommunalen und amtlichen Datenquellen konzentriert sich der Bericht demnach auf die Bereiche *Demografie, Arbeit und Transferleistungen, Bildung* sowie *Gesundheit*. Die Datengrundlagen für die einzelnen Kapitel werden im folgenden Kapitel 3 ausführlich vorgestellt.

Dimensionen wie Einkommen oder auch Wohnen können aus Verfügbarkeitsgründen zurzeit nicht abgebildet werden. Für das Segment *Wohnen* könnten allerdings nach Auswertung des Zensus 2011 Daten ab dem Jahr 2013 für Osnabrück zur Verfügung stehen. Zudem ist die Anschaffung des Haushaltegenerierungsverfahrens für 2012 geplant, mit dem Wohnhaushalte mit Daten aus den Einwohnermelderegistern gewonnen werden können.

<sup>2</sup> Dieser Index setzt sich aus dem sozialen Herkunftsniveau (gemessen über den Bildungsabschluss und die berufliche Tätigkeit der Eltern) und der aktuellen sozialen Lage (Anzahl der Autos im Haushalt, dem Vorhandensein eines eigenen Zimmers, Anzahl der Urlaubsreisen im letzten Jahr und der allgemeinen finanziellen Lage des Haushaltes) zusammen (vgl. KLOCKE/HURRELMANN 1995).



## 3 METHODISCHES VORGEHEN

### 3.1 Datengrundlagen und Operationalisierung

Die verschiedenen Dimensionen, die der Lebenslagenansatz umfasst, können – je nach Qualität der Datengrundlage – mit Hilfe von Indikatoren und Kennzahlen abgebildet werden.

*Anders als statistische Kennzahlen, die nur partielle und situative Aussagen zulassen, ermöglichen Indikatoren die Darstellung komplexerer Zusammenhänge, die Aussagen über die Qualität eines bestimmten Sachverhalts zulassen (DIPF 2011: S. 21).*

Eine Aneinanderreihung von Daten anhand von Kennzahlen ist zu vermeiden. Stattdessen sollte zwischen den einzelnen Kennzahlen sowie den Rahmenbedingungen in der Kommune (z. B. zur demografischen Entwicklung) ein konzeptionell fundierter Bezug hergestellt werden (DIPF 2011: S. 21 f.).

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die in diesem Bericht berücksichtigten Merkmale, die gewählten Indikatoren und Kennzahlen sowie die Datenquellen, die sich wie folgt zusammensetzen (Abkürzung in Klammern):

- Einwohnermelderegister (EMR)
- Arbeitsmarktdaten in kleinräumiger Gliederung (AKG)
- Pseudonymisierter statistischer Einzeldatensatz für statistische Ämter – Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 53 SGB II (PEDS)<sup>3</sup>
- Fachbereich Schule / Sport (FB 40)
- Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien (FB 51)
- Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück (GD)
- Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)
- Fachbereich Städtebau (FB 61)

Dem Thema entsprechend wird für jede Dimension speziell die Lage der Kinder und Jugendlichen bzw., da Kinderarmut in der Regel als Familienarmut auftritt, von Familien berücksichtigt.

**Demografie:** Um die soziodemografische Lage, in der sich Bildungsprozesse in Osnabrück vollziehen, möglichst genau einordnen zu können, wird anhand der Daten aus dem Einwohnermelderegister zunächst die Altersstruktur, insbesondere der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung, auf Ebene der neu konzipierten Planungsräume dargestellt. Da im Wandel von Familienmodellen ein Grund für die steigende Kinderarmut vermutet wird, werden zudem Haushalts- und Familienstrukturen,

<sup>3</sup> Dieser umfangreiche Datensatz wurde erstmals für die Stadt Osnabrück bestellt und ausgewertet.

insbesondere der Anteil der Alleinerziehenden, untersucht. Eine weitere Gruppe mit erhöhter Armutsgefährdung bilden die Migranten. Durch diese demografische Betrachtung lassen sich erste Hypothesen ableiten, in welchen Räumen eine Konzentration von Risikolagen zu vermuten ist.

**Arbeit und Transferleistungen:** Im Kern der Armutsbeobachtung steht auch im Lebenslagenansatz der Mangel an ökonomischen Ressourcen. Da der Stadt Osnabrück keine Einkommensdaten auf kleinräumiger Ebene zur Verfügung stehen, wird die finanzielle Situation in diesem Bericht ersatzweise über die sozialen Sicherungssysteme abgebildet. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich Personen, die Sozialleistungen beziehen, in besonderen finanziellen Mangellagen befinden. Nicht berücksichtigt wird hierbei eine nicht zu unterschätzende Anzahl theoretisch Leistungsberechtigter, die ihren Anspruch aus diversen Motiven (z. B. Unwissenheit, Scham, Entlastung der möglicherweise zu verpflichtenden Verwandtschaft) nicht geltend machen. Die Dunkelziffer dieser verdeckten Armut liegt Schätzungen zufolge bei 50 – 100 % der tatsächlichen Zahl von Leistungsempfängern.

**Bildung:** Im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe stellt Bildung eine zentrale Ressource dar, um die sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkung von Armut und (geringen) Bildungschancen aufzuheben. Nach wie vor bedeutet Erwerbstätigkeit den sichersten Schutz vor Armut, und in einem Land mit einer so hoch ausdifferenzierten Beschäftigungsstruktur wie in Deutschland, mit ausgesprochen hohen Spezialisierungsanforderungen, stehen Bildung und Ausbildung wie keine andere Ressource für die Chancen der Integration in den ersten Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für gesamtgesellschaftliche Teilhabe. Vor diesen Hintergrundüberlegungen nimmt der Bericht die vorschulische und schulische/berufsschulische Bildung in den Blick und zeigt dort, wo es methodisch möglich und inhaltlich sinnvoll ist, Disparitäten und Hinweise auf Chancenungleichheiten auf.

**Gesundheit:** Auch die gesundheitlichen Folgen vom Aufwachsen in Armutslagen sind für die Stadt Osnabrück bislang nicht hinreichend untersucht. Im Rahmen des vorliegenden Berichtes wurden auf Stadtteilebene die Teilnahme an der vor der Einschulung stattfindenden Gesundheitsuntersuchung U9 sowie Daten zur Zahngesundheit von Kindern ausgewertet. Durch den Gesundheitsdienst erfasste Daten zur Sprachförderung werden im vorschulischen Abschnitt des Kapitels Bildung vorgestellt. Zudem konnte ein weiterer Indikator der Gesundheitsberichterstattung, die Säuglingssterblichkeit, zumindest auf gesamtstädtischer Ebene ausgewertet werden.

Tab. 1: Indikatoren- und Kennzahlenübersicht nach Stichtag, Raumebene und Quelle der Daten

KAPITEL	MERKMAL	INDIKATOR/KENNZAHL	STICHTAG / BEZUGSJAHR	RAUMBEBENE	
DEMOGRAFIE	Bevölkerungsdichte	Einwohner pro km <sup>2</sup>	31.12.2010	Planungsraum	EMR/ FB 61
	Nichtdeutsche	Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
	Kinder und Jugendliche	Anteil der unter 3-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
		Anteil der 3- bis unter 6-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
		Anteil der 6- bis unter 10-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
		Anteil der 10- bis unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
		Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung	31.12.2010	Planungsraum	EMR
	Jugendquotient	Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen	31.12.2010	Planungsraum	EMR
	Altenquotient	Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen	31.12.2010	Planungsraum	EMR
	Alleinerziehende	Anteil Alleinerziehender an allen Familien mit minderjährigen Kindern in Osnabrück	31.12.2010	Planungsraum	EMR
	Arbeitslosigkeit	Anteil der Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre)	31.12.2010	Planungsraum	AKG
TRANSFERLEISTUNGEN	Langzeitarbeitslosigkeit	Anteil Langzeitarbeitsloser (SGB II und SGB III) an allen registrierten Arbeitslosen	31.12.2010	Planungsraum	
	Sozialgeldbezug (nEf-Quote unter 15 J.)	Anteil von Kindern unter 15 Jahren mit Sozialgeldbezug an der Gesamtbevölkerung unter 15 Jahren	31.12.2010	Planungsraum	AKG
	SGB-II-Quote	Anteil hilfebedürftiger Personen nach SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahren	31.12.2010	Planungsraum	AKG
	Bedarfsgemeinschaften	Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften	31.12.2010	Planungsraum	AKG
		Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	31.12.2010	Planungsraum	PEDS / EMR
	Anteil der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren	31.12.2010	Planungsraum	PEDS / EMR	
BILDUNG	Kinderbetreuung	Krippen- und Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren in Osnabrück	01.10.2010	Schulbezirk	FB 51
		Hortplätze und Ganztagsgrundschulen in den Osnabrücker Grundschulbezirken	01.10.2010	Schulbezirk	FB 51
	Kinder mit Sprachförderbedarf	Sprachförderbedarf	2011	Stadtteil	GD (SeU)
	Entwicklung der Schülerzahlen	Allgemeinbildende Schulen	2005, 2010		FB 40, LSKN
		Berufsbildende Schulen	2005, 2010		
	Übergangsquoten	Grundschulübergangsquoten in den Sekundarbereich Übergänge zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 7	2008, 2010 2008, 2010		FB 40, LSKN
Schulabschlüsse	Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen Abschlüsse an berufsbildenden Schulen	2005, 2010		LSKN	
GESUNDHEIT	Kinder in Vorsorgeuntersuchungen	Teilnahmequoten an der Vorsorgeuntersuchung U9	2011	Stadtteil	GD (SEU)
	Zahngesundheit bei Kindern	Zahngesundheit von Kindern in Betreuungseinrichtungen Osnabrücks 2007 und 2011	2011	Stadtteil	GD
	Säuglingssterblichkeit	Säuglingssterblichkeit in Osnabrück von 2005 bis 2010	2005 – 2010		LSKN

### 3.2 Kleinräumiger Ansatz

Kleinräumige Analysen tragen zu einer frühzeitigen Identifikation sozial belasteter Gebiete bei (Frühwarnfunktion). Somit kann von städtischer Seite auf ein „Umkippen“ eines Quartiers reagiert werden. Spezifische Problemlagen können präzise und kleinräumig zugeordnet, Lösungsansätze entwickelt und Maßnahmen eingeleitet werden. Wichtig dabei ist, dass das Ergebnis keine reine Problemanalyse sein darf, sondern vielmehr Entwicklungspotenziale aufzeigen soll.

Daten auf Ebene der Gesamtstadt sind aggregierte Daten und bilden die soziale und demografische Heterogenität innerhalb des Stadtgebiets nicht ab. Auch die Ebene der Stadtteile ist für die Beobachtung und Analyse spezifischer Problemlagen häufig zu grob. In einem Stadtteil können teilweise gegenläufige Entwicklungen auftreten. Einzelne Quartiere oder Baublöcke mit massiven Problemen können durch andere Quartiere (ohne vergleichbare Probleme) desselben Stadtteils statistisch so kompensiert werden, dass sich der Stadtteil insgesamt unauffällig darstellt.

Aus diesem Grund ist es wichtig, Daten so kleinräumig wie möglich auszuwerten. Denn je grobmaschiger die räumliche Betrachtung ist, desto ungenauer sind die Analyse und die darauf aufbauende Maßnahmenplanung. Der vorliegende Bericht orientiert sich zu diesem Zweck an den 118 statistischen Bezirken der Stadt (eine administrative Einheit unterhalb der Stadtteilebene). Diese werden in 78 sogenannte Planungsräume überführt, die die räumliche Bezugsebene für die Analysen im Bericht darstellen. Abschnitt 4.2 informiert über das methodische Vorgehen bei der Konstruktion der Planungsräume.

Jeder Planungsraum wird einem soziodemografischen Typ zugeordnet. Pro Teilraum werden also Informationen zur Altersstruktur, zur sozialen Situation (Arbeitslosenzahlen, Transferleistungsempfänger) usw. erfasst. Um solche Kontextinformationen auf Basis von Sozial- und Bildungsdaten zu generieren, ist der Einsatz multivariater Verfahren (Cluster-, Faktorenanalyse) erforderlich, also spezifische statistische Verfahren. Bezieht sich eine Aussage auf eine andere Raumebene, wird darauf gesondert hingewiesen. Das betrifft beispielsweise das Thema Gesundheit, wo aus datenschutzrechtlichen Gründen nur Stadtteildaten zur Verfügung standen.

Die 118 statistischen Bezirke bzw. 78 Planungsräume verteilen sich in unterschiedlicher Anzahl auf 23 Stadtteile (siehe Karten 1 und 2). Hochverdichtete Stadtteile, wie Wüste oder Schölerberg, weisen in der Regel mehr Teilgebiete auf als die weniger verdichteten, meist ländlich geprägten Stadtteile wie z.B. Pye oder Haste. Neben der Größe, Bevölkerungsdichte und Sozialstruktur ist auch die Flächennutzung ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Siedlungsfläche von Relevanz, also zu wissen, welche Gebiete tatsächlich von der Bevölkerung bewohnt sind. Einen Überblick darüber gibt die Karte 3, dargestellt durch die Nutzungsarten Wohnbaufläche und Mischbaufläche. Hier ist deutlich zu erkennen, dass Stadtteile wie Gartlage, Hafen und Fledder stark industriell bzw. gewerblich ge-

prägt sind und nur wenig Siedlungsfläche aufweisen. In landwirtschaftlich geprägten Stadtteilen wie Atter oder Nahne ist der Anteil besiedelter Flächen ebenfalls gering (siehe Karte 3).

Um im deskriptiven Teil dieses Berichts den Planungsraum eindeutig kennzeichnen zu können, wird zunächst der Stadtteil und anschließend in Klammern die Kennung des Planungsraums, die sich aus drei Ziffern zusammensetzt, genannt. Beispiele könnten „Haste (071)“ oder „Wüste (166)“ sein. Ist keine Ziffer hinter dem Stadtteilnamen angegeben, sind alle Planungsräume des Stadtteils gemeint. Aus kartografischen Gründen wird in den Karten auf die Bezeichnungen der Planungsräume verzichtet. Es werden lediglich die Stadtteilnamen dargestellt. Die Nummerierungen der Planungsräume können Karte 2 entnommen werden.

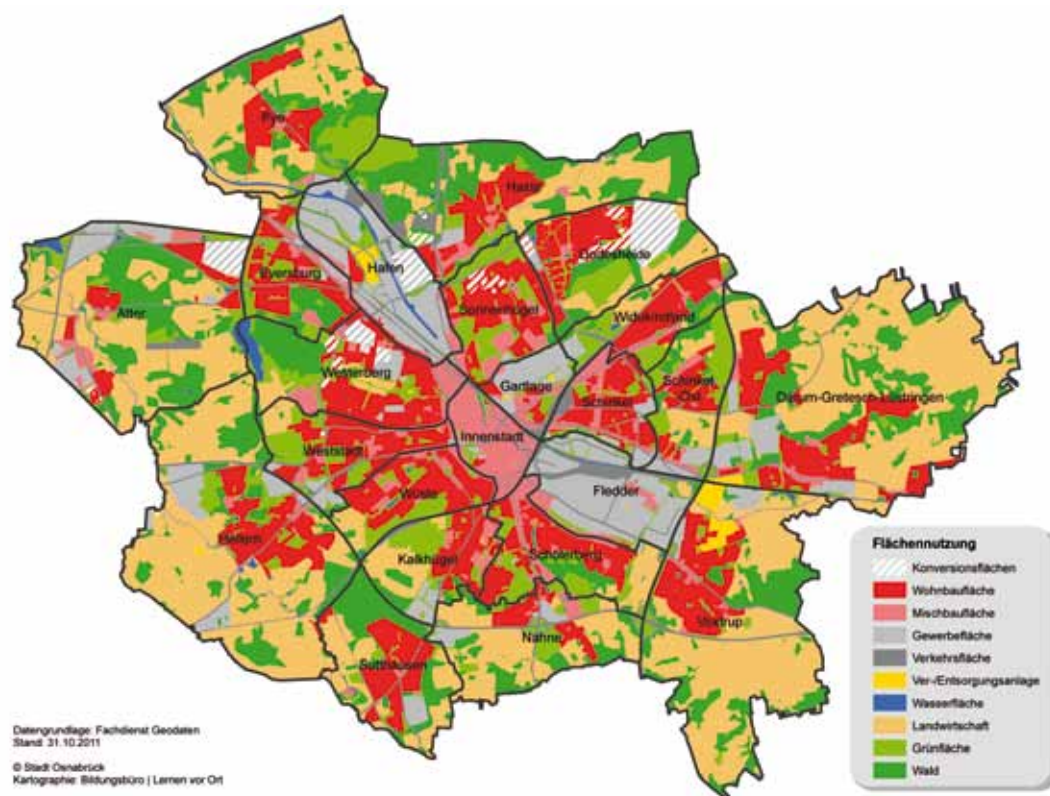
Karte 1: Kleinräumige Gliederung – Stadtteile und statistische Bezirke



Karte 2: Kleinräumige Gliederung – Planungsräume



Karte 3: Vorwiegende Flächennutzungen in den Teilräumen Osnabrücks





## 4 VOM STADTTTEIL ZUM SOZIALRAUM

In einem Sozialraum vollziehen sich *Wechselwirkung[en] zwischen der sozialen Situation seiner Bewohner und der räumlichen Beschaffenheit: einerseits prägt das „Soziale“ den Raum, andererseits wiederum prägt auch der Raum das „Soziale“* (URBAN/WEISER 2006: S. 23).

Das Konzept „Sozialraum“ bzw. die Analyse von Sozialräumen vollzieht sich in mehreren Stufen. In einem ersten Schritt geht es um die Betrachtung städtischer Teilgebiete innerhalb administrativ festgelegter Grenzen (z. B. Stadtteil, statistischer Bezirk, Planungsräume). Im Wesentlichen geschieht dies mittels Daten der Kommunalstatistik und der amtlichen Statistik (z. B. Einwohnermeldedaten, Daten der Bundesagentur für Arbeit, Daten der Statistische Landesämter). In dieser ersten Phase geht es vor allem darum, ein kleinräumig differenzierendes Strukturmuster zu entwickeln, welches die soziodemografischen Unterschiede innerhalb der Stadt aufdeckt. Auf diese Weise können Teilgebiete mit besonderem Handlungsbedarf identifiziert werden. Es ist von großer Bedeutung, dass dieses Vorgehen die Möglichkeit bietet, die Stadt kontinuierlich durch ein reproduzierbares Verfahren zu beobachten.

Der zweite Schritt bezieht sich dann auf die identifizierten Teilräume selbst. Es geht darum, die Lebenswirklichkeit der Bewohner dieser Gebiete genauer zu untersuchen. Dazu reichen die quantitativen Methoden der Sozialraumanalyse (z. B. Faktoren- oder Clusteranalyse) nicht mehr aus. Vielmehr geht es in dieser Phase u. a. darum, das Vorhandensein von informellen Netzwerkstrukturen und Solidarpotenzialen (z. B. Familien- oder Nachbarschaftsnetzwerke) zu untersuchen und den Blick konkret auf spezifische Problemlagen zu richten. Aus methodischer Sicht bedeutet das, Befragungen, Experteninterviews, Netzwerkanalysen oder auch Vor-Ort-Begehungen mit wichtigen lokalen Schlüsselakteuren durchzuführen (BAUMANN/STEPHAN 2006: S. 10 f.; RIEGE/SCHUBERT 2005: S. 258).

Die nachfolgend vorgestellte Sozialraumtypisierung stellt die erste Stufe des sozialräumlichen Ansatzes dar. Es geht also darum, der Stadt anhand soziodemografischer Kennzahlen eine kleinräumige Struktur zu geben.

Phase 2 wird mit der Rezeption dieses Berichtes beginnen und sich in Diskussionen über weitere (methodische und planerische) Handlungsschritte in den identifizierten Teilgebieten fortsetzen.

### 4.1 Segregation

*Nirgendwo ist es wie im Durchschnitt.* Diese Feststellung ist weder neu, noch taugt sie für kontroverse Debatten. Trotzdem ist sie auch für Osnabrück von hoher Relevanz, denn auch in Osnabrück gibt es residentielle Segregation. Segregation meint,

dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen innerhalb eines gegebenen Raumes (z. B. dem Stadtgebiet) ungleichmäßig verteilen. Der Zusatz „residentiell“ bezieht sich dabei auf die Wohnorte dieser Bevölkerungsgruppen. Es kommt also zu einer Häufung von Einwohnern mit ähnlichen soziodemografischen Merkmalen in bestimmten Teilgebieten, die wiederum spezifische räumliche Bedingungen aufweisen. Die Stadt „zerfällt“ sozusagen in verschiedene Sozialräume (vgl. HÄUSSERMANN/SIEBEL 2004: S. 139 ff.; FRIEDRICHS 1995).

Diese Heterogenität lässt sich auf den drei Dimensionen ethnische, demografische und soziale Segregation abbilden. Über alle drei Dimensionen werden Ungleichverteilungen im städtischen Raum gemessen. Bei der ethnischen Dimension geht es um räumliche Unterschiede von deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung, bei der sozialen Dimension um die Verteilung von armer bzw. von Armut bedrohter Bevölkerung und bei der demografischen Dimension um die Differenzierung von alter und junger Bevölkerung (STROHMEIER 2006: S. 18). Grundsätzlich muss Segregation nicht automatisch negative Effekte nach sich ziehen, sondern kann z. B. auch zur Verringerung ethnisch-kultureller Konfliktgelegenheiten führen (VAN DEN BRINK/POPP 2008: S. 58). Fallen allerdings mehrere Faktoren zusammen, kann Segregation zu benachteiligten städtischen Teilgebieten führen. Dies passiert meistens dann, wenn Merkmale ethnischer, demografischer und sozialer Segregation gleichzeitig überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind. Durch Segregation verringert sich die Menge von ethnisch-kulturellen Konfliktgelegenheiten.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal darauf hingewiesen, dass über die genannten Dimensionen nicht Personen, sondern städtische Teilräume beschrieben werden. Dieser Hinweis ist wichtig, um ökologische Fehlschlüsse zu vermeiden. Ein solcher läge zum Beispiel dann vor, wenn man einem Wohngebiet mit vielen Nichtdeutschen und vielen SGB-II-Beziehern automatisch zuschriebe, dass dort viele nichtdeutsche SGB-II-Bezieher wohnten. So stellen STROHMEIER UND KERSTING (2003: S. 231) fest:

*In den Stadtteilen, wo heute die meisten „Ausländer“ leben, leben auch die meisten armen „Inländer“, und dort gibt es mittlerweile auch die meisten Kinder.*

In solchen Stadtteilen ist das Armutsrisiko höher als anderswo in der Stadt, oder andersherum: Die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe ist geringer.

Die Ressourcenausstattung eines Menschen, insbesondere Bildung und ein regelmäßiges Einkommen, bestimmen in hohem Ausmaß die ihm zur Verfügung stehenden Handlungs- und Teilhabeoptionen. Das fängt bei den über Bildungszertifikate gesteuerten Zugangschancen zum ersten Arbeitsmarkt an, reicht über die Wohnqualität sowie Freizeit- und Kulturaktivitäten bis hin zu Ernährungsgewohnheiten und dem allgemeinen Gesundheitszustand.

<sup>4</sup> „Im Fall des stadtplanerischen Gegenentwurfs einer ‚perfekten Diffusion‘ mit einer vorgeschriebenen ‚Ausländerquote‘ pro Stadtteil würden sich wahrscheinlich viel mehr Nachbarschaftsstreitigkeiten zwischen Deutschen und Ausländern ergeben, weil einfach mehr Gelegenheiten vorhanden sind“ (VAN DEN BRINK/POPP 2008: S. 58).

Mit dem vorliegenden Kapitel werden vor diesem Hintergrund zwei Ziele verfolgt. Zum einen geht es um die Bestimmung und Abbildung von Sozialräumen und die Frage, wie sie sich im Hinblick auf die Teilhabechancen der dort wohnenden Bevölkerung unterscheiden. Dies erfolgt im Wesentlichen mit Hilfe von Daten der Kommunalstatistik und der amtlichen Statistik, vornehmlich des Einwohnermeldewesens und der Bundesagentur für Arbeit. Beide Datenquellen sind deshalb von großer Bedeutung, weil sie eine transparente und reproduzierbare Konstruktion von Kennzahlen entlang der drei Segregationsdimensionen erlauben. Auf diese Weise ist es möglich, die Entwicklung der Sozialräume über die Jahre hinweg zu beobachten und Veränderungen frühzeitig zu erkennen.

Zum anderen geht es darum, deutlich zu machen, wo genau Armutsrisikolagen (und damit geringe Teilhabechancen) räumlich verdichtet vorkommen und wo nicht. Die Sozialraumtypisierung kann somit Hinweise liefern, wo in der Stadt Handlungsschwerpunkte gesetzt werden müssen und Ressourcen vorrangig einzusetzen sind.

#### 4.2 Vorgehensweise und Methodik<sup>5</sup>

Für den kleinräumigen Ansatz wurde zunächst überprüft, inwiefern sich die 118 statistischen Bezirke als räumliche Grundlage für die Sozialraumtypisierung eignen. Dabei stellte sich heraus, dass die Bezirke untereinander große (strukturelle) Unterschiede aufweisen. So liegt z. B. die Einwohnerzahl, bei einer Streuung (Standardabweichung) von 1.020 Personen, zwischen 14 (Bezirk 167 im Stadtteil Wüste) und 5.058 (Bezirk 71 in Haste). Damit sind sinnvolle vergleichende Aussagen auf Basis der Bezirke nicht möglich, ebenso wenig ein auf solchen Aussagen fußendes sozialraumanalytisches Modell.

Aus diesem Grund wurden statistische Bezirke mit besonders wenigen Einwohnern mit ihrem jeweiligen Nachbarn zusammengelegt<sup>6</sup>. Ferner war es möglich, ausschließlich Bezirke innerhalb desselben Stadtteils zusammenzufassen, so dass eine Aggregation zurück auf die Stadtteilebene weiterhin möglich bleibt. Im Ergebnis liegen nun 78 sogenannte Planungsräume<sup>7</sup> mit Einwohnerzahlen zwischen 1.011 und 5.058 vor. Die Streuung konnte dadurch auf 803 Einwohner gesenkt werden. Gleichwohl wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, bevölkerungsreiche Planungsräume wie Haste-Ost (71) noch einmal aufzuteilen, um die Binnendifferenzierung des Teilgebietes genauer abzubilden. Der Zuschnitt der statistischen Bezirke hat dies allerdings nicht erlaubt. Alles in allem ermöglichen die Planungsräume dennoch eine kleinteilige Differenzierung des Stadtgebiets und zugleich eine breite Datenbasis, um diese Unterscheidung sinnvoll vorzunehmen.

Dadurch, dass die Planungsebene auf den statistischen Bezirken aufsetzt, ergibt sich nun eine *schematische Einteilung* des Stadtgebiets, d. h. unabhängig von der Art der Flächennutzung. So wird z. B. für Planungsraum 131 in Fledder nicht differenziert dargestellt, dass dieser überwiegend aus Gewerbeflächen besteht und Wohngebiete lediglich im Süden zu finden sind (siehe auch Karte 3). Ungeachtet dessen umfasst dieser Planungsraum eine Bevölkerung von 1.223 Einwohnern.

<sup>5</sup> Die Vorgehensweise orientiert sich an der von Urban und Weiser (2006) beschriebenen Durchführung einer kleinräumigen Sozialraumanalyse.

Bei der kleinräumigen Sozialraumanalyse geht es nun darum, die 78 Planungsräume<sup>6</sup> in solche Teilgruppen zusammenzufassen, die sich möglichst deutlich voneinander unterscheiden. Die Planungsräume innerhalb einer Gruppe bilden dann einen spezifischen Sozialraumtyp aus. Da die Gruppenbildung entlang der drei oben genannten Segregationsdimensionen erfolgen soll, werden die Planungsräume also auf ihre Unterschiedlichkeit im Hinblick auf mehrere Merkmale gleichzeitig untersucht. Als Methode bietet sich in diesem Zusammenhang zunächst die Faktorenanalyse an, durch die die untersuchten Merkmale (dimensional) geordnet und reduziert werden<sup>8</sup>. Es folgt eine Clusteranalyse<sup>9</sup>, die die Gruppenzuordnung der Planungsräume vornimmt. Beide Methoden gehören zu den multivariaten statistischen Verfahren<sup>10</sup>.

### Auswahl der Merkmale

Die Auswahl der in die Analyse eingehenden Merkmale orientiert sich an den drei Dimensionen der Segregation. Die auszuwählenden Merkmale müssen die innerstädtische Heterogenität deutlich und trennscharf abbilden, um auf Grundlage der 78 Planungsräume aussagekräftige Sozialraumtypen herauszubilden. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist die Verfügbarkeit im Rahmen der amtlichen Statistik, um Entwicklungen, vor allem Veränderungen in der Sozialstruktur der Bevölkerung, im zeitlichen Verlauf nachvollziehen zu können. In der folgenden Übersicht sind die der Sozialraumtypisierung zugrundeliegenden Merkmale beschrieben und kommentiert.

Tab. 2: Merkmale der Sozialraumtypisierung

Merkmals	Anmerkung
Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	Bezieht sich auf die ethnische Dimension von Segregation und beschreibt die ungleiche Verteilung deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung über das Stadtgebiet.
Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung	Bezieht sich auf die demografische Dimension von Segregation und beschreibt die ungleiche Verteilung von Kindern und Jugendlichen über das Stadtgebiet.
Anteil der Einelternerfamilien (Alleinerziehende) mit Kindern unter 18 Jahren an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren	Bezieht sich ebenfalls auf die demografische Dimension von Segregation und grenzt die klassische Zweielternfamilie von anderen Familienformen (Einelternerfamilie, nicht-eheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern) ab.
Anteil der Leistungsbezieher nach SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahren	Bezieht sich auf die soziale Dimension von Segregation und beschreibt die ungleiche Verteilung der von Armut bedrohten Bevölkerung über das Stadtgebiet.

Datengrundlage: Einwohnermelderegister, Stichtag: 31.12.2010, Bundesagentur für Arbeit, Bezugszeitraum: 2010 im Jahresdurchschnitt

6 Als Kriterium wurde die Standardabweichung (durchschnittliche Streuung) verwendet. Bei einer Abweichung nach unten von mehr als einer Standardabweichung von der durchschnittlichen Einwohnerzahl wurden die entsprechenden Bezirke zusammengelegt.

7 Die 118 statistischen Bezirke wurden in 78 Planungsräume überführt. Zur Zuordnung der statistischen Bezirke zu den Planungsräumen siehe Anlage 1.

8 Durch die Faktorenanalyse werden Merkmale in voneinander unabhängige Gruppen (Dimensionen) eingeteilt. Jede Gruppe wird durch einen Faktor beschrieben. Die in die Faktorenanalyse eingehenden Merkmale werden also durch eine geringere Anzahl von Faktoren ersetzt, die die Zusammenhänge zwischen den Merkmalen erklären (vgl. BORTZ/SCHUSTER 2010: S. 385 ff.).

9 Im Gegensatz zur Faktorenanalyse geht es bei der Clusteranalyse nicht um Merkmale, sondern um Objekte (hier: Planungsräume). Diese werden hinsichtlich ihrer Ähnlichkeit analysiert und anschließend in Gruppen (Cluster) von untereinander möglichst ähnlichen Fällen eingeteilt. Die Unterschiede zwischen den Gruppen sollen hingegen möglichst groß sein (vgl. BORTZ/SCHUSTER 2010: S. 453 ff.). Die hier ausgewählte Variante ist die hierarchische Clusteranalyse mit der WARD-Methode. Das Abstandsmaß ist die quadrierte euklidische Distanz.

10 In der multivariaten Statistik wird der Einfluss von mindestens zwei Variablen auf einen interessierenden Sachverhalt untersucht. Bei dem vorliegenden Anwendungsfall sollen die 78 Planungsräume in verschiedene Untergruppen aufgeteilt werden.

### 4.3 Sozialraumtypen

Als Ergebnis der Typisierung können fünf Sozialraumtypen unterschieden werden. Jeder Typ weist ein eigenes soziodemografisches Profil auf, welches Hinweise auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabechancen der dort lebenden Bevölkerung liefert.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Typen zusammenfassend dar und vergleicht sie mit der Gesamtstadt. Die hellgrau unterlegten Kennzahlen sind die in die Typisierung eingegangenen Merkmale (siehe Tab. 2). Die anderen Variablen dienen der weiteren Charakterisierung der Typen im Hinblick auf Armutsrisikohinweise und Familienprägung (Bevölkerung unter 18 Jahren, Anzahl Familien).

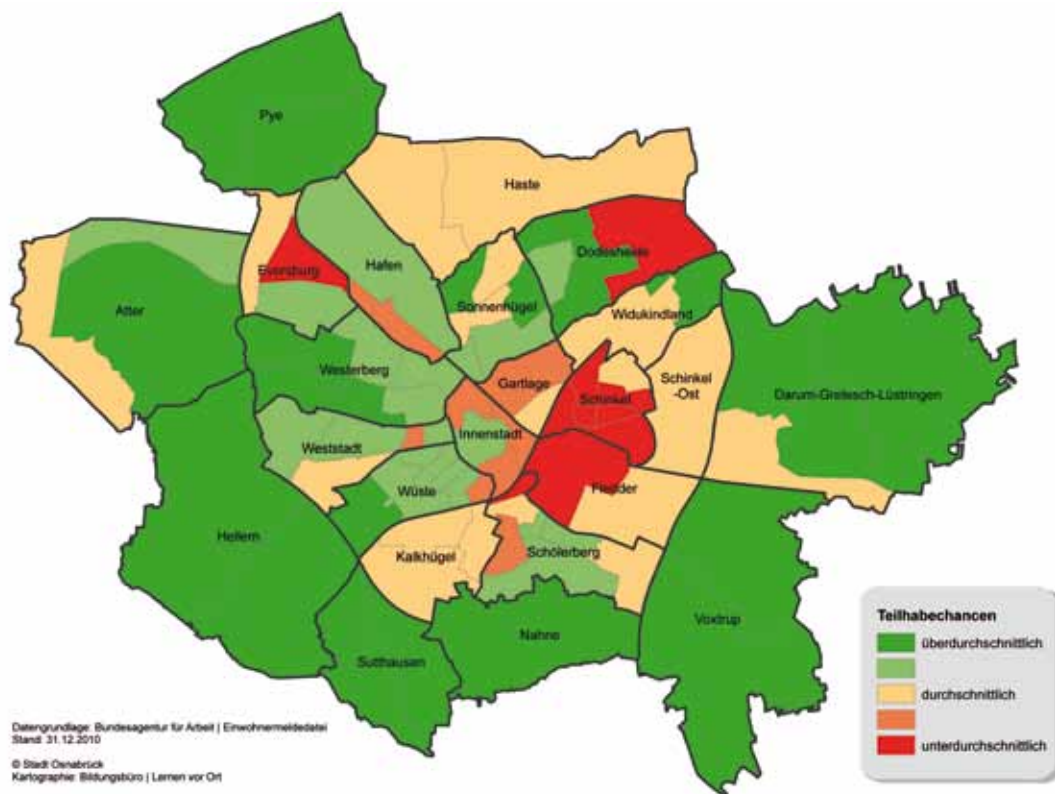
Die anschließende Karte informiert über die Zuordnung der Planungsräume zu den Typen sowie deren räumliche Verteilung. Abschließend wird auf jedes Profil näher eingegangen und eine vergleichende Charakterisierung vorgenommen.

Tab. 3: Beschreibung der Sozialraumtypen im Vergleich zur Gesamtstadt

	Sozialraumtyp					Gesamtstadt
	1	2	3	4	5	
Nichtdeutsche Bevölkerung	20,6%	12,3%	10,7%	6,6%	4,3%	9,3%
Bevölkerung unter 18 Jahren	19,1%	9,8%	17,5%	11,7%	17,0%	15,4%
Bevölkerung 20 bis unter 25 Jahre	9,4%	14,2%	7,4%	8,4%	5,3%	8,0%
Familien pro 1.000 Einwohner	110	65	104	75	103	94
Alleinerziehende pro 100 Familien	32,6%	42,2%	27,3%	29,3%	19,8%	27,2%
SGB-II-Empfänger an der Bevölkerung unter 65 Jahren	29,1%	16,2%	15,8%	8,8%	6,6%	13,2%
SGB-II-Empfänger unter 15 Jahren an der Bevölkerung unter 15 Jahren	48,3%	36,0%	26,2%	16,0%	11,1%	23,9%
Bedarfsgemeinschaften mit Kind pro 100 Familien	40,5%	27,5%	22,3%	12,9%	8,9%	19,4%
Arbeitslose unter 25 Jahren	4,9%	3,5%	2,9%	1,9%	1,9%	2,8%

Datengrundlage: Einwohnermelderegister, Stichtag: 31.12.2010, Bundesagentur für Arbeit, Bezugszeitraum: 2010 im Jahresdurchschnitt

Karte 4: Planungsräume mit Sozialraumtypen in Osnabrück



Aus der Karte in Anlage 2 wird die Verteilung der Wohngebiete innerhalb der Planungsräume deutlich. Das Balkendiagramm in Anlage 3 veranschaulicht die Sozialraumtypen noch einmal übersichtlich, wobei die Länge eines Balkens das Ausmaß der Abweichung vom gesamtstädtischen Wert beschreibt.

Eine Aufstellung mit absoluten Angaben zu Einwohner- und SGB-II-Zahlen pro Sozialraumtyp bietet Anlage 4. In Bezug auf die Gesamtstadt informiert sie zudem über den Anteil, der für die jeweilige Kennzahl auf den einzelnen Sozialraumtyp entfällt.

#### **Sozialraumtyp 1: Starke Familienprägung, hohes Armutsrisiko**

Mit 19.569 Menschen leben insgesamt 12,5% der Bevölkerung in Gebieten von Typ 1. Davon sind 3.732 unter 18 Jahre alt, was einem Anteil von 15,6% aller unter 18-Jährigen in Osnabrück entspricht. Sämtliche untersuchten Merkmale liegen deutlich über dem städtischen Gesamtwert. Hier finden sich die höchsten Werte aller Sozialraumtypen bei den auf Armutslagen hinweisenden Anteilen der SGB-II-Bezieher, der SGB-II-Bezieher unter 15 Jahren und dem Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Familien.

Gleiches trifft für den Anteil der unter 18-Jährigen sowie der Anzahl der Familien pro 1.000 Einwohner zu. Außerdem ist der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung der im Vergleich höchste. Typ 1 weist demzufolge die Kombination aus der stärksten Familienprägung und des höchsten Armutsrisikos auf.

**Sozialraumtyp 2: Kaum familiengeprägt, hohes Armutsrisiko, junge Erwachsene**

Auf Typ 2 entfallen 10 % der Gesamtbevölkerung (15.573) und 6,4 % der unter 18-Jährigen (1.524).

Die hier zugeordneten Planungsräume haben die geringsten Anteile an der Bevölkerung unter 18 Jahren, ebenso wie die Anzahl der Familien pro 1.000 Einwohner. Eine Familienprägung zeigt sich demzufolge hier am wenigsten. Insofern bilden die Typen 1 und 2 aus dieser Perspektive Gegenpole.

Bei Typ 2 handelt es sich vorwiegend um innenstadtnahe Gebiete (siehe Karte 4), die attraktiv für junge Erwachsene (z. B. Studenten) sind. Der Anteil der Bevölkerung zwischen 20 und unter 25 Jahren ist hier mit 14,2 % mit Abstand der höchste.

Die Kinder und Jugendlichen, die in Gebieten von Typ 2 leben, sind allerdings, wie in Typ 1, einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Die Anteile der SGB-II-Bezieher bzw. der Bedarfsgemeinschaften sind hier die zweithöchsten.

Zudem weist der Anteil der Einelternfamilien (Alleinerziehende) den höchsten von allen Werten auf. Nicht grundsätzlich, jedoch im Gesamtkontext des Sozialraumtyps kann der Alleinerziehendenstatus somit als Risikobedingung angesehen werden. Leicht abgeschwächt trifft dies ebenso auf Typ 1 zu.

**Sozialraumtyp 3: Familienprägung bei leicht erhöhtem Armutsrisiko, kommt dem „Durchschnitt“ am nächsten**

Typ 3 repräsentiert gut ein Viertel der Gesamtbevölkerung (39.574) und ist damit nach Typ 5 der zweitgrößte. 6.918 unter 18-Jährige bedeuten 28,8 % Gesamtanteil.

Die Planungsräume des Typs bilden von allen Sozialraumtypen am ehesten den städtischen Durchschnitt ab. Zwar liegen bis auf den Alleinerziehendenanteil und den Anteil der 20- bis unter 25-Jährigen alle weiteren Kennzahlen über den entsprechenden gesamtstädtischen Werten, dennoch handelt es sich nicht um auffällig große Abweichungen.

Um dennoch eine Tendenz zu beschreiben, lässt sich festhalten, dass Typ 3 Ähnlichkeiten mit Typ 1 aufweist, jedoch auf einem deutlich niedrigeren Gesamtniveau.

**Sozialraumtyp 4: Wenig familiengeprägt, geringes Armutsrisiko, moderne Familienformen**

In den Planungsräumen von Typ 4 leben insgesamt 37.912 Menschen (24,3 % der Gesamtbevölkerung). Bei den unter 18-Jährigen sind es 4.444, die einen Gesamtanteil von 18,5 % darstellen.

Vom Stadtzentrum ausgehend, finden sich diese Planungsräume im Wesentlichen in den zentrumsnahen Stadtgebieten (siehe Karte 4).

Sowohl bei den auf Armutsrisiken hinweisenden Merkmalen wie auch bei den familienprägenden Merkmalen liegt Typ 4 klar unterhalb der städtischen Durchschnittswerte. Lediglich die Gruppe der Alleinerziehenden ist hier leicht überdurchschnittlich vertreten. Anders jedoch als in Typ 2 lässt sich daraus nicht unbedingt ein Risikoumstand ableiten. Der Gesamtkontext des Typs legt nahe, dass es sich hier eher um eine formale Statuszuweisung in der Erfassungslogik des Einwohnermelderegisters handeln könnte. Das bedeutet, dass das Merkmal faktisch nicht über Einelternfamilien Auskunft gibt, sondern den Anteil nicht traditioneller Familienformen (z. B. nichteheliche Lebensgemeinschaften) beschreibt.

#### **Sozialraumtyp 5: Deutliche Familienprägung, geringes Armutsrisiko**

Auf Typ 5 entfallen mit 43.520 anteilig die meisten Einwohner (27,9%). Auch bei den unter 18-Jährigen entfällt sowohl der höchste absolute Wert (7.381) als auch der höchste Anteil (30,8%) auf die Planungsräume von Typ 5.

Die Gebiete in diesem Typ sind weitestgehend auf die Randlagen von Osnabrück konzentriert. Nur in Haste und in Atter gibt es Randlagen, die nicht zu Typ 5 gehören (siehe Karte 4).

Hinsichtlich des geringen Armutsrisikos ist Typ 5 durchaus vergleichbar mit Typ 4. Ansonsten sind die Planungsräume in diesem Typ deutlich familiengeprägt. Somit weist Typ 5 als einziger die Kombination aus geringem Armutsrisiko und hohem Anteil an Familien mit Kindern unter 18 Jahren auf.

#### **Zusammenfassung**

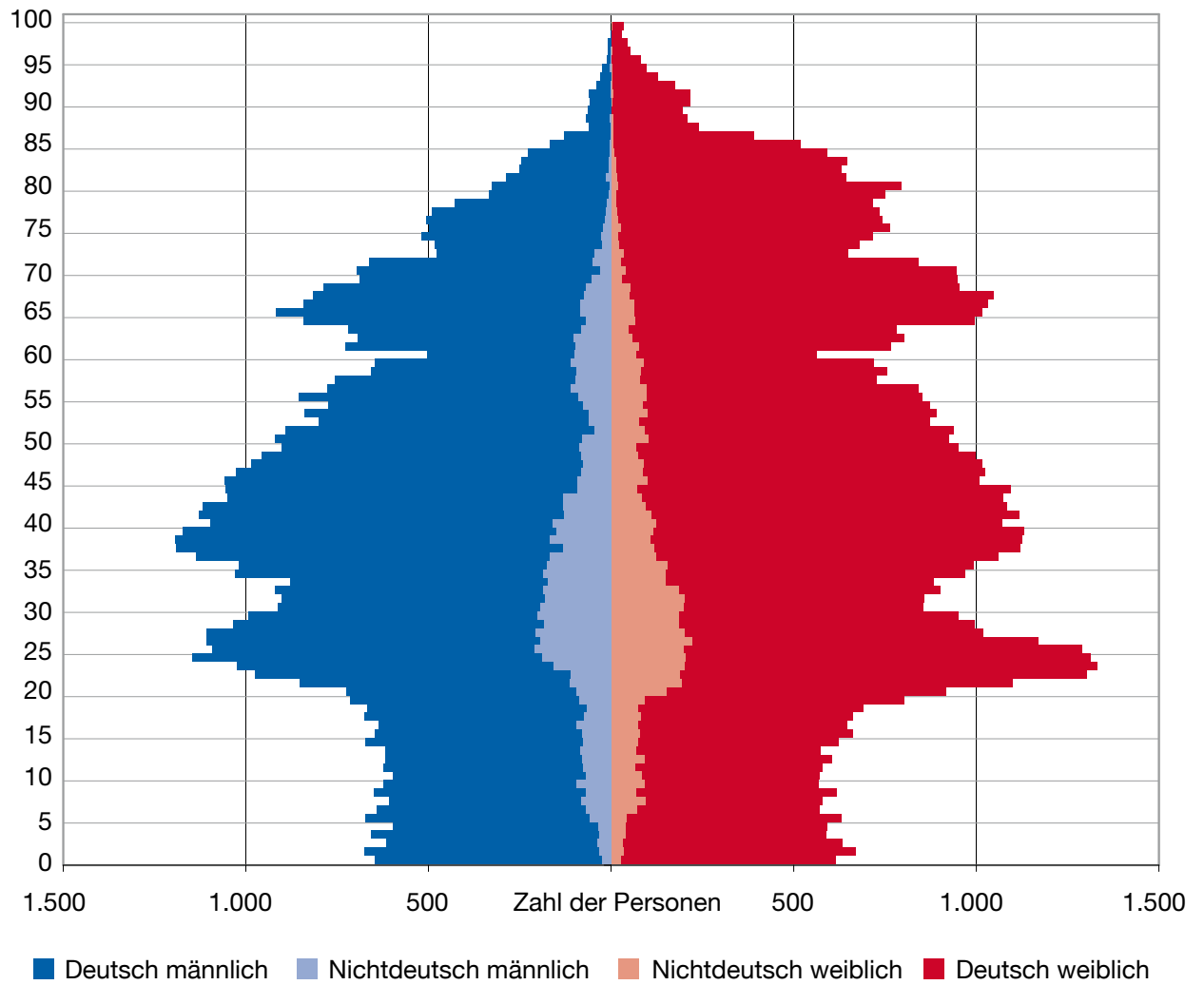
Aufgrund der Tatsache, dass die Begrenztheit von Mitteln den Handlungsspielraum der meisten Kommunen praktisch normiert, geht es um den möglichst passgenauen Einsatz der vorhandenen Ressourcen. Die vergleichende Betrachtung der Sozialraumtypen gibt Hinweise darauf, wo Handlungspunkte vorrangig gesetzt werden sollten, um die gesellschaftlichen Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Als Ergebnis von Phase 1 des sozialraumorientierten Ansatzes (siehe Abschnitt 4) wurde dem Stadtgebiet eine kleinräumige Struktur verliehen, die sich auf Grundlage der 78 Planungsräume in fünf Sozialraumtypen gliedert. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass sich Phase 2 auf die Gebiete der Typen 1 und 2 konzentrieren sollte, Handlungsschwerpunkte sollten hier gesetzt werden.

Außerdem sollten die Gebiete des Typs 2 insbesondere im Hinblick auf die Situation von Alleinerziehenden weitergehend untersucht werden.

Alter in Jahren

Altersaufbau der Bevölkerung in Osnabrück 2005



## 5 DEMOGRAFIE

Die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern hängen entscheidend von mehreren Faktoren ab. Aus der Bildungs- und auch der Gesundheitsforschung ist bekannt, dass Armut die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig negativ beeinflusst. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass individuelle Benachteiligungen (und auch Privilegierungen) durch die räumliche Konzentration von Menschen in ähnlichen Lebenslagen verschärft werden können (STROHMEIER/WUNDERLICH ET AL. 2009: S. 25 f.). Dieser Prozess, der als Segregation bezeichnet wird, kann Armutslagen bestimmter Bevölkerungsgruppen weiter verstärken.

Mit Hilfe demografischer Daten lassen sich bereits Hypothesen über die räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Chancen und Risiken ableiten (MARDORF 2006: S. 223); es können Räume ausgemacht werden, in denen gute oder auch schlechte Chancen für eine adäquate Lebenslage und im Besonderen eine dem jeweiligen Kind gemäße Bildungssituation erwartet werden können. Erste wertvolle Hinweise ergeben sich aus dem Bevölkerungsbestand beispielsweise aus der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Nationalität und Familie, aber auch über die Bevölkerungsbewegung, also der Veränderung der Bevölkerung durch natürliche Bewegungen (Sterbefälle, Geburten, Eheschließungen, Scheidungen) und Wanderungsbewegungen (innerstädtische Umzüge, Zu- und Fortzüge über die Stadtgrenze hinaus).<sup>11</sup>

Die Einteilung der Gesamtbevölkerung in ausgewählte Altersgruppen ist die Voraussetzung für die Berechnung und Analyse von einer Vielzahl von Indikatoren aus den bildungsrelevanten Bereichen (frühkindliche Bildung, allgemeinbildende Schulen, berufliche Ausbildung, Weiterbildung), aber auch aus dem Bereich Arbeit und soziale Mindestsicherung.

Für den Bildungsbereich ist vor allem die jüngere Bevölkerung von großer Bedeutung. Hier wird die Altersklasse der 0- bis unter 18-Jährigen genauer betrachtet. Eine Gruppe, die auch in der Jugendhilfe<sup>12</sup> bedeutsam ist.

<sup>11</sup> Für diesen Bericht konnten aus dem Einwohnermelderegister nur Daten der Bevölkerungsbestandsstatistik kleinräumig ausgewertet werden. Daten der Bewegungsstatistik lagen auf der Ebene der statistischen Bezirke noch nicht vor.

<sup>12</sup> Die Jugendberufshilfe unterstützt junge Menschen bis 27 Jahre, die bislang keine Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hatten, z. B. beim nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses.

Tab. 4: Übersicht der Altersgruppen von 0 bis unter 18 Jahren  
nach ihrer Bedeutung für den Bildungsbereich

Altersgruppe	Bildungsbereich	Indikator	Kurzbeschreibung
unter 3	Kinderbetreuung	Betreute Kinder in der Kinderkrippe	Krippenversorgung
3 - unter 6	Kinderbetreuung	Betreute Kinder im Kindergarten	Kita-Versorgung
	Kinderbetreuung	Betreute Kinder in der Tagespflege	Tagespflege
6 - unter 10	Kinderbetreuung	Betreute Kinder in der Tagespflege	Tagespflege
	Grundschulent- wicklung	Anteil der 6- bis unter 10-Jährigen	Primarstufe Grundschulkind
10 - unter 18	Schulentwicklung Sek1 / Sek2	Anteil der 10- bis unter 18-Jährigen	Kinder und Jugendliche auf weiterführenden Schulen

Datengrundlage: in Anlehnung an BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG ET AL. (2009),  
eigene Darstellung

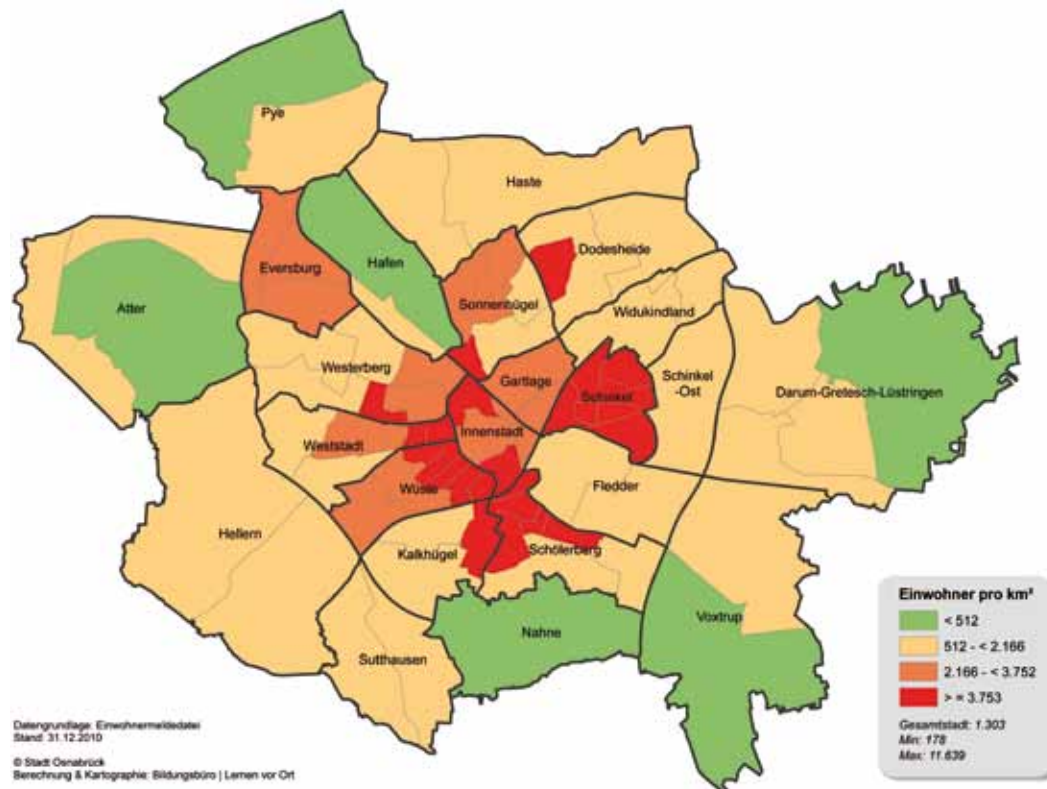
## 5.1 Bevölkerungsdichte

Die Bevölkerungsdichte – auch Einwohnerdichte genannt – ist ein Maß der räumlichen Bevölkerungsverteilung und misst, wie viele Personen statistisch gesehen auf einem Quadratkilometer Gesamtfläche leben. Diese Kennzahl ist relevant für die Typisierung einer Region bzw. die Unterscheidung zwischen eher städtischen und eher ländlichen Gebieten, aber auch für die Beurteilung des Arbeitsmarktes, der Auslastung von Infrastruktur oder der Belastung von Umwelt. Für Anbieter im Bereich Bildung und Weiterbildung stellt eine hohe Bevölkerungsdichte (im Sinne eines hohen Kundenpotenzials) ein wichtiges Kriterium bei der Standortwahl dar (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 47 f.).

Es muss allerdings auch beachtet werden, dass die auf eine bestimmte administrative Einheit (Stadtteil, statistischer Bezirk) bezogene Bevölkerungsdichte einer Stadt beschränkt aussagekräftig ist, da sie sehr davon abhängt, wie groß der Anteil der nicht besiedelten Flächen, also der Bereiche ohne Bevölkerung ist. Sowohl große unversiegelte Freiflächen wie Wälder, Äcker, Seen als auch breit angelegte Gewerbegebiete reduzieren die Bevölkerungsdichte (vgl. dazu Karte 3). Das schließt aber nicht aus, dass in den bewohnten Gebieten die Bevölkerung der Stadtteile durchaus dicht gedrängt lebt, wie beispielsweise im Osnabrücker Stadtteil Hellern.

Osnabrück hat insgesamt eine Fläche von 119,80 km<sup>2</sup>. Die aus der Bevölkerungszahl und der Fläche berechnete Bevölkerungsdichte liegt bei 1.303 Personen pro km<sup>2</sup>. Grundsätzlich nimmt die Einwohnerdichte vom Stadtrand in Richtung Zentrum zu (siehe Karte 5). Auf der Ebene der Planungsräume streuen die Werte zwischen 178 in Darum-Gretesch-Lüstringen (211) und 11.639 Personen pro Quadratkilometer in Wüste (160)

Karte 5: Bevölkerungsdichte – Einwohner pro km<sup>2</sup> (2010)



## 5.2 Bevölkerungsentwicklung

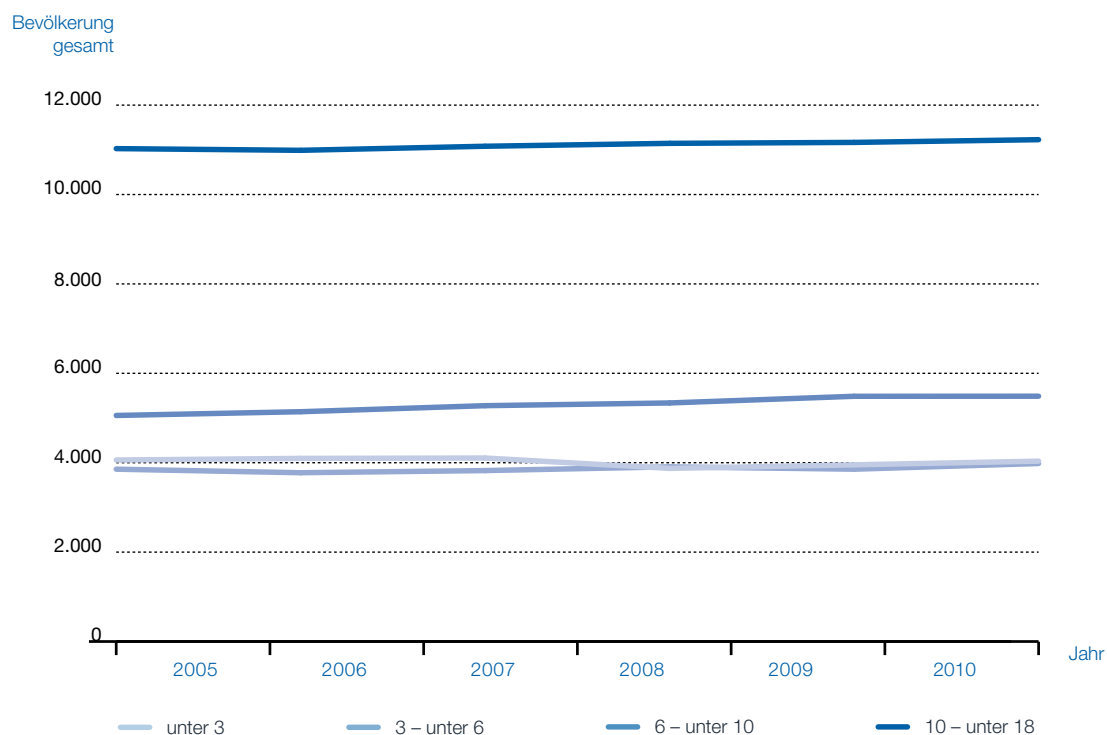
Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Großstädten, die in den letzten Jahren mit massiven Einwohnerverlusten (meist im Zuge von Suburbanisierungsprozessen) zu kämpfen haben, ist in Osnabrück dieser Trend in den letzten 5 Jahren nur bedingt feststellbar. Im Jahr 2010 hatte die Stadt Osnabrück 156.148 Einwohner, nur 15 Einwohner weniger als 2005. Der Anteil der nichtdeutschen Bürger betrug 9,3% und ist gegenüber 2005 leicht rückläufig (-0,3%). Wie schon in den letzten 10 Jahrzehnten lebten in Osnabrück 2010 mehr Frauen als Männer. 81.567 Frauen entsprechen einem Anteil von 52,2% an der Gesamtbevölkerung und somit 0,4 Prozentpunkten weniger als 2005 (siehe Tab. 6).

Zwar ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten und Sterbefälle) in der Stadt Osnabrück seit Jahren negativ, dennoch konnten Wanderungsgewinne, meist durch Zuzug junger Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, diese Verluste wieder kompensieren. Im vergangenen Jahrzehnt konnte die Stadt rund 1.840 Personen im Saldo gewinnen. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung weist ein Geburtendefizit von ebenfalls rund 1.840 aus (STADT OSNABRÜCK 2011B: S. 5 f.).

Während die Bevölkerungszahl konstant geblieben ist, unterliegt die Bevölkerungszusammensetzung einem gewissen Wandel. Das wird besonders bei der Betrachtung der Bevölkerungspyramiden von 2005 und 2010 (siehe Abb. 1, Abb. 2, S. 28) deutlich. Während die junge Bevölkerung zurückgeht, nimmt die Gruppe der älteren Menschen (über 55 Jahre) gleichzeitig zu. Die mittlere Generation bleibt auf einem konstanten Niveau. In diesem Kontext spricht man häufig von einer „Überalterung“, an anderer Stelle auch von einer „Unterjüngung“ der Bevölkerung (LEHR 2003: S. 3).

Zwischen 2005 und 2010 macht sich der demografische Wandel vor allem in der Gruppe der Kinder im Alter von 3 bis unter 10 Jahren bemerkbar. Relativ hoch ist der Rückgang bei den 3- bis unter 6-jährigen Kindern (-3,2%). Noch höher sind die Verluste in der Gruppe der Grundschul Kinder, der 6- bis unter 10-Jährigen (-7,9%). Positiv ist allerdings, dass die Zahl der Kinder unter 3 Jahren nicht gesunken, sondern sogar leicht um 0,4 % auf 4.060 gestiegen ist.<sup>13</sup>

Tab. 5: Kinder und Jugendliche von 2005 bis 2010 nach Altersklassen



<sup>13</sup> Die Zuwächse der Hochschule Osnabrück (ehemals Fachhochschule) fallen hier mit etwa 1.100 Studierenden (auf 8.361 insgesamt) etwas höher aus als die Universität mit ca. 600 (auf 10.350 insgesamt).

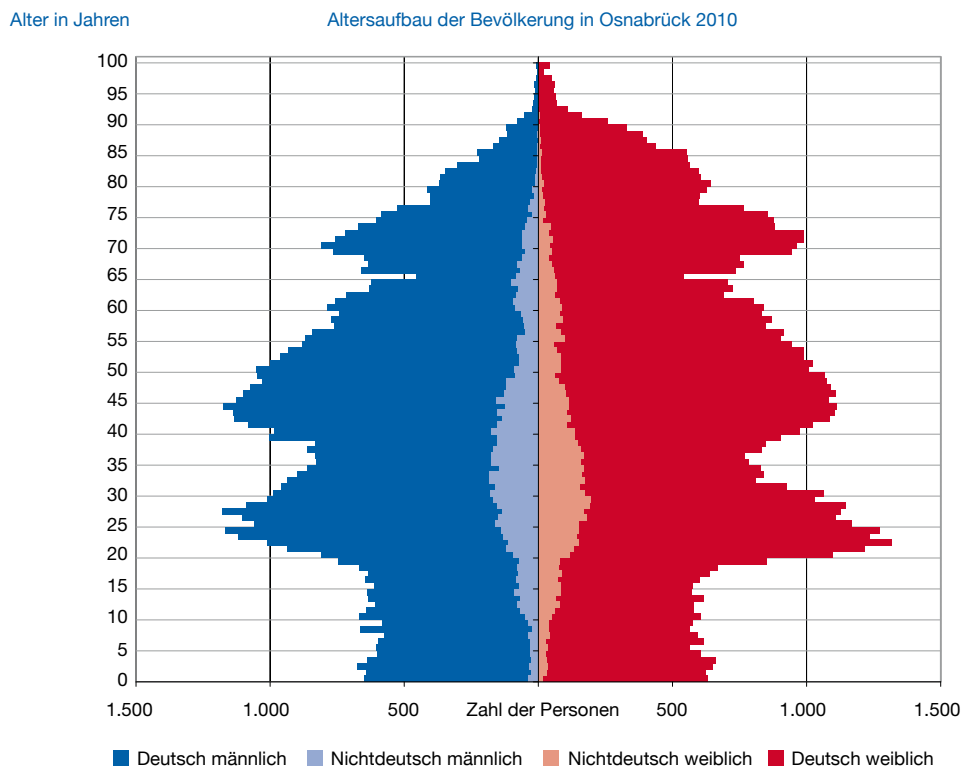
Bei den 55- unter 65-Jährigen ist eine Zunahme von 3,1 % zu beobachten. Die Zahl der ausländischen Bürger ist mit 3,2% auf ca. 14.600 leicht zurückgegangen. Ursächlich dafür sind weniger demografische Effekte, sondern vielmehr die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (durch Gesetz vom 15. Juli 1999), das den Zugang zu einer deutschen Staatsbürgerschaft wesentlich erleichtert hat.

Tab. 6: Verteilung der Bevölkerung nach Altersklassen, Geschlecht und Nationalität 2005 und 2010 sowie deren Entwicklung von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Gesamtbevölkerung			Frauen			Nichtdeutsche		
		absolut	Anteil	Entwicklung	absolut	Anteil	Entwicklung	absolut	Anteil	Entwicklung
unter 3	2010	4.060	2,6%	+ 0,6%	1.989	49,0%	-0,5%	182	4,5%	-0,6%
	2005	4.035	2,6%		1.999	49,5%		183	4,5%	
3 - unter 6	2010	3.855	2,5%	-3,2%	1.925	49,9%	0,0%	180	4,7%	-26,5%
	2005	3.982	2,5%		1.925	48,3%		245	6,2%	
6 - unter 10	2010	5.057	3,2%	-7,9%	2.501	49,5%	-5,5%	282	5,6%	-55,5%
	2005	5.488	3,5%		2.647	48,2%		634	11,6%	
10 - unter 15	2010	6.845	4,4%	+0,3%	3.292	48,1%	-0,6%	697	10,2%	-7,6%
	2005	6.827	4,4%		3.313	48,5%		754	11,0%	
15 - unter 20	2010	7.427	4,8%	-2,0%	3.739	50,3%	-2,6%	779	10,5%	-1,4%
	2005	7.583	4,9%		3.839	50,6%		790	10,4%	
20 - unter 25	2010	12.478	8,0%	+1,7%	6.839	54,8%	-0,7%	1.293	10,4%	-19,1%
	2005	12.276	7,9%		6.887	56,1%		1.599	13,0%	
25 - unter 55	2010	68.185	43,7%	-0,3%	33.804	49,6%	-2,9%	8.129	11,9%	-2,9%
	2005	68.418	43,8%		34.002	49,7%		7.904	11,6%	
55 - unter 65	2010	17.191	11,0%	+3,1%	8.929	51,9%	+4,7%	1.539	9,0%	-9,6%
	2005	16.670	10,7%		8.529	51,2%		1.702	10,2%	
65 und älter	2010	31.050	19,9%	+0,5%	18.549	59,7%	+0,5%	1.478	4,8%	+20,1%
	2005	30.884	19,8%		18.975	61,4%		1.231	4,0%	
Gesamt	2010	156.148		0,0%	81.567	52,2%	-0,7%	14.559	9,3%	-3,2%
	2005	156.163			82.116	52,6%		15.042	9,6%	

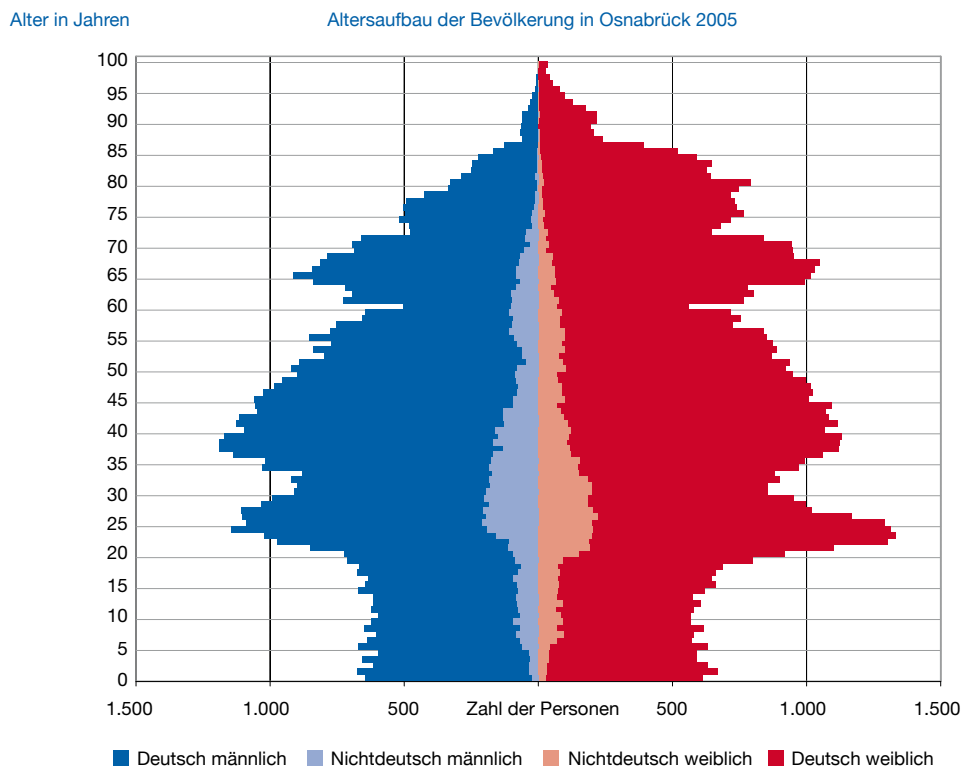
Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 1: Alterspyramiden der Osnabrücker Bevölkerung 2010



Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12.2010), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 2: Alterspyramiden der Osnabrücker Bevölkerung 2005



Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12.2005), eigene Berechnung und Darstellung

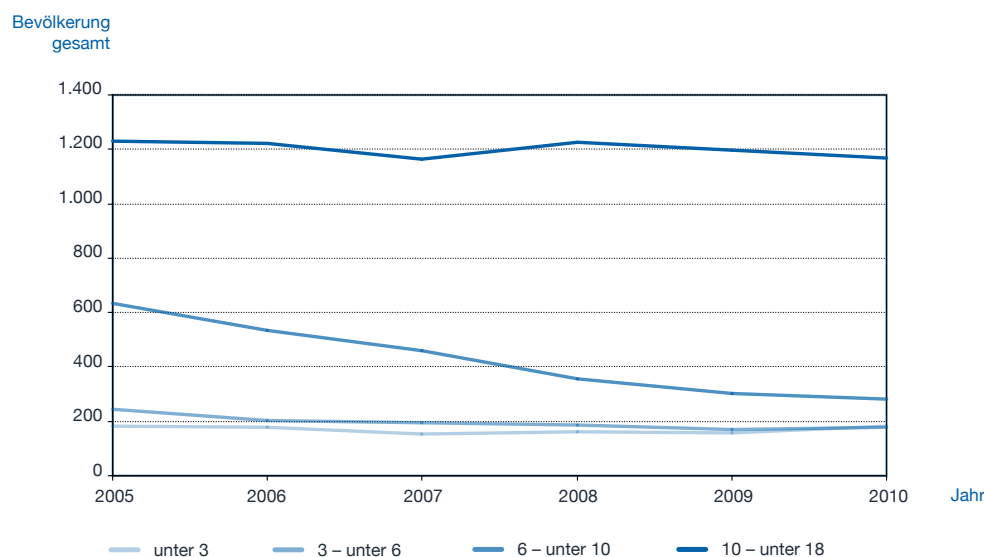
### 5.3 Nichtdeutsche

In der amtlichen Statistik wird lediglich zwischen Deutschen und Nichtdeutschen unterschieden. Unter Nichtdeutschen<sup>14</sup> versteht man alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Personen, die die deutsche und zugleich eine andere Staatsangehörigkeit besitzen, fallen unter die deutsche Bevölkerung. Die Kennzahl ist für die kommunalen Planungen von speziellen Fördermaßnahmen, wie z. B. Sprachfördermaßnahmen oder Integrationsangebote, bedeutsam (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 45 f.).

Aussagekräftiger wäre in diesem Zusammenhang sicherlich der Indikator Migrationshintergrund, worunter z. B. Aussiedler oder eingebürgerte Personen zu fassen sind, allerdings ist eine Auswertung dieses Merkmals über das Osnabrücker Einwohnermelderegister derzeit noch nicht möglich.<sup>15</sup>

Insgesamt lebten in Osnabrück zum 31.12.2010 ca. 14.500 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, das entspricht 9,3% der Bevölkerung. Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft stellen mit ca. 20% den höchsten Anteil unter den ausländischen Bürgern, das entspricht 1,9% der Osnabrücker Bevölkerung. Gegenüber 2005 ist der Anteil Nichtdeutscher um 0,3 Prozentpunkte gesunken. Das sind knapp 500 Personen weniger als 2005. Insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen sowie den jungen Erwachsenen sind die Zahlen gegenüber 2005 teilweise deutlich zurückgegangen. In der Altersklasse 6 bis unter 10 Jahre ist die Population sogar um mehr als die Hälfte (55,5%) von 634 auf 282 gesunken. Dies ist weniger eine Folge des generativen Verhaltens als vielmehr des novellierten Staatsbürgerschaftsrechts. Dass die Zahl der Ausländer insgesamt dennoch kaum gesunken ist, liegt an den Zuwächsen in der Generation, die sich im Rentenalter befindet (65 und älter). Hier ist die Zahl gegenüber 2005 um mehr als 20% auf knapp 1.500 Personen gestiegen.

Tab. 7: Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche von 2005 bis 2010 nach Altersklassen



Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

<sup>14</sup> Die Begriffe „Nichtdeutsche“, „Ausländer“ und „Migranten“ werden häufig synonym verwendet. In der Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird beispielsweise der Begriff „Ausländer“ verwendet.

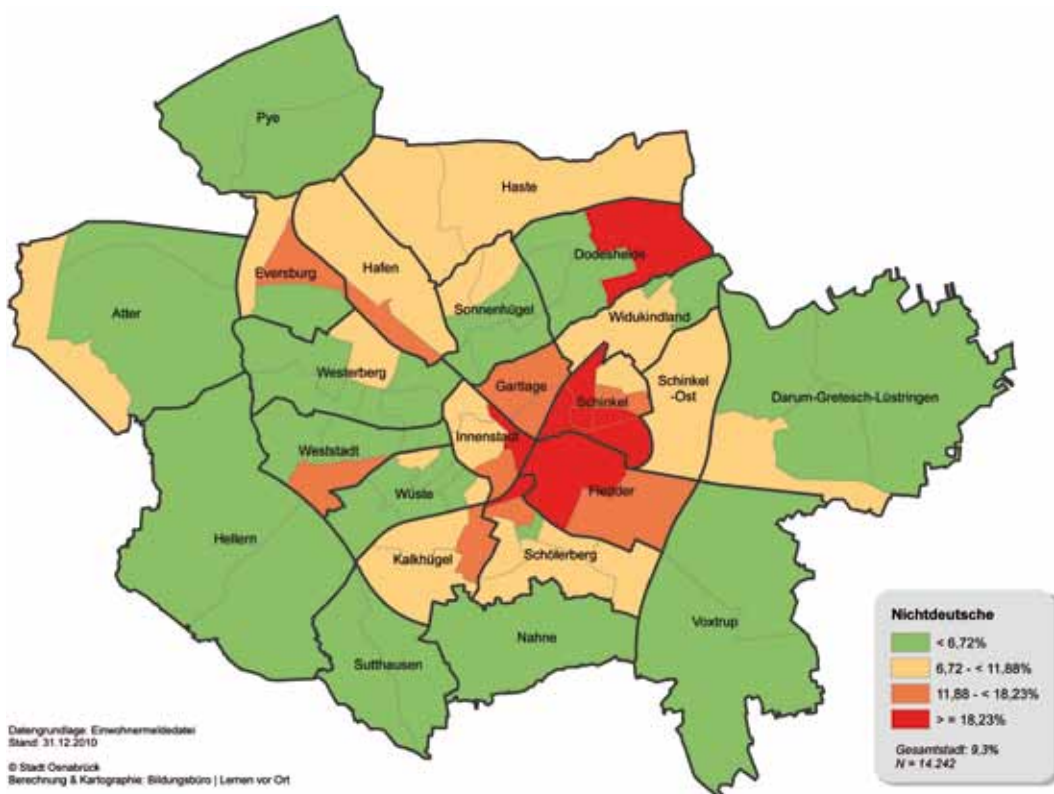
<sup>15</sup> Nach dem Mikrozensus 2009 zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (STATISTISCHES BUNDESAMT 2010: S. 6). „Personen mit Migrationshintergrund“ können aus dem Datenbestand des Einwohnermeldewesens nur annähernd ausgewertet werden. Die im Melderegister zur Verfügung stehenden Merkmale machen es schwierig, die Quantitäten eindeutig zu bestimmen und konkrete Aussagen zur Qualität des Migrationshintergrundes abzuleiten. Mit Hilfe spezieller Instrumente, wie die des KOSIS-Verbundes (MigraPro), könnte das Merkmal valider bestimmt werden.

Betrachtet man die nichtdeutsche Bevölkerung auf der Ebene der Planungsräume, dann ergibt sich ein deutliches räumliches Gefälle. Während die niedrigsten Nichtdeutschenanteile auf die ländlich geprägten Stadtrandgebiete entfallen, liegen die höchsten Anteile eher im Zentrum, und zwar in einem Bereich, der sich von der östlichen Innenstadt (015) über Schinkel (102 bis 106), Fledder-West (131) und das Gebiet Rosenplatz im Nordteil des Stadtteils Schölerberg (140) erstreckt. Als einziger Planungsraum in Randlage weist der östliche Teil der Dodesheide (082) einen der höchsten Nichtdeutschenanteile auf.

In den genannten Gebieten liegen die Werte zwischen knapp 20 % und 26 % und damit deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 9,3 %.

Die geringsten Anteile an nichtdeutscher Bevölkerung findet man vornehmlich in den eher ländlich geprägten Gebieten in Randlagen bzw. den bürgerlichen Wohnvierteln Osnabrücks, wie z. B. in Pye, Hellern oder Voxtrup.

Karte 6: Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 2010 (in %)



## 5.4 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren

Am 31.12.2010 lebten in Osnabrück rund 24.000 junge Menschen unter 18 Jahren. Das entspricht einem Anteil von 15,4% an der Gesamtbevölkerung. Gegenüber dem Jahr 2005 sind das 0,4 Prozentpunkte bzw. 700 Personen weniger. Von den 15,4% der unter 18-Jährigen sind wiederum 7,6% (absolut ca. 1.800) ohne deutschen Pass (siehe Tab. 8).

Tab. 8: Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Bevölkerung		davon weiblich		davon Nichtdeutsche	
		Anzahl	Anteil an der Gesamt- Bevölkerung	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 18	2010	23.999	15,4%	11.770	49,0%	1.812	7,6%
	2009	24.003	15,4%	11.776	49,1%	1.830	7,6%
	2008	24.285	15,6%	11.884	48,9%	1.928	7,9%
	2007	24.263	15,5%	11.892	49,0%	1.970	8,1%
	2006	24.460	15,7%	11.972	48,9%	2.138	8,7%
	2005	24.732	15,8%	12.075	48,8%	2.293	9,3%

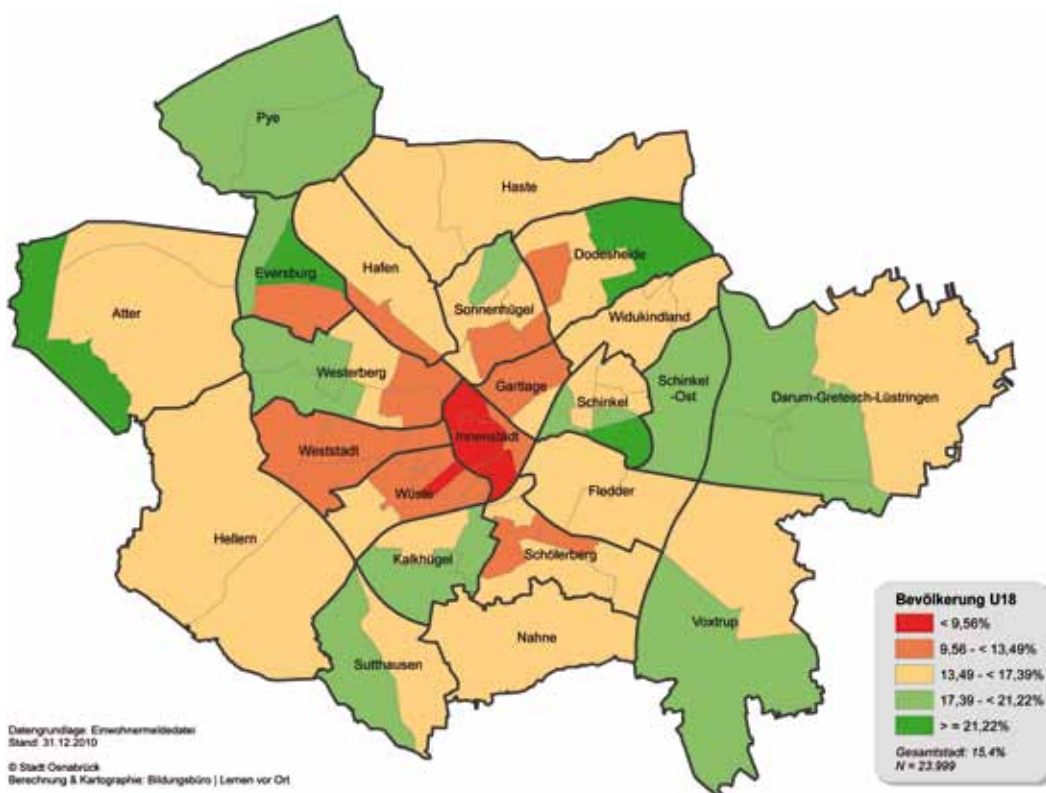
Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Auf der Ebene der Planungsräume ergibt sich ein differenziertes Bild (siehe Karte 7). Anteilig wohnen die wenigsten Kinder und Jugendlichen im Bereich des Stadtzentrums. Dazu gehört im Wesentlichen der Stadtteil Innenstadt sowie der Planungsraum 162 im Stadtteil Wüste. Hier liegen die Anteile der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in einem Spektrum von 6 bis etwas mehr als 8%. Die Bereiche Gartlage (090), Weststadt und der Westen des Stadtteils Westerberg (030, 032) sind zentrumsnah gelegene Planungsräume mit Werten zwischen knapp 10% und 13,5%.

In den Gebieten Innenstadt und Weststadt ist dafür der Anteil der jungen Migranten relativ hoch. Hier besitzt in etwa jeder sechste unter 18-Jährige keine deutsche Staatsbürgerschaft.

Die höchsten Anteile von Kindern und Jugendlichen mit weit über 20% verteilen sich eher auf die weniger stark besiedelten Außenbezirke Atter (194) und Voxtrup (222). Es fällt auf, dass hier ausschließlich deutsche Kinder und Jugendliche leben. Dagegen steigt mit zunehmender Bevölkerungsdichte auch der Anteil nichtdeutscher Kinder und Jugendlicher. Ein gutes Beispiel ist in diesem Zusammenhang Schinkel (103). Das ist ein Gebiet, welches insgesamt in der Altersklasse der unter 18-Jährigen sehr stark besetzt ist (24%) und gleichzeitig einen hohen Anteil an nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen aufweist (21%).

Karte 7: Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)



### 5.4.1 Kinder unter 3 Jahren

Im Jahr 2010 beträgt der Anteil der Kinder im Krippenalter (unter 3 Jahren) 2,6% an der Gesamtbevölkerung. Gegenüber 2005 ist die Zahl der unter 3-Jährigen sogar leicht um 25 gestiegen, der Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich hingegen nicht verändert. Gleiches gilt im Übrigen für die nichtdeutschen Kinder unter 3 Jahren. Der Anteil an allen unter 3-Jährigen ist mit 4,5% auf dem gleichen niedrigen Niveau geblieben wie 2005 (siehe Tab. 9).

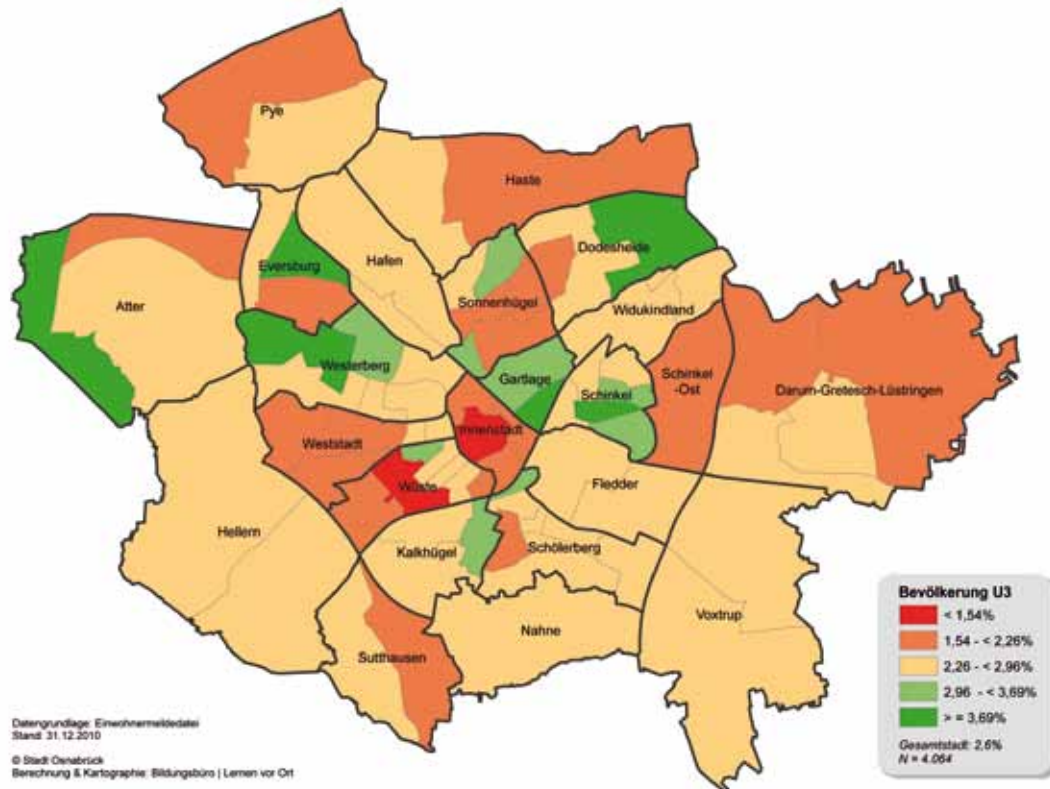
Tab. 9: Entwicklung der Zahl der Kinder unter 3 Jahren von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Bevölkerung		davon weiblich		davon Nichtdeutsche	
		Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 3	2010	4.060	2,6%	1.989	49,0%	182	4,5%
	2009	4.097	2,6%	2.030	49,5%	157	3,8%
	2008	4.105	2,6%	2.045	49,8%	161	3,9%
	2007	3.873	2,5%	1.915	49,4%	152	3,9%
	2006	3.953	2,5%	1.941	49,1%	177	4,5%
	2005	4.035	2,6%	1.999	49,5%	183	4,5%

Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Betrachtet man die kleinräumige Verteilung der unter 3-Jährigen (Karte 8), fallen insbesondere die Planungsräume Innenstadt (014) und Wüste (166) mit den geringsten Anteilen an Kindern unter 3 Jahren auf. Die höchsten Konzentrationen finden wir dagegen mit 3,7% und mehr im westlichen Atter (193, 194), in Eversburg (041), im Norden des Westerbergs (037), in der Dodesheide (082), in Gartlage (092) und Schinkel (102, 106).

Karte 8: Anteil der Kinder unter 3 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)



#### 5.4.2 Kinder von 3 bis unter 6 Jahren

Die Gruppe der Kinder, die von 3 bis unter 6 Jahren alt sind, ist vor allem für die Kindertagesstättenplanung im Rahmen der Versorgung mit Kindertagesplätzen und der Betreuung in der Tagespflege von Bedeutung.

Im Jahr 2010 waren – wie auch schon 2005 – 2,5 % der Gesamtbevölkerung Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren. Damit ist diese Altersgruppe etwas schwächer besetzt als die der unter 3-Jährigen. Anders als bei den Kindern im Krippenalter ist die Zahl der Kinder im Kindergartenalter gegenüber 2005 gesunken, und zwar um 127 auf 3.855 (-3,2%). Der Anteil der ausländischen Kinder in dieser Altersgruppe liegt bei 4,7 % und ist damit 1,5 Prozentpunkte niedriger als noch im Jahr 2005 (siehe Tab. 10).

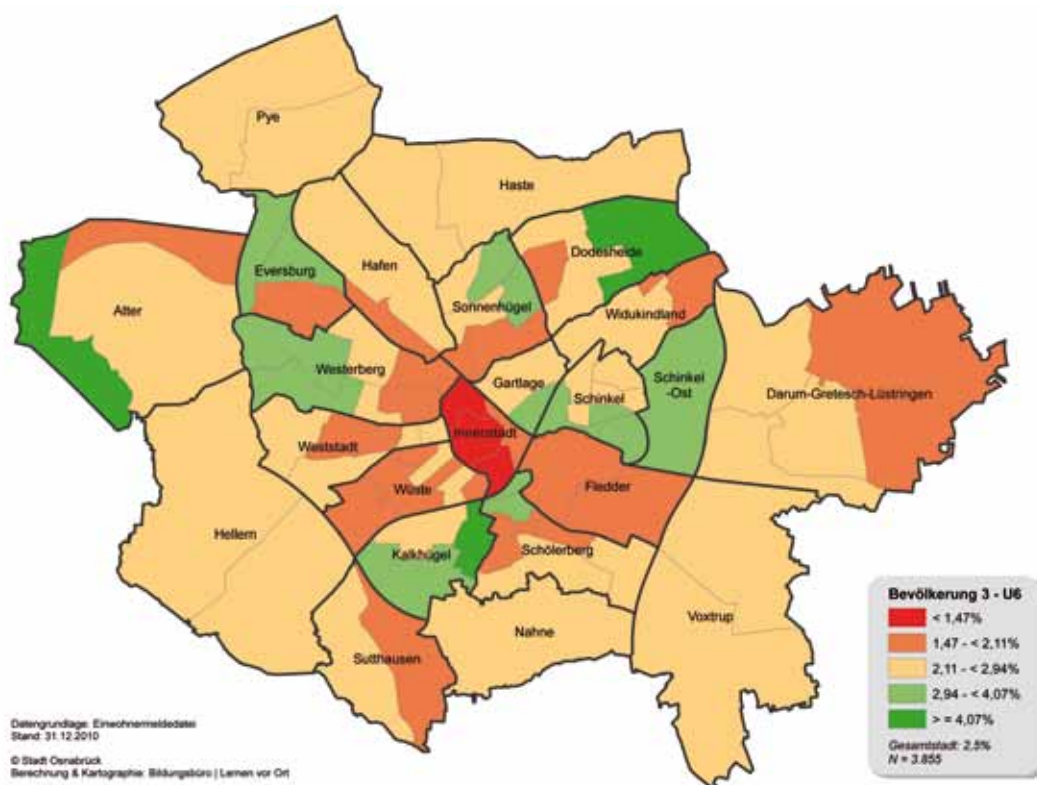
Tab. 10: Entwicklung der Zahl der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Bevölkerung		davon weiblich		davon Nichtdeutsche	
		Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
3 - unter 6	2010	3.855	2,5 %	1.925	49,9%	180	4,7%
	2009	3.776	2,4 %	1.882	49,8%	171	4,5%
	2008	3.824	2,5 %	1.909	49,9%	187	4,9%
	2007	3.908	2,5 %	1.926	49,3%	196	5,0%
	2006	3.855	2,5 %	1.897	49,2%	203	5,3%
	2005	3.982	2,5 %	1.925	48,3%	245	6,2%

Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Kleinräumig verteilen sich die 3- bis unter 6-jährigen Kinder ähnlich wie die der jüngsten Altersgruppe (siehe Karte 8). D. h. da wo viele Kinder im Krippenalter leben, wohnen auch in der Regel viele Kinder im Kindergartenalter. Besonders hoch sind die Anteile in der Dodesheide (082) und in Atter (1949) mit über 4,5 %. Die besonders niedrigen Anteilswerte konzentrieren (um 1 %) sich auf die Planungsräume der Innenstadt.

Karte 9: Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)



### 5.4.3 Kinder von 6 bis unter 10 Jahren

Diese Alterskohorte der Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren ist eine Kennzahl, die vor allem im Rahmen der Grundschulplanung und auch bei der Bedarfsermittlung in der schulischen Nachbetreuung von Relevanz ist. Auch schulische und außerschulische Förder- und Integrationsmaßnahmen, insbesondere bei den nichtdeutschen Kindern, betreffen diese Altersgruppe (BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG 2009: S. 29).

Insgesamt lebten im Jahr 2010 in Osnabrück 5.057 Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren. Das sind 8 % weniger als noch 2005. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist im gleichen Zeitraum um 0,3 Prozentpunkte auf 3,2 % gesunken. Besonders auffällig ist der Rückgang bei den nichtdeutschen Kindern im Grundschulalter. Innerhalb von fünf Jahren ist deren Anteil an allen Kindern im Grundschulalter um 5 Prozentpunkte auf 5,6 % gefallen (siehe Tab. 11).

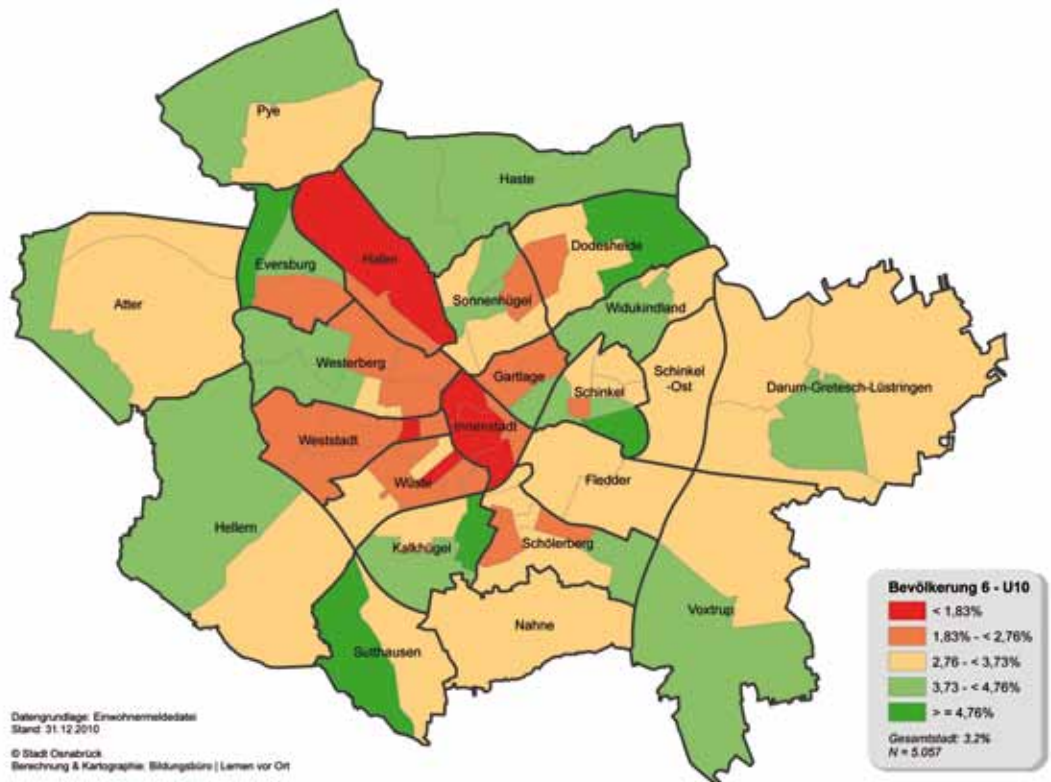
Tab. 11: Entwicklung der Zahl der Kinder von 6 bis unter 10 Jahren von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Bevölkerung		davon weiblich		davon Nichtdeutsche	
		Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
6 - unter 10	2010	5.057	3,2 %	2.501	49,5 %	282	5,6 %
	2009	5.141	3,3 %	2.500	48,6 %	303	5,9 %
	2008	5.276	3,4 %	2.542	48,2 %	355	6,7 %
	2007	5.337	3,4 %	2.590	48,5 %	458	8,6 %
	2006	5.486	3,5 %	2.657	48,4 %	536	9,8 %
	2005	5.488	3,5 %	2.647	48,2 %	634	11,6 %

Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Wie in Karte 10 zu sehen, verteilen sich die Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren in den Teilräumen Osnabrücks sehr unterschiedlich. Die meisten Kinder sind in Haste (071) und in Hellern (181) zu finden. Das liegt allerdings an der generell hohen Bevölkerungszahl in diesen Planungsräumen. Dementsprechend liegt der Anteil mit jeweils 3,8 % nur leicht über dem städtischen Durchschnitt (3,2 %). Am stärksten konzentriert sich diese Altersklasse in Kalkhügel (150) und Sutthausen (172) mit über 5 %, gefolgt von den Gebieten Schinkel (103), Dodesheide (082) und Eversburg (042). Anteilig die wenigsten 6- bis unter 10-Jährigen, mit unter 2 %, sind vornehmlich in den zentral gelegenen städtischen Gebieten, d.h. Innenstadt (011, 014, 016), Wüste (162) und Weststadt (022), sowie im Bereich Hafen (050) zu konstatieren.

Karte 10: Anteil der Kinder von 6 bis unter 10 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)



#### 5.4.4 Kinder und Jugendliche von 10 bis unter 18 Jahren

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis unter 18 Jahren gibt einen Hinweis auf den Bedarf an schulischer Infrastruktur (Sekundarstufen 1 und 2), zeigt aber auch den Umfang des heranwachsenden Erwerbspersonenpotenzials an. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Osnabrück 7,1 % an der Gesamtbevölkerung. Gegenüber 2005 ist sowohl die Zahl der 10- bis unter 18-Jährigen (-200) als auch der Anteil an der Gesamtbevölkerung nur leicht gefallen (-0,1 %). Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ohne deutschen Pass ist 2010 im Vergleich zu den anderen Altersgruppen von Kindern bis unter 10 Jahre, mit 10,6 % relativ hoch, fällt aber gegenüber 2005 um 0,5 Prozentpunkte geringer aus (siehe Tab. 12).

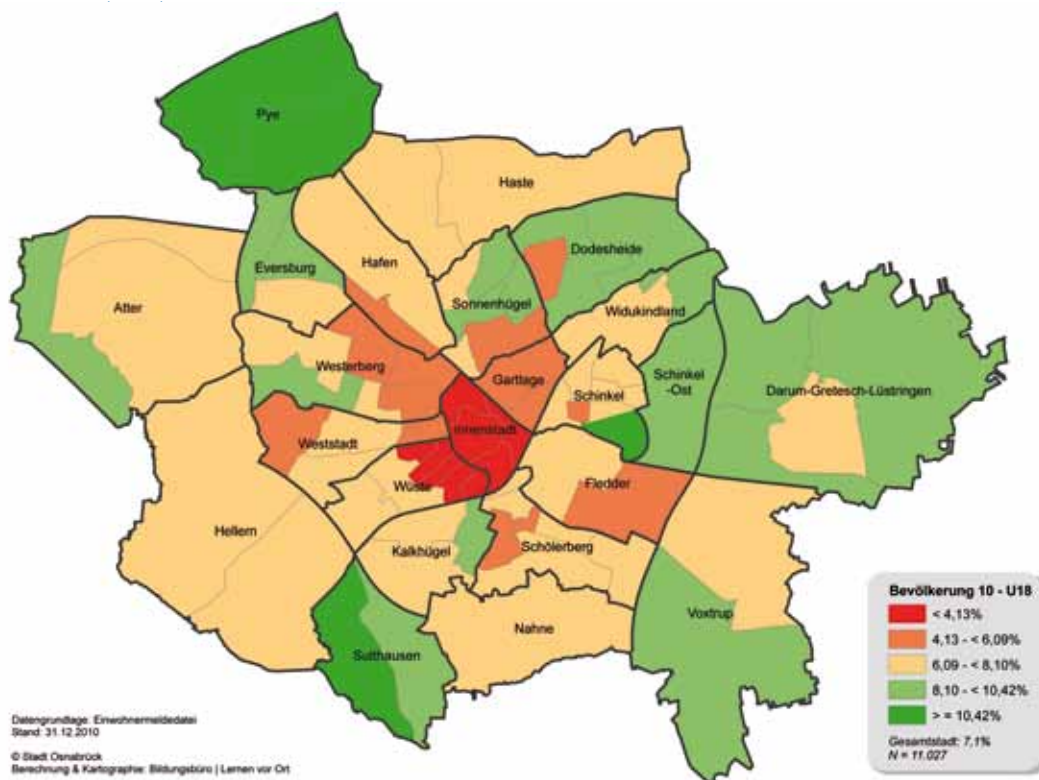
Tab. 12: Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen von 10 bis unter 18 Jahren von 2005 bis 2010

Altersklasse	Jahr	Bevölkerung		davon weiblich		davon Nichtdeutsche	
		Anzahl	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
10 - unter 18	2010	11.027	7,1%	5.355	48,6%	1.168	10,6%
	2009	10.989	7,0%	5.364	48,8%	1.199	10,9%
	2008	11.080	7,1%	5.388	48,6%	1.225	11,1%
	2007	11.145	7,1%	5.461	49,0%	1.164	10,4%
	2006	11.166	7,2%	5.477	49,1%	1.222	10,9%
	2005	11.227	7,2%	5.504	49,0%	1.231	11,0%

Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Auf der Ebene der Planungsräume ergibt sich ein differenzierteres Bild bei der räumlichen Verteilung (siehe Karte 11). Die niedrigsten Konzentrationen der 10- bis unter 18-Jährigen sind im Zentrum Osnabrücks sowie dem östlichen Bereich des Stadtteils Wüste zu finden (unter 4%). Die höchsten Anteile in dieser Altersgruppe sind mit rund 12% in Schinkel (103) festzustellen. Hier wohnen anteilig auch die meisten Nichtdeutschen der Altersgruppe (33,1%). Etwa einen Prozentpunkt dahinter liegen Pye (200, 202) und Sutthausen (172).

Karte 11: Anteil Kinder und Jugendlicher von 10 bis unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung



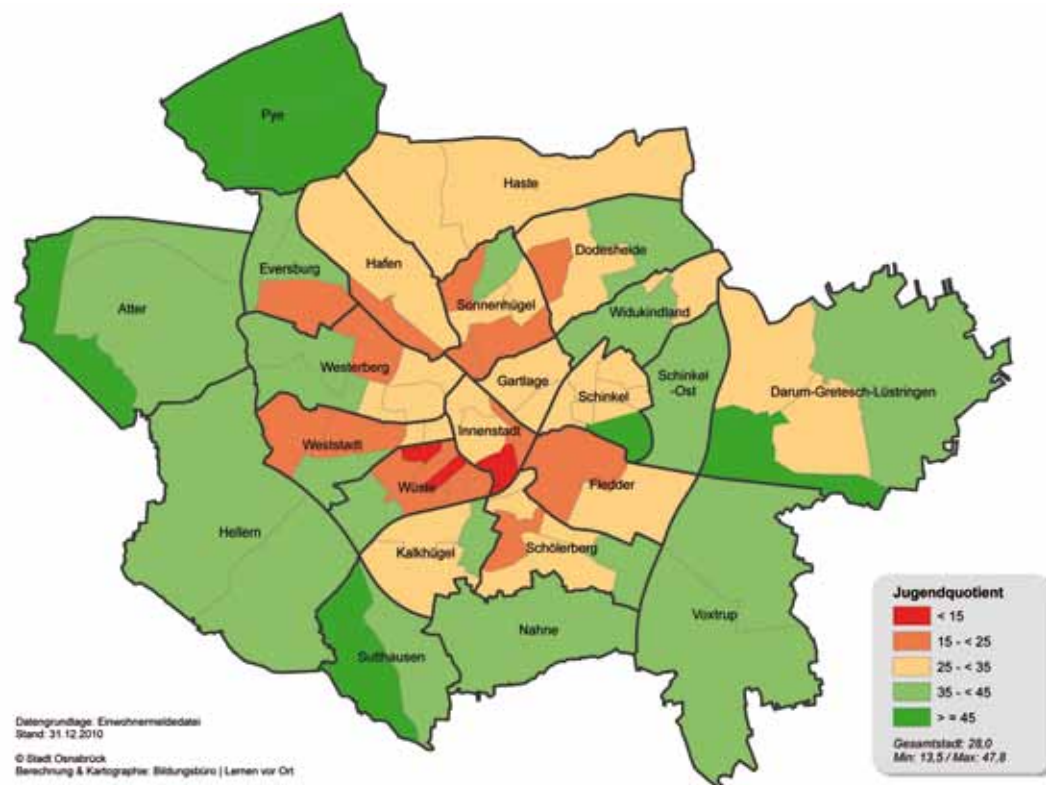
## 5.5 Jugend- und Altenquotient

Als Maßzahlen zur Beschreibung der Altersstruktur und ihrer zeitlichen Entwicklung werden häufig der Jugendquotient und der Altenquotient verwendet. Diese stellen die Kinder- und Jugendgeneration, die sich in der Bildungs- und Ausbildungsphase befindet, und die nicht mehr im Erwerbsleben stehende ältere Generation jeweils der mittleren Generation im erwerbsfähigen Alter gegenüber.

Der Jugendquotient gibt die Anzahl der (zumeist wirtschaftlich und sozial abhängigen) Kinder und Jugendlichen (unter 20 Jahren) auf 100 Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis unter 65 Jahren) an. Darüber hinaus gibt der Jugendquotient Hinweise auf informelle Unterstützungspotenziale zwischen den Generationen und mögliche Bedarfe an sozialen Diensten. Oft wird er auch als Indikator für die Familienprägung verwendet.

Der Jugendquotient sollte nicht für sich alleine betrachtet werden, sondern in der Kombination mit dem Altenquotienten. Dieser bezeichnet das Verhältnis der in der Regel wirtschaftlich abhängigen „alten“ Bevölkerung (65 Jahre und älter) zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (von 20 bis unter 65 Jahren). Der Altenquotient weist auf eine „Überalterung“ eines Gebietes und auf eine besondere Belastung der informellen Solidarpotenziale in Familien und Nachbarschaften hin, die besonderen sozialpolitischen Handlungsbedarf signalisieren (STROHMEIER 2002: S. 37), insbesondere dann, wenn ein hoher Jugend- und Altenquotient gemeinsam auftreten. Der Altenquotient kann auch als ein gewisses „Abhängigkeitsverhältnis“ (Pflege, Unterstützung im Alltag, Hilfe in bestimmten Lebensbereichen etc.) zur erwerbsfähigen Generation verstanden werden.

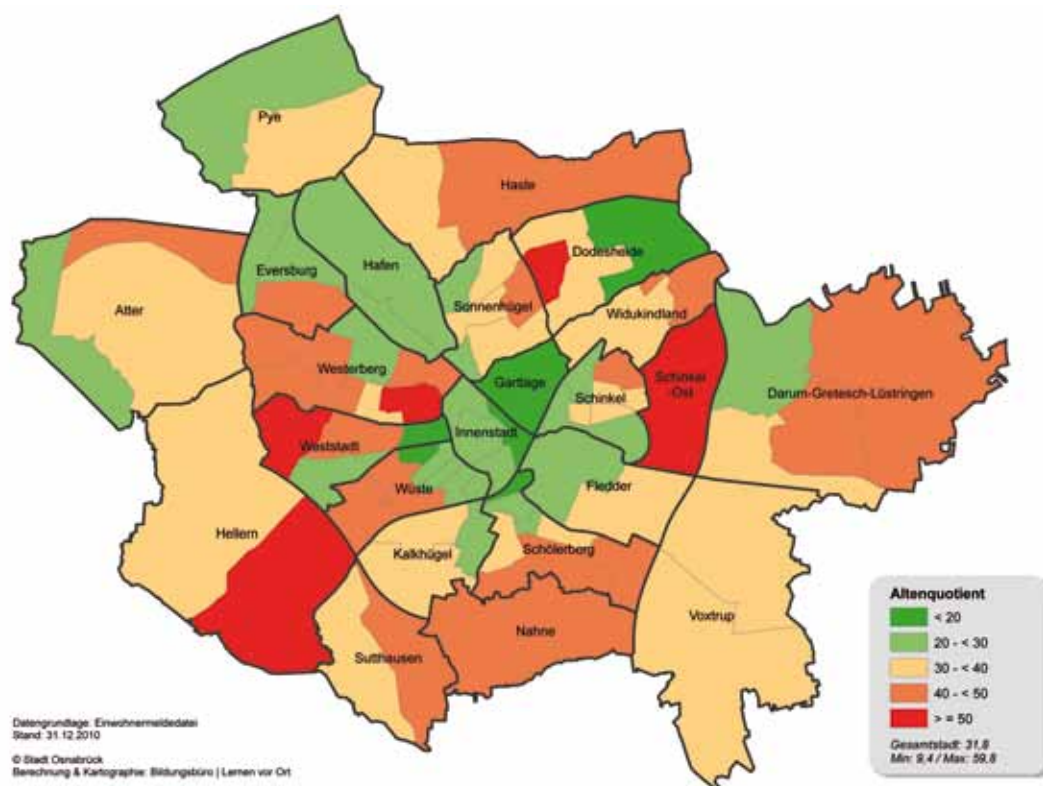
Karte 12: Jugendquotient 2010 – Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen



Die mit Abstand höchsten Jugendquotienten in Osnabrück verteilen sich vornehmlich auf Gebiete mit relativ niedrigem Nichtdeutschenanteil. Die höchsten Werte, und somit deutlich über dem städtischen Durchschnitt von 28, sind in Pye (202), dem nördlichsten Planungsraum Osnabrücks zu beobachten (siehe Karte 12). Hier kommen rund 48 Personen im Ausbildungsalter (unter 20-Jährige) auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65-Jährige). Einen sehr hohen Jugendquotienten (über 45) findet man ebenfalls in Darum-Gretesch-Lüstringen (216), Sutthausen (172), Atter (194), Schinkel (103) und Pye (200). Besonderes Augenmerk gilt dabei Schinkel (103), das gleichzeitig einen hohen Anteil Nichtdeutscher aufweist. Die niedrigsten Jugendquotienten konzentrieren sich mit unter 15 im Wesentlichen im Zentrum von Osnabrück, und zwar auf die Bereiche Wüste (162; 164) und Innenstadt (016). Es fällt dabei zugleich auf, dass in den meisten dieser innerstädtischen bzw. innenstadt-nahen Bereiche auch der Altenquotient relativ gering ausfällt. Ein Indiz dafür, dass die mittlere Generation hier relativ stark, die alte und junge Generation dagegen eher schwach besetzt ist. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem Wüste (164) und Innenstadt (015).

Zu den durch Überalterung geprägten Planungsräumen sind insbesondere Dodesheide (080), Westerberg (032), Weststadt (027) Hellern (182) und Schinkel-Ost (120) zu zählen. Mit über 50 liegt hier der Altenquotient deutlich über dem Durchschnitt von 31,8 (siehe Karte 13).

Karte 13: Altenquotient 2010 – Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen



## 5.6 Familienstrukturen

Familien- und auch Haushaltsstrukturen haben sich insbesondere in den letzten 20 Jahren stark gewandelt. Mit der Pluralisierung der Lebensstile und Lebensformen geht auch ein Bedeutungsverlust der klassischen Familienform des verheirateten Paares mit Kindern einher. Ehemals seltene Lebensformen wie nichteheliche Lebensgemeinschaften, Patchwork-Familien oder auch Alleinerziehende haben deutlich an Relevanz zugenommen. Die Folge ist, dass die Zahl der Familienhaushalte immer weiter zurückgeht, während die Zahl der Single- und Zweipersonenhaushalte zunimmt.

Dabei ist bekannt, dass Familien unterschiedlich stark armutsgefährdet sind. So sind beispielsweise Alleinerziehende oder kinderreiche Familien häufiger von Armut betroffen als Familienhaushalte, wo zwei Erwachsene mit nur einem Kind zusammenleben. Die Zusammensetzung der Haushalte lässt sich – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Familienformen von Patchwork-Familien bis zu Wohngemeinschaften oder Geschiedenen – statistisch sehr schwer ermitteln. Über das Einwohnermelderegister können Familien- und Haushaltsstrukturen nur in Kombination mit dem Haushaltsgenerierungsverfahren<sup>17</sup> und der Familienverbands- bzw. Haushaltsvorstandsstatistik abgeleitet werden (MARDORF 2006: S. 223 f.). Mit einer Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) im Juli 2010 sind die Auswertungsmöglichkeiten des Melderegisters weiter eingeschränkt worden. Seitdem wird der volljährige Nachwuchs, ganz gleich ob im elterlichen Haushalt lebend oder nicht, als eigener Haushalt geführt. Hiernach gelten nur noch Eltern mit minderjährigen Kindern als Familie.<sup>18</sup> Das hat zur Folge, dass über das Osnabrücker Einwohnermelderegister nur Ehegemeinschaften mit minderjährigen Kindern bzw. Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern abgeleitet werden können. Eine Referenzgruppe, die in Kap. 3.2 bei der Berechnung von Indikatoren im Bereich der Transferleistungen relevant ist.

### Familien

Nach Auswertung des Einwohnermelderegisters lebten zum 31.12.2010 14.619 Familien mit mindestens 1 Kind unter 18 Jahren in Osnabrück, davon waren 14,6 % Familien mit einem nichtdeutschen Haushaltsvorstand. Der Anteil der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern lag 2010 bei 27,2 %.

Betrachtet man die Entwicklung, so haben sich die Familienzahlen gegenüber 2005 bei etwa gleichbleibender Einwohnerzahl nur geringfügig verändert (-1,8%). Die Zahl der nichtdeutschen Familien ist nahezu konstant bei 2.140 geblieben, die der nichtdeutschen Alleinerziehenden ist hingegen um über 40 % gestiegen. Die meisten Familien konzentrieren sich eher auf Planungsräume in den Randlagen Osnabrücks. Dazu zählen z. B. Haste (071) mit 518, Hellern (180) mit 432 und Dodesheide (082) mit 417 Familien.

### Alleinerziehende

Fast jede dritte Familie in Osnabrück war 2010 alleinerziehend. Gegenüber 2005 hat sich der Anteil der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern an allen Familien um 3,3 Prozentpunkte auf 27,2 % erhöht. Die Zahl ist im gleichen Zeitraum um ca. 10 % (von 3.557 auf 3.975) angestiegen. Von den ca. 4.000 Alleinerziehenden waren 562, das

<sup>17</sup> Mit dem Haushaltsgenerierungsverfahren „HHGen“ des KOSIS-Verbundes könnten auch in Osnabrück Informationen zu Familien- und Haushaltsstrukturen über das Einwohnermelderegister gewonnen werden. Wichtige Merkmale wie z. B. die Zahl der Personen bzw. Kinder im Haushalt, nichteheliche Partnerschaften, Haushaltstypen etc. können generiert werden (vgl. [www.staedtestatistik.de](http://www.staedtestatistik.de)). Eine Anschaffung wird für das Jahr 2012 diskutiert.

<sup>18</sup> In dem Erlass (Erl. § 2 MRRG: S. 15) heißt es: „Im Rahmen der MRRG-Novelle 2002 wurde das durch die MRRG-Novelle 1994 neu aufgenommene Datum ‚Kinder bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres‘ wieder auf die frühere Regelung im Stammgesetz von 1980 (= minderjährige Kinder) zurückgeführt, wonach im Datensatz der Eltern (Elternteile) die bei Eintritt der Volljährigkeit des Kindes oder bei Auflösung der Ehe der Eltern zu löschen sind.“ (vgl. auch § 2 MRRG in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002)

sind rund 14 %, ohne deutschen Pass. Dabei ist die Zahl der nichtdeutschen Alleinerziehenden zwischen 2005 und 2010 deutlich um etwa 42 % gestiegen (siehe Tab. 13).

Tab. 13: Entwicklung der Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2005 und 2010

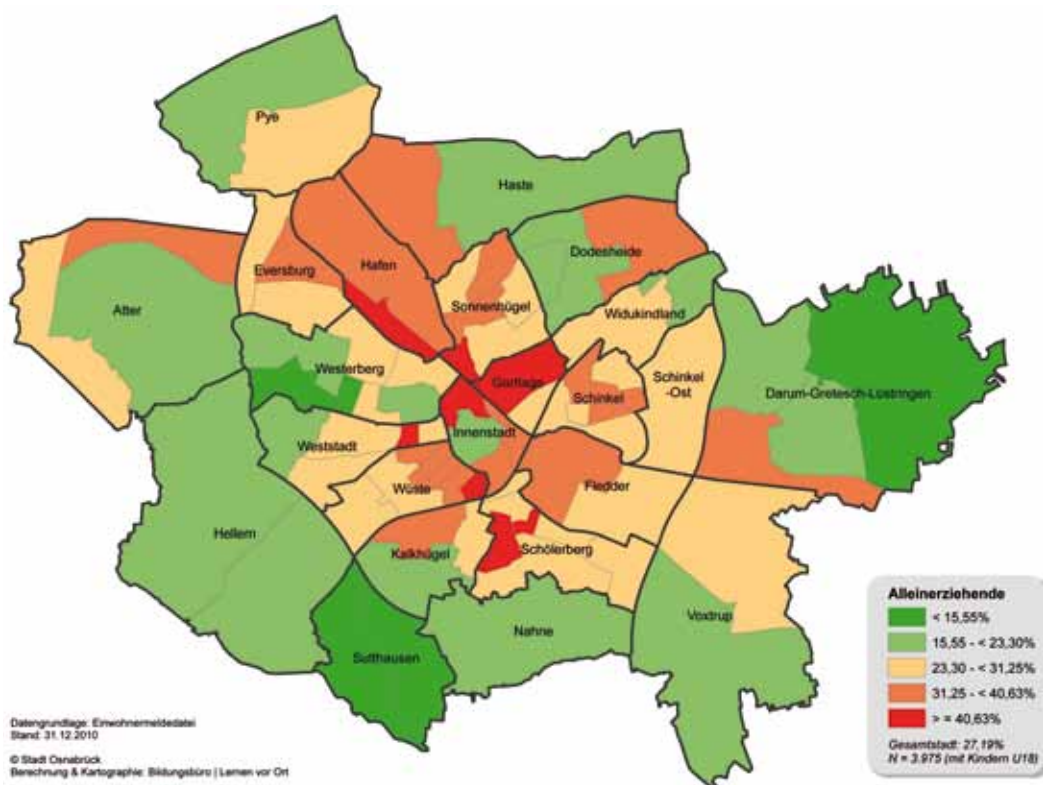
	2010		2005		Entwicklung	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
Familien insgesamt	14.619	100 %	14.883	100 %	-264	-1,8 %
davon nichtdeutsche Familien	2.140	14,6 %	2.145	14,1 %	-5	-0,2 %
davon Alleinerziehende	3.975	27,2 %	3.557	23,9 %	418	+11,8 %
davon nichtdeutsche Alleinerziehende	562	3,8 %	396	2,7 %	+166	+41,9 %

Datengrundlage: Einwohnermelderegister (Stichtag 31.12. eines Jahres), eigene Berechnung und Darstellung

Die Karte 14 zeigt die kleinräumige Differenzierung der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern. In den Bereichen Hafen (051), Sonnenhügel (060), Gartlage (090), Innenstadt (011), Weststadt (022), Wüste (160) und Schölerberg (141, 143) ist fast jede zweite Familie alleinerziehend, hingegen findet man bei einem gesamtstädtischen Wert von 27,2 % in Darum-Gretesch-Lüstringen (211), Sutthausen und im Stadtteil Westerberg (036) Anteile von weniger als 15 %.

Besonderes Augenmerk gilt den Gebieten mit den meisten Alleinerziehenden. Dazu gehören Dodesheide (082) mit 145, Eversburg (041) mit 114, Haste (071) mit 112 und Voxtrup (220) mit 105 Alleinerziehenden.

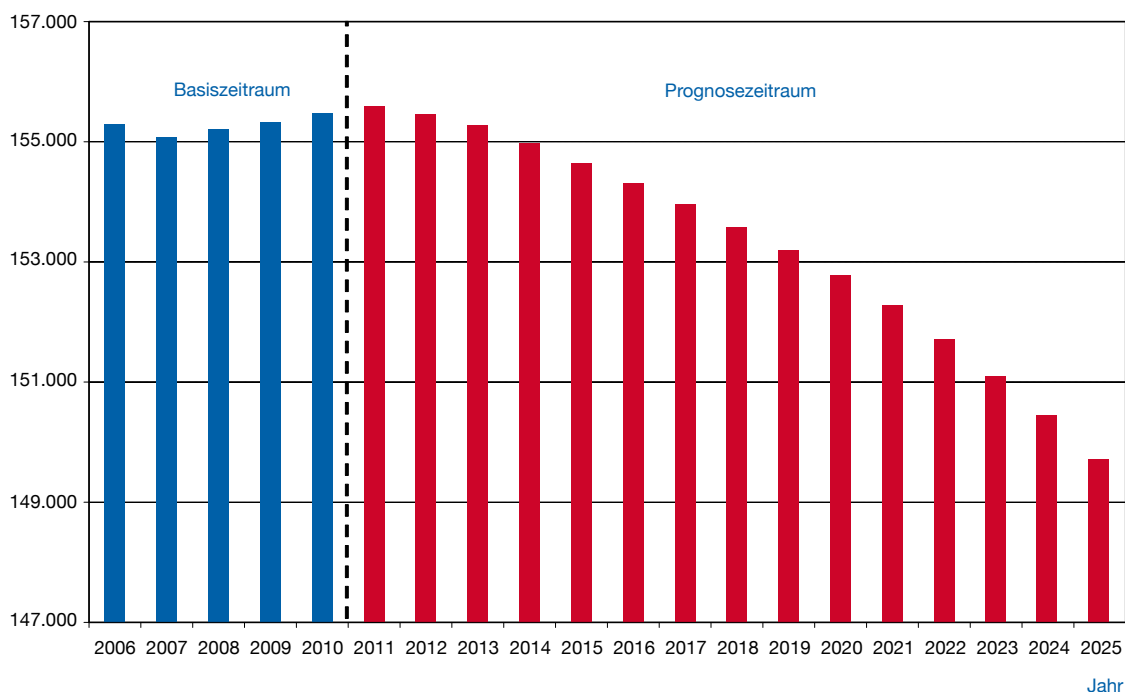
Karte 14: Anteil der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern an allen Familien mit minderjährigen Kindern



## 5.7 Bevölkerungsvorausberechnung

Wie man der Abbildung 3 entnehmen kann, soll entsprechend der Bevölkerungsvorausberechnung von 2011<sup>19</sup> die Einwohnerzahl in der Stadt Osnabrück bis zum Jahr 2025 auf 149.721 Einwohner zurückgehen. Dies sind rund 5.600 Einwohner oder 3,6 % weniger als zum Basisjahr 2009 der Vorausberechnung und kann als vergleichsweise moderate Entwicklung im bundesweiten Trend betrachtet werden. Zu Beginn des Prognosezeitraumes steigt die Bevölkerungszahl sogar leicht an, ab 2013 nimmt die Bevölkerung in der Vorausberechnung kontinuierlich ab und liegt 2025 bei unter 150.000 Einwohnern. Das ist darauf zurückzuführen, dass das Geburtendefizit in der Stadt Osnabrück die Wanderungsgewinne übersteigt.<sup>20</sup>

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Osnabrück von 2011 bis 2025



Datengrundlage: Einwohnermelderegister Stadt Osnabrück, dmbT-Bevölkerungsprognose 2010

Die Entwicklung der Altersstruktur bzw. der Bevölkerungszusammensetzung ist für viele kommunale Fachplanungen, wie z. B. für die Kindertagesstättenplanung oder Schulentwicklungsplanung, von besonderer Bedeutung.

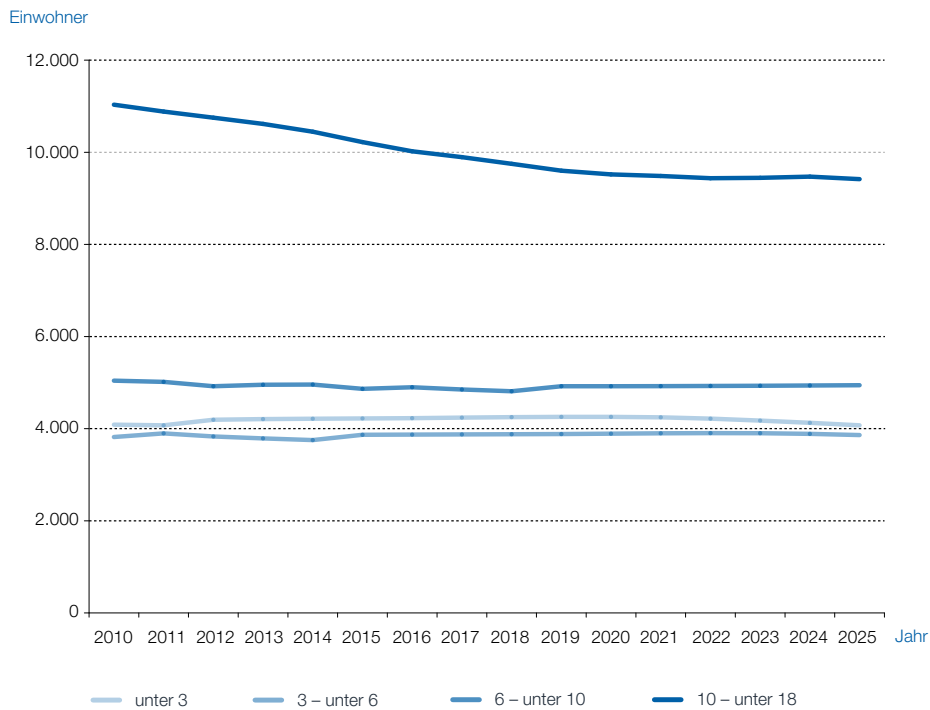
Während die Zahl der Kinder im Vorschulalter bis unter 6 Jahre voraussichtlich eher eine leicht positive Entwicklung erfährt, wird sowohl die Zahl der Kinder im Grundschulalter (6 bis unter 10 Jahre) um ca. 2 % als auch die Zahl der Jugendlichen im Sekundarstufenalter (10 bis unter 18 Jahre) um rund 15 % deutlich zurückgehen (siehe Abb. 4). Den stärksten Rückgang bis 2025 wird die Gruppe der jungen Erwachsenen

<sup>19</sup> Vgl. auch dazu [www.osnabrueck.de/images\\_design/Grafiken\\_Inhalt\\_Rathaus\\_online/Bevoelkerungsprognose\\_Stadt\\_Osnabrueck\\_2010\\_-\\_2025.pdf](http://www.osnabrueck.de/images_design/Grafiken_Inhalt_Rathaus_online/Bevoelkerungsprognose_Stadt_Osnabrueck_2010_-_2025.pdf)

<sup>20</sup> Schon jetzt zeigt sich, dass die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung in der Stadt günstiger verlaufen ist als vorausberechnet. In den Jahren 2010 und 2011 konnten Wanderungsgewinne realisiert werden, die das Geburtendefizit deutlich überschritten haben. Hierbei handelt es sich vor allem um junge Menschen, die die Stadt durch Zuwanderungen gewonnen hat (STADT OSNABRÜCK 2011B, S. 8 f.)

im Ausbildungsalter erfahren. In der Prognose wird diese Altersklasse um fast 22 % schrumpfen, eine Entwicklung, die für den Ausbildungs- und Hochschulstandort Osnabrück eine besondere Herausforderung darstellt (STADT OSNABRÜCK 2011B: S. 8 f.).

Abb. 4: Vorausberechnung der Zahl der Kinder und Jugendlichen für die Stadt Osnabrück von 2010 bis 2025



Datengrundlage: Einwohnermelderegister Stadt Osnabrück, dmbT-Bevölkerungsprognose 2010, eigene Darstellung



## 6 ARBEIT UND TRANSFERLEISTUNGEN

Die Beteiligung am Arbeitsleben ist ein wesentliches Element der Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit bedeutet in der Regel, ein konstantes und regelmäßiges Einkommen für die tägliche Lebensführung zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig bedeutet Arbeit auch, Kenntnisse, Fertigkeiten sowie Fähigkeiten zu entwickeln, die wiederum der persönlichen und beruflichen Entwicklung dienen.<sup>21</sup>

Durch den Wandel des Arbeitsmarktes geraten immer mehr Menschen in prekäre Lebenslagen und damit in die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor die Hauptursache für Armutslagen und soziale Ausgrenzung. Dies gilt vor allem für Personen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (vgl. FRICK/ GRABKA 2008).

Die Kennzahl „Arbeitslosigkeit“ gibt allerdings nur bedingt Aufschluss über die soziale Lage in einer Stadt. Denn mit der Umsetzung der Hartz-IV-Reform am 01.01.2005 haben sich die gesetzlichen Bestimmungen für Personen ohne Arbeit grundlegend geändert. Im Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und im Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) werden die entsprechenden Rahmenbedingungen festgeschrieben. Arbeitslos sind nach dem Sozialgesetzbuch Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das 15 Wochenstunden und mehr umfasst, eine versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit bzw. der Träger der Grundsicherung (z. B. Job-Center) zur Verfügung stehen und sich dort persönlich arbeitslos gemeldet haben.

Mit Verweis auf die Verfügbarkeit zählt nach § 16 Absatz 2 SGB III nicht als arbeitslos, wer an Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit teilnimmt (z.B. Trainingsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten).

Auch Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen, sind nicht als arbeitslos registriert (vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2009)<sup>22</sup>. Diese Personen werden in der offiziellen Arbeitslosenstatistik als „arbeitsuchend“ geführt und fallen aus der Berechnung der Arbeitslosenquoten heraus. Auswertungen der Grundsicherungsstatistik haben für Osnabrück ergeben, dass aus dem Bereich SGB II insgesamt 3.724 Personen den Status „nicht arbeitslos – arbeitsuchend“ aufweisen, davon sind 374 Personen unter 25 Jahren (rund 10%).

Auch wenn durch das statistische Vorgehen bei der Arbeitsvermittlung das wahre Ausmaß der „Arbeitslosigkeit“ verzerrt dargestellt wird, werden in der Sozial- und Armutserichterstattung für gewöhnlich die Quoten der Arbeitslosen, Jugendarbeitslosen und Langzeitarbeitslosen zur Beschreibung der sozialen Lage und Entwicklung herangezogen. Für eine präzisere Beschreibung werden Informationen zum Leistungsbereich des SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) herangezogen.

Von besonderem Interesse in diesem Bericht ist die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die in Risikolebenslagen aufwachsen. Dabei hat das Elternhaus maßgeblichen

<sup>21</sup> Der Kompetenzbegriff steht im Zentrum des „Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen“. Der DQR unterscheidet zwei Kompetenzkategorien: „Fachkompetenz“, unterteilt in „Wissen“ und „Fertigkeiten“, und „Personale Kompetenz“, unterteilt in „Sozialkompetenz“ und „Selbständigkeit“ (vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG /DIE KULTUSMINISTERKONFERENZ 2011: S. 4 f.)

<sup>22</sup> Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder arbeitsunfähig erkrankt sind, kommen ebenfalls in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht vor.

Einfluss auf die Lebenssituation von Kindern. Besonders Arbeitslosigkeit, Schul- und Ausbildungsabschlüsse der Eltern (einschließlich vorhandener Deutschkenntnisse) und die Wohnverhältnisse der Familie bestimmen das Armutsrisiko und somit die körperlichen, emotionalen und geistigen Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder. Zu diesen Einflussfaktoren zählt auch der Bezug von Transferleistungen gemäß SGB II. Für Kinder unter 15 Jahren gibt es kein Arbeitslosengeld II (ALG II).

Kinder gelten im Sinne des Gesetzes zu den nicht erwerbsfähigen Angehörigen und erhalten, sofern sie in einer Bedarfsgemeinschaft mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen leben, Sozialgeld gemäß § 19 SGB II.<sup>23</sup> Eine besondere Betrachtung gilt deshalb den Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder und Jugendliche leben.

## 6.1 Arbeitslosigkeit

Ein geeigneter Indikator zur Darstellung von Arbeitslosigkeit ist die Arbeitslosenquote, die erste Hinweise auf soziale Belastungen und z. B. eine Begründung für die Wanderungsbewegungen junger Menschen liefern kann (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 60). Zu beachten ist, dass die Berechnung der registrierten Arbeitslosigkeit wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) durchgeführt wird. Offizielle Arbeitslosenquoten stehen erst ab Gemeindeebene zur Verfügung. Kleineräumig, z. B. auf Planungsraum/-ebene, können hingegen nur Arbeitslosenanteile mit Hilfe der Einwohnermeldedaten gebildet werden.<sup>24</sup> Dazu werden alle Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (Personen zwischen 15 und 65 Jahren) gemessen.

In Osnabrück unterliegen die Arbeitslosenzahlen seit 2006 starken Schwankungen. 2010 waren 7.236 Menschen arbeitslos, während der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung bei 6,9 % und somit fast einen Prozentpunkt höher lag als noch 2008. Gegenüber 2006 ist die Zahl allerdings um 670 (minus 8,5 %) gesunken. Die Zahl der SGB-III-Empfänger ist um 608 Personen (minus 28 %) gesunken, die der SGB-II-Empfänger um 62 (minus 1,2 %). Das Verhältnis von SGB-III- zu SGB-II-Empfängern hat sich von 65 zu 35 auf 70 zu 30 zugunsten des SGB-II-Bereiches verändert, d. h. mehr als zwei Drittel aller Arbeitslosen lebten 2010 von „Hartz IV“ (siehe Tab. 14)

Tab. 14: Arbeitslosigkeit (gemäß SGB II und SGB III) in Osnabrück von 2006 bis 2010

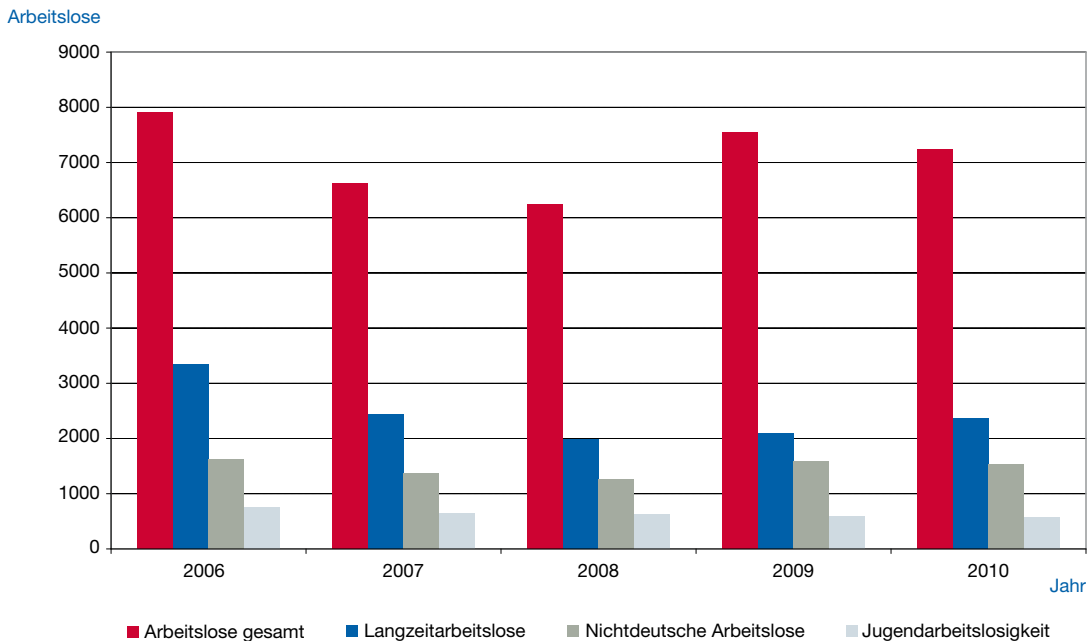
Jahr	Arbeitslose				Nichtdeutsche		Langzeitarbeitslose	
	gesamt	SGB III	SGB II	Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung	gesamt	Anteil	gesamt	Anteil
2010	7.236	2.161	5.075	6,9%	1.534	21,2%	2.369	32,7%
2009	7.547	2.579	4.968	7,3%	1.588	21,0%	2.096	27,8%
2008	6.244	1.894	4.350	6,0%	1.266	20,3%	1.982	31,7%
2007	6.621	1.900	4.721	6,4%	1.377	20,8%	2.440	36,9%
2006	7.906	2.769	5.137	7,6%	1.630	20,6%	3.342	42,3%

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (AKG), eigene Berechnung und Darstellung

<sup>23</sup> Sozialgeld ist für alle nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bestimmt, die mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben. Dazu gehören z. B. Kinder unter 15 Jahren, die mit ihren hilfebedürftigen Eltern zusammenleben, oder jemand, der länger als 6 Monate krank ist und mit einem hilfebedürftigen Partner zusammenlebt. Besonderheiten beim Sozialgeld ergeben sich aus § 23 SGB II.

<sup>24</sup> Das liegt daran, dass für die Berechnung der Quote die Bezugsgröße „Zivile Erwerbstätige“, also die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, in den „Arbeitsmarktdaten in kleinstädtischer Gliederung“ nicht differenziert erfasst ist (vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2009: S. 4).

Abb. 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit (nach SGB II und SGB III) in Osnabrück von 2006 bis 2010

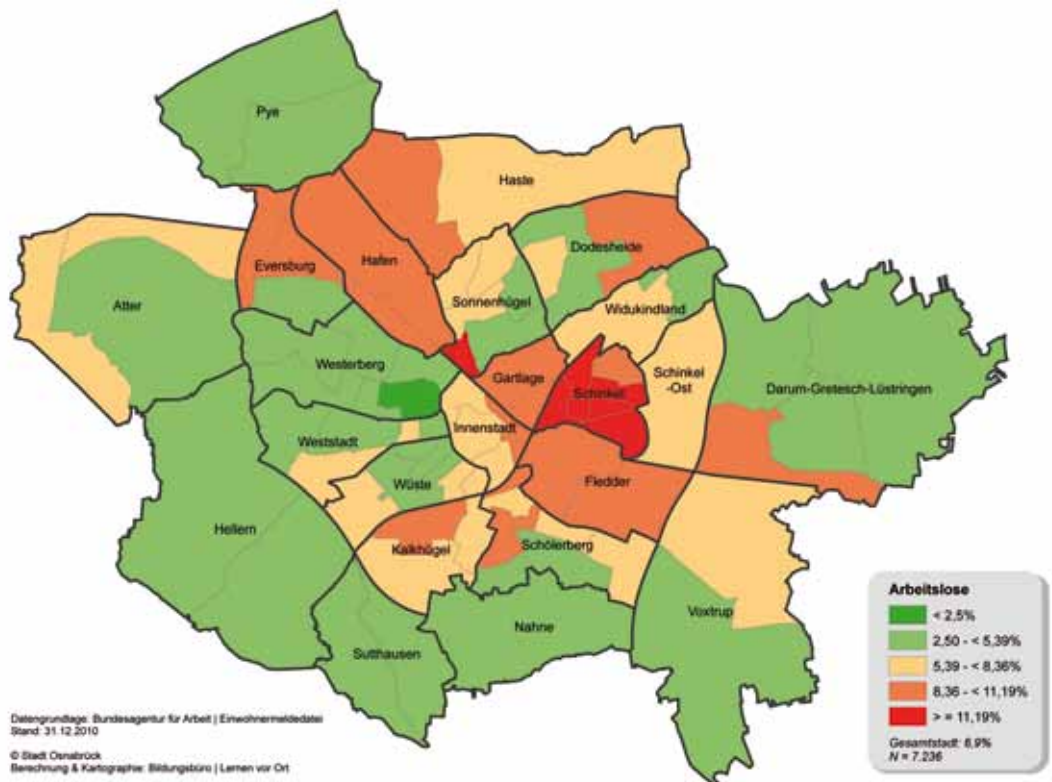


Die Verteilung der Arbeitslosigkeit im Osnabrücker Stadtgebiet zeigt einen Schwerpunkt nordöstlich der Innenstadt (siehe Karte 15). Hier liegen die Arbeitslosenraten teilweise deutlich über 12 % und somit über dem städtischen Durchschnitt von 6,9 %. Das betrifft im Wesentlichen Schinkel (101-106) und Sonnenhügel (060). Weiterhin entfallen hohe Arbeitslosenanteile auf Eversburg (041), Hafen (050), Dodesheide (082) oder auch Fledder. Den höchsten Arbeitslosenanteil weist mit rund 16 % der Bereich Schinkel (105) auf. In den westlichen (Atter) und vor allem südlichen Randzonen des Stadtgebietes liegen die Werte deutlich unter dem gesamtstädtischen Anteil.

Betrachtet man ausschließlich die Arbeitslosigkeit der nichtdeutschen Bevölkerung, so zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Gesamtbetrachtung. Das heißt da, wo die Arbeitslosenanteile besonders hoch sind, wohnen in der Regel auch die meisten Nichtdeutschen (siehe auch Karte 6). Eine leicht gegenläufige Tendenz zeigt sich allerdings in der südlichen Weststadt. In Schinkel sind die Werte am höchsten. Hier sind teilweise mehr als 30 % der Arbeitslosen Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Arbeitslosigkeit innerhalb der deutschen Bevölkerung ist insgesamt etwas geringer als in der Gesamtbevölkerung. Allerdings muss hier auch die unzureichende Datengrundlage berücksichtigt werden, die lediglich zwischen Deutschen und Ausländern, nicht aber nach Menschen mit Migrationshintergrund unterscheidet.

Karte 15: Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) im Jahr 2010



## 6.2 Jugendarbeitslosigkeit

Empirische Studien zeigen, dass die erste Platzierung am Arbeitsmarkt die weiteren individuellen Aufstiegs- und Einkommenschancen stark beeinflusst. Bei jüngeren Menschen, die bereits sehr früh mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, ist das Risiko einer geringen Beschäftigungsstabilität besonders hoch, da derartige Eintrittsschwierigkeiten von möglichen Arbeitgebern häufig als negatives Signal für die Beschäftigungsfähigkeit bewertet werden (SCHELS 2007: S. 6).

In der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit wird die Anzahl der Arbeitslosen, die 15 bis unter 25 Jahre alt sind, gesondert ausgegeben. Eine geeignete Kennzahl zur Beschreibung der Problematik „Jugendarbeitslosigkeit“ ist der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren an der Gesamtzahl der Arbeitslosen<sup>25</sup>. Diese Kennzahl weist darauf hin, wie leicht bzw. problematisch der Übergang von schulischer Bildung in die berufliche Ausbildung erfolgt (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 63). Ein hoher Anteil Jugendarbeitsloser kann auch ein Indiz einer unzureichenden schulischen und betrieblichen Ausbildung der jungen Bevölkerung sein.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Osnabrück ist nach der Arbeitsmarktstatistik in den letzten Jahren gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren hat sich seit 2006 von 756 auf 570 im Jahr 2010 reduziert. Auch der Anteil Jugendarbeitsloser an allen Arbeitslosen ist im gleichen Zeitraum von 9,6 auf 7,9% gefallen. Junge Menschen, die

<sup>25</sup> In der kleinräumigen Arbeitsmarktstatistik wird die Jugendarbeitslosigkeit nicht weiter differenziert. Wichtige Kennzahlen, wie z. B. die Jugendarbeitslosigkeit von Nichtdeutschen, können somit nicht weiter ausdifferenziert werden.

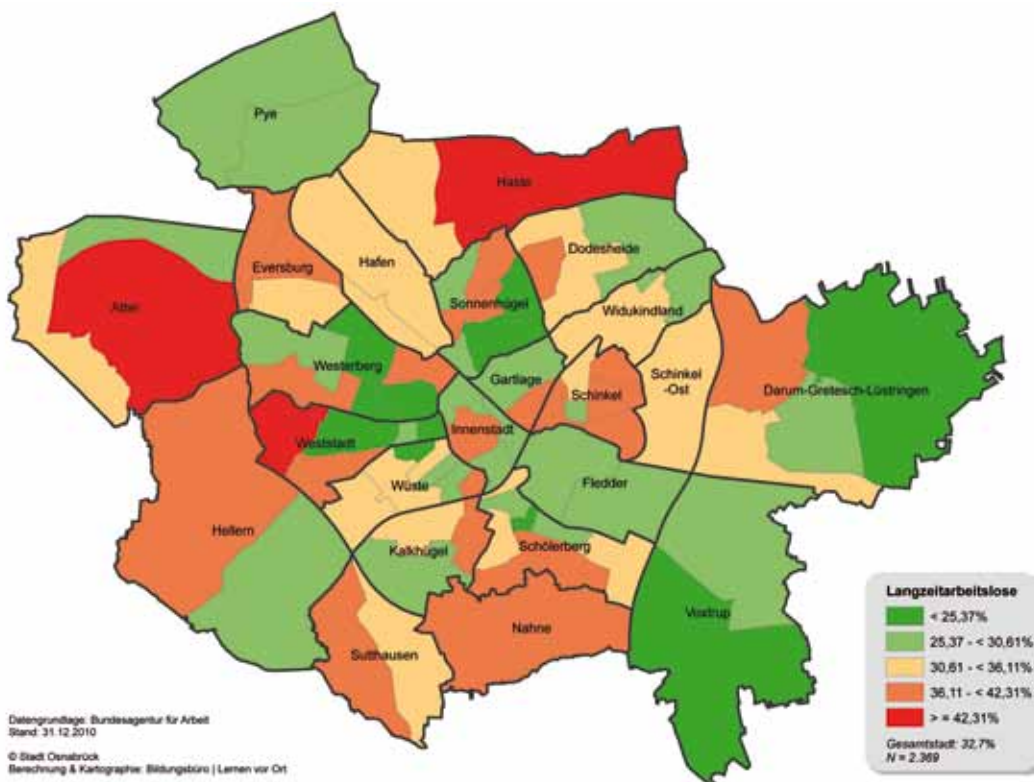
an Maßnahmen (z. B. Trainingsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten) der Bundesagentur für Arbeit teilgenommen haben, oder Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen, sind hierunter nicht erfasst.

### 6.3 Langzeitarbeitslosigkeit

Wer ein Jahr und länger ununterbrochen arbeitslos ist, gilt als langzeitarbeitslos. Die Vermittlungschancen von Langzeitarbeitslosen sind auf dem Arbeitsmarkt besonders ungünstig. Die Höhe der Langzeitarbeitslosenquote, also der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen, wird unter anderem als Indikator für die Charakterisierung von Arbeitsmärkten verwendet. Bei einem geringen Anteil Langzeitarbeitsloser spricht man von einem flexiblen, funktionierenden, bei einem hohen Anteil von einem verhärteten und verfestigten Arbeitsmarkt (KARR 2002: S. 102)<sup>26</sup>.

Darüber hinaus weist dieser Indikator auf den Grad sozialer Belastungen und die strukturellen Probleme eines Gebietes hin. Berufsgruppen mit einem erhöhten Risiko an Langzeitarbeitslosigkeit können durch das Angebot von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen von kommunaler Seite unterstützt werden (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 64).

Karte 16: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahr 2010



<sup>26</sup> Dabei wird die Zahl der Langzeitarbeitslosen systematisch und in beachtlichem Umfang untererfasst. Betrachtet man ausschließlich abgeschlossene Arbeitslosigkeitsfälle, so errechnet sich eine Langzeitarbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren etwa doppelt so hoch wie bisher ausgewiesen ist (KARR 2002: S. 102 f.)

Im Jahr 2010 hat sich in Osnabrück die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit 2005 um fast 1.000 Personen auf 2.369 Personen reduziert. Der Anteil an allen Arbeitslosen lag 2010 bei 32,7 % und somit fast 10 Prozentpunkte geringer als noch 2005.

Die Karte 16 zeigt eine ungleiche Verteilung der Langzeitarbeitslosen im Stadtgebiet. Insgesamt gibt es 3 Planungsräume, wo der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen weit über 40 % liegt. Ein besonderes Augenmerk gilt den Bereichen mit hoher Fallzahl und gleichzeitig hohen Anteilen an Langzeitarbeitslosen. Dazu zählen vor allem Haste (071) mit 44,3 % sowie Eversburg (041) und Schinkel (102) mit rund 41 %, aber auch Planungsräume mit einer etwas geringeren Fallzahl wie Sutthausen (172), Darum-Gretesch-Lüstringen (210) oder Innenstadt (014), alle mit einem Anteilswert von um die 40 %.

#### 6.4 Hilfebedürftige Personen nach SGB II

Die Zahl der Personen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten, ist in Osnabrück in den letzten Jahren um 8,2 % angestiegen. 2006 wurden noch 15.578 Personen registriert, zum Ende des Jahres 2010 waren es bereits 16.861 Bezieher von Leistungen nach SGB II (darunter knapp ein Drittel nichterwerbsfähige Hilfebedürftige). Das heißt, über 10 % aller Osnabrücker Bürger haben 2010 Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II erhalten. Der Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, also der Gruppe, die dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung steht, ist seit 2006 in etwa konstant geblieben (71,8 %). Gleiches gilt für die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ohne deutschen Pass. Bei den erwerbsfähigen jungen Menschen (unter 25 Jahren) ist im gleichen Zeitraum sogar ein Rückgang um 1,8 Prozentpunkte, bei den erwerbsfähigen Alleinerziehenden ein Anstieg von einem Prozentpunkt festzustellen (siehe Tab. 15).

Tab. 15: Hilfebedürftige Personen nach SGB II in Osnabrück von 2006 bis 2010

Jahr	Hilfebedürftige				Erwerbsfähige Hilfebedürftige			
	gesamt	davon nicht erwerbsfähig	davon erwerbsfähig	SGB-II-Quote	gesamt	davon nicht-deutsch	davon alleinerziehend	davon unter 25 Jahren
2010	16.861	28,2 %	71,8 %	13,5 %	12.101	26,1 %	13,3 %	17,7 %
2009	16.678	28,3 %	71,7 %	13,5 %	11.957	25,9 %	13,3 %	18,2 %
2008	15.744	29,1 %	70,9 %	12,7 %	11.159	26,5 %	14,3 %	18,6 %
2007	15.623	28,6 %	71,4 %	12,6 %	11.159	26,6 %	12,5 %	19,2 %
2006	15.578	28,1 %	71,9 %	12,6 %	11.208	26,4 %	12,3 %	19,5 %

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (AKG), eigene Berechnung und Darstellung

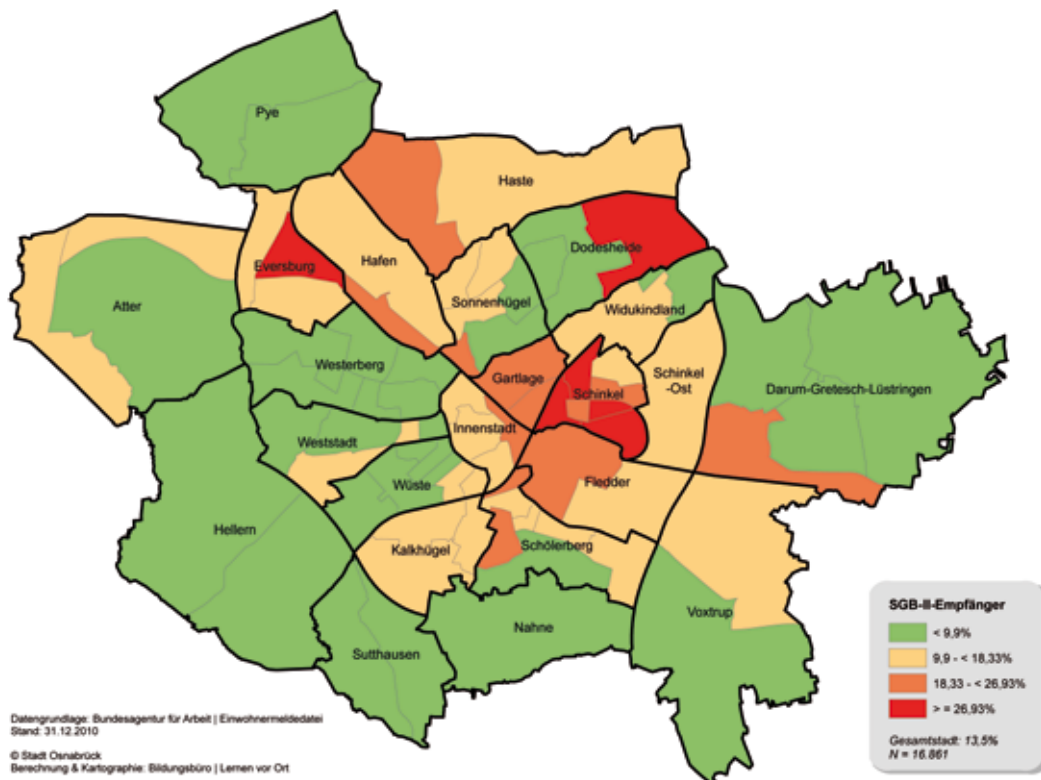
## SGB-II-Quote

Die sogenannte SGB-II-Quote, bei der die hilfebedürftigen Personen nach SGB II zu der Bevölkerung unter 65 Jahren in Relation gesetzt wird, ist ein Indikator für die sozialen Belastungen und Probleme eines Gebietes. Eine hohe SGB-II-Quote gibt Hinweise darauf, dass ein Großteil der Bevölkerung seinen Lebensunterhalt nur mit Hilfe staatlicher Transferleistungen bewerkstelligen kann und dass in diesem Gebiet gezielte arbeitsmarktrelevante Qualifikationsmaßnahmen erforderlich sind. Die Kennzahl deutet auch auf den sozioökonomischen Hintergrund von Kindern und Jugendlichen hin (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL. 2011: S. 66 f.). Darüber hinaus steht die SGB-II-Quote im engen Zusammenhang zur Arbeitslosenquote bzw. -anteil. Das heißt, ein Gebiet mit hohen Arbeitslosenanteilen zeichnet sich in der Regel auch durch eine hohe SGB-II-Quote aus.

Im Dezember 2010 lag die SGB II-Quote in Osnabrück bei 13,5 % und somit rund einen Prozentpunkt höher als vier Jahre zuvor (siehe Tab. 15).

Auf der Ebene der Planungsräume sind die höchsten SGB-II-Quoten eher im Bereich östlich des Zentrums zu finden (siehe Karte 17). Dazu zählen insbesondere vier der sieben Planungsräume des Stadtteils Schinkel (102, 103, 104, 105). Besondere Beobachtung gilt dem Bereich Schinkel (102) mit der höchsten SGB-II-Quote (36,7 %) stadtweit. Weitere Gebiete starker sozialer Belastungen sind mit einer SGB-II-Quote von rund 30 % Eversburg (041) im Nordwesten und Dodesheide (082) im Nordosten der Stadt.

Karte 17: Anteil der SGB-II-Leistungsempfänger an der Bevölkerung unter 65 Jahren 2010 (SGB-II-Quote)



## 6.5 Bedarfsgemeinschaften nach SGB II

Im zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) ist die Grundsicherung für Arbeitsuchende geregelt. Hier ist unter § 7 festgelegt, wer Anspruch auf Leistungen nach SGB II erhält. Zu einer dieser Gruppen zählen die sogenannten Bedarfsgemeinschaften.

Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören nach § 7 (3) SGB II:

- die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- der Ehepartner, der eingetragene Lebenspartner oder eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,
- die im Haushalt lebenden eigenen Kinder und die Kinder des Partners, solange sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und unverheiratet sind und kein ausreichendes eigenes Einkommen oder Vermögen haben
- die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, das das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit 2006 nahezu kontinuierlich – wie auch die der Leistungsempfänger bzw. Hilfebedürftigen – von 8.266 auf 9.068 im Jahr 2010 angestiegen (+ 9,7 %)²⁷. Die durchschnittliche Personenanzahl pro Bedarfsgemeinschaft ist mit rund 1,9 in etwa konstant geblieben (siehe Tab. 16). Insgesamt war im Dezember 2010 fast jede dritte Bedarfsgemeinschaft in Osnabrück eine Bedarfsgemeinschaft mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren. Obwohl deren Anteil an allen Bedarfsgemeinschaften in den letzten Jahren in etwa gleich geblieben ist, ist die Anzahl zwischen 2006 und 2010 kontinuierlich um 8,7 % auf 2.849 angewachsen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit mindestens zwei Kindern ist dabei stärker angestiegen (+11,3 %) als die der Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind (+6,7 %) (siehe Tab. 16).

Tab. 16: Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II in Osnabrück von 2006 bis 2010

Jahr	Bedarfsgemeinschaften insgesamt	Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren						Kinder im Sozialgeldbezug (nEf-Quote)
		gesamt		mit 1 Kind		mit 2 und mehr Kindern		
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anteil an allen unter 15-Jährigen
2010	9.068	2.849	31,4 %	1.570	17,3 %	1.279	14,1 %	24,0 %
2009	8.922	2.834	31,8 %	1.567	17,6 %	1.267	14,2 %	23,8 %
2008	8.265	2.740	33,2 %	1.524	18,4 %	1.216	14,7 %	22,9 %
2007	8.217	2.668	32,5 %	1.490	18,1 %	1.178	14,3 %	22,4 %
2006	8.266	2.620	31,7 %	1.471	17,8 %	1.149	13,9 %	21,8 %

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (AKG), eigene Berechnung und Darstellung

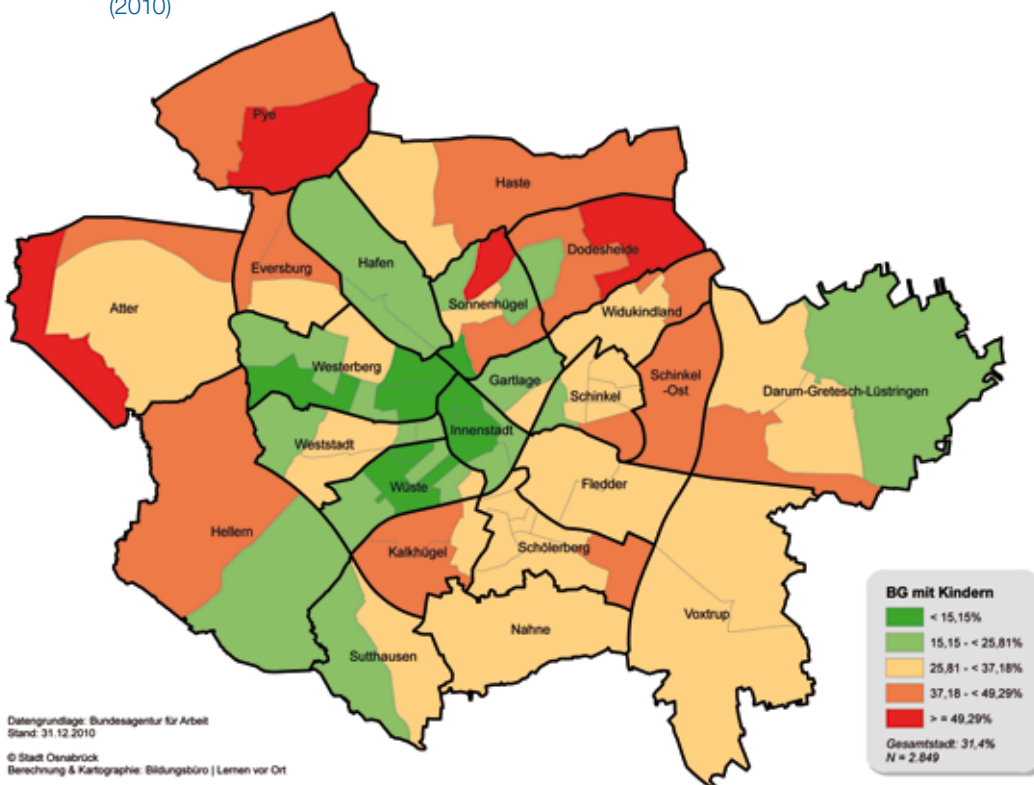
²⁷ Der Datensatz „Arbeitsmarktdaten in kleinräumiger Gliederung“ (AKG) der Bundesagentur für Arbeit lässt eine Differenzierung der Bedarfsgemeinschaften nach Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund nicht zu. Für 2010 kann zumindest über den „Pseudonymisierten Einzeldatensatz SGB II (PEDS)“ die Zahl der nicht-deutschen Bedarfsgemeinschaften näherungsweise bestimmt werden. Nimmt man an, dass der Antragssteller (entspricht dem Merkmal „bevollmächtigter erwerbsfähiger Hilfebedürftiger“) auch der Haushaltsvorstand ist, dann hatten rund 2.000 Bedarfsgemeinschaften einen nichtdeutschen Haushaltsvorstand (ca. 22%).

In einer Befragung von SGB-II-Familien mit minderjährigen Kindern in Osnabrück hatten von 640 befragten Familien mehr als die Hälfte der Haushalte (54,7 %) einen Migrationshintergrund (WIRTH/GERHARDS 2011).

Betrachtet man die kleinräumige Verteilung in Karte 18, fällt auf, dass sich die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren mit 63 % an allen Bedarfsgemeinschaften am stärksten in Dodesheide (082) konzentrieren, gefolgt von Atter (194) mit 54,3 und Pye (200) 55,4 %. In diesen Gebieten weist somit mehr als jede zweite Bedarfsgemeinschaft Kinder unter 15 Jahren auf.

Anteilig die wenigsten Bedarfsgemeinschaften mit Kindern sind vornehmlich in den Planungsräumen der Stadtteile Innenstadt, Westerberg und Wüste zu beobachten. Hier dominiert die Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder (im Alter bis 15 Jahre). In diesem Kontext ist zu beachten, dass der Stadtteil Westerberg grundsätzlich die wenigsten Bedarfsgemeinschaften im ganzen Stadtgebiet aufweist.

Karte 18: Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften (2010)



## 6.6 Kinder mit Sozialgeldbezug

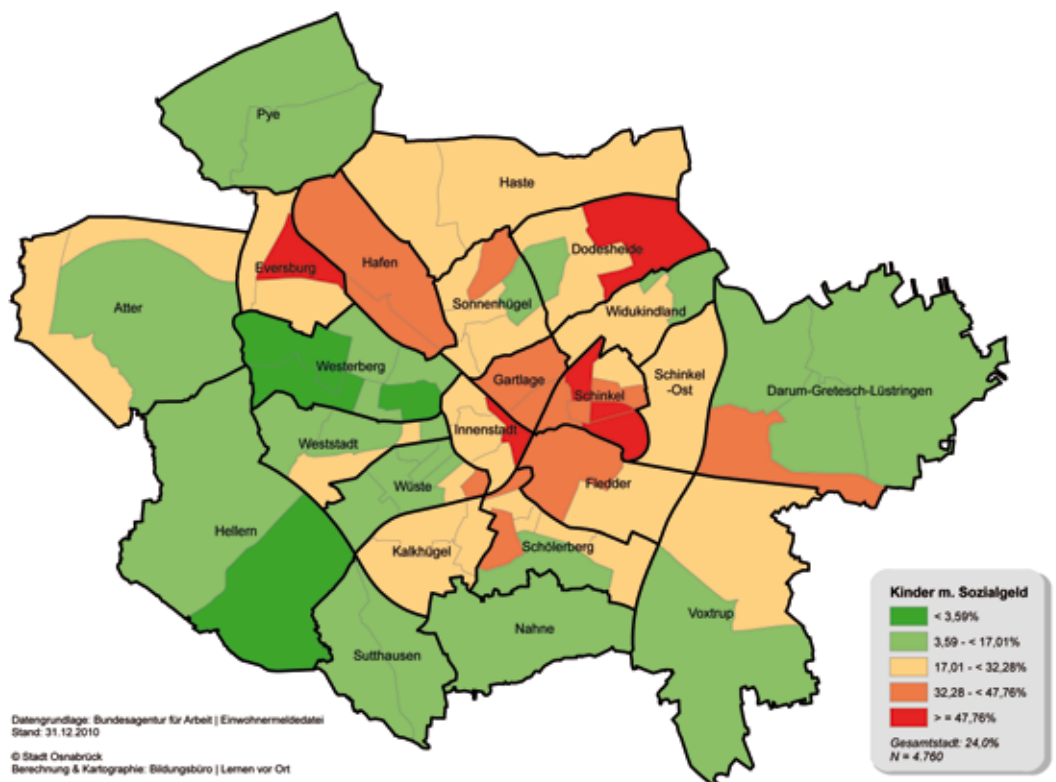
Als Indikator von Kinderarmut wird häufig der „Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen“ verwendet, indem der Anteil der Leistungsempfänger von Sozialgeld nach SGB II im Alter unter 15 Jahren zu der Gesamtzahl aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren ins Verhältnis gesetzt wird (STATISTISCHES BUNDESAMT ET AL 2011: S. 69). In der Statistik der Bundesagentur wird diese Kennzahl mit Hilfe der nichterwerbsfähigen Hilfebedürftigen (nEf) gebildet. Dabei bezieht die sogenannte „nEf-Quote unter 15 Jahren“ die unter 15-Jährigen nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auf die Bevölkerung unter 15 Jahren<sup>28</sup> (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2008: S. 8 f.). Mit Hilfe dieser Kennzahl können soziale Probleme in der Stadt abgebildet werden und darüber hinaus

<sup>27</sup> Der Zähler der nEf-Quote schließt dabei alle nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ein. Allerdings ist der Anteil der nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre relativ gering. Nach Auswertungen des Einzeldatensatzes sind das in Osnabrück rund 2 %.

ist es auch möglich, den städtischen Raum selbst nach sozialen Kriterien zu typisieren. Im Jahr 2010 hat in Osnabrück fast jedes vierte Kind unter 15 Jahren Sozialgeld bezogen. Der Anteil ist seit 2006 kontinuierlich von 21,8 auf 24 % gestiegen (siehe Tab. 16). Gleiches gilt für die Zahl der Kinder im Sozialgeldbezug, die sogar um 8,9 % gewachsen ist.

In den Planungsräumen ergibt sich ein differenziertes Bild (siehe Karte 19). Die meisten Kinder im Sozialgeldbezug leben in der Regel in den Bereichen mit der höchsten SGB-II-Quote. Dazu gehören u. a. Schinkel (102, 103), Eversburg (041) und Dodesheide (082), wo jedes zweite Kind unter 15 Jahren Sozialgeld bezieht. Dagegen gibt es in den Bereichen wie z. B. Westerberg (032, 036, 037) oder Hellern (182) fast keine Sozialgeld beziehenden Kinder (unter 2 %).

Karte 19: Anteil von Kindern unter 15 Jahren mit Sozialgeldbezug an der Bevölkerung unter 15 Jahren 2010



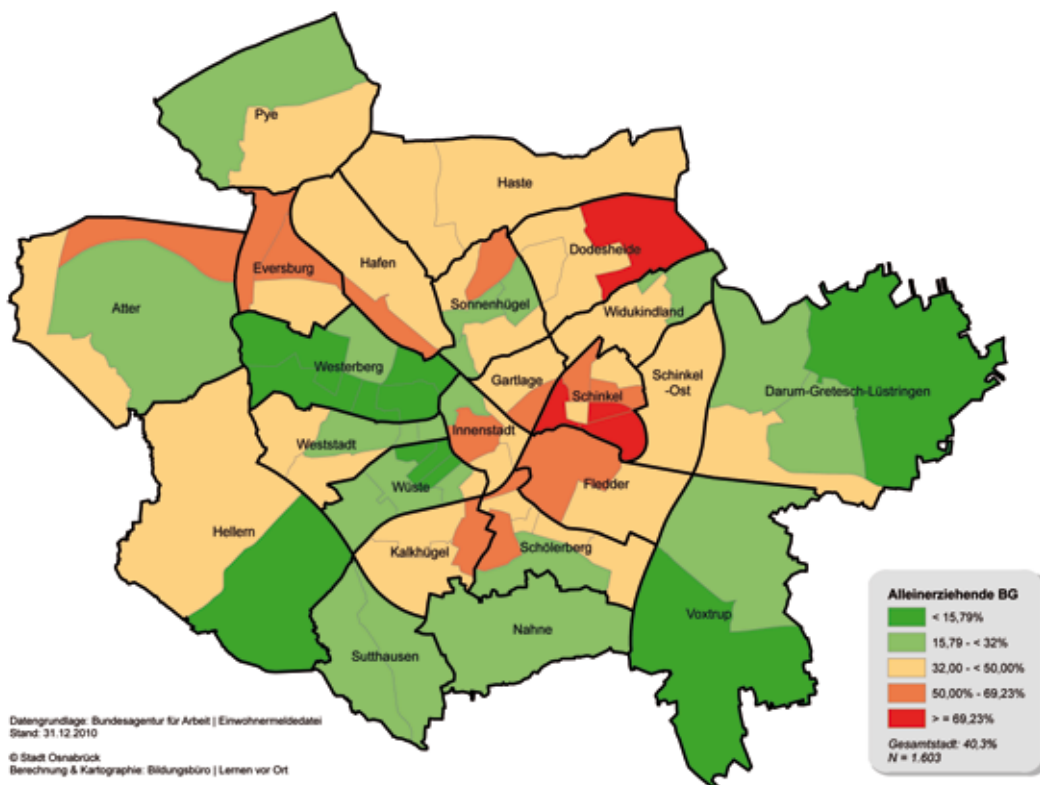
## 6.7 Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften

Zum Ende des Jahres 2010 waren in Osnabrück von den 3.045 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren mehr als die Hälfte, und zwar rund 1.600, alleinerziehend. Gemessen an der Gesamtmenge Alleinerziehender mit minderjährigen Kindern (insgesamt 3.975, vgl. dazu Kap. Familienstrukturen) entspricht das einem Anteil von 40,3 %.

In den Teilgebieten Osnabrücks verhält sich die räumliche Konzentration der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften ähnlich wie bei den bereits dargestellten „sozialen Belastungsindikatoren“ (SGB-II-Quote, nEf-Quote). Das bedeutet, dass der Anteil der

alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften unter anderem eng mit der SGB-II-Quote korreliert. Dementsprechend sind z.B. in Schinkel (102, 103, 105) mit ca. 70% oder Dodesheide (082) mit rund 80% die höchsten Anteile an Alleinerziehenden im SGB-II-Leistungsbezug festzustellen (siehe Karte 20). Das heißt: Wer in diesen Bezirken alleinerziehend ist, bekommt in zwei Drittel aller Fälle Transferleistungen nach SGB II. Wie zu erwarten, sind in den wohlhabenden Gebieten des Westerbergs (032, 034, 036, 037) und auch der Wüste (162, 163) anteilig die wenigsten Alleinerziehenden im Leistungsbezug nach SGB II auszumachen (unter 8%).

Karte 20: Anteil der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern an allen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern 2010



## 6.8 Bildungssituation von hilfebedürftigen Personen

Erstmals konnte für Osnabrück die Bildungssituation von Personen im SGB-II-Bezug abgebildet werden. Von den knapp 17.000 Personen, die in der Statistik der Grundversicherung für Arbeitsuchende nach § 53 SGB II erfasst sind, ist bei rund 61% aller Fälle der höchste Schulabschluss auswertbar. Bei den restlichen 39%, die in der Statistik mit „Keine Angabe/Keine Information im Vermittlungssystem“ deklariert sind (siehe Tab. 17), handelt es sich in zwei Drittel aller Fälle um Kinder unter 15 Jahren. Eine Altersgruppe, die in der Regel noch keinen formalen Schulabschluss erreicht hat. Bei den restlichen 1.944 Personen ist aus Erfassungs- oder Verfahrensgründen kein höchster Schulabschluss dokumentiert. Aus diesem Grund werden die Personen, bei denen der Schulabschluss nicht erfasst werden konnte, nicht für die Referenzgröße

zur Bestimmung der höchsten Schulabschlussform einbezogen. Daraus ergibt sich eine Fallzahl von 10.256 (siehe Tab. 17).

Demnach waren im Dezember 2010 unter den hilfebedürftigen Personen 23,5 % ohne Schulabschluss (siehe auch Abb. 6). Betrachtet man ausschließlich die nichtdeutschen Leistungsbezieher, liegt der Anteil mit knapp 40 % beinahe doppelt so hoch. Fasst man die Kategorien „Kein Hauptschulabschluss“ und „Hauptschulabschluss“ zusammen, kommt man für die nichtdeutschen Leistungsbezieher zu einem Anteil von 66,4 %, die höchstens einen Hauptschulabschluss besitzen. Bei den deutschen Leistungsbezieher liegt dieser Wert rund 8 Prozentpunkte niedriger (58 %).

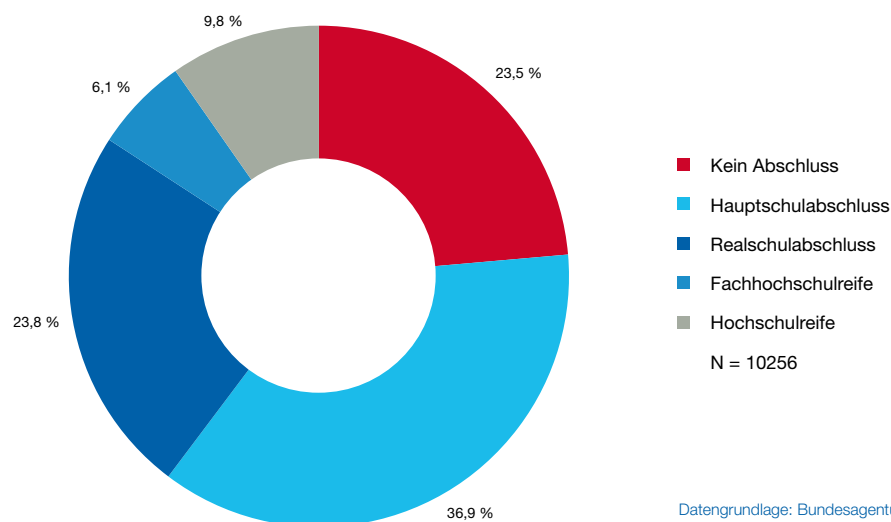
Bei den höheren Abschlüssen Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife zeigen sich hingegen kaum Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Leistungsbezieher.

Tab. 17: Höchste Schulabschlüsse von Leistungsbezieher nach SGB II in Osnabrück 2010

Art des höchsten Schulabschlusses	Abschlüsse gesamt		davon Deutsche		davon Nichtdeutsche	
	Anzahl	Anteil an allen Abschlüssen	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kein Hauptschulabschluss	2.411	23,5 %	1.379	18,0 %	1.032	39,5 %
Hauptschulabschluss	3.780	36,9 %	3.079	40,3 %	701	26,8 %
Realschulabschluss	2.440	23,8 %	1.963	25,7 %	477	18,3 %
Fachhochschulreife	621	6,1 %	489	6,4 %	132	5,1 %
Allgemeine Hochschulreife	1.004	9,8 %	734	9,6 %	270	10,3 %
Abschlüsse insgesamt	10.256	100 %	7.644	100 %	2.612	100 %
Keine Angabe / Keine Information im Vermittlungssystem / ohne Zuordnung	6.603		5.087		1.516	

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (PEDS), eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 6: Verteilung von Leistungsbezieher nach SGB II nach dem höchsten Schulabschluss in Osnabrück 2010



Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (PEDS), eigene Berechnung und Darstellung

Tab. 18: Höchste Schulabschlüsse innerhalb der Bedarfsgemeinschaften SGB II  
in Osnabrück 2010

Art des höchsten Schulabschlusses	Abschlüsse gesamt		davon beim Antragssteller <sup>29</sup>		davon bei im Haushalt lebenden Kindern <sup>30</sup>	
	Anzahl	Anteil an allen Abschlüssen	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kein Hauptschulabschluss	1.438	17,9 %	1.423	99,0 %	15	1,0 %
Hauptschulabschluss	2.971	37,0 %	2.851	96,0 %	120	4,0 %
Realschulabschluss	2.095	26,1 %	1.807	86,3 %	288	13,7 %
Fachhochschulreife	568	7,1 %	521	91,7 %	47	8,3 %
Allgemeine Hochschulreife	948	11,8 %	842	88,8 %	106	11,2 %
Abschlüsse insgesamt	8.020	100,0 %	7.444	92,8 %	576	7,2 %
Keine Angabe / Keine Information im Vermittlungssystem / ohne Zuordnung	1.048					

Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit (PEDS), eigene Berechnung und Darstellung

Vergleicht man die Verteilung der höchsten Schulabschlüsse innerhalb der Bedarfsgemeinschaften mit den personenbezogenen Abschlüssen, sind keine signifikanten Abweichungen festzustellen (vgl. Tab. 17 und Tab. 18). Lediglich der Anteil ohne Hauptschulabschluss weicht etwas stärker ab (Bedarfsgemeinschaften: 17,9 %; hilfebedürftige Personen: 23,5 %).

Bei 7,2 % aller Bedarfsgemeinschaften liegt der höchste Schulabschluss nicht beim Antragsteller bzw. beim Partner des bevollmächtigten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (siehe Tab. 18), sondern hauptsächlich in der Gruppe der jungen, unverheirateten Erwachsenen (15 bis unter 25 Jahre), die noch im Haushalt ihrer Eltern leben. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil dieser Gruppe an den höchsten Abschlüssen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft bei dem Realschulabschluss (13,7 %), gefolgt von der Hochschulreife (11,2 %) und Fachhochschulreife (8,3 %).

<sup>28</sup> Hiermit ist laut Merkmalsbeschreibung „Pseudonymisierter statistischer Einzeldatensatz für statistische Ämter von Bund, Ländern und Kommunen!“ der Bundesagentur für Arbeit der erste Antragsteller unter Partnern, der sogenannte „bevollmächtigte erwerbsfähige Hilfebedürftige“ (BVEHB) gemeint. Die Rolle Bevollmächtigter ist nicht mit dem Haushaltsvorstand gleichzusetzen.

<sup>29</sup> Zusammengefasst sind hier die Merkmale „Minderjähriges unverheiratetes Kind“, das im Haushalt der Eltern lebt (MUK), und „Volljährige, unverheiratete Person unter 25“ (VU25).



## 7 BILDUNG

Bildung ist eine zentrale Ressource für individuelle Teilhabechancen, die in den verschiedenen Teilbereichen des Bildungssystems (z.B. Kindergarten oder Schule) vermittelt werden soll. Dem Bildungssystem kommt dabei eine entscheidende gesellschaftliche Funktion zu: die Platzierungsfunktion. Das bedeutet, dass über das Bildungsniveau soziale Positionen erreicht werden, die mit bestimmten Privilegien oder Benachteiligungen verbunden sind. Nach wie vor folgt das (deutsche) Bildungssystem im Wesentlichen dem Primat der Leistung. Damit gehen jedoch unweigerlich auch soziale Selektionsprozesse einher, weil Bildungserfolg nicht unabhängig ist von sozialer, ethnischer oder regionaler Herkunft. Dem Leistungsprinzip entgegen steht gewissermaßen die Forderung nach Chancengleichheit, die oftmals in normativ-plakativen Appellen (u. a. „Keiner darf zurückgelassen werden“) ihren Ausdruck findet. Chancengleichheit orientiert sich sozusagen an einer proportionalen Logik. Alle Bevölkerungsgruppen in einer Gesellschaft sollen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung höhere Bildungsabschlüsse erwerben und im Tertiärbereich des Bildungssystems (u. a. Hochschule, Fachschule) repräsentiert sein. Folgt man einem weiteren Entwurf, dem Konzept der „leistungsbezogenen Chancengleichheit“, geht es darum, gleiche Chancen zu ermöglichen, um gute Leistungen zu erbringen. Das ist eine immense Herausforderung und die Erwartungen an das Bildungssystem sind entsprechend (GEISSLER 2008: S. 273 f.).

Zu solchen grundlegenden Fragen, das wird kaum verwundern, liefert das Kapitel keine Antworten. Allerdings werden Informationen zu den Angeboten der vorschulischen und schulischen Bildung in der Stadt zusammengestellt und ihre Inanspruchnahme (auch im Hinblick auf verschiedene Bevölkerungsgruppen) geschildert. Ferner geht es, insbesondere im Grundschulbereich, darum, Hinweise auf mögliche Zusammenhänge von schulischen und sozialen Merkmalen zu geben.

### Zur Differenz von wohnort- und standortbezogenen Daten im Bildungsbereich

Ein stringenter Bezug zwischen Bildungsdaten und den in Kapitel 4 vorgestellten Sozialraumtypen wird in diesem Kapitel hingegen nicht hergestellt. Die Gründe dafür gehen auf die Differenz von standort- und wohnortbezogenen Daten zurück. Die Schulstatistik und die Kindertagesstättenstatistik der Stadt Osnabrück halten standortbezogene Daten vor, d. h. Informationen über z. B. einen Schüler sind an die Schule gekoppelt, die er besucht. Die fünf Sozialraumtypen wurden im Gegensatz dazu über Daten hergeleitet, die sich auf den Wohnort der Bevölkerung (den Planungsraum) beziehen. Will man aber etwas zu der sozialen Zusammensetzung einer Bildungseinrichtung sagen, ist nicht der Standort entscheidend, d. h. in welchem Sozialraumtyp die Einrichtung liegt, sondern in welchen Sozialraumtypen die Kinder und Jugendlichen wohnen, die diese Einrichtung besuchen. Da es in Niedersachsen nach wie vor Grundschulbezirke gibt, die u. a. ein wohnortnahes Grundschulangebot sicherstellen sollen, ist die genannte Differenz für den Primarbereich am wenigsten problematisch. Über Ausnahmeregelungen (Angebotsschulen usw.) kann es jedoch auch hier zu Verzerrungen kommen.

Um nichtsdestotrotz eine Vorstellung davon zu bekommen, wie sich die Einrichtungsstandorte innerhalb der Stadt und auf die Sozialraumtypen verteilen, finden sich in den Anlagen A5 bis A9 entsprechende Karten mit den Standorten für Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Förderschulen, weiterführende Schulen und berufliche Schulen. Indes wird gerade bei den beruflichen Schulen mit für gewöhnlich überregionalen Einzugsgebieten deutlich, dass die Aussagekraft des Standorts begrenzt ist.

## 7.1 Vorschulische Bildung<sup>30</sup>

### 7.1.1 Krippen und Kindergärten

Unter dem Oberbegriff „Kindertagesstätten“ werden Krippen, Kindergärten und Horte zusammengefasst. Krippen stellen Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren dar und haben eine Gruppengröße von 12 bis 15 Plätzen. Werden die Kinder 3 Jahre, wechseln sie in der Regel zum nächsten Kindergartenjahr in den Kindergarten, der die Betreuung für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt wahrnimmt und mit einer Regelgruppengröße von 25 Kindern arbeitet.

Altersübergreifende Gruppen in Kindergärten erweitern das Aufnahmealter für Kinder unter 3 Jahren bis zum Schuleintritt. Für Kinder unter 3 Jahren werden die belegten Plätze doppelt gezählt. Die altersübergreifenden Gruppen haben eine Regelgröße von 18 Plätzen.

Als Ganztagsplätze werden nur die Plätze gezählt, die acht und mehr Stunden in Anspruch genommen bzw. vorgehalten werden. Alle anderen werden unter dem Begriff „Vormittag“ subsumiert, allerdings differenziert dargestellt.

#### Betreuungsangebot

Bei der stichtagsbezogenen Darstellung des Bestandes differieren die absoluten Platzzahlen von Jahr zu Jahr, auch wenn keine Gruppen hinzugekommen bzw. abgebaut worden sind. Der Grund hierfür liegt insbesondere in der Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren: Hier gibt es unterschiedliche Vorschriften. So reduziert sich z. B. bei Krippengruppen die Gruppengröße von 15 auf 12 Plätze, wenn sieben Kinder oder mehr unter 2 Jahren sind.

Die Größe der altersübergreifenden Gruppen hängt von der Anzahl der Kinder unter 3 Jahren ab und differiert zwischen 18 und 25. Auffällig in der diesjährigen Kindertagesstättenplanung ist die Tatsache, dass einzelne Kinder unter 3 Jahren vermehrt in den Regelgruppen aufgenommen werden. Das Gesetz lässt diese Praxis zu und ermöglicht es den Trägern, die Platzzahl ebenfalls um einen Platz pro Kind unter 3 Jahren zu reduzieren (also: Platzzahl bei einer Regelgruppe von grundsätzlich 25 Plätzen bei einem Kind unter 3 Jahren = 24 Plätze). Hiervon machen nicht alle, aber viele Einrichtungen Gebrauch. Detaillierte Informationen zur Betreuungssituation finden sich in Anlage 5.

#### Veränderungen in der Angebotsstruktur

<sup>30</sup> Das Kapitel Vorschulische Bildung ist der Kindertagesstättenplanung für das Kindergartenjahr 2010/11 des Fachbereichs für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Osnabrück entnommen.

Im Zeitraum 10/2009 bis 10/2010 nahmen folgende neue Krippen mit je 12 Plätzen ihren Betrieb auf:

- Innenstadt: Niels-Stensen-Krippen
- Westerberg: St. Barbara, Fingerhut
- Sonnenhügel: Heilig Geist
- Haste: St. Antonius Christus König, Städtische Kindertagesstätte Haste
- Schölerberg: Waldorfkindergarten
- Sutthausen: Apostel „Kleine Freunde, große Freunde“

Insgesamt wurden 8 neue Krippengruppen mit insgesamt 96 Plätzen geschaffen.

Die neue Einrichtung „Altes Wasserwerk“ ist im September 2010 zunächst mit einer Kindergartenintegrationsgruppe mit 18 Plätzen gestartet. Zu Beginn 2011 erweiterte sich das Angebot um eine Krippen- und eine Regelgruppe.

Insgesamt erhöhte sich die Gesamtplatzzahl für Kinder von 0 Jahren bis zur Einschulung von 4.519 um 55 Plätze auf 4.574.

#### Einrichtungen nach Trägerschaft

In Osnabrück gab es zum Stichtag 01.10.2010 in 73 Einrichtungen 4.574 Plätze. Bei der Angebotsstruktur hat sich die Anzahl der Ganztagsplätze um 399 Plätze erhöht (Vorjahr: 180).

In der Stadt gibt es eine große Trägerlandschaft. Neben den beiden kirchlichen sowie dem städtischen Träger gibt es Elterninitiativen sowie sonstige freie Träger.

Tab. 19: Kindertageseinrichtungen nach Trägerschaft 2010

Träger	Anzahl Einrichtungen	Plätze			Anteil gesamt
		halbtags	ganztags	gesamt	
Kath. Kirche	23	1.052	660	1.712	37%
Ev. Kirche	19	858	476	1.334	29%
Stadt Osnabrück	9	422	378	800	17%
Elterninitiativen	10	118	158	276	6%
Sonstige	12	249	203	452	10%
Summe	73	2.699	1.875	4.574	100%
vgl. 01.10.2009	71	3.043	1.476	4.519	

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

#### Angebote für Kinder unter 3 Jahren

Zum Stichtag 01.10.2010 standen in Osnabrück 706 Plätze für Kinder unter 3 Jahren in Krippen, altersübergreifenden Gruppen und Regelgruppen zur Verfügung.

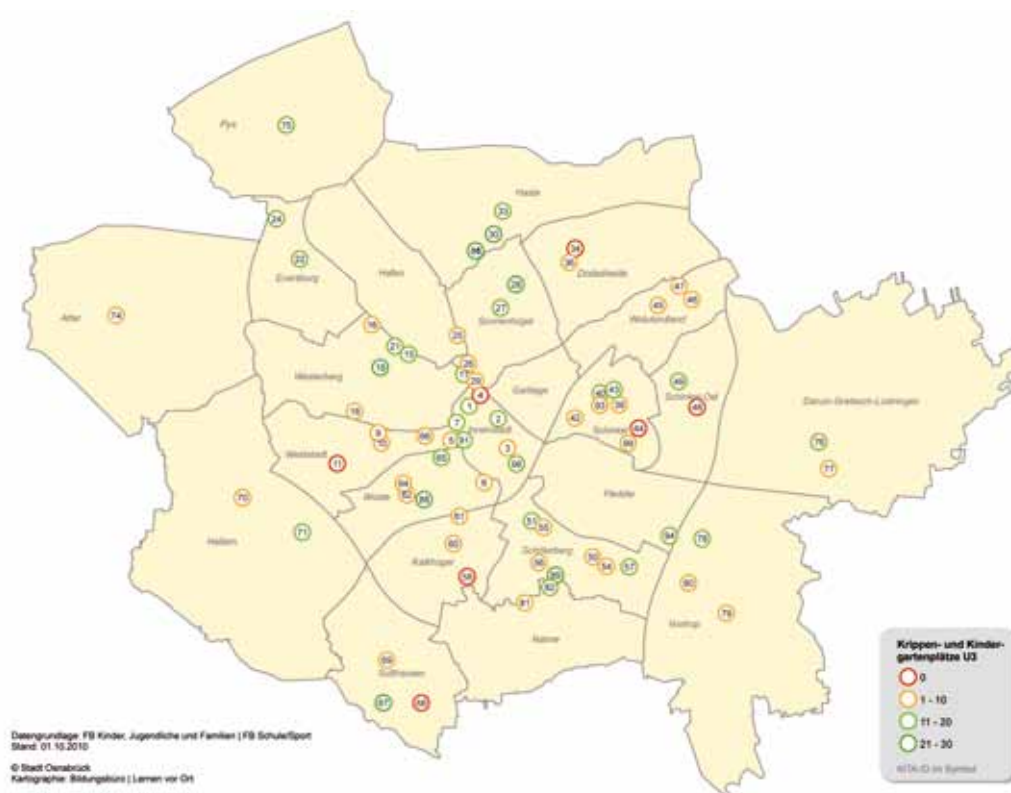
Tab. 20: Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren 2010

	Platzzahl	
	2010	2009
Krippe	368	262
altersübergreifende Gruppe	123	83
Regelgruppe	215	201
Summe	706	546

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

Einen Überblick zur Verteilung der Krippen- und Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren gibt die folgende Karte.

Karte 21: Verteilung der Krippen- und Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren



Ein Aufwärtstrend ist bzgl. der Kinder, die in Regelgruppen mit unter 3 Jahren aufgenommen werden, zu verzeichnen: Im Jahr 2009 waren es 83 Kinder, die in Regelgruppen zum Stichtag 01.10. noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet haben. Von dieser Möglichkeit, einzelne Kinder unter 3 Jahren in eine Regelgruppe aufzunehmen und für die Zeit bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres die Gruppenplatzzahl entsprechend zu reduzieren, machen immer mehr Einrichtungen Gebrauch (2008: 64 Kinder, 2009: 83 Kinder, 2010: 123 Kinder). Diese Plätze sind entsprechend als Plätze für unter 3-Jährige ausgewiesen.

### Betreuungsdauer

Immer mehr Kinder werden früher in die Kindertagesstätten gebracht und immer später abgeholt. Dadurch hat sich die Betreuungsdauer sukzessive verlängert und lag 2010 bei 6,3 Stunden pro Kind und Tag (siehe Anlage 6).

Kinder, die vor 8.00 Uhr eine Kindertageseinrichtung besuchen:

Jahr	Anzahl	Anteil
2010	982	22,1 %
2009	822	18,9 %
2008	781	17,8 %

Kinder, die bis 16.00 Uhr oder später in einer Kindertageseinrichtung bleiben:

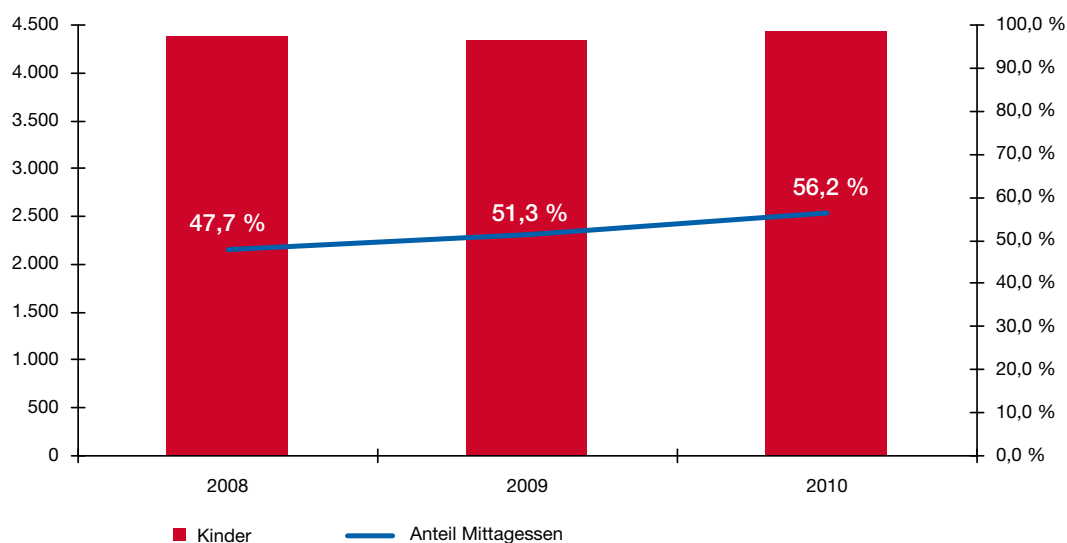
Jahr	Anzahl	Anteil
2010	1.644	37,1 %
2009	1.361	31,3 %
2008	1.218	27,9 %

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

### Mittagsverpflegung

Entsprechend der stetigen Erhöhung der Dauer der Betreuung kann auch bei der Mittagsverpflegung ein Anstieg verzeichnet werden. Zum Stichtag 2010 aßen 2.495 Kinder (56 %) in den Krippen und Kindergärten zu Mittag. Lediglich in drei Einrichtungen wurde kein warmes Mittagessen angeboten.

Abb. 7: Entwicklung der Inanspruchnahme von Mittagsverpflegung 2008 bis 2010



Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

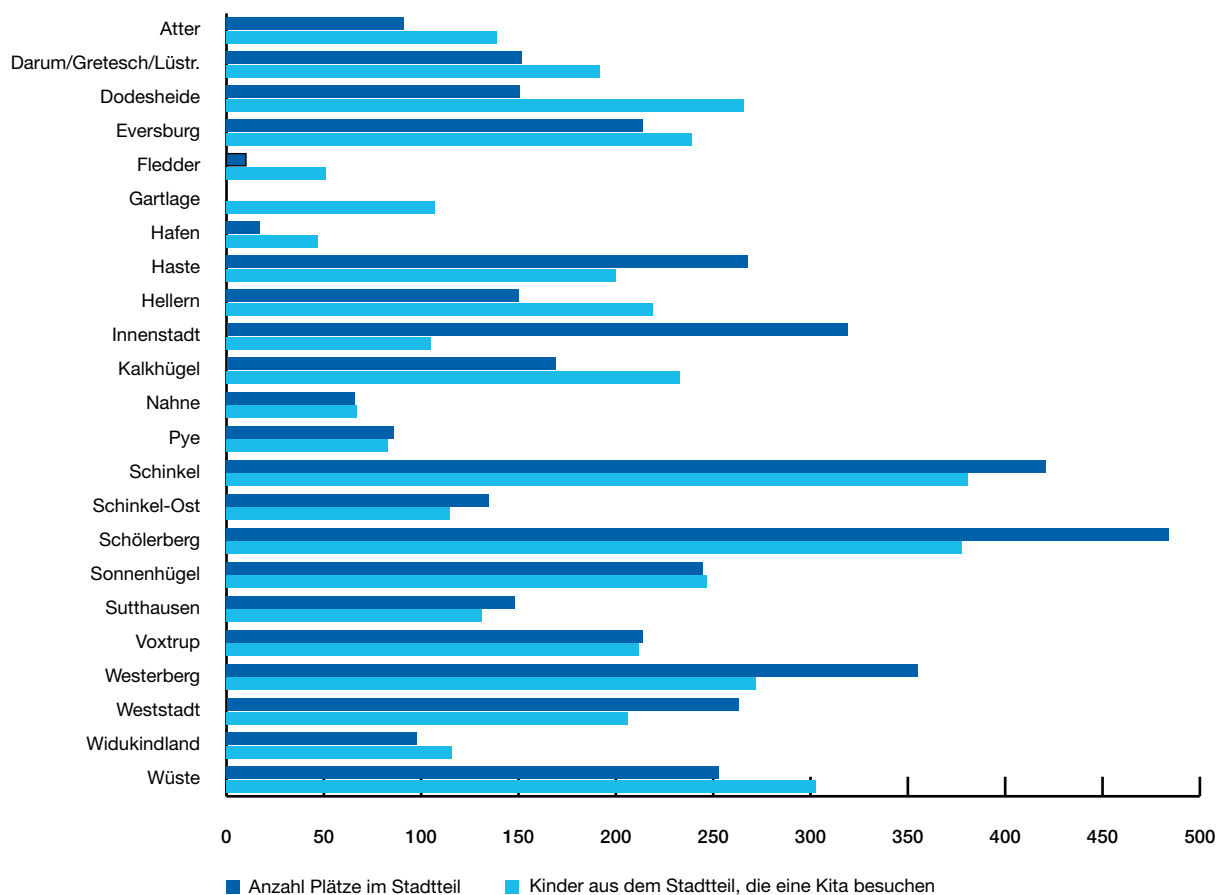
### Inanspruchnahme des Betreuungsangebots

In Osnabrück wurden zum Stichtag 01.10.2010 insgesamt 4.574 Plätze in Kindertagesstätten für die Altersgruppe 0 Jahre bis zum Schuleintritt vorgehalten, davon waren 137 Plätze nicht belegt (Vorjahr 174). Insgesamt besuchten zum Stichtag 4.437 Kinder eine Einrichtung.

Die nachfolgende Darstellung macht deutlich, wie sich die Nutzung der Betreuungsangebote stadtteilbezogen darstellt und in welchen Stadtteilen ein Unter-/ Überangebot an Plätzen besteht.

Insbesondere im Stadtteil Dodesheide liegt die vorhandene Platzzahl deutlich unter der Zahl der dort wohnenden Kinder, die eine Kita besuchen (151 zu 266). Diese Situation wird sich durch die Konversion und das dortige Neubaugebiet weiterhin verschärfen. Die zentral gelegenen Stadtteile Innenstadt, Westerberg und Schölerberg nehmen viele Kinder aus anderen Stadtteilen in ihre Einrichtungen auf. Im Stadtteil Schölerberg werden zusätzlich außergewöhnlich viele Kinder aus den Umlandgemeinden betreut.

Abb. 8: Betreuungsangebot und Inanspruchnahme pro Stadtteil



Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

### Kinder mit Migrationshintergrund<sup>32</sup>

Zum Stichtag 01.10.2010 hatte gut ein Drittel aller Kinder in den Osnabrücker Krippen und Kindergärten laut Angaben der Kindergartenleitungen einen Migrationshintergrund.

<sup>32</sup> Das Merkmal wird folgenden Personengruppen zugeordnet: Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und deren Geburtsort außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und bei denen eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgt ist. Kinder werden auch als Person mit Migrationshintergrund gezählt, wenn auf mindestens ein Elternteil die o. g. Bedingungen zutreffen.

Tab. 21: Migrationsanteil im Bereich der Krippen und Kindergärten

Migrationshintergrund	Anzahl	Anteil
Ja	1.615	36,4%
Nein	2.822	63,6%
Summe	4.437	100%

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

Grundsätzlich gibt es in Osnabrück sehr starke Unterschiede zwischen den Einrichtungen. Zur Verdeutlichung dieser extremen Spreizung stellt die folgende Tabelle die Einrichtungen mit mehr als 50% bzw. weniger 10% Migrationsanteil dar.

Tab. 22: Einrichtungen mit über 50% bzw. unter 10% Migrationsanteil

Migrationsanteil über 50%				Migrationsanteil unter 10%			
Stadtteil	Einrichtung	Migration	Alle	Stadtteil	Einrichtung	Migration	Alle
Eversburg	St. Michaelis	74	136	Hellern	Martin	7	88
Haste	Haste	51	83	Hellern	St. Wiho	5	65
Innenstadt	Herz Jesu	46	79	Innenstadt	Pusteblume	2	31
Innenstadt	Spielstube	15	19	Schinkel	Regenbogen	1	12
Innenstadt	St. Petrus Dom	25	49	Sonnenhügel	Villa Kunterbunt	1	18
Kalkhügel	St. Pius	43	66	Sutthausen	Wald-Kindergarten	1	14
Schinkel	Altes Wasserwerk	10	13	Westerberg	St. Marien Flohrstr.	6	73
Schinkel	Heilig Kreuz	79	121	Weststadt	Fliegenpilz	1	15
Schinkel	Heiligenweg	68	70	Weststadt	Zauberflöte	1	14
Schinkel	Mosaik	32	38				
Schinkel	Paulus	54	63				
Schinkel	Schinkel	69	107				
Schölerberg	Lukas	45	73				
Schölerberg	Luther	42	80				
Schölerberg	Schölerberg	67	100				
Voxtrup	Margareten	32	55				
Westerberg	Markus	30	55				

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

### 7.1.2 Sprachförderung

Das Thema Sprachförderung ist insbesondere durch die alarmierenden Ergebnisse der ersten PISA-Studie<sup>33</sup> im Jahr 2000 in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Die Studie hat deutlich gemacht, wie wichtig das Erlernen der deutschen Sprache für den schulischen Erfolg der Kinder ist. Das hatte zur Folge, dass neben der Schule vor allem die Kindertagesstätte in bildungspolitische Diskussionen geraten ist, da der Kindergartenbesuch die erste Bildungsstufe des Bildungssystems darstellt und die sprachlichen Fertigkeiten bis zur Einschulung ausschlaggebend für den schulischen Erfolg sein können. Um dem Ziel, den Bildungsauftrag von Kindertagesstätten und Schulen zu stärken, näherzukommen, wurden ab 2003 in allen Bundesländern Bildungspläne für den Elementarbereich eingeführt. Seitdem genießt das Thema Sprachförderung in allen Bundesländern eine hohe Priorität, denn die Sprachkompetenz ist maßgeblich für den Bildungs-, aber auch für den Integrationserfolg. Aus diesem Grund ist die elementare alltagsintegrierte Sprachförderung der Kindertageseinrichtungen in den jeweiligen landesspezifischen Bildungsplänen fest verankert.

#### Spracherwerb

Grundsätzlich wird beim Spracherwerb zwischen „Deutsch als Erstsprache“ und „Deutsch als Zweitsprache“ unterschieden. Dabei bezieht sich „Deutsch als Zweitsprache“ auf

- a) Personen (unterschiedlichen Alters), die aus dem Ausland zugezogen sind und die deutsche Sprache lernen, und
- b) Personen (Kinder), die in Deutschland geboren wurden, aus Familien mit Migrationshintergrund stammen und deren Eltern zu Hause ihre Herkunftssprache sprechen (Erstsprache).

Sowohl unter bildungspolitischen als auch integrationspolitischen Aspekten von besonderer Bedeutung ist die letzte Gruppe. Sprachförderung ist beim Zweitspracherwerb notwendig, weil Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, in stärkerem Maße sprachliche Hürden zu nehmen haben als Kinder, die Deutsch als Erstsprache erwerben. In diesem Kontext steht Sprachförderung für Aktivitäten, die das Ziel haben, Kinder und Jugendliche auf den Entwicklungsstand der Gleichaltrigen zu bringen.

#### Sprachförderung in Osnabrück

Für die Phase des Zweitspracherwerbs sind zwei unterschiedliche Lebensräume und Zuständigkeitsbereiche betroffen:

##### 1) Kindertageseinrichtung

Bei der Kindertagesstätte (Krippe, Kindergarten) handelt es sich um eine Angebotsform im Rahmen der Leistung „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ nach §§ 22 ff. SGB VIII, die von unterschiedlichen Trägern vorgehalten und erbracht wird. Die Entscheidung, ob und welche Angebote zur Sprachförderung in Kindertagesstätten vorgehalten werden, obliegt den Einrichtungsträgern.

Sowohl das Land Niedersachsen als auch die Stadt Osnabrück unterstützen durch den Einsatz von Förderprogrammen, Fördermitteln und Handreichungen die Sprachförderung. Im Rahmen des Bundesprogramms „Frühe Chancen – Schwerpunkt-Kitas

<sup>33</sup> In dieser Schulleistungsuntersuchung von 2000, die seitdem von der OECD alle drei Jahre bei 15-jährigen Schülern durchgeführt wird, lagen Deutschlands Schüler im untersten Drittel der 31 getesteten OECD-Mitgliedsstaaten.

Sprache und Integration“ haben bis dato 16 Kindertagesstätten in Osnabrück eine Bewilligung bekommen. Grundvoraussetzung für die Förderung ist die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren. Weitere Kriterien sind die Anzahl der Kinder mit Förderbedarf und der Anteil von Migrantenkindern (ausführlich in STADT OSNABRÜCK 2012: S. 64 f.).

## 2) Schule

Die Sprachförderung und die Sprachförderangebote durch die Schule beinhalten zwei Bereiche. Neben den Sprachförderangeboten innerhalb und außerhalb des Unterrichtes ist vor allem die vorschulische Sprachförderung von großer Bedeutung. Seit dem Schuljahr 2003/2004 wird in Niedersachsen gemäß Schulgesetz die Sprachstandserhebung flächendeckend bei allen Kindern durchgeführt<sup>34</sup>. Jeweils ca. 15 Monate vor der Einschulung wird im Rahmen der Schulanmeldung bei im darauffolgenden Schuljahr schulpflichtigen Kindern der Sprachstand untersucht. Die Teilnahme an der Sprachstandserhebung ist für alle Kinder Pflicht und erfolgt verbindlich mit dem Sprachtest „Fit in Deutsch“, der vom Kultusministerium in Niedersachsen 2006 herausgegeben wurde. Die Durchführung des Screenings erfolgt in den Kindertageseinrichtungen oder Grundschulen in Kooperation zwischen Lehrkräften und Erzieherinnen. Wird bei der Schulanmeldung Sprachförderbedarf festgestellt, sind diese Kinder verpflichtet, an der landesweiten 12-monatigen Sprachfördermaßnahme „Sprachförderung vor der Einschulung“ teilzunehmen. Dieses Angebot hat nichts mit der Sprachförderung in der Kindertagesstätte zu tun und findet parallel zum Kita-Alltag durch Förderkräfte des Landes statt. Die Kinder werden zu den Orten gefahren (vgl. NIEDERSÄCHSISCHES KULTUSMINISTERIUM 2006).

Daten zu Kindern mit Sprachförderbedarf lagen für diesen Bericht nur aus der ärztlichen Schuleingangsuntersuchung (SEU) vor, an der alle einzuschulenden Kinder verpflichtet sind teilzunehmen. Die Sprachkompetenz wird hierbei erfasst, wenn Eltern ihre Kinder an der Schule anmelden.

Demnach wurde bei rund 18,5% der im Schuljahr 2010/2011 untersuchten Kinder in Osnabrück ein Sprachförderbedarf festgestellt. Von diesen 260 Kindern hatten 230 (ca. 90%) einen Migrationshintergrund (siehe Tab. 23), das entspricht 51,9% aller Kinder mit Migrationshintergrund.

Tab. 23: Anteil der einzuschulenden Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern nach Migrationshintergrund

	Einzuschulende Kinder		Mit Deutschförderbedarf	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
insgesamt	1.404	100%	260	18,5%
.....				
Kinder ohne Migrationshintergrund	925	67,6%	30	2,2%
.....				
Kinder mit Migrationshintergrund	443	32,4%	230	51,9%

Datengrundlage: Schuleingangsuntersuchung 2010/2011, Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

<sup>34</sup> Vgl. Erlass des Kultusministeriums Niedersachsens unter <http://www.mk.niedersachsen.de/download/4610>

### 7.1.3 Typenbildung im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Einer der Entwicklungsschwerpunkte des Fachbereiches für Kinder, Jugendliche und Familien für die Jahre 2011 und 2012 ist die *Förderung der Entwicklungs- und Teilhabechancen der von (materieller) Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen*. Dieses korrespondiert mit mehreren strategischen Zielen der Verwaltung, die sich u. a. auf das Handlungsfeld Bildung beziehen.

Ein Schwerpunkt ist der Bereich der *frühkindlichen Bildung*. Hierunter fallen insbesondere die Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen.

Wie allseits bekannt ist, hängt die Qualität der Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen von verschiedenen Faktoren ab (z. B. Gruppengröße, Personalschlüssel, Qualifikation des Personals, Verfügungszeiten). Die konkrete Ausgestaltung hat jeweils finanzielle Auswirkungen und Folgen und hängt letztlich ab von der finanziellen Leistungskraft der Kommune (z. B. dann, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststandards überschritten werden sollen).

In der Vergangenheit hat es immer wieder Gründe und Anlässe gegeben, darüber nachzudenken bzw. zu entscheiden, ob einzelne Einrichtungen bzw. Angebotsteile im Vergleich zu anderen Einrichtungen stärker gefördert werden sollten<sup>35</sup>. In diesem Kontext hat der Jugendhilfeausschuss u. a. Folgendes beschlossen:

*Unabhängig von der Herkunft von Familien möge die Verwaltung prüfen, ob sie auch einen Handlungsbedarf sieht, um zusätzliche Betreuung in sogenannten „Erschwerniskitas“ in bestimmten problematischen Stadtteilen zu gewährleisten und zu welchem finanziellen Mehraufwand dieses führt.*

In diesen Diskussionen ist immer wieder deutlich geworden, dass bislang ein Instrumentarium gefehlt hat, das anhand von objektiven und messbaren Daten bzw. Kriterien eine eindeutige Zuordnung und Bewertung möglich macht.

Vor diesem Hintergrund hat das Bildungsbüro „Lernen vor Ort“ in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien erstmals eine Methode angewandt (*Clusteranalyse*), die nach objektiven, messbaren mathematischen Kriterien überprüft, ob es Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalen (Faktoren) gibt.

Hierzu wurden folgende Merkmale/Daten ausgewählt, die nach Auffassung der Beteiligten auf der Basis vorhandener Daten dazu geeignet sind/sein können, die soziale Differenzierung zwischen den Einrichtungen zu beschreiben:

- Kinder in Tageseinrichtungen
- Alleinerziehende
- Personen mit Migrationshintergrund
- Inanspruchnahme von Hilfs- und Unterstützungsleistungen des Sozialen Dienstes
- Kostenübernahme der Kita-Beiträge
- Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Sie bilden die Grundlage der nachfolgenden Gruppenbildung und Typisierung. Die Ergebnisse bestätigen die bislang „gefühlten“ Werte/Wahrnehmungen. Allerdings liegen dem nun überprüfbare Daten zugrunde, die fortgeschrieben werden können.

<sup>35</sup> So zuletzt im JHA am 13.1.2011 zu den Themen „Erschwerniskita“ und „Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kitas bei der Elternarbeit von Familien mit Migrationshintergrund“.

## Überblick

Die soziale Situation der Kinder in den Osnabrücker Kindertageseinrichtungen ist, wie auch in der Stadt selbst, sehr verschieden. Daraus ergeben sich bei den Einrichtungen z.T. erhebliche Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der betreuten Kinder. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich damit, diese Unterschiede sichtbar zu machen.

Dem vorangestellt wird zunächst ein Überblick über das Kindertagesstättenangebot in Osnabrück. Anschließend wird mit der Clusteranalyse ein statistisches Verfahren vorgestellt, das die Herausbildung von Gruppen („Typen“) ermöglicht, in denen ähnliche Einrichtungen zusammengefasst werden.

Die Clusteranalyse wird getrennt für die Horte und die Krippen/Kindergärten durchgeführt. Die Sonderkindergärten finden sich zwar im Gesamtüberblick, finden aufgrund ihres spezifischen Angebots und der damit verbundenen Sonderstellung keine Berücksichtigung im Rahmen der Gruppenbildung.

Der Gesamtüberblick stellt das Angebot in den Bereichen Krippe/Kindergarten, Hort und Sonderkindergarten dar.

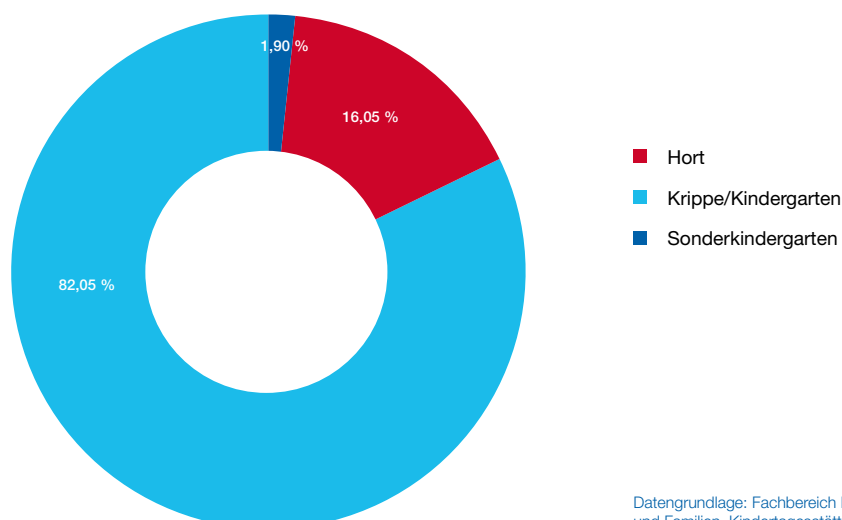
Tab. 24: Verteilung der Kinder auf die Kita-Arten

Kita-Art	Anzahl	Kinder
Krippe/Kindergarten	73	4.437
Hort	24	868
Sonderkindergarten	7	100
Summe		5.405

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien

Insgesamt umfasst die Darstellung 101 Einrichtungen in der Stadt, die von 5.405 Kindern besucht werden. Abbildung 9 verdeutlicht die Dominanz der Krippen/Kindergärten, in denen rund 82 % der Kinder betreut werden.

Abb. 9: Verteilung der Kinder auf die Kita-Arten



Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung

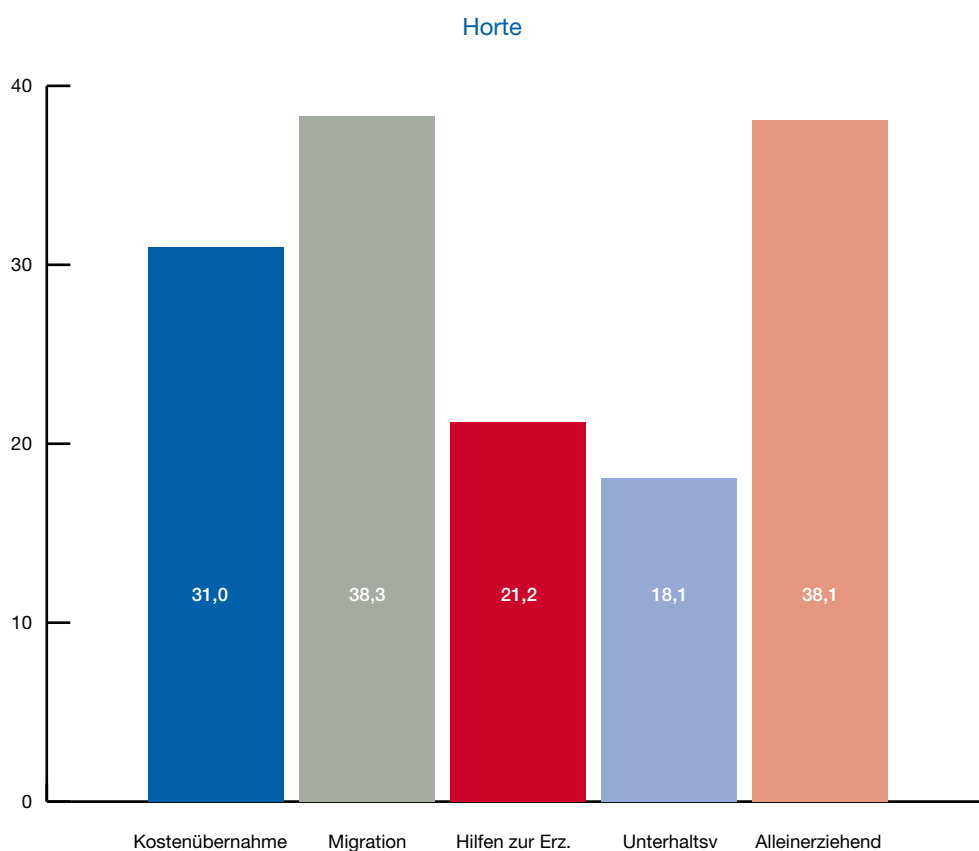
### Auswertung auf gesamtstädtischer Ebene

Um die Ergebnisse der Gruppenbildung sinnvoll beurteilen zu können, ist neben dem Vergleich der Gruppen zueinander auch der Vergleich mit der Gesamtstadt notwendig. Dazu werden die o.a. Merkmale im Folgenden für die Horte und die Krippen/Kindergärten dargestellt.

#### Hort

Abbildung 10 zeigt die Durchschnittswerte sozialer Differenzierung (in %) für alle Horte in Osnabrück. Es fällt auf, dass der Migrantenanteil und der Anteil der Kinder, die in alleinerziehenden Familien aufwachsen, mit gut 38 % gleich hoch sind. Der Anteil der Kinder mit einer Kostenübernahme erreicht ebenfalls über 30 %.

Abb. 10: Merkmale sozialer Differenzierung im Hortbereich (in %)

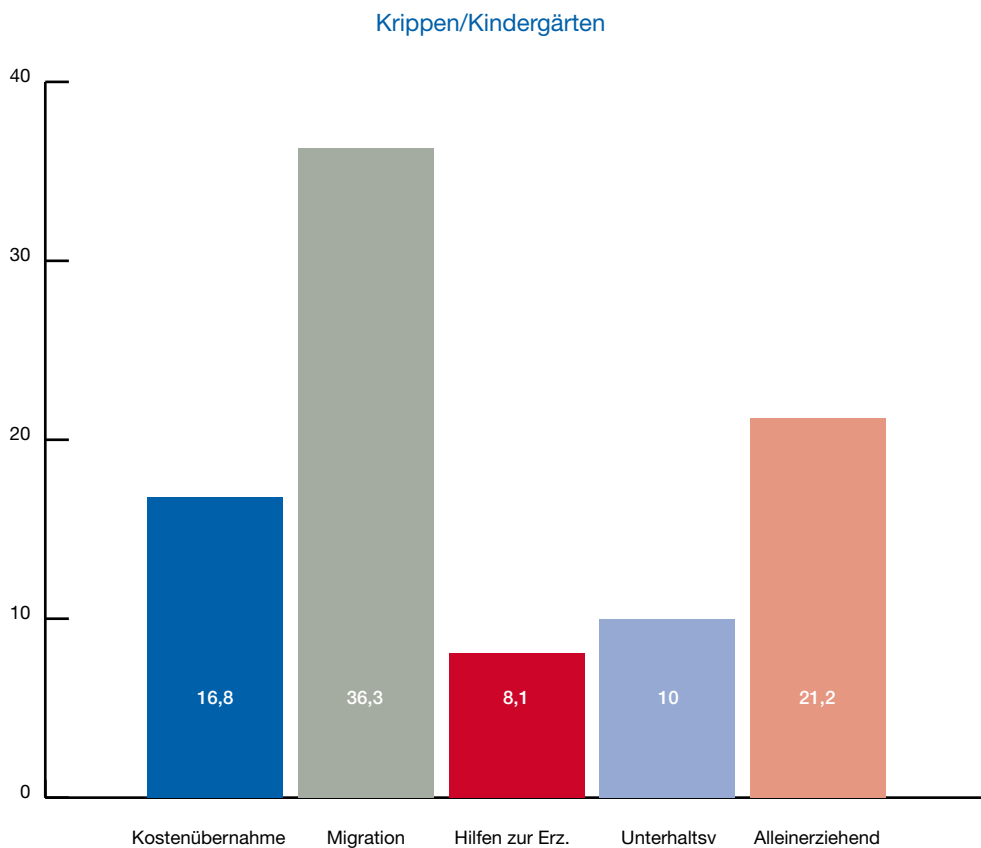


Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien

#### Krippe/Kindergarten

Die nachfolgende Abbildung 11 zeigt die Durchschnittswerte sozialer Differenzierung (in %) für alle Krippen und Kindergärten in Osnabrück. Bis auf den Migrantenanteil liegen die Werte für die Krippen/Kindergärten deutlich unter denen im Hortbereich. Dies hat z.T. mit dem Größenverhältnis der beiden Bereiche zu tun. So kommen auf ein Hortkind in etwa fünf Krippen- bzw. Kindergartenkinder. Mit 61 Kindern im Durchschnitt pro Einrichtung (nicht pro Gruppe) besuchen ca. 1,7-mal so viel Kinder die Krippe bzw. den Kindergarten wie den Hort (36 Kinder).

Abb. 11: Merkmale sozialer Differenzierung für die Krippen/Kindergärten in Osnabrück (in %)



Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien

### Gruppenbildung und Typisierung mittels Clusteranalyse

Anhand der Clusteranalyse werden die Kindertageseinrichtungen so gruppiert, dass die Unterschiede zwischen den Einrichtungen derselben Gruppe möglichst klein und die Unterschiede zwischen den Gruppen möglichst groß sind (BORTZ/SCHUSTER 2010: S. 453 ff.). Jede Gruppe stellt in diesem Zusammenhang einen bestimmten „Typ“ dar, dem die einzelne Einrichtung zugerechnet wird.

### Hort

In der Analyse wurden 23<sup>36</sup> Horte in drei verschiedene Gruppen eingeteilt. Der ersten Gruppe wurden 6 Horte zugeordnet, in den Gruppen 2 und 3 befinden sich 8 bzw. 9 Einrichtungen. Jede Gruppe steht hierbei für einen bestimmten Typ mit einem spezifischen sozialen Profil.

Die Differenzen zwischen den Gruppen werden deutlich, wenn man die Mittelwerte der einzelnen Merkmale pro Gruppe vergleicht (siehe Tab. 25).

<sup>36</sup> Der Hort „Pustebblume“ (Innenstadt) wurde wegen zu geringer Fallzahl (n=4 Kinder) von der Analyse ausgenommen

Tab. 25: Hort | Merkmalswerte pro Cluster

Gruppe/Cluster	Merkmal	N	Minimum	Maximum	Mittelwert
1	Kostenübernahme	6	0,39	0,71	0,493
1	Migration	6	0,63	0,91	0,676
1	Hilfen zur Erziehung	6	0,25	0,48	0,343
1	Unterhaltsvorschuss	6	0,09	0,36	0,227
1	Alleinerziehend	6	0,29	0,52	0,411
2	Kostenübernahme	9	0,1	0,2	0,154
2	Migration	9	0,07	0,39	0,207
2	Hilfen zur Erziehung	9	0	0,24	0,104
2	Unterhaltsvorschuss	9	0,05	0,18	0,098
2	Alleinerziehend	9	0,08	0,4	0,303
3	Kostenübernahme	8	0,32	0,58	0,384
3	Migration	8	0,23	0,52	0,402
3	Hilfen zur Erziehung	8	0,17	0,48	0,260
3	Unterhaltsvorschuss	8	0,16	0,43	0,256
3	Alleinerziehend	8	0,35	0,63	0,463

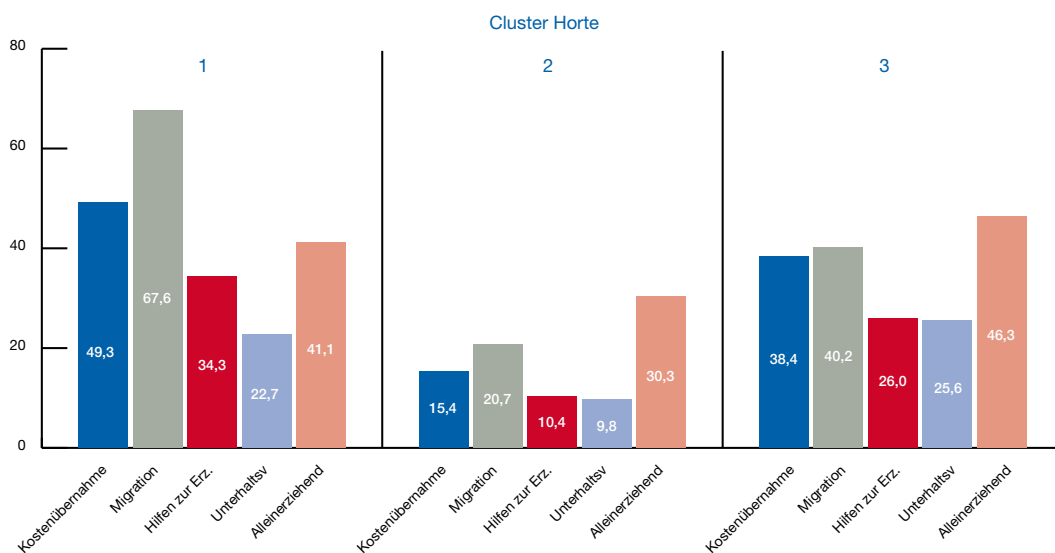
Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien

Abbildung 12 veranschaulicht die unterschiedlichen Profile der drei Gruppen noch einmal grafisch. Es fällt auf, dass sich die Gruppen 1 und 2 am stärksten voneinander unterscheiden. Sie stellen sozusagen die Gegenpole im Hinblick auf die sozialstrukturelle Zusammensetzung der dort betreuten Kinder dar.

Bis auf das Merkmal „Unterhaltsvorschuss“ weisen die Horte in Gruppe 1 für alle Merkmale Werte auf, die deutlich über dem Niveau der Gesamtstadt liegen. So ist z. B. der Migrantenanteil nahezu doppelt so hoch wie der Durchschnittswert für alle Horte in der Stadt (siehe Abb. 10).

Die Einrichtungen der dritten Gruppe bewegen sich hingegen in einem durchschnittlichen Bereich, wie er für den Hortbereich auf Stadtebene insgesamt zutrifft.

Abb. 12: Clusterprofile | Hort



### Krippe/Kindergarten

Alle 73 Einrichtungen sind in die Gruppenbildung eingegangen. Das sind genau 50 Fälle mehr als bei den Horten, weshalb für die Krippen/Kindergärten im Ergebnis fünf Typen unterschieden werden können. Mit 4 Einrichtungen ist Gruppe 2 die kleinste und Gruppe 5, mit 26 Einrichtungen, die größte. An den Gruppenmittelwerten der einzelnen Merkmale sind die Unterschiede zwischen den Gruppen abzulesen.

Tab. 26: Krippe/Kindergarten | Merkmalswerte pro Cluster

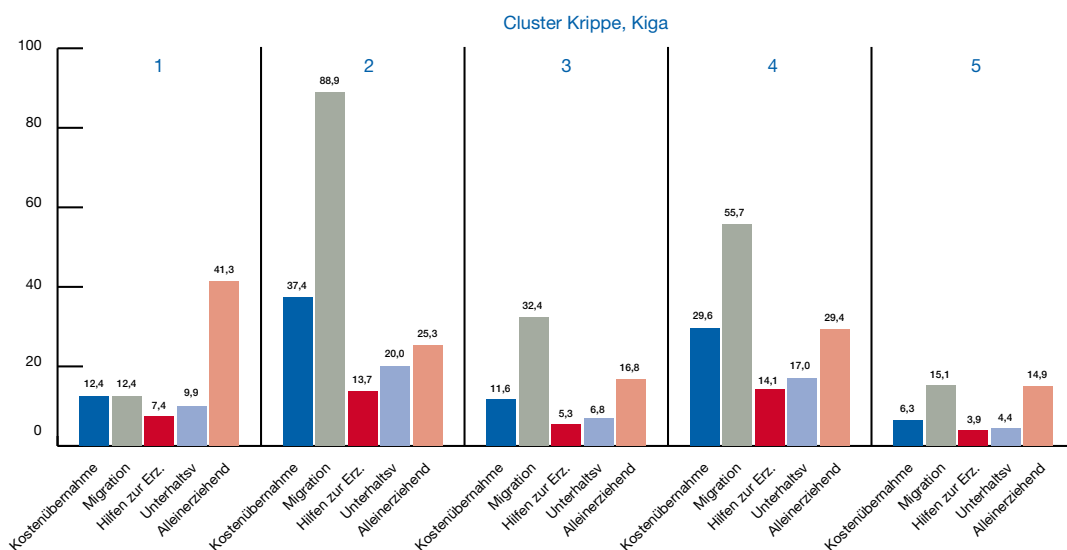
Gruppe/Cluster	Merkmal	N	Minimum	Maximum	Mittelwert
1	Kostenübernahme	6	0	0,33	0,124
1	Migration	6	0,06	0,2	0,124
1	Hilfen zur Erziehung	6	0	0,17	0,074
1	Unterhaltsvorschuss	6	0	0,25	0,099
1	Alleinerziehend	6	0,32	0,58	0,413
2	Kostenübernahme	4	0,26	0,43	0,374
2	Migration	4	0,79	0,97	0,890
2	Hilfen zur Erziehung	4	0,03	0,26	0,137
2	Unterhaltsvorschuss	4	0,11	0,29	0,200
2	Alleinerziehend	4	0,19	0,32	0,253
3	Kostenübernahme	19	0,04	0,22	0,116
3	Migration	19	0,25	0,41	0,324
3	Hilfen zur Erziehung	19	0	0,1	0,053
3	Unterhaltsvorschuss	19	0,02	0,14	0,068
3	Alleinerziehend	19	0,02	0,26	0,168
4	Kostenübernahme	18	0,22	0,54	0,296
4	Migration	18	0,42	0,67	0,557
4	Hilfen zur Erziehung	18	0,04	0,23	0,141
4	Unterhaltsvorschuss	18	0,05	0,34	0,170
4	Alleinerziehend	18	0,17	0,47	0,294
5	Kostenübernahme	26	0	0,14	0,063
5	Migration	26	0,06	0,25	0,151
5	Hilfen zur Erziehung	26	0	0,09	0,039
5	Unterhaltsvorschuss	26	0	0,1	0,044
5	Alleinerziehend	26	0,07	0,3	0,149

Aus Abbildung 13 (siehe S. 72) wird ersichtlich, dass sich vor allem in den Gruppen 2 und 4 Krippen und Kindergärten befinden, die eine herausfordernde Sozialstruktur aufweisen. Dabei handelt es sich insgesamt um 22 Einrichtungen, wobei die Fälle der

zweiten Gruppe noch mal einen Niveauunterschied zu Gruppe 4 aufweisen. Im Einzelnen wird das Sozialprofil in diesen Gruppen besonders deutlich durch eine Kombination der Lebenslagen und Lebensumstände beschreibenden Merkmale „Migration“, „Alleinerziehend“ und „Hilfen zur Erziehung“. Diese sind im Vergleich zur Gesamtstadt stark überdurchschnittlich ausgeprägt (siehe Abb. 11). Dagegen sind sämtliche Merkmale der größten Gruppe 5 unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Abschließend sei auf das Merkmal „Alleinerziehend“ in Gruppe 1 hingewiesen. Innerhalb der Gruppe ist es als einziges überdurchschnittlich ausgeprägt. Im Kontext der übrigen Merkmale, die auf eine wenig auffällige Situation in den Einrichtungen hinweisen, handelt es sich wohl überwiegend um Kinder aus Familien mit unverheirateten Eltern. In diesem Fall beschreibt der Alleinerziehendenstatus also eine über das Einwohnermeldewesen vorgenommene formale Zuschreibung und nicht die in den Familien gelebte Wirklichkeit. Die Konstellation in Gruppe 1 zeigt, wie wichtig es ist, einzelne Merkmale nicht isoliert zu betrachten. Vielmehr sollte eine Bewertung mit Bezug auf den weiteren sozialen Kontext vorgenommen werden, um Fehldeutungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Abb. 13: Clusterprofile | Krippe/Kindergarten



## 7.2 Schulische Bildung

Nach wie vor ist die schulische Bildung die im wahrsten Sinne des Wortes entscheidende Instanz für gesellschaftliche Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen. Durch die gesetzliche Schulpflicht wird sichergestellt, dass alle Kinder sie durchlaufen müssen. Anforderungen und Erwartungen an das Schulsystem sind daher hoch. Bildung in der Schule soll nicht nur Kompetenzen und Wissen für gesellschaftliche Teilhabe im Allgemeinen und einen erfolgreichen Einstieg in das Ausbildungs- oder Hochschulsystem im Speziellen ermöglichen. Oftmals soll Schule auch eine Kompensationsfunktion elterlicher Erziehungsaufgaben übernehmen. Das Schulsystem

und alle beteiligten institutionellen und individuellen Akteure stehen also gehörig unter Druck.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA oder IGLU, aber auch die nationale Bildungsberichterstattung weisen vor diesem Hintergrund kontinuierlich darauf hin, dass sich im deutschen Schulwesen die soziale Herkunft direkt im Bildungserfolg niederschlägt und individuellen Bildungserfolg damit im Vorfeld berechenbar macht.

Das vorliegende Kapitel gliedert sich in die Bereiche allgemeinbildende und berufsbildende Schulen. Dargestellt werden Schülerzahlen, Übergänge und Abschlüsse. Dabei liegt der thematische Schwerpunkt auf dem Grundschulbereich.

## 7.2.1 Allgemeinbildende Schulen

### Schulangebot

Im Schuljahr 2010/11 gab es insgesamt 55 Schulen im allgemeinbildenden Bereich. Darunter befinden sich zwei Haupt- und Realschulen sowie zwei Gymnasien in Trägerschaft des Bistums Osnabrück. Die Verteilung auf die Schulformen zeigt nachfolgende Übersicht.

Tab. 27: Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2010/11

Schulform	Anzahl
Grundschule	28
Hauptschule	3
Realschule	5
Haupt- und Realschule	3
Gesamtschule	2
Gymnasium	7
Abendgymnasium	1
Förderschule <sup>37</sup>	6
davon Förderschwerpunkte	
Lernen	2
Sprache	1
Geistige Entwicklung	1
Emotionale/Soziale Entwicklung	1
Körperliche/Motorische Entwicklung	1
<b>Summe</b>	<b>55</b>

Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

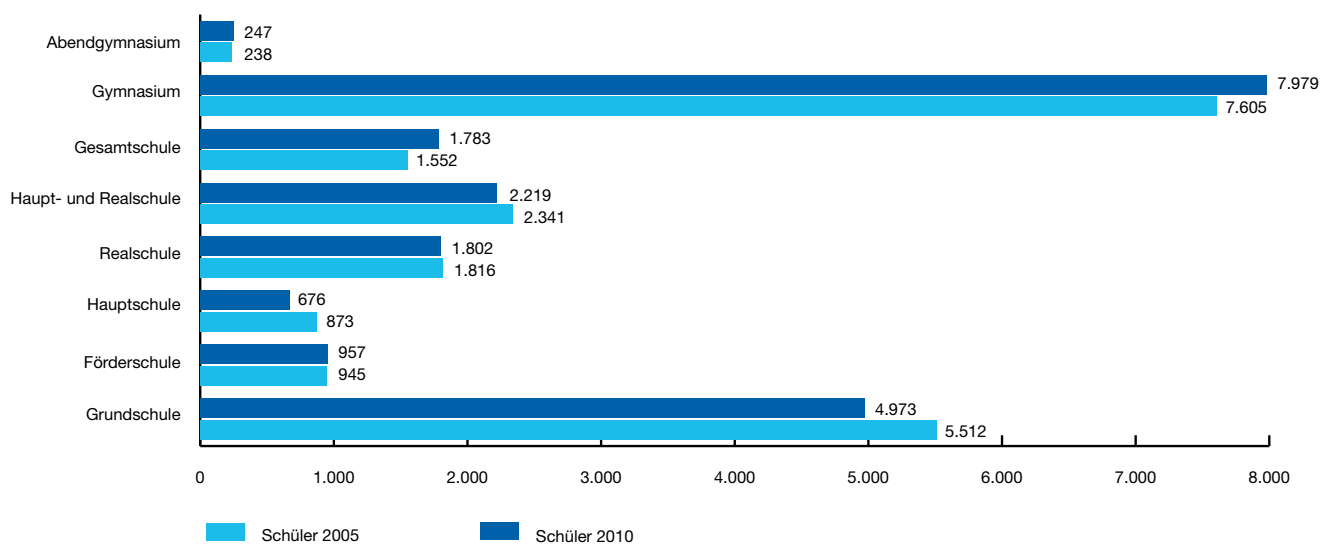
<sup>37</sup> Weiterhin gibt es eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Hören und Geistige Entwicklung des Vereins Hilfe für hörgeschädigte Menschen in Niedersachsen e.V. Im Schuljahr 2010/11 besuchten 25 Kinder die Schule.

### Entwicklung der Schülerzahlen

Zwischen 2005 und 2010 sind die Schülerzahlen insgesamt nahezu unverändert geblieben (2005: 20.882, 2010: 20.636). Veränderungen innerhalb der Schulformen gab es im Wesentlichen bei den Grundschulen, den Hauptschulen und den Gymnasien. Im Grundschulbereich sind die Schülerzahlen um knapp 10 % gesunken, an den Hauptschulen um 22,5 %, allerdings auf niedrigerem Gesamtniveau (siehe Abb. 14). Einen Anstieg verzeichnen die Gymnasien mit knapp 5 %, die mit knapp 39 % aller Schüler ohnehin die dominierende Schulform in der Stadt stellen. Im Gesamtschulbereich ist der Schüleranstieg vor allem auf die Einrichtung der integrierten Gesamtschule zurückzuführen, die im Schuljahr 2010/11 den ersten fünften Jahrgang mit 148 Schülern aufgenommen hat.

Für den Anteil der einzelnen Schulformen an den Schülern an allgemeinbildenden Schulen insgesamt siehe auch Anlage 7.

Abb. 14: Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen 2005 und 2010



Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

### Herkunft der Schüler

Das Angebot an Gymnasien und Gesamtschulen in Osnabrück ist für das Umland, insbesondere den Landkreis Osnabrück, von hoher Bedeutung. Dies zeigt sich an der hohen Zahl von Schülern, die außerhalb des Stadtgebietes wohnen. Das städtische Angebot an Haupt- und Realschulen steht Schülern von außerhalb hingegen nicht offen.

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die neu aufgenommenen Schüler in die Klassenstufe 5 im Jahr 2010. Von den 1.873 neuen Fünftklässlern wohnten 548 nicht in Osnabrück, das entspricht einem Anteil von 29,3 %.

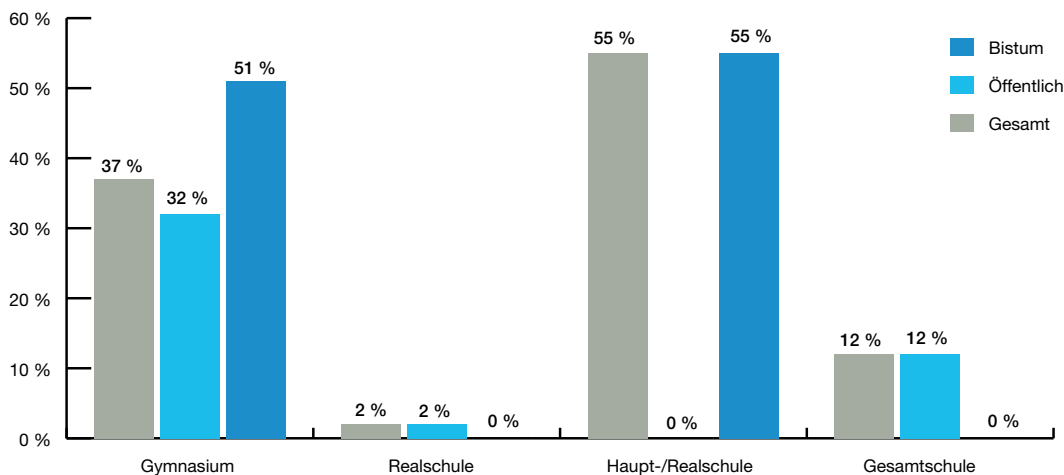
Eine vertragliche Vereinbarung zwischen Stadt und Bistum Osnabrück, in dessen Trägerschaft sich zwei Gymnasien und zwei Haupt- und Realschulen befinden, regelt den

Anteil städtischer Schüler an diesen Schulen. Dieser liegt grundsätzlich bei 20 % der Schüler in Klassenstufe 4 an städtischen Grundschulen, die in die Sekundarstufe I überwechseln. Halten die kirchlichen Schulen besondere Angebote vor, die es an den öffentlichen Schulen nicht gibt, können auch darüber hinaus Schüler aufgenommen werden. Weiterhin kann der Prozentsatz im Einvernehmen mit der Stadt überschritten werden.

So liegt der Anteil externer Schüler an den Bistumsschulen bei 53 % und an den öffentlichen Schulen bei rund 20 %.

Differenziert nach Schulform und Trägerschaft bildet sich einerseits der systematische Effekt ab, der durch den Vertrag mit dem Bistum zustande kommt. Dort, wo das Bistum ein Schulangebot vorhält, nämlich im Bereich der Gymnasien und der Haupt-/Realschulen<sup>38</sup>, fällt auch der Anteil der externen Schüler entsprechend hoch aus. Bei den öffentlichen Schulen übernehmen die Gymnasien und Gesamtschulen die schulische Versorgung für einen merklichen Anteil nicht in Osnabrück wohnhafter Schüler.

Abb. 15: Externe Schüler der Klassenstufe 5 pro Schulform und Trägerschaft 2010



Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

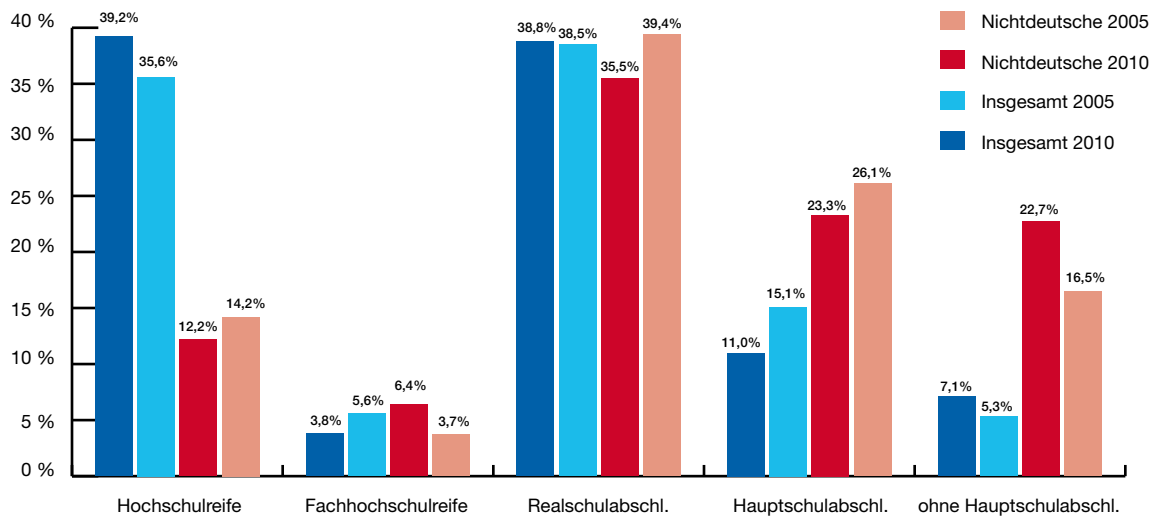
### Abschlüsse

Der Blick auf die Abschlüsse zeigt die grundsätzliche Situation von nichtdeutschen Schülern im Hinblick auf den Erwerb von Bildungszertifikaten auf. Liegen sie bei den Realschulabschlüssen noch in etwa gleichauf mit dem entsprechenden Gesamtanteil, sind sie bei den höherwertigen Abschlüssen klar unter- und bei den niedrigerwertigen Abschlüssen deutlich überrepräsentiert.

Die Entwicklung von 2005 bis 2010 legt eine Verschärfung dieser Disparität nahe. Ist der Anteil der Abgänger mit Hochschulabschluss insgesamt um 3,6 Prozentpunkte gestiegen, sank er bei den Nichtdeutschen um 2 Punkte. Umgekehrt verhält es sich für den Hauptschulabschluss und die Kategorie „ohne Hauptschulabschluss“. In 2010 ist hier bereits der zweithöchste Wert innerhalb der Gruppe der nichtdeutschen Schüler zu finden.

<sup>38</sup> Es gibt zurzeit noch eine öffentliche Haupt- und Realschule, die allerdings ausläuft und daher keine Schüler mehr in die Klassenstufe 5 aufnimmt.

Abb. 16: Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen 2005 und 2010



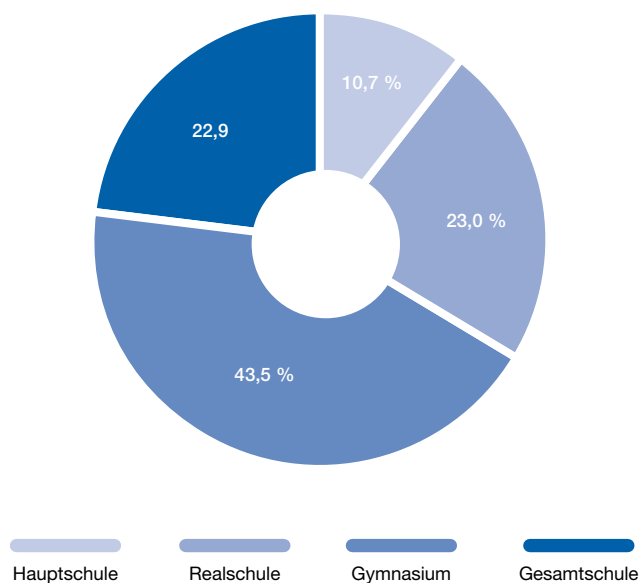
Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

## Übergänge

### Grundschulübergänge

Bei den Übergängen 2010 ist das Gymnasium mit 43,5% die meistgewählte Schulform. Dahinter folgen mit einigem Abstand die Real- und Gesamtschulen mit jeweils 23%. Zur Hauptschule sind 11 von 100 Kindern gewechselt. Innerhalb des Gesamtschulbereichs sind 56% zur kooperativen und 44% zur integrierten Gesamtschule übergegangen.

Abb. 17: Grundschulübergänge 2010

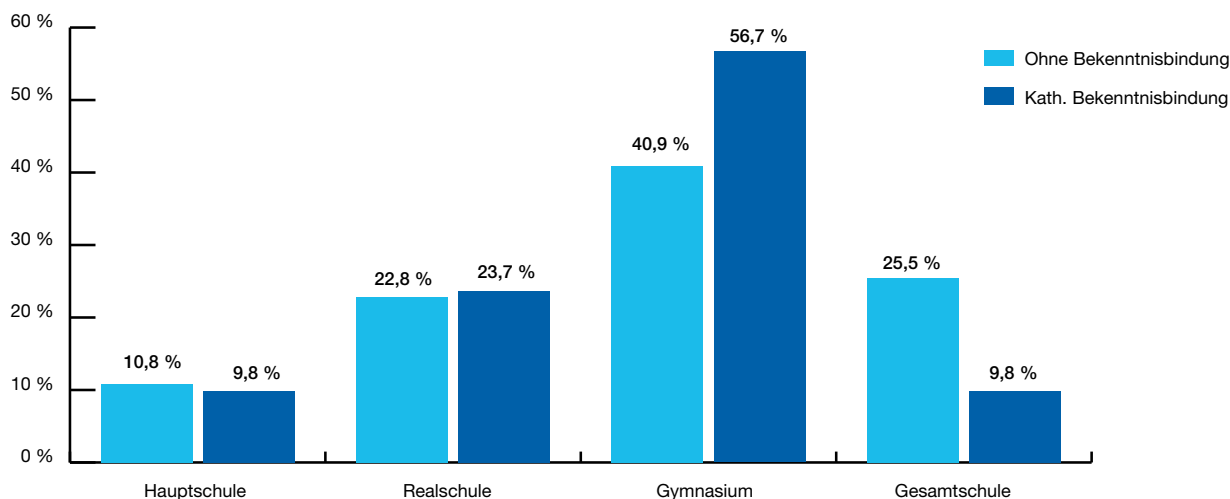


Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

Zwar sind alle Osnabrücker Grundschulen in städtischer Trägerschaft, doch gibt es an fünf Grundschulen eine katholische Bekenntnisbindung, die einen Anteil von höchstens 30 % Nichtkatholiken an den Schulen vorsieht.

Differenziert man die Übergangsquoten nach diesem Kriterium, fällt bei den katholischen Bekenntnisschulen eine deutlich höhere Übergangsquote zum Gymnasium sowie eine klar niedrigere zu den Gesamtschulen auf.

Abb. 18: Grundschulübergänge mit und ohne Bekenntnisbindung 2010



Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

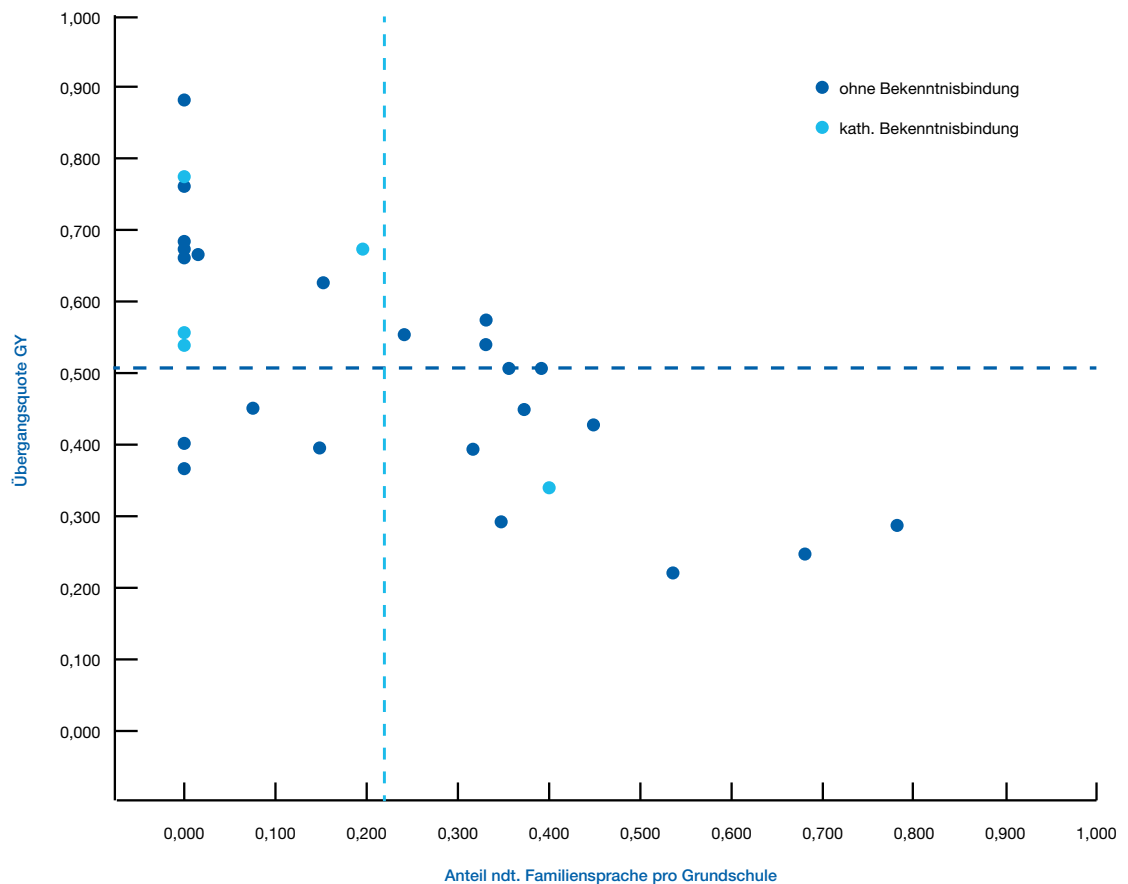
Setzt man die Übergangsquote zum Gymnasium pro Grundschule in Relation zum Anteil der Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache pro Grundschule insgesamt, erkennt man, dass sich die beiden Merkmale tendenziell gegensätzlich zueinander verhalten. Für beide Merkmale werden außerdem große Unterschiede zwischen den Grundschulen sichtbar.

Die gestrichelten Linien zeigen den Durchschnittswert für alle Schulen an (Übergangsquote zum Gymnasium: 43,5 %; Anteil nichtdeutsche Familiensprache: 22 %).

Die meisten Schulen befinden sich im oberen linken Quadranten, weisen also eine überdurchschnittliche Übergangsquote bei einem unterdurchschnittlichen Anteil von Schülern mit nichtdeutscher Familiensprache auf. Von den Grundschulen mit katholischer Bekenntnisbindung finden sich hier vier von fünf Schulen.

Die katholischen Bekenntnisschulen, das zeigt die Grafik, werden also überwiegend von deutschen Muttersprachlern besucht. Die Herausforderung, heterogene Klassen mit Sprachbarrieren zu unterrichten, stellt sich daher in der Regel an anderen Schulen. Das Diagramm zeigt außerdem, dass sich die Übergangsquote zum Gymnasium kaum als Leistungsindikator einer Schule eignet, eher gibt das Merkmal Hinweise auf die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft und die damit verbundenen Konsequenzen für den Schulalltag.

Abb. 19: Übergangsquote zum Gymnasium in Relation zu Schülern mit nichtdeutscher Familiensprache



Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück, Erhebung des Fachbereichs Schule/Sport 2010

### Schulwahlverhalten im Grundschulbereich

Da das Einwohnermelderegister der Stadt das Merkmal „Grundschulbezirk“ enthält, kann man zumindest für die 23 Bezirke der Grundschulen ohne Bekenntnisbindung den Anteil der nichtdeutschen Schüler (nach Staatsangehörigkeit) pro Grundschule ins Verhältnis zu dem Anteil der nichtdeutschen Sechs- bis Zehnjährigen<sup>39</sup> setzen, die in dem entsprechenden Bezirk wohnen.

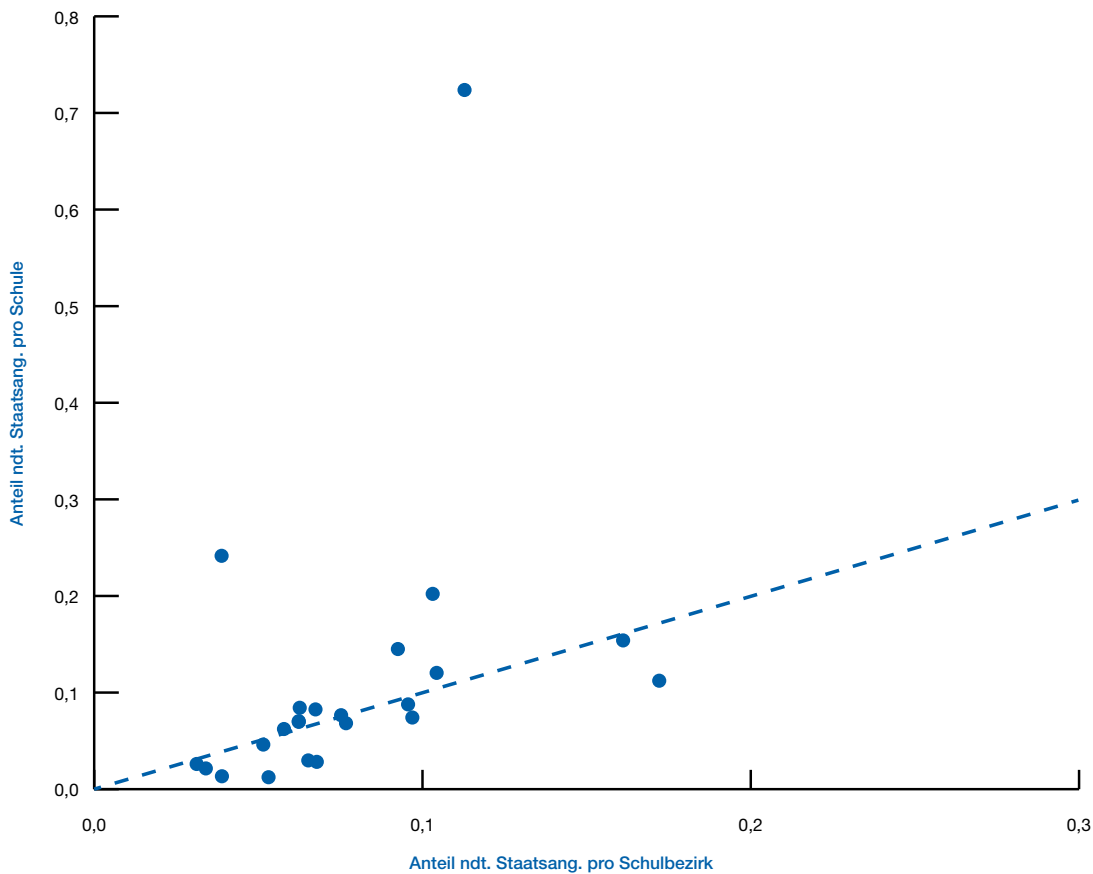
In der unten stehenden Grafik wird deutlich, dass die beiden Anteile bei den meisten Schulen in etwa gleich groß sind, also so viele nichtdeutsche Kinder diejenigen Grundschulen besuchen, in deren Bezirk sie auch wohnen. Diese Schulen liegen auf oder in der Nähe der gestrichelten Linie.

Die Schulen jedoch, die sich deutlich oberhalb der Linie befinden, werden anteilig von mehr nichtdeutschen Schülern als im Bezirk wohnen besucht. In diesen Fällen treten sozusagen „Entmischungseffekte“ auf, die dadurch zustande kommen, dass vornehmlich (bildungsnahe) Eltern deutscher Schüler ihre Kinder gezielt in anderen Grundschulen außerhalb des eigenen Bezirks unterbringen und so, im Umkehrschluss, der Anteil nichtdeutscher Schüler steigt.

<sup>39</sup> Der Anteil wird nicht anhand der Gesamtbevölkerung pro Schulbezirk berechnet, sondern an allen Sechs- bis Zehnjährigen pro Bezirk.

Insgesamt lässt sich dieser Effekt in extremer Form nur an einer Schule beobachten. An zwei bis drei weiteren Grundschulen ist er zumindest erkennbar. Bedenkt man allerdings, dass es in Niedersachsen nach wie vor Grundschulbezirke gibt, die unter anderem damit begründet werden, solche Effekte zu vermeiden, dürfte dieses Phänomen überhaupt nicht auftreten.

Abb. 20: Nichtdeutsche 6- bis 10-Jährige pro Grundschulbezirk | Nichtdeutsche pro Grundschule (in %)



Datengrundlage: Einwohnermelderegister, Stand: 31.12.2010, Schulstatistik der Stadt Osnabrück, Stand: 8/2010

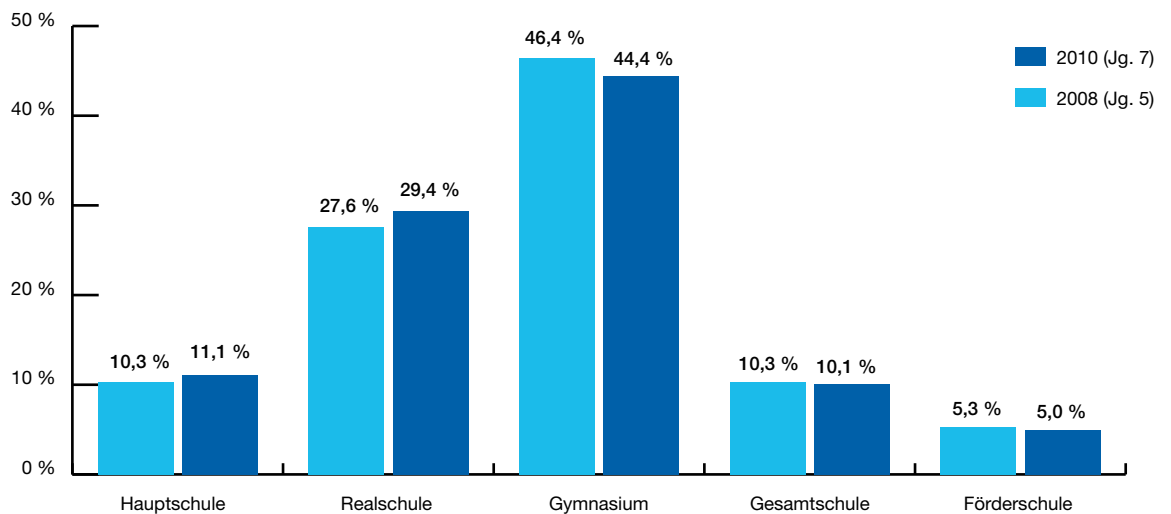
### Übergänge zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 7

Verfolgt man die Entwicklung des 5. Jahrgangs von 2008 bis in die 7. Jahrgangsstufe zwei Jahre später, ergeben sich Hinweise auf die sogenannten „Rückläufer“. Dabei handelt es sich um Schüler, die innerhalb der ersten zwei Schuljahre im Sekundarbereich I die Schulform wechseln.

In Osnabrück gewinnen die Haupt- und Realschulen in dieser Zeit 10% bzw. 9% Schüler hinzu. Die Hauptschulen steigern dadurch ihren Anteil an dem gesamten Jahrgang von 10,3% auf 11,1%, die Realschulen von 27,6% auf 29,4%.

Die Gymnasien geben im selben Zeitraum Schüler ab (-2,6%), ihr Gesamtanteil geht auf 44,4% zurück. Keine nennenswerten Veränderungen verzeichnen hingegen die kooperative Gesamtschule und die Förderschulen.

Abb. 21: Rückläufer zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 7



Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

## Ganztagsbetreuung<sup>40</sup>

### Angebote der Ganztagschule<sup>41</sup>

In allen Ganztagschulen wird das übliche Unterrichtsangebot der Halbtagschule durch zusätzliche charakteristische Angebote der Ganztagschule ergänzt. Dazu gehören:

- Verfügungsstunden der Klassen bei ihrer Klassenlehrerin oder ihrem Klassenlehrer
- Arbeitsgemeinschaften
- Arbeits- und Übungsstunden
- Fördermaßnahmen
- Projekte an außerschulischen Lernorten
- die Mittagspause und das Mittagessen
- außerunterrichtliche Angebote

In Niedersachsen gibt es zurzeit drei Formen des Ganztagschulangebots:

#### 1. Gebundene Ganztagschule

Kernunterricht und Angebote der Ganztagschule sind über den ganzen Tag verteilt. Für alle Schülerinnen und Schüler ist die Teilnahme an den Veranstaltungen verbindlich. Der Unterrichtstag beginnt mit der ersten Stunde und dauert bis ca. 16.00 Uhr.

#### 2. Teilweise offene Ganztagschule

Die Schülerinnen und Schüler sind durch die Anmeldung an der Schule verpflichtet, das Ganztagsangebot an einem oder mehreren Nachmittagen wahrzunehmen. Diese Verpflichtung kann auch auf einzelne Schuljahrgänge beschränkt werden.

<sup>40</sup> Das Kapitel ist in Teilen der Grundschulentwicklungsplanung (Schuljahr 2010/11) entnommen und orientiert sich weiterhin stark an der Kindertagesstättenplanung für das Kindergartenjahr 2010/11 des Fachbereichs für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Osnabrück.

<sup>41</sup> Seit dem 16.03.2004 ist die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule durch den Erlass „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ RdErl. d. MK v. 16.3.2004 - 201 - 81 005 (SVBl. Nr. 5/2004 S. 219) - VORIS 22410 beschrieben.

### 3. Offene Ganztagschule

Der Pflichtunterricht findet zu den in der Halbtagschule üblichen Zeiten statt. Zusätzliche Bildungs- und Freizeitangebote finden außerhalb der für den Pflichtunterricht reservierten Zeiten statt. Die Teilnahme ist freiwillig. Die Schüler/innen melden sich zu den einzelnen Ganztagsangeboten für die Dauer eines Schulhalbjahres oder für ein Schuljahr an. Die Angebote offener Ganztagschulen können auch in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe oder anderen Kooperationspartnern angeboten werden. Das Nachmittagsangebot in der offenen Ganztagschule ist kostenfrei.<sup>42</sup> Seit 2002 sieht das niedersächsische Schulgesetz als Regelfall die offene Ganztagschule vor, d. h. es werden nur offene Ganztagschulen genehmigt.

Die folgende Tabelle informiert über den Umfang des Ganztagsangebots in Osnabrück, für eine detaillierte Darstellung pro Schule siehe Anlage 8.

Tab. 28: Ganztagsangebot in Osnabrück

Schulform	Ganztagschulen
Grundschule	6
Förderschule	3
Hauptschule	3
Haupt-/Realschule	1
Realschule	2
Gymnasium	4
Gesamtschule	2
<b>Summe</b>	<b>21</b>

Datengrundlage: Fachbereich Schule/Sport

#### Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

Für die Betreuung von Kindern im Grundschulalter werden insgesamt 926 Plätze in 22 Einrichtungen vorgehalten. Diese Plätze verteilen sich auf folgende Angebotsformen:

- 1 Hort in einer Kindertagesstätte (Kindertagesstätte Martinsburg; der Hort wird 2012 aufgelöst und in eine Krippe umgewandelt)
- 21 Horte in Schulen (teilweise ist ein Hort für zwei Schulen zuständig, die sich einen Standort teilen)

#### Horte

Seit dem Schuljahr 2010/2011 verfügt jeder Grundschulstandort über ein Hortangebot (siehe Anlagen 9 und 10).

<sup>42</sup> Geregelt durch Ziff. 8.2 des Erlasses „Die Arbeit in der öffentlichen Ganztagschule“ des Niedersächsischen Kultusministeriums

Tab. 29: Betreuungskosten im Hortbereich

Betreuungsangebot	13:00 bis 16:00 Uhr	13:00 bis 17:00 Uhr	Sonderöffnungs- zeit je ange- fangene halbe Stunde	Mittagessen
Kosten pro Monat	90,00 €	108,00 €	9,00 €	40,00 €

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

### Übernahme des Kostenbeitrages

Der Beitrag wird dann übernommen, wenn die Belastung den Eltern/Erziehungsberechtigten wirtschaftlich nicht zuzumuten ist (§ 90 Abs. 3, 4 SGB VIII). Ermittelt wird der durch die Jugendhilfe zu übernehmende Beitrag anhand der Gegenüberstellung des Einkommens und der persönlichen Einkommensgrenze.

## 7.2.2 Berufsbildende Schulen

Die berufliche Bildung stellt den differenziertesten Bildungsbereich innerhalb des gesamten deutschen Bildungssystems dar. Sie ist abhängig von den Tarifpartnern<sup>43</sup>, die sich über die Ausbildungsordnungen verständigen, außerdem vom Angebot der Wirtschaft, deren Interesse in der Hauptsache finanziell motiviert ist.

Weiterhin gibt es Zuständigkeiten auf sämtlichen föderalen Gliederungsebenen. Der Bund ist zuständig für die Ausbildungsordnungen, die Länder für den Berufsschulunterricht und die Kommunen für die Schulträgerschaft. Der Satz „Bildung ist Ländersache“ trifft also hier nicht zu.

Analysen des Berufsbildungssystems beziehen sich u. a. immer auf die Unterscheidung von Voll- und Teilzeitbildungsgängen, wobei mit den Teilzeitbildungsgängen überwiegend (aber nicht nur) die Fachklassen der dualen Ausbildung gemeint sind.

Auch im vollzeitschulischen Bereich gibt es Bildungsgänge, die einen anerkannten Berufsabschluss vermitteln, ohne dass ein vertragliches Ausbildungsverhältnis mit einem Betrieb besteht. Diese Bildungsgänge haben ihren Anteil am Ausbildungssystem in den letzten Jahren nach und nach erweitert, der Anteil der betrieblichen Ausbildung ist entsprechend zurückgegangen. Ebenfalls zugenommen hat der Anteil der „Übergangsmaßnahmen“, also Maßnahmen für Jugendliche, die entweder keinen oder einen schlechten Schulabschluss haben bzw. sich erfolglos um eine Ausbildungsstelle bemüht haben (BAETHGE/SOLGA/WIECK 2007: S. 5).

Der Abschnitt Berufsbildung versucht nach einem allgemeinen Überblick diese Binnendifferenzierung abzubilden und die quantitative Bedeutung der einzelnen Bereiche zu beschreiben.

<sup>43</sup> Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften

## Schulangebot

Im Schuljahr 2010/11 gab es in Osnabrück insgesamt 17 berufliche Schulen, davon 3 in Trägerschaft der Stadt. Die Tatsache, dass es einschließlich der Gruppe der „Sonstigen freien Träger“ insgesamt sechs Schulträger beruflicher Schulen in Osnabrück gibt, weist bereits auf die hohe Binnendifferenzierung des Systems hin.

Tab. 30: Angebot berufliche Schulen 2010

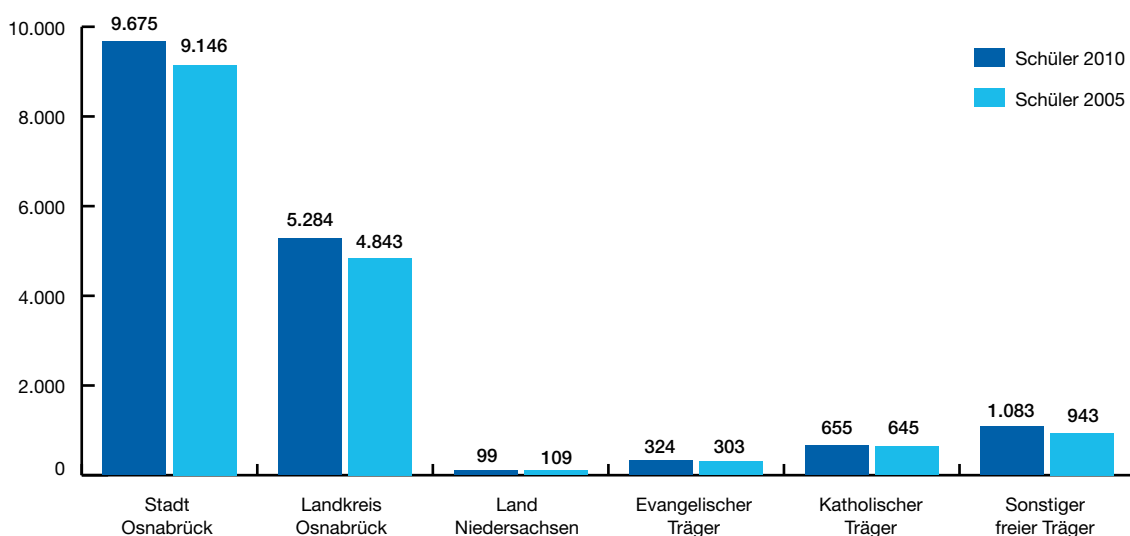
Schulträger	Schulen
Stadt Osnabrück	3
Landkreis Osnabrück	2
Land Niedersachsen	1
Evangelischer Träger	2
Katholischer Träger	3
Sonstiger freier Träger	6
<b>Summe</b>	<b>17</b>

Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

## Entwicklung der Schülerzahlen

Von 2005 bis 2010 sind die Schülerzahlen insgesamt um rund 7 % gestiegen (2005: 15.989; 2010: 17.120). Mit 529 Schülern entfällt der höchste Zuwachs auf die Schulen in städtischer Trägerschaft, die Landkreisschulen weisen mit 9 % den höchsten relativen Anstieg auf (für eine Darstellung der Veränderung der relativen Anteile an allen Schülern an beruflichen Schulen siehe Anlage 11).

Abb. 22: Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen 2005 und 2010



Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

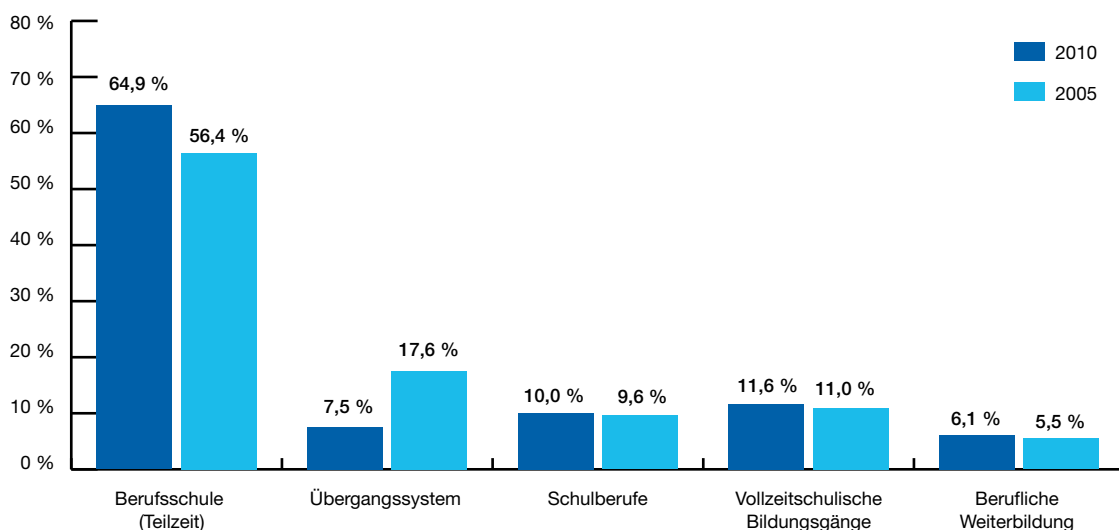
### Schülerzahlen 2005 und 2010 pro Bildungsbereich

Die Zusammenfassung einzelner Bildungsgänge zu spezifischen Bildungsbereichen erfolgte in Anlehnung an BAETHGE, SOLGA und WIECK (2007: S. 14 ff.), die genaue Zuordnung der Bildungsgänge findet sich in Anlage 12.

Bei der Kategorie Berufsschule (Teilzeit) handelt es sich überwiegend um Schüler in dualen Fachklassen. Diejenigen Schüler, die sich in berufsvorbereitenden Bildungsgängen befinden, keinen Ausbildungsvertrag haben oder einen Schulabschluss nachholen, sind dem Übergangssystem zugeordnet. Bei den Schulberufen handelt es sich um berufsfachschulische Bildungsgänge in Vollzeit, die einen beruflichen Abschluss zum Ziel haben. Die Schüler an Fachoberschulen und Fachgymnasien mit dem Ziel der Fach- oder Hochschulreife fallen unter die Kategorie vollzeitschulische Bildungsgänge. Personen mit beruflicher Erstausbildung und dem Ziel der beruflichen Weiterbildung fallen in diese Gruppe.

Der oben beschriebene Trend des wachsenden Übergangssystems lässt sich für Osnabrück aus den analysierten Daten nicht reproduzieren. Vielmehr hat es zwischen 2005 und 2010 einen Anstieg des Anteils bei den Berufsschulen und einen Rückgang im Übergangssystem gegeben. Weitergehende Untersuchungen werden zeigen müssen, wie belastbar der Befund für Osnabrück wirklich ist. Dazu wird es jedoch Datenquellen bedürfen, die über das Differenzierungsniveau der Daten des LSKN hinausgehen.

Abb. 23: Schülerzahlen 2005 und 2010 pro Bildungsbereich an berufsbildenden Schulen



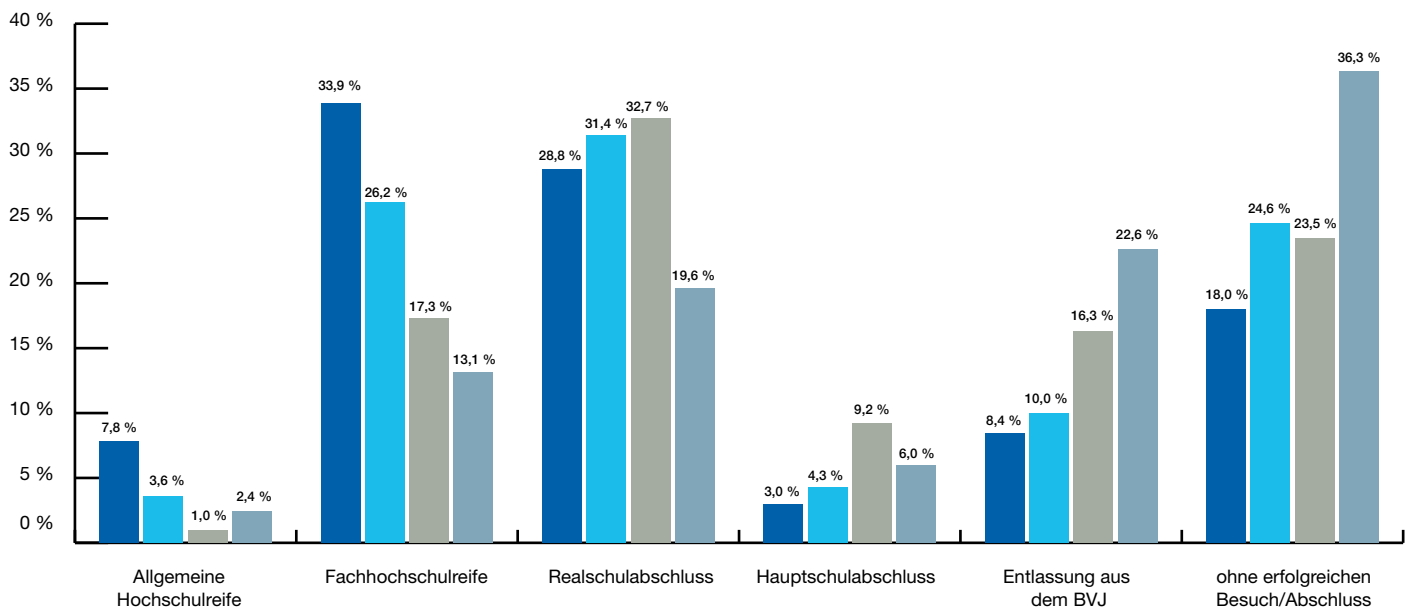
Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN), eigene Darstellung

## Schulabgänger

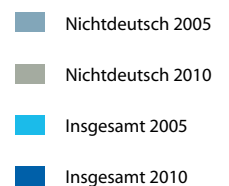
Insgesamt betrachtet sind die Fachhochschulreife und der Realschulabschluss die häufigsten Schulabschlüsse an berufsbildenden Schulen. Im Vergleich zu 2005 haben sich die Anteile der allgemeinen Hochschulreife und der Fachhochschulreife deutlich erhöht. Das unterstreicht die grundsätzliche Bedeutung der beruflichen Schulen für den Erwerb von Studienzugangsberechtigungen und insbesondere für den Erwerb der Fachhochschulreife.

Bei den Nichtdeutschen liegt der höchste Wert in der Kategorie „ohne erfolgreichen Besuch/Abschluss“ für das Jahr 2005. In 2010 ist er dann um einiges geringer.

Abb. 24: Schulabgänger von berufsbildenden Schulen 2005 und 2010



Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)



## 7.3 Inanspruchnahme des Bildungspakets

Das neue Bildungspaket der Bundesregierung unterstützt gezielt 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche, deren Eltern leistungsberechtigt nach dem SGB II sind (insbesondere Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld), Leistungen nach § 2 AsylbLG, Sozialhilfe, den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, und eröffnet ihnen so bessere Lebens- und Entwicklungschancen. Auch wer Leistungen nach § 3 AsylbLG bekommt, kann einen Anspruch auf das Bildungspaket haben<sup>44</sup>. Das Bildungspaket gilt für Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre. Ausnahme sind die Leistungen zum Mitmachen in Kultur, Sport und Freizeit – hier liegt die Altersobergrenze bei 18 Jahren.

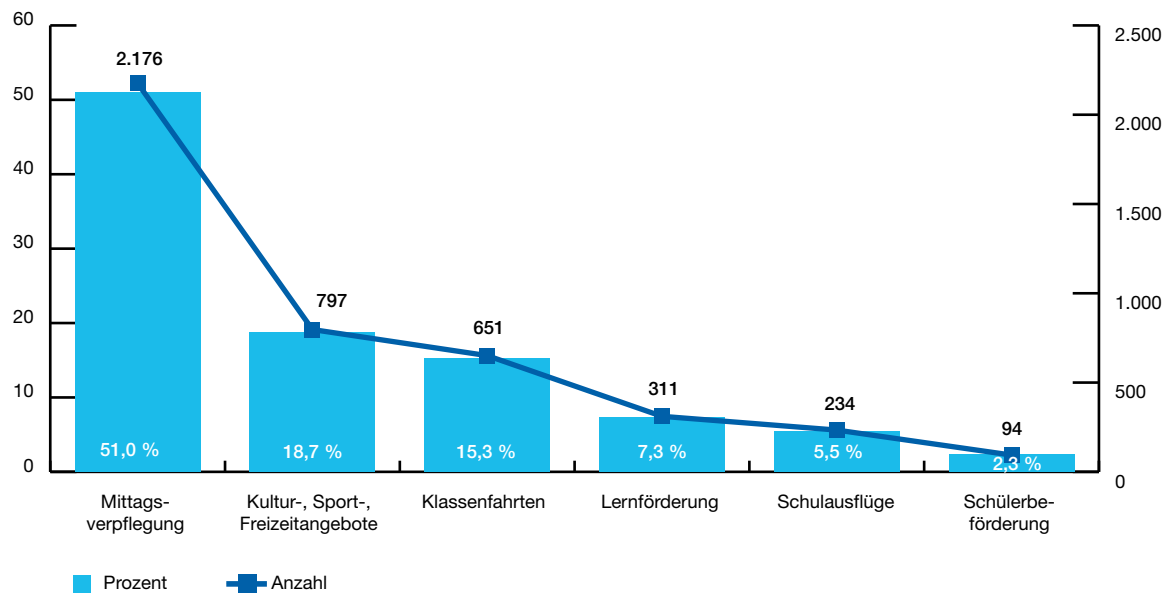
Bis zum 31.12.2011 wurden 4.263 Anträge durch das Jobcenter Osnabrück bewilligt. Abbildung 25 zeigt die Verteilung der bewilligten Anträge auf die Leistungsarten. Mit 51 % ist die Mittagsverpflegung die mit Abstand häufigste Leistung. Mit großem Ab-

<sup>44</sup> Webseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: <http://www.bildungspaket.bmas.de/>, Recherche am 05.12.2011.

stand folgen Leistungen für Kultur-, Sport- oder Freizeitangebote und Klassenfahrten. Leistungen für Lernförderung oder eintägige Schulausflüge wurden in unter 10 % der Fälle in Anspruch genommen<sup>45</sup>.

Die Mittel für die Schülerbeförderung sind nur für Schüler des Sekundarbereichs II vorgesehen, weshalb der Anteil für diese Teilleistung entsprechend gering ausfällt (2,2 %). Die Schülerbeförderung der Jahrgänge 1 bis 10 verantwortet hingegen die Kommune. Für die Leistung „Schulbedarf“ liegen keine Angaben zur Häufigkeit der Inanspruchnahme vor, weshalb sie in Abbildung 26 nicht aufgeführt ist. Mit 199.272 € entfällt jedoch auf diese Leistung die mit Abstand größte Summe (siehe Abb. 26).

Abb. 25: Häufigkeit der Inanspruchnahme des Bildungspakets pro Leistungsart



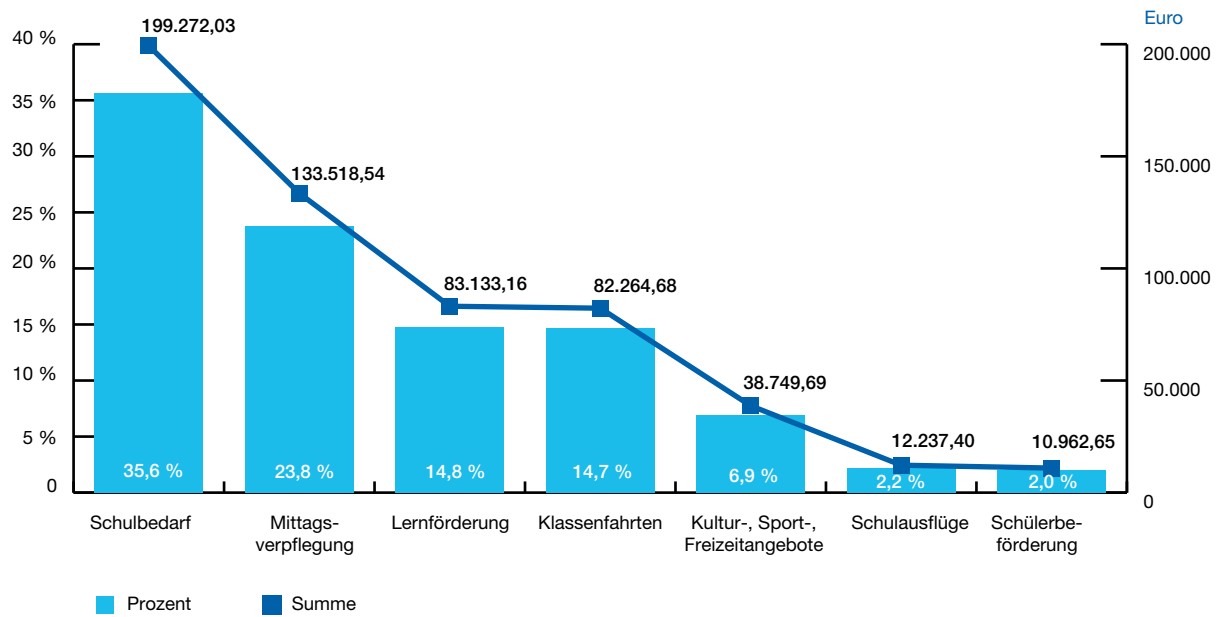
Datengrundlage: Jobcenter Osnabrück, Stand: 31.12.2011

Der Schulbedarf für das Schuljahr 2011/12 macht mit 35,6 % mit Abstand den größten Anteil an der bis zum 31.12.2011 bewilligten Gesamtsumme von 560.138 € aus. Danach folgt die Mittagsverpflegung, die auch bei der Inanspruchnahme (siehe Abb. 25) den größten Anteil ausmacht. Mittel für die Lernförderung stellen, ebenso wie die Kosten für Klassenfahrten, mit jeweils nahezu 15 % ebenfalls beachtenswerte Ausgabepositionen dar.

Bei der Lernförderung fällt die Differenz der Bedeutung dieser Leistung zwischen Inanspruchnahme und Kostenverteilung auf. Beziehen sich (nur) 7,3 % der bewilligten Anträge auf die Lernförderung, macht sie zugleich 14,8 % der bis zum 31.12.2011 bewilligten Gesamtmittel aus, was auf eine vergleichsweise hohe Kostenintensität hindeutet.

<sup>45</sup> Siehe auch §114 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)

Abb. 26: Verteilung der bewilligten Mittel pro Leistungsart (in Euro)



Datengrundlage: Jobcenter Osnabrück, Stand: 31.12.2011



## 8 GESUNDHEIT

Der Begriff der Gesundheit wird – ähnlich wie der der Armut – als mehrdimensionales Phänomen verstanden. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Gesundheit „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Auch aus der Armuts- und Gesundheitsberichterstattung ist bekannt, dass Gesundheit ein Querschnittsthema ist und in einem engen Zusammenhang z. B. mit Armut und Bildung steht. Das Robert-Koch-Institut hat dazu festgestellt, dass die größten Unterschiede im Gesundheitszustand mit dem Grad der sozialen und ökonomischen Benachteiligung einhergehen. Der Bildungsstand beeinflusst dabei das Auftreten von Gesundheitsbeschwerden (LAMPERT/ZIESE 2005).<sup>46</sup> Insgesamt ist aber noch unklar, ob diese Unterschiede durch das Bildungsniveau, die Art der Arbeit, die Höhe des Einkommens, die Wohnbedingungen oder durch die Bündelung verschiedener Einflussfaktoren bedingt sind. Verschiedene Studien aus der Sozialepidemiologie besagen, dass Menschen in Armut bzw. prekären finanziellen Lebenssituationen, wie z. B. in Arbeitslosigkeit, einen schlechteren Gesundheitszustand und eine höhere Sterblichkeit haben, sie zeigen ein riskanteres Gesundheitsverhalten (unter anderem Rauchen, Alkoholkonsum, ungesunde Ernährung, mangelnde Bewegung), beteiligen sich seltener an Vorsorgeuntersuchungen und nehmen seltener an Präventionsmaßnahmen teil (vgl. MIELCK 2005). Auf der anderen Seite gibt es auch Personen, die aufgrund von Krankheit in Armutssituationen geraten.

Wichtigste Datenquelle für die kommunale Armutsberichterstattung ist das Gesundheitsamt (hier der Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück). Dabei spielt die Schuleingangsuntersuchung (SEU) eine wesentliche Rolle bei der Beschreibung und Analyse von Kinderarmut, da sie alle Kinder eines Jahrgangs erreicht, auch die 30-40%, die an den freiwilligen Früherkennungsuntersuchungen (vor allem U9) nicht teilnehmen (STADT OSNABRÜCK 2002: S. 5). Untersucht werden bei der SEU die körperliche Entwicklung der Kinder einschließlich des Seh-, Hör- und Sprachvermögens sowie der motorische Entwicklungsstand. Darüber hinaus wird auf Verhaltensstörungen, Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen geachtet. Ebenso werden wertvolle soziodemografische Informationen von den Eltern – wie Alter, Bildungsabschluss, berufliche Situation oder Wohnsituation – erhoben, also Kontextinformationen, mit denen entscheidende Zusammenhänge zwischen Gesundheitszustand und z. B. Bildung gezogen werden können. Derartige Daten können von kommunaler Seite alternativ nur über aufwendige Haushaltsbefragungen erhoben werden.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen stehen für Osnabrück Daten des Gesundheitsdienstes derzeit nur eingeschränkt auf Ebene der Stadtteile zur Verfügung. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung und der zahnärztlichen Untersuchung herangezogen, um die gesundheitliche Situation von Kindern darzustellen. Dazu gehören Daten zur Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U9,

<sup>46</sup> Laut der Robert-Koch-Studie sind Männer mit Volks- oder Hauptschulabschluss mit 40,1% häufiger betroffen als Männer mit Abitur (LAMPERT, T./ZIESE, T. 2005: S. 6 f.).

zur Kariesprävalenz und auch zum Sprachstand. Letztere sind aus inhaltlichen Gründen der vorschulischen Bildung (siehe Kap. 7.1.2) zugeordnet. Die Daten der Schuleingangsuntersuchung sind dabei über die Wohnadresse auf den Stadtteil aggregiert, die der Zahngesundheit über die Betreuungseinrichtung.

Ergänzt wird die gesundheitliche Situation von Kindern durch Zahlen zur Säuglingssterblichkeit, ein wichtiger Indikator der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder. Diese Daten des Statistischen Landesamtes (LSKN) liegen allerdings nur auf der gesamtstädtischen Ebene vor. Eine kleinräumige Betrachtung ist hier ohnehin aus Gründen zu geringer Fallzahlen nicht sinnvoll.

### 8.1 Teilnahme von Kindern an der Vorsorgeuntersuchung U9

Die Teilnahme am Vorsorgeuntersuchungsprogramm der gesetzlichen Krankenkassen (U1 bis U9) ist ein Indikator für die gesundheitliche Fürsorge der Eltern. Während die Untersuchungen in den ersten Lebensjahren intensiv wahrgenommen werden, ist insgesamt eine Abnahme mit zunehmendem Lebensalter der Kinder zu verzeichnen (STADT OSNABRÜCK 2002: S. 37 f.). Die angebotene Vorsorgeuntersuchung U9 haben insgesamt 78,6% aller eingeschulten Kinder in Anspruch genommen. Dabei lag die Teilnahmequote bei Kindern ohne Migrationshintergrund höher (84,9%) als bei Kindern mit Migrationshintergrund (72%).

Zur Schuleingangsuntersuchung brachten im Schuljahr 2010/2011 Jahr 91,2% aller Eltern das Vorsorgeheft (U-Heft) ihres Kindes mit. Bei den Kindern ohne Migrationshintergrund waren es 95,6%, bei den Kindern mit Migrationshintergrund 89,4%.

Tab. 31: Anteil der Teilnahme von Kindern an der U9 nach Migrationshintergrund

	Einzuschulende Kinder		Teilnahme an der U9		Kinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
insgesamt	1.404	100%	1.104	78,6%	1.280	91,2%
.....						
Kinder ohne Migrationshintergrund	925	67,6%	785	84,9%	884	95,6%
.....						
Kinder mit Migrationshintergrund	443	32,4%	319	72,0%	396	89,4%

Datengrundlage: Schuleingangsuntersuchung 2010/2011, Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

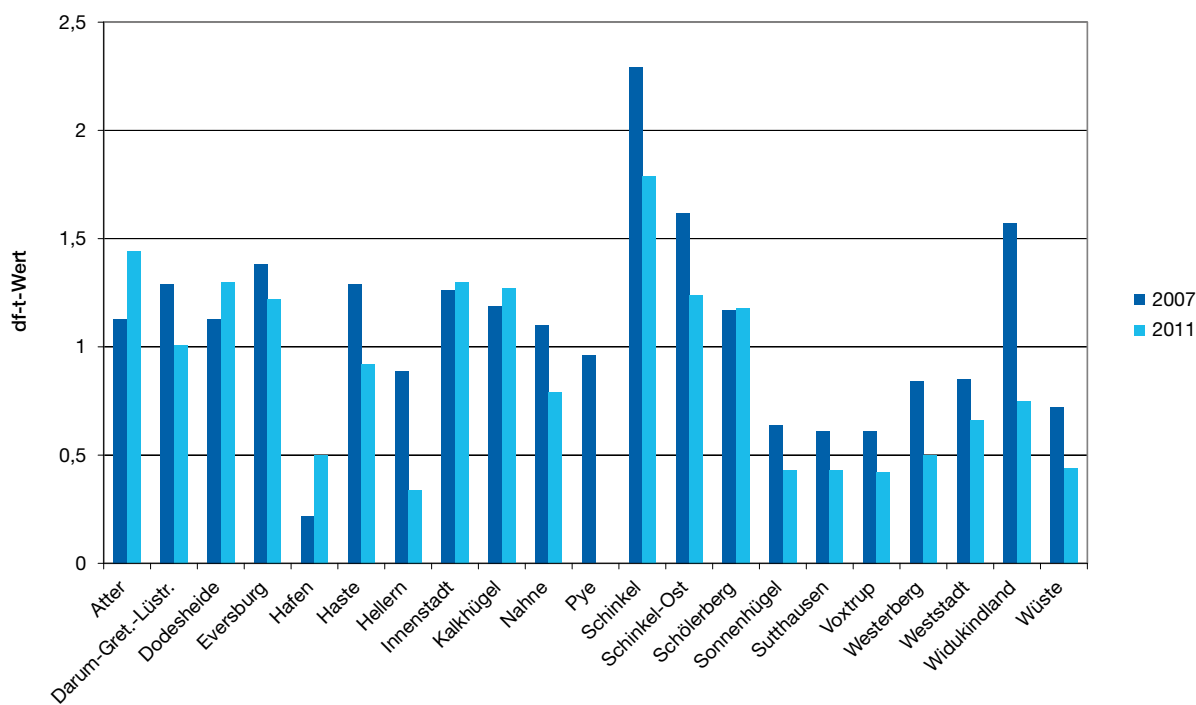
## 8.2 Zahngesundheit

Die Kinder in Betreuungseinrichtungen (Kitas) der Stadt Osnabrück werden einmal jährlich zahnärztlich untersucht. Die Teilnahme an dem Angebot des Gesundheitsdienstes ist für die Einrichtungen freiwillig; die Teilnahmequote 2011 betrug laut Gesundheitsdienst 90 %.

Die Zahngesundheit der Kinder in den Einrichtungen wird anhand der Anzahl von kariösen und gefüllten Milchzähnen je Kind (Mittelwert) erfasst. Dieser Indikator wird als sogenannter df-t-Wert (decayed, filled teeth) bezeichnet. Auf einer Skala von 0 ansteigend wird der df-t-Wert abgebildet, wobei 0 für sehr gut, 0,5 für mittel und ein Wert ab 1,25 für sehr ungünstig steht.

Die Auswertung nach Stadtteilen zeigt ein unterschiedliches Risiko der Kinder, an Karies zu erkranken (siehe Abb. 27). In fünf Stadtteilen ist der Wert seit 2007 gestiegen, in den anderen Fällen gesunken oder gleich geblieben. Auffällig ist, dass die drei Stadtteile, die 2007 die höchsten df-t-Werte zu verzeichnen hatten (Schinkel, Schinkel-Ost, Widukindland), im Jahr 2011 deutlich geringere Werte aufwiesen. Im Falle von Widukindland reduzierte sich der Mittelwert sogar um mehr als die Hälfte von 1,57 auf 0,75 (siehe Tab. 32).

Abb. 27: Zahngesundheit von Kindern in Betreuungseinrichtungen 2007 und 2011



Datengrundlage: Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück, eigene Darstellung

Tab. 32: Zahngesundheit von Kindern in Betreuungseinrichtungen Osnabrücks 2007 und 2011

Stadtteil	Jahr		Veränderung 2007-2011 in %
	2007	2011	
Atter	1,13	1,44	+0,31
Darum-Gretesch-Lüstringen	1,29	1,01	-0,28
Dodesheide	1,13	1,3	+0,17
Eversburg	1,38	1,22	-0,16
Hafen	0,22	0,5	+0,28
Haste	1,29	0,92	-0,37
Hellern	0,89	0,34	-0,55
Innenstadt	1,26	1,3	+0,04
Kalkhügel	1,19	1,27	+0,08
Nahne	1,1	0,79	-0,31
Pye	0,96	*	-
Schinkel	2,29	1,79	-0,5
Schinkel-Ost	1,62	1,24	-0,38
Schölerberg	1,17	1,18	+0,01
Sonnenhügel	0,64	0,43	-0,21
Sutthausen	0,61	0,43	-0,18
Voxtrup	0,61	0,42	-0,19
Westerberg	0,84	0,5	-0,34
Weststadt	0,85	0,66	-0,19
Widukindland	1,57	0,75	-0,82
Wüste	0,72	0,44	-0,28

Datengrundlage: Gesundheitsdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück

\* Keine Untersuchung

### 8.3 Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit wird als ein wichtiger Indikator für die Qualität der Lebensverhältnisse angesehen. Darüber hinaus kann sie die medizinische bzw. geburtshilfliche Versorgung von Mutter und Kind widerspiegeln (MGSFF 2003, S. 194 f.). Aus der Gesundheitsberichterstattung ist bekannt, dass sich die Säuglingssterblichkeit nach der sozialen Lage unterscheidet. Demnach werden in sozial benachteiligten Wohngebieten einerseits mehr Kinder geboren, andererseits ist dort die Sterblichkeit erhöht (vgl. ROBERT KOCH-INSTITUT ET AL. 2008).

Die Daten zur Säuglingssterblichkeit lagen nur über das Statistische Landesamt in Niedersachsen (LSKN) vor. Diese lassen eine räumliche Zuordnung innerhalb des Stadtgebietes nicht zu. Eine Übersicht für den gesamtstädtischen Trend in Osnabrück kann allerdings der Tabelle 33 entnommen werden, welche die Sterblichkeitsraten innerhalb des ersten Lebensjahres verstorbener Kinder je 1.000 Lebendgeborene eines Kalenderjahres darstellt. Die Säuglingssterblichkeit wird in Promille berechnet.

Tab. 33: Säuglingssterblichkeit in Osnabrück von 2005 bis 2010  
(verstorbene Kinder je 1.000 Lebendgeborene)

Jahr	Säuglingssterblichkeit [in ‰]		Lebendgeborene	
	im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen	gesamt	je 1.000 Einw.
2010	2,9	0,7	1.389	8,5
2009	4,4	2,2	1.363	8,4
2008	4,7	1,3	1.487	9,1
2007	4,1	2,7	1.464	9
2006	7,4	1,5	1.354	8,3
2005	5,1	3,6	1.379	8,4

Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Demnach ist die Säuglingssterblichkeit in Osnabrück im ersten Lebensjahr von 5,1 Promille im Jahr 2005 auf 2,9 Promille im Jahr 2010 gesunken. Auch die Säuglingssterblichkeit in den ersten sieben Lebenstagen ist im gleichen Zeitraum von 3,6 auf 0,7 Promille gefallen. Gleichzeitig ist der Anteil der Lebendgeborenen mit 8,5 je 1.000 Einwohner im Jahr 2010 gegenüber 2005 in etwa konstant geblieben.



## 9 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Für einen komprimierten Überblick zu den Kernaussagen des Berichts werden in diesem Abschnitt die wichtigsten Befunde der Kapitel 4 bis 8 stichpunktartig zusammengestellt. Der sich anschließende Ausblick beschäftigt sich zum Abschluss des Berichts mit Fragen zur Weiterentwicklung des sozialraumorientierten Monitorings, den Möglichkeiten, den Ansatz für verschiedene kommunale Fachplanungen nutzbar zu machen, und dem weiteren Vorgehen hinsichtlich der Entwicklung von Maßnahmen.

### Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

#### KAPITEL 4 – VOM STADTTEIL ZUM SOZIALRAUM

- Auf Grundlage der 118 statistischen Bezirke des Stadtgebietes wurden 78 sogenannte Planungsräume konstruiert, die fortan die Grundlage für die statistische Beschreibung der dort wohnenden Bevölkerung bilden.
- Die Planungsräume wurden hinsichtlich ihrer soziodemografischen Zusammensetzung verglichen und einander ähnliche Planungsräume einem bestimmten Sozialraumtyp zugeordnet.
- Weiterhin konnten fünf Sozialraumtypen in Bezug auf die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen unterschieden werden; dazu wurden insbesondere Daten aus dem Bereich Demografie und dem Bereich der sozialen Sicherung/Transferleistungen ausgewertet.
- Anschließend erfolgten eine vergleichende Charakterisierung der Sozialraumtypen sowie die kartografische Abbildung ihrer räumlichen Verteilung über das Stadtgebiet (siehe Karte 4).
- Ein vorrangiger, aber nicht ausschließlicher Handlungsbedarf wurde in den Sozialraumtypen 1 und 2 ausgemacht. Hier wurden diejenigen Planungsräume mit den geringsten Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche zugeordnet, und zwar sowohl im Vergleich zur Gesamtstadt als auch im Vergleich zu den anderen drei Sozialraumtypen.

#### KAPITEL 5 – DEMOGRAFIE

- Die Analyse der Bevölkerungsdichte auf Ebene der Planungsräume ergab eine hohe Dichte im Zentrum, die zu den Randgebieten der Stadt hin abnimmt.
- Die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2005 und 2010 ist insgesamt unverändert geblieben, die Anzahl der 6 bis 10-Jährigen ist um 3,2% leicht gesunken, die der 55- bis unter 65-Jährigen um 3,1% leicht gestiegen; durch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts von 1999 sind die Zahlen für die nichtdeutsche Bevölkerung leicht zurückgegangen.
- Die Bevölkerungsprognose (Stand 2010) zeigt einen Rückgang der Einwohnerzahl auf ca. 150.000 bis zum Jahr 2025 auf, wobei die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen um rund 22% zurückgehen und die Gruppe der 80- bis 99-Jährigen um den gleichen Anteil steigen wird.

- Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung lag in Osnabrück (Stand 31.12.2010) bei 9,3%. Die räumliche Verteilung lässt einen im Vergleich zur Gesamtstadt hohen Nichtdeutschen-Anteil im Stadtteil Schinkel, im Osten der Innenstadt und im Osten der Dodesheide erkennen; niedrige Anteile finden sich überwiegend in den Randlagen.
- Bei 15,4% liegt der Anteil von Kindern und Jugendlichen (Bevölkerung bis unter 18 Jahre) in Osnabrück. Die räumliche Verteilung auf die Planungsräume zeigt einerseits im Vergleich zur Gesamtstadt hohe Werte in den Gebieten, in den auch ein hoher Nichtdeutschen Anteil zu verzeichnen ist, andererseits auch hohe Werte in den Randlagen Pye, Atter, Sutthausen oder auch Voxtrup und Darum-Gretesch-Lüstringen.
- Der Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren gemessen an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren liegt in Osnabrück bei 27,2%. Verteilt auf die Planungsräume ergeben sich hohe Anteile vor allem für den Innenstadtbereich, Gartlage oder den westlichen Bereich des Sonnenhügels, aber auch in Eversburg, Dodesheide-Ost oder in Schinkel (nördliche Hälfte), geringe Anteile hingegen überwiegend in den Randlagen.

## KAPITEL 6 – ARBEIT UND TRANSFERLEISTUNGEN

- Zwischen 2006 und 2010 ist der Arbeitslosenanteil von 7,6 auf 6,9% zurückgegangen
- Die Verteilung auf die Planungsräume zeigt für den Arbeitslosenanteil zwei Schwerpunkte in Schinkel sowie im Süden des Stadtteils Sonnenhügel. Hohe Arbeitslosenanteile gibt es weiterhin in Eversburg, Hafen, Gartlage oder Dodesheide-Ost. Für die Gesamtstadt liegt der Anteil bei 6,9%.
- Die Quote der SGB-II-Leistungsempfänger ist in Osnabrück zwischen 2006 und 2010 von 12,6% auf 13,5% gestiegen. Betrachtet man die Quote für jeden Planungsraum separat, weisen vor allem Eversburg-Mitte, Dodesheide-Ost und Schinkel hohe Anteile auf. Auch in Haste, Gartlage oder im Stadtteil Schölerberg gibt es Teilbereiche mit vergleichsweise hohen SGB-II-Quoten. Bis auf Haste sind die Anteile in den Randlagen überwiegend recht niedrig.
- Setzt man die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Bezug zu der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften insgesamt, ergibt sich eine Quote, die für Osnabrück bei 24% liegt. Differenziert man nach Planungsräumen, fallen auch hier hohe Anteilswerte für Eversburg-Mitte, Dodesheide-Ost, Bereiche in Schinkel und der östlichen Innenstadt auf. In den Randlagen ist die Kennzahl weitestgehend gering ausgeprägt.
- Der Anteil der Kinder bis unter 15 Jahre im Sozialgeldbezug hat sich gemessen an der altersgleichen Bevölkerung von 21,8% im Jahr 2006 auf 24% im Jahr 2010 erhöht. Die räumliche Verteilung entspricht der der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, da die sie natürlich Teil einer Bedarfsgemeinschaft sind.

## KAPITEL 7 – BILDUNG

- Im Bereich der vorschulischen Bildung gab es in Osnabrück für das Berichtsjahr 2010/11 insgesamt 73 Einrichtungen.
- Im vorschulischen Bereich zeigt sich für das Betreuungsangebot für die Altersgruppe bis unter 6 Jahre, dass vor allem im Stadtteil Dodesheide das vorhandene Platzangebot unter der Anzahl der dort wohnenden Kinder liegt; das Gleiche gilt grundsätzlich auch für Eversburg. In den Stadtteilen Haste, Innenstadt, Schinkel oder Schölerberg ist es andersherum.
- Ähnlich den Sozialraumtypen werden auch für die Horte drei unterschiedliche Typen ermittelt. Untersucht wurden u. a. die Merkmale Kostenübernahme, Migrantenanteil oder auch der Anteil an Hilfen zur Erziehung pro Hort. Die Horte in Typengruppe 1 weisen im Vergleich zu allen 23 in die Untersuchung einbezogenen Einrichtungen z.T. stark überdurchschnittliche Werte auf. Für die Krippen/Kindergärten werden 5 Gruppen unterschieden; hier sind es die Einrichtungen in den Typengruppen 2 und 4, die sich durch hohe Anteilswerte in Bezug auf alle 73 Krippen/Kindergärten auszeichnen.
- Die allgemeinbildenden Schulen verteilten sich im Schuljahr 2010/11 auf 28 Grundschulen, 6 Förderschulen, 3 Hauptschulen, 5 Realschulen, 3 Haupt- und Realschulen, 2 Gesamtschulen, 7 Gymnasien und ein Abendgymnasium.
- Die Entwicklung der Schülerzahlen ist mit 20.882 im Jahr 2005 und 20.636 im Jahr 2010 nahezu unverändert geblieben. Davon entfiel auf die Gymnasien mit 38,7 % der größte Anteil gefolgt von den Grundschulen mit 24,1 % (jeweils 2010).
- Von den in 2010 neu eingeschulten 1.873 Fünftklässlern wohnten 29,3 % nicht in Osnabrück.
- Die Entwicklung der Schulabschlüsse zwischen 2005 und 2010 zeigt einen Anstieg der allgemeinen Hochschulreife von 35,6 % auf 39,2. Im selben Zeitraum ging der Anteil für den Hauptschulabschluss von 15,1 % auf 11 % zurück.
- Bei den Grundschulübergängen war im Jahr 2010 das Gymnasium mit 43,5 % die meistgewählte Schulform, Real- und Gesamtschule kamen auf jeweils 23 %, zur Hauptschule wechselten 10,7 %.
- Im Bereich der berufsbildenden Schulen gab es im Jahr 2010 insgesamt 17 Schulen. Drei davon befanden sich in städtischer Trägerschaft, zwei in Trägerschaft des Landkreises Osnabrück.
- Zwischen 2005 und 2010 stieg die Anzahl der Schüler an berufsbildenden Schulen in städtischer Trägerschaft um 5,8 %, an den Schulen in Landkreis-Trägerschaft um rund 9 %.
- In 2010 verließen 33,9 % der Abgänger das berufliche Schulsystem mit der Fachhochschulreife, 7,8 % erlangten die allgemeine Hochschulreife. 28,8 % erwarben den Realschulabschluss, 3 % den Hauptschulabschluss und insgesamt 18 % schlossen ohne Erfolg bzw. Abschluss ab.

## KAPITEL 8 – GESUNDHEIT

- Die Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U9 konnte nur für die Gesamtstadt dargestellt werden. Insgesamt nahmen 78,6% der einzuschulenden Kinder an der Untersuchung teil. Bei den Kindern ohne Migrationshintergrund lag die Quote bei 84,9%, bei Kindern mit Migrationshintergrund bei 72%.
- Daten zur Zahngesundheit waren auf Stadtteilebene auswertbar. Die Angaben beziehen sich vornehmlich auf untersuchte Kinder in Kindertageseinrichtungen. Eine vergleichsweise schlechte Zahngesundheit lag demnach in Schinkel, Schinkel-Ost, Sonnenhügel oder Widukindland vor. Gute Werte verzeichneten u. a. Hafem, Sonnenhügel, Sutthausen oder Voxtrup.
- Auf gesamtstädtischer Ebene wurde zudem die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit abgebildet. Zwischen 2005 und 2010 ging die Anzahl der im ersten Lebensjahr verstorbenen Kinder pro 1.000 Lebendgeborene von 5,1 auf 2,9 zurück.

### Ausblick

Lokale Politik muss sich stets an die Erfordernisse einer sich verändernden Stadtgesellschaft und Sozialstruktur anpassen. Dafür ist sie zu jedem Zeitpunkt auf eine aktuelle und sachgerechte Informationsgrundlage angewiesen. Aus diesem Grund sollte die dem Bericht zugrunde gelegte Datenbasis einerseits laufend aktuell gehalten werden, andererseits um weitere Daten ergänzt werden, die für diesen Bericht aus unterschiedlichen Gründen (Verfügbarkeit, Datenschutz, Qualität) nicht zur Verfügung standen.

Für die Weiterentwicklung des sozialraumbezogenen Ansatzes sind in diesem Zusammenhang als Erstes Daten zum Migrationshintergrund und Daten zur Haushaltsstruktur zu nennen. Die Anschaffung eines bestimmten Verfahrens über den KOSIS-Verbund,<sup>47</sup> das es ermöglicht, diese Informationen systematisch aus dem Einwohnermelderegister abzuleiten, ist zurzeit in Vorbereitung. Des Weiteren sind auch kleinräumige Wanderungsdaten von besonderem Interesse, um z. B. die Einwohnerfluktuation als Hinweis auf die Attraktivität und (soziale) Bindungskraft eines städtischen Teilgebiets einzuschätzen, aber auch Daten aus dem Bereich SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Jahr 2011 wurde außerdem die bundesweite Zensus-Erhebung durchgeführt. Dabei handelt es sich um eine 10%-Stichprobe der Bundesbevölkerung. Dadurch ergibt sich grundsätzlich die Möglichkeit, sehr differenziertes Datenmaterial zu Demografie, Bildung und Erwerbstätigkeit oder Haushalts- und Familienstrukturen zu erhalten. Allerdings stellt der Zensus keine Vollerhebung dar, sondern bezieht sich, wie angemerkt, auf 10% der Bevölkerung. Ferner handelt es sich um Querschnittsdaten, die einmalig zum Stichtag 09.05.2011 vorgehalten werden und sich daher nicht für die kontinuierliche Fortschreibung des sozialraumorientierten Ansatzes eignen. Dennoch wäre der Zensus 2011 auch für die kommunale Berichterstattung eine ausgesprochen ergiebige Datenquelle. Ob und wann die Daten den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, ist hingegen derzeit unklar.

<sup>47</sup> Der KOSIS-Verbund (Kommunales Statistisches Informationssystem) ist eine kommunale Selbsthilfeorganisation, die mit Unterstützung des Deutschen Städtetags Kooperationsprojekte organisiert. Diese Projekte sind darauf gerichtet, die DV-Instrumente vor allem für kommunale Statistik, Stadtforschung und Planung sowie Wahlen kooperativ und damit kostensparend zu organisieren, d. h. zu entwickeln oder zu beschaffen, zu warten und zu pflegen.

Daten der Schuleingangsuntersuchung konnten im vorliegenden Bericht lediglich auf Stadtteilebene ausgewertet werden. Wie in Kapitel 8 erläutert, ist diese Datenquelle jedoch von großer Bedeutung, um den Entwicklungsstand bzw. die gesundheitliche Situation von Kindern im Kontext von (weiteren) Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit zu betrachten. Zu diesem Zweck ist eine Aufbereitung der SEU-Daten mit Bezug zum Planungsraum unbedingt erforderlich, zudem sollten Angaben zur besuchten Kindertageseinrichtung und zur künftigen Grundschule des Kindes vorliegen. Um einen Zusammenhang zwischen Kindesgesundheit und sozialer Herkunft herstellen zu können, sollte es ferner das Ziel sein, den *Fragebogen für Eltern zur Gesundheit, Entwicklung und dem Umfeld Ihres Kindes*<sup>48</sup> um die wertvollen Angaben zur Familiensituation, zum Schul- und Berufsabschluss und zur Erwerbstätigkeit zu ergänzen. Die sozialraumorientierte Perspektive soll dort, wo es sinnvoll bzw. möglich ist, auf Fachplanungen übertragen werden (z.B. Schulplanung, Kita- und Jugendhilfeplanung) und darüber hinaus auch für spezifische Fachmonitorings (z.B. Demografie-Monitoring, Monitoring-Wohnen, Integrationsmonitoring) nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus wird eine wichtige Aufgabe darin liegen, die Sozialraumtypisierung auf die Schul- und Jugendhilfestatistiken zu beziehen, um Formen sozialer Differenzierung auch auf der Ebene von Bildungseinrichtungen abbildbar zu machen. Dazu werden Daten benötigt, die nicht, wie bei z.B. Daten der Schulstatistik, ausschließlich auf den Standort der Einrichtung bezogen sind, sondern auch darüber informieren, in welchen Sozialraumtypen die Kinder wohnen, die eine solche Einrichtung besuchen. Möglich würde dies über die Bereitstellung von Einzelfalldaten, die z.B. für jeden Schüler die Angabe des Planungsraumes enthielten, in dem der Schüler wohnhaft ist. Stünde eine derartige Datenbasis zur Verfügung, könnte eine etwaige sozialräumliche Benachteiligung einer Bildungseinrichtung konsistent nachvollzogen werden, wie Bonsen et al. (2010) am Beispiel des Kreises Coesfeld und der Stadt Dortmund zeigen. Der in diesem Bericht vorgestellte kleinräumige Ansatz zeigt, dass man aus Datenbeständen der amtlichen Statistik – und mit überschaubarem finanziellem Aufwand bezüglich der Kosten für die Datenbeschaffung – ein Monitoringsystem aufbauen und eine kontinuierliche Sozialraumbesobachtung unterhalb der Stadtteilebene durchführen kann. Für das weitere Vorgehen fungiert der Bericht als Orientierungsrahmen zur Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsschwerpunkten. Die Gebiete der Sozialraumtypen 1 und 2 geraten in diesem Zusammenhang vorrangig, jedoch nicht ausschließlich in den Blick. Das Verfahren zur Maßnahmentwicklung wird durch das Bildungsbüro geschäftsführend begleitet. Neben Stadtverwaltung und Politik werden auch lokale Akteure, wie z.B. die freien Träger, an diesem Prozess mitwirken.

<sup>48</sup> Im Rahmen des Schuleingangsverfahrens in Osnabrück werden die Eltern der einzuschulenden Kinder vom Gesundheitsdienst u. a. zum Entwicklungsstatus und zur gesundheitlichen Situation ihrer Kinder befragt. Die freiwilligen Angaben zur Familiensituation sowie Schulabschluss, Ausbildung und Erwerbstätigkeit sind mit der Befragung im Jahr 2011 gestrichen worden.

## 10 MASSNAHMENPLANUNG

Mit dem vorliegenden Bericht werden erstmalig für 78 Teilräume des Stadtgebietes Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit differenziert dargestellt und die unterschiedlichen Chancen von Kindern und Jugendlichen zur gesellschaftlichen Teilhabe räumlich abgebildet. Der kleinräumige Ansatz bietet die Möglichkeit, tief in die Stadt hineinzublicken und demografische sowie soziale Unterschiede sichtbar zu machen. Vor diesem Hintergrund beantwortet der Bericht die Frage nach den Orten vergleichsweise geringer Teilhabechancen innerhalb der Stadt und gibt den Anstoß für die Diskussion darüber, was getan werden muss, um diese Chancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern.

Die Stadt Osnabrück legt strategische Stadtziele fest, die der Verwaltung zur Steuerung und zur Festsetzung gesamtstädtischer Prioritäten dienen. Die Milderung der Folgen von Kinderarmut ist ein Ziel, das für 2011/2012 festgelegt wurde und auch 2013 weiter verfolgt wird. Im Zuge dessen sollen auf Grundlage des vorliegenden Berichts Angebote in unterschiedlichen Handlungsfeldern entwickelt werden.

Hierfür hat die Kommune bereits Maßnahmen beschlossen bzw. begonnen, die im Folgenden erläutert werden. Insgesamt betrachtet ist die Maßnahmenplanung ein gesamtstädtischer Prozess, der nicht nur im Rahmen der Verwaltung und Kommunalpolitik vorangetrieben wird, sondern durch viele weitere beteiligte Akteure verfolgt wird.

Derzeit werden Maßnahmen unter anderem durch Sondermittel des Bundes finanziert. Dieser stellt zum Ausgleich für die Belastungen durch das Bildungs- und Teilhabepaket allen Kommunen für die Jahre 2011 bis 2013 finanzielle Mittel zur Verfügung. Nach dem Verteilerschlüssel des Landes, der sich nach der Zahl der leistungsberechtigten Kinder richtet, erhält die Stadt Osnabrück nach Abzug der Kosten für Mittagessen in Horten 2.140.775,40 €. Die Niedersächsische Landesregierung und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens empfehlen zur Förderung folgende Maßnahmen:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Angebotsstruktur (Typ I)
- Maßnahmen der Schulsozialarbeit (Typ II)
- Maßnahmen zur Unterstützung sozial benachteiligter junger Menschen (Typ II)

Auf Grundlage des vorliegenden Berichtes beziehen sich die Maßnahmen beider Typen vorrangig auf Einrichtungen, Dienste und Angebote für Kinder und Jugendliche (Schulen, Kindertagesstätten, Stadtteiltreffs, sozialraumbezogene Aktivitäten etc.), die in den Sozialraumtypen 1 oder 2 liegen bzw. deren Nutzer überwiegend in den genannten Gebieten wohnen.

Im Rahmen dieser Finanzmittel hat der Stadtrat am 10. Juli 2012 folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Für fünf Grundschulen werden neue Personalressourcen (je 0,5 Stellen) zur Verfügung gestellt. Die Grundschulen bzw. deren Schüler befinden sich bzw. wohnen in Planungsräumen des Sozialraumtyps 1.
2. Die sozialpädagogische Betreuung am Standort Berufsschulzentrum am Westerberg wird intensiviert. Im Vergleich zu anderen Schulen im Stadtgebiet ist der Anteil der Schulpflichtverletzungen an der Berufseinstiegsschule des Berufsschulzentrums am Westerberg besonders hoch. Ein großer Teil der Schüler, die die Berufseinstiegsschule besuchen, sind sozial benachteiligt und haben aufgrund mangelnder Qualifizierungsnachweise eine schlechte Perspektive im Hinblick auf eine nachhaltige berufliche Integration. Dieser Entwicklung wird eine zielgerichtete sozialpädagogische Förderung Rechnung tragen, im Rahmen dessen vier Arbeitsbereiche ausgebaut werden: Individualpädagogische Hilfen in Form von berufsbezogenen Coachings sollen die Schüler unterstützen. Darüber hinaus sollen verstärkt außerschulische Alternativen zur Schulpflichterfüllung angeboten und als curricularer Bestandteil Gruppenangebote durchgeführt werden, beispielsweise zum Thema Motivation. Ferner soll das Lehrerkollegium mit Fortbildungen unterstützt werden, um gezielter auf die Probleme insbesondere im psychosozialen Bereich eingehen zu können.
3. An der Hauptschule Innenstadt wird die Betreuung von Schulverweigerern in den 5. und 6. Jahrgängen erweitert mit dem Ziel, eine frühzeitige und präventive sozialpädagogische Betreuung von schuldistanzierten Kindern zu gewährleisten. Ausgangslage ist, dass die Hauptschule Innenstadt steigende Schülerzahlen vor allem im 5. Jahrgang verzeichnet und immer mehr Kinder aus sozial belasteten Lebenssituationen kommen. Der Anteil der ALG II oder nach dem SGB XII unterstützten Familien liegt bei ca. 47%. Bei rund zwei Drittel der Schülerschaft liegt ein Migrationshintergrund vor, mindestens jedes dritte Kind stammt aus einer Einelternfamilie. Als Maßnahme soll die Schnittstelle zwischen Grundschule und weiterführender Schule besser ausgefüllt werden. Zudem geht es um eine engmaschige Vernetzung mit weiteren Hilfeleistern/ Kontaktpersonen wie Eltern, Sozialer Dienst, Lehrerkollegium und Schulsozialarbeit. Als dritter Baustein wird die organisatorische und fachliche Vernetzung mit der Koordinierungsstelle „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ausgebaut.
4. Durch eine Vernetzung des Jugendzentrums Westwerk (JZ Westwerk), der Integrierten Gesamtschule Osnabrück (IGS) und des Schulzentrums Eversburg werden die Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Eversburg ausgebaut. Ziel ist es, benachteiligte und bildungsferne Kinder und Jugendliche im Planungsraum des Sozialraumtyps 1 in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern. Dabei sollen insbesondere zwei Kernpunkte ausgebaut werden:

Eltern werden in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Wissenschaftliche Studien belegen, dass sich schulische Leistungen zu großen Teilen durch Merkmale der Familienumwelt erklären lassen. Daher sollen vor allem Eltern den schulischen Bildungsprozess positiv begleiten. Zudem soll eine verbesserte Teilhabe an der Gesellschaft durch aktivierende Freizeitangebote erzielt werden. Das JZ Westwerk ist an der Gestaltung des offenen Ganztagsangebotes an der IGS beteiligt. Um die Situation für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu verbessern, sollen zusätzliche Arbeitsgemeinschaften und Schülerfirmen angeboten und durchgeführt werden. Ebenso sollen die Angebote in der offenen Jugendarbeit ausgebaut sowie eine Betreuung des offenen Schülertreffs an der IGS Eversburg angeboten werden. Über die Sozialraumkonferenzen in Eversburg werden die Ressourcen im Stadtteil weiter vernetzt und aktiviert.

5. Daneben wird eine Schulmensa an der Grundschule Eversburg gebaut sowie die Mensa der Rosenplatzschule erweitert.

Die Konzepte 1 bis 4 fallen unter den Maßnahmentyp II. Der Bau der Schulmensa und die Erweiterung einer Mensa fallen unter den Maßnahmentyp I.

Außerhalb dieses Budgets sind zwei weitere Maßnahmen durch den Stadtrat beschlossen worden:

1. Das „Konzept zur verbesserten Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien im Stadtteil Dodesheide-Ost“ trägt der Umstrukturierung des östlichen Bereichs des Stadtteils Dodesheide Rechnung. Nach Abzug des britischen Militärs und deren Familien entstand preiswerter Wohnraum. Infolge dessen wurde ein Zuzug von sozial benachteiligten, einkommensschwachen Familien verzeichnet. Vor Ort leben viele Menschen im SGB-II-Bezug, vor allem Alleinerziehende. Insgesamt stieg die Zahl der Kinder und Jugendlichen stark an, so dass zu wenige Plätze für die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten vorhanden sind, auch die Inanspruchnahme von Leistungen der Jugendhilfe ist gestiegen. Auf Grund der veränderten Situation gilt es die Bildungs- und Teilhabechancen zu verbessern. Dies soll insbesondere dadurch erfolgen, dass Kinder, Jugendliche und Familien an bestehende Angebote herangeführt werden. Daneben werden die Angebotsträger für die veränderten Lebenslagen der im Stadtteil wohnenden Menschen sensibilisiert. Um diese Ziele zu erreichen, wurde eine niederschwellige Kontakt- und Anlaufstelle in einer Wohnung im Stadtteil Dodesheide-Ost eingerichtet. Zudem wird der Aufbau eines Netzwerkes vorangetrieben. Das Projekt ist im Herbst 2012 gestartet und auf drei Jahre befristet.

2. Der Runde Tisch Kinderarmut (RTA) wurde auf Grundlage eines Ratsbeschlusses vom 22. Mai 2012 eingerichtet. Der RTA ist ein beratendes Gremium, das zum Handlungsfeld „Kinderarmut“ Konzepte, Strategien und Standards entwickelt sowie Politik und Verwaltung bei der Planung konkreter Maßnahmen zur Milderung von Kinderarmut unterstützt. Hierfür wird die Expertise verschiedener mit dem Thema befasster Akteure zusammengeführt.

Stimmberechtigte Mitglieder sind die Wohlfahrtsverbände, die Osnabrücker Sozialkonferenz, die Arbeitslosenselbsthilfe, Vertreter/-innen einer Grund- und einer weiterführenden Schule, der Kinderschutzbund, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die katholische sowie die evangelische Kirche, je ein/-e Vertreter/-in der Gewerkschaften und der Migrantenselbstorganisationen sowie das sich noch in der Gründung befindliche Jugendparlament. Hinzu kommen als nicht stimmberechtigte Mitglieder jeweils ein/-e Vertreter/-in der Ratsfraktionen und der Fachbereiche „Schule/Sport“, „Kultur“, „Soziales und Gesundheit“, „Kinder, Jugendliche und Familien“ sowie der Vorstand der Stadt.

Das Bildungsbüro übernimmt die Geschäftsführung für den Runden Tisch Kinderarmut.



# 11 EXKURS: BILDUNGSBERATUNG IN OSNABRÜCK

## 11.1 Die kommunale Bildungsberatung – Auswertung der ersten 15 Monate

„Bildungserfolg wahrscheinlicher machen!“ – dieses Motto des Bildungsbüros wird für die Bürger in besonderem Maße in der im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ eingerichteten Bildungsberatungsstelle erfahrbar. In dieser Einrichtung bieten seit der Eröffnung am 5. August 2010 zwei Beraterinnen 15 Stunden wöchentlich (davon 9 Stunden vormittags und 6 Stunden nachmittags) eine kostenlose, neutrale und trägerunabhängige Unterstützung bei allen Fragen rund um das Thema Bildung an. Damit erfüllen sie die wichtige Funktion, zwischen den individuellen Bedürfnissen der Ratsuchenden und den Anforderungen der Gesellschaft zu vermitteln. Dafür bieten die Beraterinnen Unterstützung bei der Orientierung sowie bei der Informationsbeschaffung und versetzen die Bürger so in die Lage, ihre Bildungs- und Berufsbiografie eigenverantwortlich planen und die erforderlichen Schritte einleiten zu können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, haben die Bildungsberaterinnen an der Schulung „Bildungsberatung und Kompetenzentwicklung“ der Regionalen Qualifizierungszentren (RQZ) teilgenommen; zudem findet zur Qualitätssicherung ein regelmäßiger Austausch mit anderen Beratern statt.

Die Beratungsgespräche werden in einer Datenbank anonymisiert und mit dem Einverständnis der Ratsuchenden dokumentiert. Die daraus gewonnenen Datensätze bilden die spezifischen Bedarfe der Bevölkerung ab und bieten damit relevante Informationen für die Bildungsarbeit vor Ort.

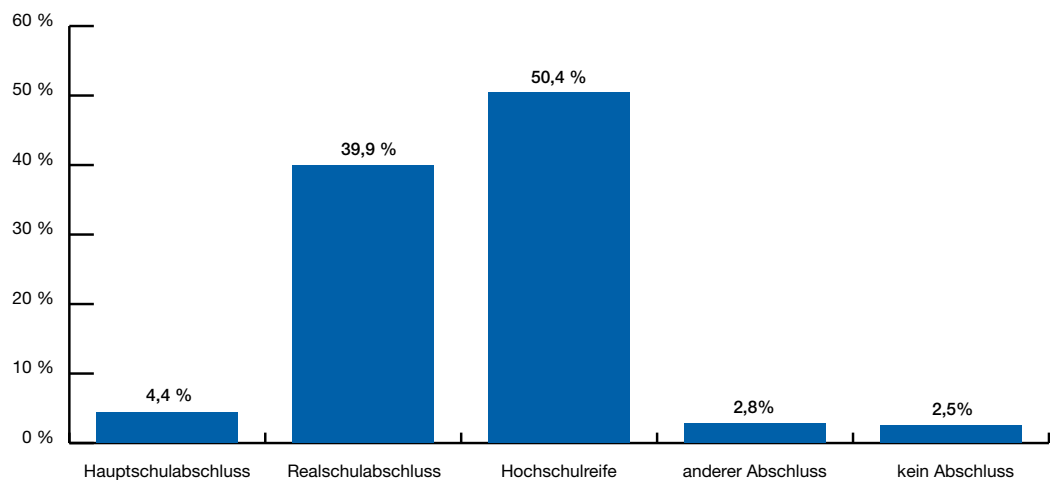
Zwischen dem 5. August 2010 und dem 15. November 2011 wurden 526 Beratungsgespräche dokumentiert. Diese Nachfrage unterstreicht den Unterstützungsbedarf der Osnabrücker Bürger in Bildungsfragen: Den Überblick über das große Angebot zu behalten und die individuell beste Entscheidung vor dem Hintergrund verschiedener, sich teilweise widersprechender Anforderungen der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes und des persönlichen Umfeldes zu treffen, stellt für den Einzelnen häufig eine Überforderung dar. Professionelle Beratung kann bei diesem Prozess unterstützend wirken, indem sie die verschiedenen Wünsche, Möglichkeiten und Zweifel mit den Ratsuchenden strukturiert, die persönliche Entscheidungskompetenz unterstützt und darüber hinaus hilfreiche Informationen weitergibt.

Mit 70% bilden Frauen die Mehrheit der Ratsuchenden. Dieses Verhältnis ist im Vergleich mit ähnlichen Beratungsangeboten typisch; teilweise kann es mit dem besonderen Unterstützungsbedarf von Frauen in bestimmten Lebenssituation, insbesondere nach der Elternzeit und in Trennungsfällen, erklärt werden. Das Durchschnittsalter der Ratsuchenden ist 35, weist aber entsprechend dem breiten Angebot eine große Spannweite (von 15 bis 63) auf.

Besonders häufig suchen Menschen mit einem mittleren oder hohen Schulabschluss die Beratung des Bildungsbüros auf. Das zeigt zum einen, dass auch und gerade

in Bevölkerungsgruppen mit einem eher hohen Bildungsniveau professionelle Unterstützung benötigt wird; das liegt unter anderem an den besonders vielen und unübersichtlichen Möglichkeiten, die diesen Bürgern für die Gestaltung ihres Lebenswegs offenstehen und häufig mit einem dadurch besonders hohen Leistungsdruck verbunden sind. Zum anderen muss konstatiert werden, dass bildungsferne Bevölkerungsgruppen durch das Beratungsangebot in der Osnabrücker Altstadt bisher nicht ausreichend erreicht wurden. Dem entgegenwirken sollen aufsuchende Beratungsangebote (u. a. bei der MÖWE gGmbH sowie in Zusammenarbeit mit dem VPAK), die die Zielgruppe direkt in ihrem gewohnten Umfeld erreichen. Darüber hinaus ist darüber nachzudenken, mit welchen anderen Mitteln diese Bürger für das Thema Bildung sensibilisiert und interessiert werden können.

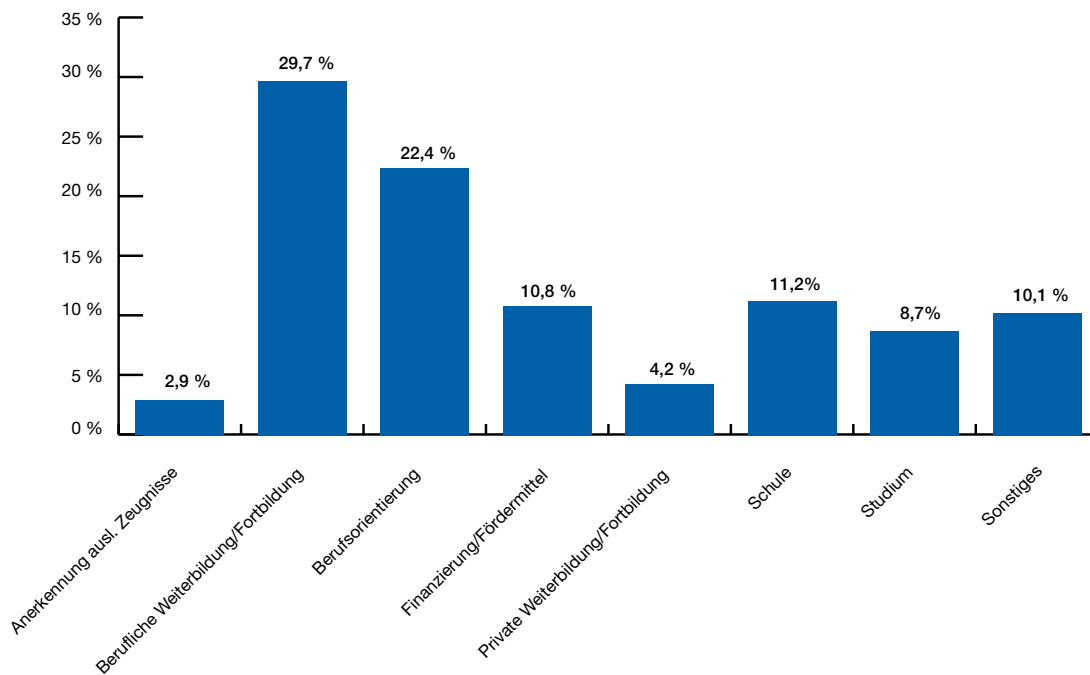
Abb. 28: Schulabschlüsse der Ratsuchenden



Datengrundlage: Bildungsbüro Osnabrück, Stand 31.12.2011

Die meisten Beratungsgespräche beschäftigen sich mit Fragen, die für die berufliche Laufbahn relevant sind. Bei der Wahl einer privaten Weiterbildung oder Fortbildung suchen nur rund 4 % der Ratsuchenden die Unterstützung des Bildungsbüros; auch ein Teil der Menschen, die sich über Finanzierungsmöglichkeiten informiert haben, tut dies aus einem rein privaten Interesse. Dieses Verhältnis könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Beratungen der Anbieter von privaten Kursangeboten, wie beispielsweise der Volkshochschulen und Familienbildungsstätten, den Bedarf der Interessenten weitgehend abdecken. Gleichzeitig zeigt die große Anzahl registrierter Beratungsgespräche in beruflichen Zusammenhängen, dass viele Bürger Unterstützung benötigen, um einen für sich passenden Berufs- und Lebensweg einschlagen zu können.

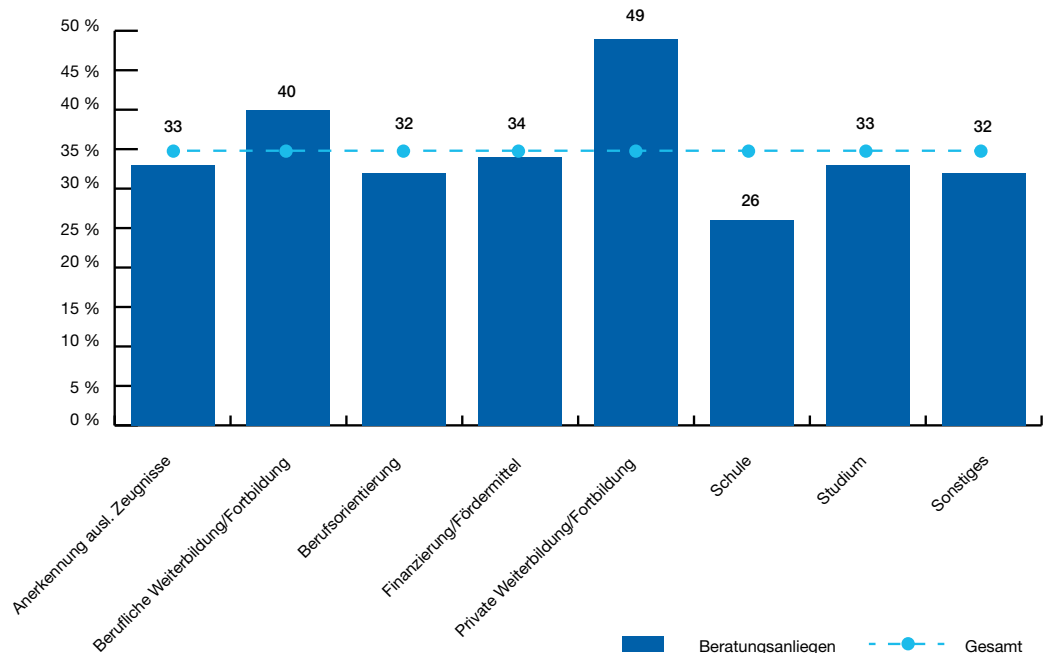
Abb. 29: Beratungsanliegen



Datengrundlage: Bildungsbüro Osnabrück, Stand 31.12.2011

Besonders häufig (knapp 30 % der Gespräche) treten Fragen zur beruflichen Weiterbildung auf; die Motivation hierzu unterscheidet sich von Fall zu Fall: Fortbildungen werden entweder als Mittel zur Sicherung einer Stelle, zum beruflichen Aufstieg oder zum (Wieder-)Einstieg in den Beruf gesehen. Einen zweiten großen Schwerpunkt bilden mit rund 22 % der Gespräche die intensiven Orientierungsberatungen. Die sich immer stärker differenzierenden beruflichen Möglichkeiten wirken auf die Ratsuchenden, die sich im Spannungsfeld zwischen individueller Verwirklichung, Erfolgsdruck und unsicherer Wirtschaftslage bewegen, überfordernd. Eine professionelle, personenzentrierte Beratung kann den Menschen in diesen Fällen dabei helfen, ihre eigenen Ziele zu formulieren, und sie dazu befähigen, die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten. Fälschlicherweise unterrepräsentiert ist in der obigen Grafik das Thema „Finanzierung“; der verhältnismäßig geringe Anteil von rund 10 % ist der Form der Dokumentation geschuldet, die für jedes Beratungsgespräch die Festlegung auf einen Themenschwerpunkt erfordert. Die Erfahrung der Beraterinnen zeigt aber, dass ein großer Teil der Ratsuchenden mehrdimensionale Anliegen mitbringt: So sind Fragen der Finanzierung Bestandteil von vielen der Gespräche zu Weiterbildungen, dem Nach-holen von Schulabschlüssen und dem Studium. Hierbei fällt auf, dass ein Großteil der finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten in der Bevölkerung nicht ausreichend bekannt ist; diese Erkenntnis wurde in der Broschüre „Bildungsberatung in Osnabrück“ aufgegriffen, indem die verschiedenen Förderprogramme und die entsprechenden Ansprechpartner kurz vorgestellt werden.

Abb. 30: Durchschnittsalter pro Beratungsanliegen



Datengrundlage: Bildungsbüro Osnabrück, Stand 31.12.2011

Zudem zeigt die Auswertung, dass die Bereitschaft und/oder Notwendigkeit zur Wahrnehmung beruflicher Weiterbildungsangebote mit zunehmendem Alter steigt; auch private Weiterbildungen scheinen für ältere Menschen attraktiver zu sein. Das in diesem Bereich deutlich höhere Durchschnittsalter könnte aber auch damit zu erklären sein, dass es jungen Leuten in der Regel leichter fällt, sich auf den Homepages der Anbieter sowie auf Angeboten wie dem „Wegweiser Bildung und Soziales“ (Datenbank, in der nach Bildungsangeboten aus Stadt und Landkreis recherchiert werden kann) selbst über die verschiedenen Möglichkeiten zu informieren.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Bildungsberatung sehr gut angenommen wird; dafür sprechen auch die persönlichen Rückmeldungen sowie der Umstand, dass immer mehr Menschen durch Weiterempfehlungen anderer in die Beratungsstelle kommen. Um eine weitergehende Aussage über den tatsächlichen Einfluss der Bildungsberatung auf den Bildungserfolg der Bürger treffen zu können, ist eine Evaluation und Befragung der Ratsuchenden geplant.

## 11.2 Die Beratungslandschaft – der Versuch einer ersten Bestandsaufnahme

Eine Bildungsberatung kann in allen Phasen entlang einer Biografie notwendig werden, besonders häufig jedoch an den unterschiedlichen Übergängen wie beispielsweise von der Schule in den Beruf, von der Elternzeit zurück ins Arbeitsleben, von der Erwerbslosigkeit in die Erwerbsphase oder beim Übergang in den Ruhestand. Die Fragestellungen könnten dabei nicht unterschiedlicher sein und die Spannweite der

Beratungsanliegen umfasst inhaltlich sowohl den formalen wie nonformalen Bildungsbereich und reicht von der reinen Informationsweitergabe bis zu intensiven Orientierungsgesprächen in mehreren Terminen.

Der Gesetzgeber bietet verschiedene kostenfreie Beratungsleistungen an; diese befassen sich häufig mit Beratungsanlässen, die aus dem formalen Bildungssystem entstehen. Die konkrete Finanzierung von Beratungsangeboten ist an die rechtliche Grundlage der Einrichtung gekoppelt. So ist die Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit in öffentlicher Trägerschaft und auch dadurch finanziert. Daneben gibt es Einrichtungen, die öffentlich finanziert werden, wenn dadurch ein öffentlicher Bildungsauftrag verfolgt wird oder bestimmte Zielgruppen angesprochen werden, deren Förderung rechtlich vorgesehen ist. Insbesondere im Bereich der Berufsorientierung und des Berufseinstiegs sind Beratungsangebote häufig an Förderprogramme (u. a. ESF-Mittel, EU-Mittel) gebunden.

Für Osnabrück gibt es die unterschiedlichsten Bildungsberatungsangebote entlang des Lebenslaufes. Bisher gab es keine Institution, die über eine (möglichst) vollständige Übersicht aller Angebote verfügt. Die Bildungsberatung des Bildungsbüros Osnabrück hat sich dies zur Aufgabe gemacht, um Transparenz für Bürger zu schaffen. Dies liegt zum Teil in der Lotsenfunktion der kommunalen Bildungsberatung begründet: Denn dort, wo es bereits spezialisierte Angebote (z. B. Fachstudienberatungen) vor Ort gibt, werden die Ratsuchenden gezielt weitergeleitet. In der Vernetzungsarbeit des Bildungsbüros wurden umfassende Kontakte zu Beratungseinrichtungen geknüpft. Über konkrete Anliegen von Ratsuchenden und die verschiedenen Kooperationsprojekte wurden diese ausgebaut und ergänzt. Um die einzelnen Bildungsberatungseinrichtungen mit ihren Profilen systematisch zu erfassen, hat das Bildungsbüro einen Fragebogen entwickelt, der an die Einrichtungen versendet wurde. Die Schwierigkeit bei der Abgrenzung des Adressatenkreises bestand in der zugrunde gelegten Definition von Bildungsberatung. Als Basis wurde die OECD-Definition verwendet, allerdings mit dem deutlichen Hinweis darauf, dass der berufliche Schwerpunkt dieser Definition von der kommunalen Bildungsberatung in Osnabrück um den nonformalen Bildungsbereich sowie um den Aspekt des „lebenslangen Lernens (0-99 Jahre)“ ergänzt wird.

OECD-Definition Bildungsberatung: „Bildungs- und Berufsberatung ist ein Dienstleistungsangebot, das darauf ausgerichtet ist, Individuen jeden Alters zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens dabei zu unterstützen, Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsentscheidungen auf einer gut vorbereiteten und informierten Basis eigenständig zu treffen und ihr (Berufs)Leben selbst in die Hand zu nehmen ...“<sup>49</sup>

Aus der Auswertung der Fragebögen ist die Broschüre „Bildungsberatung in Osnabrück“ mit insgesamt 71 Angeboten entstanden. Diese bietet Orientierung für Ratsuchende in unterschiedlichen Kategorien; so kann nach inhaltlichen Aspekten und nach Zielgruppen gesucht werden. Die quantitative Verteilung der Beratungseinrichtungen nach Kategorien gestaltet sich wie folgt:

<sup>49</sup> OECD 2004: S. 19; <http://www.oecd.org/dataoecd/33/45/34050171.pdf>

Tab. 34: Anzahl der Bildungsberatungseinrichtungen pro Beratungskategorie

Kategorie	Anzahl der Einrichtungen
Erziehungsberatung	12
Studium	8
Beratung zu Betreuungsangeboten von Kindern	7
Schule, Berufsorientierung und Übergang Schule-Beruf	7
Freiwilligendienst	6
Integration/Migration	6
Beratung für Menschen mit Behinderung	5
Fort- und Weiterbildungsberatung	4 (plus Beratungen der einzelnen Weiterbildungsträger zu ihren Angeboten)
Bildungsberatung für Mädchen und Frauen	3
Gleichstellung	3
Beratung im Bereich Familienbildung	2
Senioren	2

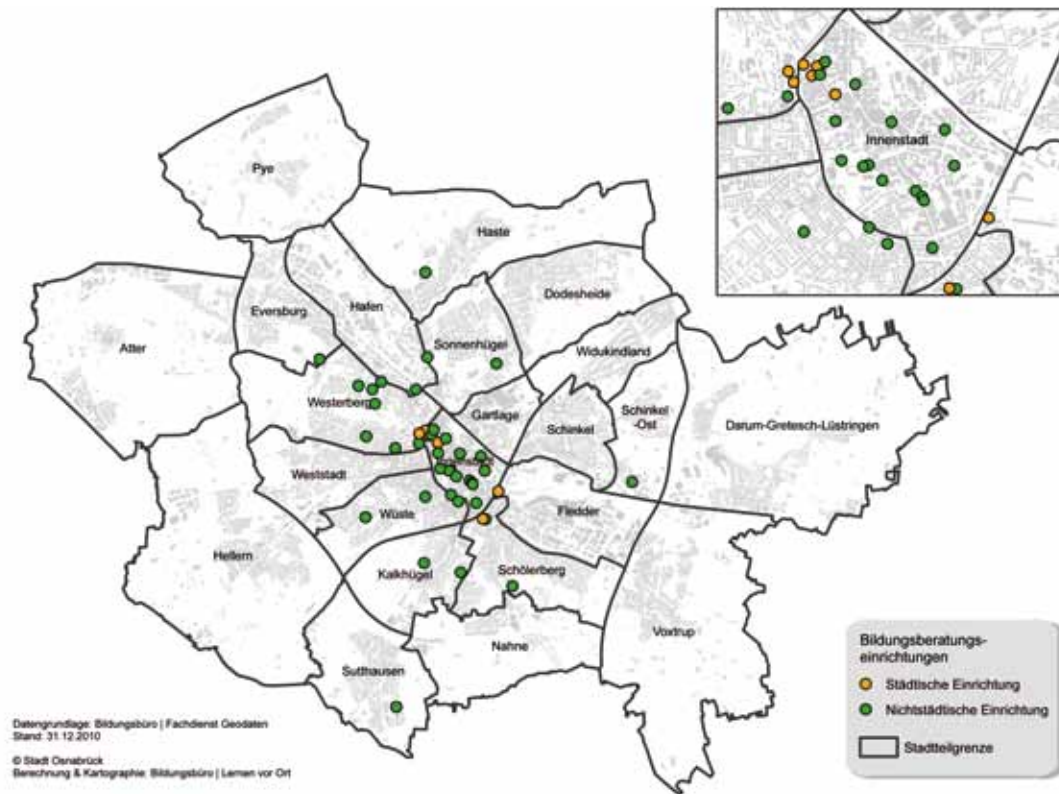
Datengrundlage: Bildungsbüro Osnabrück, Stand 31.12.2011

Von den 71 erfassten Bildungsberatungsangeboten befinden sich 16 in kommunaler Trägerschaft, ebenfalls 16 gehören der freien Wohlfahrtspflege bzw. kirchlichen Wohlfahrtspflege an, 12 befinden sich in staatlicher Trägerschaft (v.a. Universität und Hochschule Osnabrück).

Die Bildungsberatungseinrichtungen verteilen sich auf die Stadtteile unterschiedlich stark. Ein geografischer Schwerpunkt der Bildungsberatungseinrichtungen befindet sich im Bereich der Innenstadt. Sicherlich ist dies der Tatsache geschuldet, dass die Innenstadt eine zentrale und gut erreichbare Lage für Bürger des gesamten Stadtgebiets ist. Im Hinblick auf die Sozialraumorientierung des Monitorings ist jedoch zu diskutieren, ob eine Verortung spezifischer Beratungsangebote – beispielsweise für den Übergang Schule-Beruf – direkt im Sozialraum mit einem hohen Anteil der entsprechenden Zielgruppen sinnvoll wäre.

Um eine fortlaufende Transparenz der Bildungsberatungslandschaft zu gewährleisten, sollte diese erste Bestandsaufnahme in den kommenden Jahren erweitert und aktualisiert werden.

Karte 22: Verteilung der Bildungsberatungseinrichtungen in Osnabrück



Datengrundlage: Bildungsbüro Osnabrück; Darstellung: Fachdienst Geodaten

## LITERATUR

- ARNDT, C./ DANN S./ KLEIMANN, R./ STROTMANN, H./ VOLKERT, J. (2006): Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen) – Empirische Operationalisierung im Rahmen der Armuts- und Reichtumsmessung – Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Reihe „Lebenslagen in Deutschland“, Berlin 2006.
- BAETHGE, M./ SOLGA, H./ WIECK, M. (2007): Berufsbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- BAUMANN, A./STEPHAN, K. (2006): Sozialraumanalyse zur Situation der Migrantinnen und Migranten in der Stadt Siegen.  
Internet: <http://www.migration-siegen.de/uploads/media/Sozialraumanalyse-Migration-Siegen.pdf>, Zugriff 01.12.2011.
- BONSEN, M./ BOS, W./ GRÖHLICH, C./ HARNEY, B./ IMHÄUSER, K./ MAKLES, A./ SCHRÄPLER, J.-P./ TERPOORTEN, T./ WEISHAUPT/ WENDT, H. (2010). Zur Konstruktion von Sozialindizes. Ein Beitrag zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung von Schulen als Voraussetzung für qualitative Schulentwicklung. Bildungsforschung Band 31. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.). Berlin.
- BORTZ, J./SCHUSTER, C. (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler, 7. Aufl., Springer-Verlag, Berlin.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2008): Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Berechnung von Hilfequoten Methodenbericht. Nürnberg  
Internet: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Berechnung-Hilfequoten.pdf>, Zugriff 16.07.2011
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2009): Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Methodenbericht. Nürnberg  
Internet: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Grundlagen/Berechnung-Arbeitslosenquote/Methodenbericht-Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung.pdf>, Zugriff 16.07.2011.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (2008): Lebenslagen in Deutschland; Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008. Berlin.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG /DIE KULTUSMINISTER-KONFERENZ (HRSG.) (2011): Deutscher Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen. Verabschiedet vom Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR) am 22. März 2011  
Internet: <http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de>, Zugriff 04.07.2011.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG / BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (HRSG.) (2009): Soziale Stadt, Arbeitshilfe Monitoring. Bonn.
- BURZAN, N. (2011): Soziale Ungleichheit: Eine Einführung in die zentralen Theorien. 4. Aufl., Wiesbaden.

- DEUTSCHES INSTITUT FÜR INTERNATIONALE PÄDAGOGISCHE FORSCHUNG (DIPF) (2011): Wie erstellt man einen kommunalen Bildungsbericht? Handreichung im Rahmen der Jahreskonferenz Lernen vor Ort. Berlin.
- ENGELS, D. (2008): Lebenslagen. In: B. Maelicke (Hrsg.): Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden 2008, S. 643-646.
- FRICK J./ GRABKA, M. (2008): Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit. In: Wochenbericht des DIW Berlin, S. 556-566 Nr. 38/2008  
Internet: [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.88782.de/08-38-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.88782.de/08-38-1.pdf), Zugriff 04.06.2011.
- FRIEDRICHS, J. (1995): Stadtsoziologie. Opladen.
- GEISLER, R. (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 5., durchgesehene Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- HANESCH, W. ET AL. (1994): Armut in Deutschland. Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek.
- HÄUSSERMANN, H./ SIEBEL, W. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/M., New York.
- HRADIL, S. (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- KARR, W. (2002): Zur Definition von Langzeitarbeitslosigkeit oder: messen wir wirklich, was wir messen wollen? In: Kleinhenz, G. (HRSG.) (2002): IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250, S. 107-119.  
Internet: [http://doku.iab.de/beitrab/2002/beitr250\\_205.pdf](http://doku.iab.de/beitrab/2002/beitr250_205.pdf), Zugriff 12.10.2011.
- KLOCKE, A./ HURRELMANN, K. (1995): Armut und Gesundheit – Inwieweit sind Kinder und Jugendliche betroffen? In: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften, 1995, S. 138-151 (2. Beiheft).
- LAMPERT, T./ ZIESE, T. (2005). Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Schriftenreihe Lebenslagen in Deutschland. Bonn: BMGS.  
Internet: [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a349-armut-soziale-ungleichheit-und-gesundheit.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a349-armut-soziale-ungleichheit-und-gesundheit.pdf?__blob=publicationFile), Zugriff 15.07.2011.
- LEHR, U. (2003): Die Jugend von gestern – und die Senioren von morgen. In: Aus Politik und (B 20/2003), S. 3-5.
- MARDORF, S. (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- MGSFF – MINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, SOZIALES, FRAUEN UND FAMILIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (HRSG.) (2003): Indikatorenansatz für die Ge-

- sundheitsberichterstattung der Länder. Bielefeld  
 Internet: [http://www.gbe-bund.de/gbe10/owards.prc\\_show\\_pdf?p\\_id=9768&p\\_sprache=d](http://www.gbe-bund.de/gbe10/owards.prc_show_pdf?p_id=9768&p_sprache=d), Zugriff 15.07.2011.
- MIELCK, A. (2005): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle.
- NIEDERSÄCHSISCHES KULTUSMINISTERIUM (2006): Fit in Deutsch. Feststellung des Sprachstandes.  
 Internet: <http://www.mk.niedersachsen.de/download/4612>, Zugriff 12.10.2011.
- RIEGE, M./ SCHUBERT, H. (2005): Konzeptionelle Perspektive. In: Kessl, F./Reutlinger, C./Maurer, S./Frey, O. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, S. 247-261.
- ROBERT KOCH-INSTITUT / STATISTISCHES BUNDESAMT DEUTSCHLAND (2008): Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung, Berlin  
 Internet: [http://www.gbe-bund.de/gbe10/owards.prc\\_show\\_pdf?p\\_id=11713&p\\_sprache=D](http://www.gbe-bund.de/gbe10/owards.prc_show_pdf?p_id=11713&p_sprache=D), Zugriff 05.10.2011.
- RÖSSEL, J. (2009): Sozialstrukturanalyse. Eine kompakte Einführung. Wiesbaden.
- SCHELS, B. (2007): Jugendarbeitslosigkeit und psychisches Wohlbefinden. (IAB-Forschungsbericht, 13/2007), Nürnberg  
 Internet: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb1307.pdf>, Zugriff 12.10.2011.
- STADT OSNABRÜCK (2002): Gesundheit und Entwicklungsstand der Osnabrücker Schulkinder. Multifaktorielle Analyse der Ergebnisse der Schuluntersuchungen unter besonderer Berücksichtigung des Jahrgangs 2001. Fachbereich Soziales und Gesundheit. Osnabrück.
- STADT OSNABRÜCK (2011a): 18. Fortschreibung des Kindertagesstättenplanes, Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien. Osnabrück.
- STADT OSNABRÜCK (2011b): Monitoring demografischer Wandel Stadt Osnabrück. Fachbereich Stadtentwicklung und Integration. Osnabrück.
- STADT OSNABRÜCK (2012): 19. Fortschreibung des Kindertagesstättenplanes, Fachbereich für Kinder, Jugendliche und Familien. Osnabrück.
- STATISTISCHES BUNDESAMT / DEUTSCHES INSTITUT FÜR ERWACHSENENBILDUNG / STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG (2011): Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings. Wiesbaden, Bonn, Stuttgart  
 Internet: <http://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring.pdf>, Zugriff 05.05.2011.
- STROHMEIER, K. P. (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet. Reihe Demografischer Wandel der Projekt Ruhr GmbH. Essen.
- STROHMEIER, K. P. (2006): Segregation in den Städten, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn
- STROHMEIER, K. P./ KERSTING, V. (2003): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil: In: Bundesamt

- für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Soziale Benachteiligung und Stadtentwicklung. Bonn.
- STROHMEIER, K. P./ WUNDERLICH, H./ LERSCH, P. (2009): Kindheiten in Stadt(teil) und Familie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 17/2009, S. 25-32.
- URBAN, M. / WEISER, U. (2006): Kleinräumige Sozialraumanalyse. Theoretische Grundlagen und praktische Durchführung. Identifikation und Beschreibung von Sozialräumen mit quantitativen Daten. Dresden.
- VAN DEN BRINK, H./ POPP, L. (2008): Ethnisch-kulturelle Konflikte. Randerscheinung oder Kernproblem der modernen Stadtgesellschaft? Saarbrücken.
- VOGES, W. / JÜRGENS, O. ET AL. (2003): Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Bremen  
Internet: <http://www.zes.uni-bremen.de/homepages/wvoges/downloads/lebenslagenansatz.pdf>, Zugriff 05.07.2011.
- WIRTH, D./ GERHARDS, H. (2011): „Es reicht nicht“. Eine Befragung von Familien im SGB-II-Bezug in Osnabrück. Osnabrück.  
Internet: [http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/fileadmin/user/Materialien\\_Downloads/Armut\\_2010/Es\\_reicht\\_nicht-end.pdf](http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/fileadmin/user/Materialien_Downloads/Armut_2010/Es_reicht_nicht-end.pdf), Zugriff 01.12.2011.

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1:	Alterspyramiden der Osnabrücker Bevölkerung 2010	40
Abb. 2:	Alterspyramiden der Osnabrücker Bevölkerung 2005	40
Abb. 3:	Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsprognose für die Stadt Osnabrück von 2011 bis 2025	54
Abb. 4:	Vorausberechnung der Zahl der Kinder und Jugendlichen für die Stadt Osnabrück von 2010 bis 2025	55
Abb. 5:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit (nach SGB II und SGB III) in Osnabrück von 2006 bis 2010	59
Abb. 6:	Verteilung von Leistungsbeziehern nach SGB II nach dem höchsten Schulabschluss in Osnabrück 2010	68
Abb. 7:	Entwicklung der Inanspruchnahme von Mittagsverpflegung 2008 bis 2010	75
Abb. 8:	Betreuungsangebot und Inanspruchnahme pro Stadtteil	76
Abb. 9:	Verteilung der Kinder auf die Kita-Arten	81
Abb. 10:	Merkmale sozialer Differenzierung im Hortbereich (in %)	82
Abb. 11:	Merkmale sozialer Differenzierung für die Krippen/Kindergärten in Osnabrück (in %)	83
Abb. 12:	Clusterprofile   Hort	84
Abb. 13:	Clusterprofile   Krippe/Kindergarten	86
Abb. 14:	Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen 2005 und 2010	88
Abb. 15:	Externe Schüler der Klassenstufe 5 pro Schulform und Trägerschaft 2010	89
Abb. 16:	Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen 2005 und 2010	90
Abb. 17:	Grundschulübergänge 2010	90
Abb. 18:	Grundschulübergänge mit und ohne Bekenntnisbindung 2010	91
Abb. 19:	Übergangsquote zum Gymnasium in Relation zu Schülern mit nichtdeutscher Familiensprache	92
Abb. 20:	Nichtdeutsche 6- bis 10-Jährige pro Grundschulbezirk   Nichtdeutsche pro Grundschule (in %)	93
Abb. 21:	Rückläufer zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 7	94
Abb. 22:	Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen 2005 und 2010	97
Abb. 23:	Schülerzahlen 2005 und 2010 pro Bildungsbereich an berufsbildenden Schulen	98
Abb. 24:	Schulabgänger von berufsbildenden Schulen 2005 und 2010	99
Abb. 25:	Häufigkeit der Inanspruchnahme des Bildungspakets pro Leistungsart	100
Abb. 26:	Verteilung der bewilligten Mittel pro Leistungsart (in Euro)	101
Abb. 27:	Zahngesundheit von Kindern in Betreuungseinrichtungen 2007 und 2011	105
Abb. 28:	Schulabschlüsse der Ratsuchenden	116
Abb. 29:	Beratungsanliegen	117
Abb. 30:	Durchschnittsalter pro Beratungsanliegen	118

## KARTENVERZEICHNIS

Karte 1:	Kleinräumige Gliederung – Stadtteile und statistische Bezirke	23
Karte 2:	Kleinräumige Gliederung – Planungsräume	24
Karte 3:	Vorwiegende Flächennutzungen in den Teilräumen Osnabrücks	24
Karte 4:	Planungsräume mit Sozialraumtypen in Osnabrück	31
Karte 5:	Bevölkerungsdichte – Einwohner pro km <sup>2</sup> (2010)	31
Karte 6:	Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 2010 (in %)	42
Karte 7:	Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)	44
Karte 8:	Anteil der Kinder unter 3 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)	45
Karte 9:	Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)	46
Karte 10:	Anteil der Kinder von 6 bis unter 10 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)	48
Karte 11:	Anteil Kinder und Jugendlicher von 10 bis unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung (2010)	49
Karte 12:	Jugendquotient 2010 – Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen	50
Karte 13:	Altenquotient 2010 – Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis unter 65-Jährigen	51
Karte 14:	Anteil der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern an allen Familien mit minderjährigen Kindern	53
Karte 15:	Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) im Jahr 2010	60
Karte 16:	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen im Jahr 2010	61
Karte 17:	Anteil der SGB-II-Leistungsempfänger an der Bevölkerung unter 65 Jahren 2010 (SGB-II-Quote)	63
Karte 18:	Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an allen Bedarfsgemeinschaften (2010)	65
Karte 19:	Anteil von Kindern unter 15 Jahren mit Sozialgeldbezug an der Bevölkerung unter 15 Jahren 2010	66
Karte 20:	Anteil der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen Kindern an allen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern 2010	67
Karte 21:	Verteilung der Krippen- und Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren	74
Karte 22:	Verteilung der Bildungsberatungseinrichtungen in Osnabrück	121

## TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 1:	Indikatoren- und Kennzahlenübersicht nach Stichtag, Raumebene und Quelle der Daten	21
Tab. 2:	Merkmale der Sozialraumtypisierung	29
Tab. 3:	Beschreibung der Sozialraumtypen im Vergleich zur Gesamtstadt	30
Tab. 4:	Übersicht der Altersgruppen von 0 bis unter 18 Jahren nach ihrer Bedeutung für den Bildungsbereich	36
Tab. 5:	Kinder und Jugendliche von 2005 bis 2010 nach Altersklassen	38
Tab. 6:	Verteilung der Bevölkerung nach Altersklassen, Geschlecht und Nationalität 2005 und 2010 sowie deren Entwicklung von 2005 bis 2010	39
Tab. 7:	Nichtdeutsche Kinder und Jugendliche von 2005 bis 2010 nach Altersklassen	41
Tab. 8:	Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren von 2005 bis 2010	43
Tab. 9:	Entwicklung der Zahl der Kinder unter 3 Jahren von 2005 bis 2010	44
Tab. 10:	Entwicklung der Zahl der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren von 2005 bis 2010	46
Tab. 11:	Entwicklung der Zahl der Kinder von 6 bis unter 10 Jahre von 2005 bis 2010	47
Tab. 12:	Entwicklung der Zahl der Kinder und Jugendlichen von 10 bis unter 18 Jahren von 2005 bis 2010	49
Tab. 13:	Entwicklung der Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren 2005 und 2010	53
Tab. 14:	Arbeitslosigkeit (gemäß SGB II und SGB III) in Osnabrück von 2006 bis 2010	58
Tab. 15:	Hilfebedürftige Personen nach SGB II in Osnabrück von 2006 bis 2010	62
Tab. 16:	Kinder in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II in Osnabrück von 2006 bis 2010	64
Tab. 17:	Höchste Schulabschlüsse von Leistungsbeziehern nach SGB II in Osnabrück 2010	68
Tab. 18:	Höchste Schulabschlüsse innerhalb der Bedarfsgemeinschaften SGB II in Osnabrück 2010	69
Tab. 19:	Kindertageseinrichtungen nach Trägerschaft 2010	73
Tab. 20:	Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren 2010	74
Tab. 21:	Migrationsanteil im Bereich der Krippen und Kindergärten	77
Tab. 22:	Einrichtungen mit über 50 % bzw. unter 10 % Migrationsanteil	77
Tab. 23:	Anteil der einzuschulenden Kinder mit Sprachförderbedarf in der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern nach Migrationshintergrund	79
Tab. 24:	Verteilung der Kinder auf die Kita-Arten	81

Tab. 25:	Hort   Merkmalswerte pro Cluster	84
Tab. 26:	Krippe/Kindergarten   Merkmalswerte pro Cluster	85
Tab. 27:	Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2010/11	87
Tab. 28:	Ganztagsangebot in Osnabrück	95
Tab. 29:	Betreuungskosten im Hortbereich	96
Tab. 30:	Angebot berufliche Schulen 2010	97
Tab. 31:	Anteil der Teilnahme von Kindern an der U9 nach Migrationshintergrund	104
Tab. 32:	Zahngesundheit von Kindern in Betreuungseinrichtungen Osnabrücks 2007 und 2011	106
Tab. 33:	Säuglingssterblichkeit in Osnabrück von 2005 bis 2010 (verstorbene Kinder je 1.000 Lebendgeborene)	107
Tab. 34:	Anzahl der Bildungsberatungseinrichtungen nach Kategorien sortiert	120

## ANLAGEN

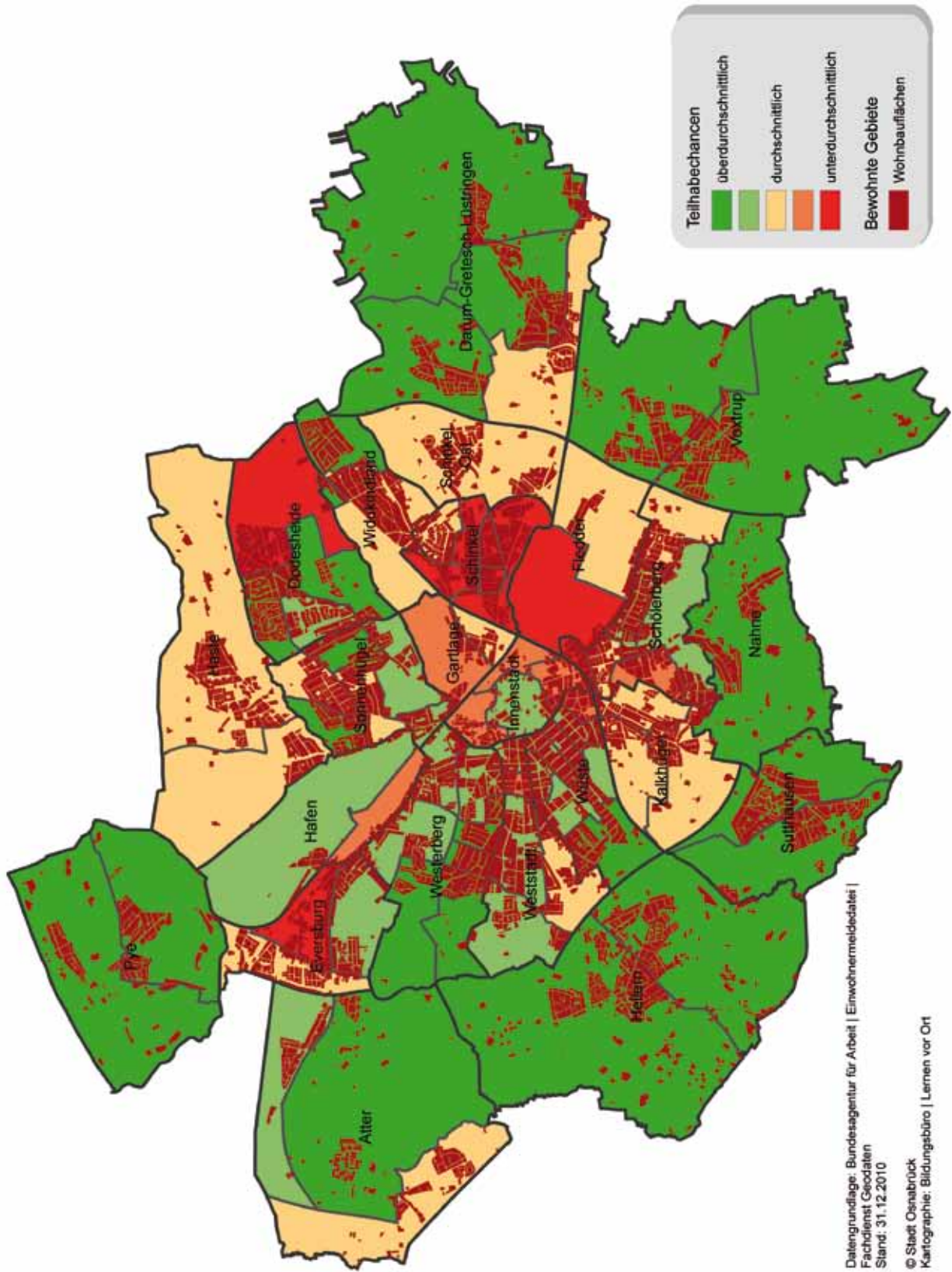
Anlage 1: Zusammenfassung der statistischen Bezirke zu Planungsräumen

STADTEIL	PLANUNGSRAUM NR.	ZUSAMMENGEFASSTE STATISTISCHE BEZIRKE	
		NR.	ANZAHL
Atter	190	190, 191	2
Atter	192	192, 193	2
Atter	194	194, 195	2
Dodesheide	080	080	1
Dodesheide	081	081	1
Dodesheide	082	082	1
Eversburg	040	034	1
Eversburg	041	034	1
Eversburg	042	034	1
Fledder	130	130, 132	2
Fledder	131	131	1
Gartlage	090	090, 091	2
Gartlage	092	092	1
Gretesch	210	210	1
Gretesch	211	211, 212, 213, 214	4
Gretesch	215	215	1
Gretesch	216	216, 217, 218	3
Hafen	050	050, 052	2
Hafen	051	051	1
Haste	070	070	1
Haste	071	071	1
Hellern	180	180, 181, 183	3
Hellern	182	182, 184, 185	3
Innenstadt	011	011, 012, 013	3
Innenstadt	014	014, 017	2
Innenstadt	015	015	1
Innenstadt	016	016	1
Kalkhügel	150	150, 151	2
Kalkhügel	152	152	1
Kalkhügel	153	153	1
Nahne	230	230, 231, 232, 233	4
Pye	200	200, 201	2
Pye	202	202, 203	2
Schinkel	100	100	1
Schinkel	101	101	1
Schinkel	102	102	1
Schinkel	103	103	1
Schinkel	104	104	1
Schinkel	105	105	1

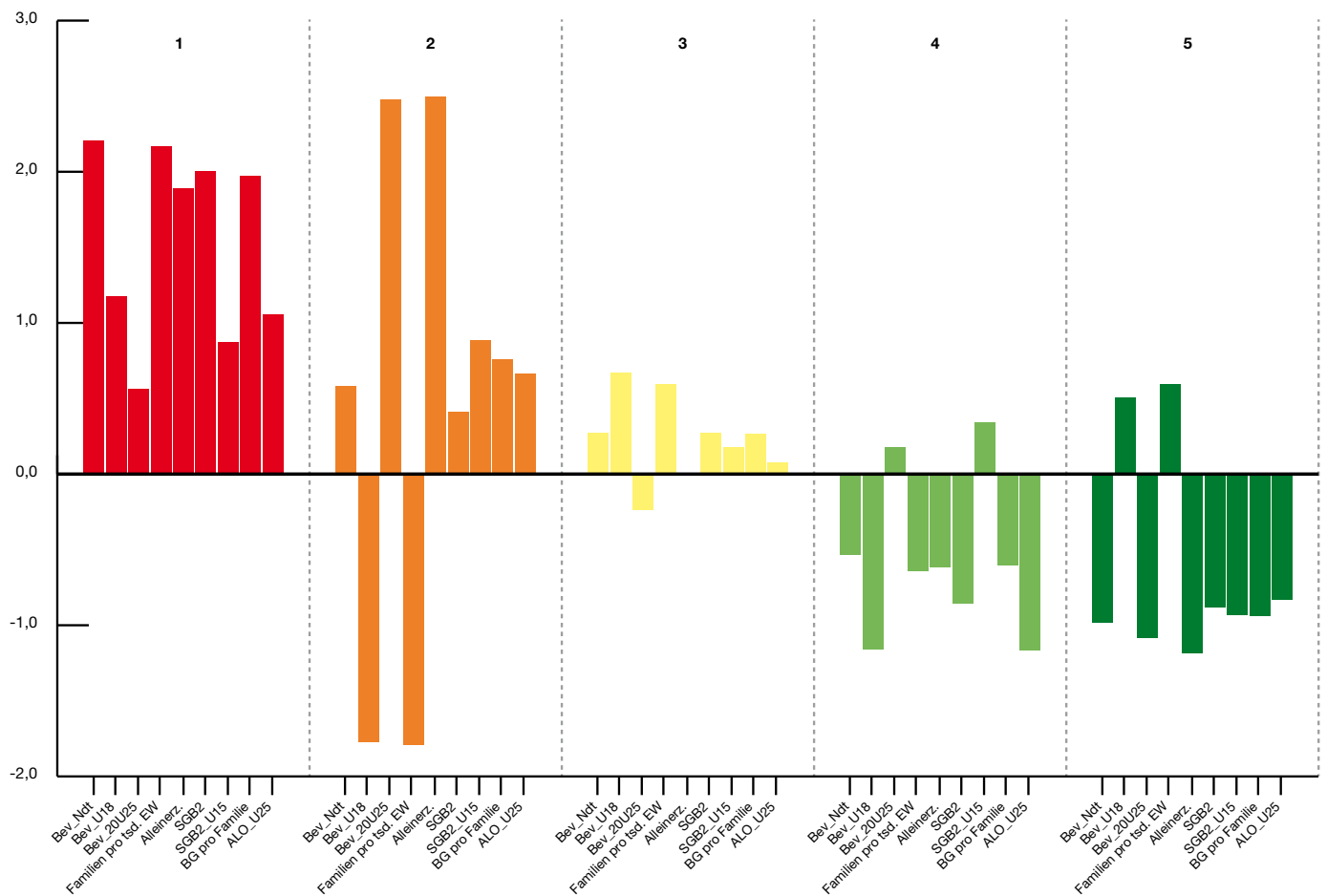
STADTEIL	PLANUNGSRAUM NR.	ZUSAMMENGEFASSTE STATISTISCHE BEZIRKE	
		NR.	ANZAHL
Schinkel	106	106	1
Schinkel-Ost	120	120, 121	2
Schölerberg	140	140	1
Schölerberg	141	141	1
Schölerberg	142	142	1
Schölerberg	143	143	1
Schölerberg	144	144, 145	2
Schölerberg	146	146, 149	2
Schölerberg	147	147, 148	2
Sonnenhügel	060	060	1
Sonnenhügel	061	061	1
Sonnenhügel	062	062	1
Sonnenhügel	063	063	1
Sonnenhügel	064	064	1
Sonnenhügel	065	065	1
Sutthausen	170	170, 171	2
Sutthausen	172	172, 173	2
Voxtrup	220	220, 221, 222	3
Voxtrup	223	223, 224	2
Westerberg	030	030, 031	2
Westerberg	032	032, 033	2
Westerberg	034	034	1
Westerberg	035	034	1
Westerberg	036	034	1
Westerberg	037	034	1
Weststadt	020	020, 021	2
Weststadt	022	022, 023	2
Weststadt	024	024, 025	2
Weststadt	026	026	1
Weststadt	027	027	1
Widukindland	110	110	1
Widukindland	111	111, 112	2
Wüste	160	160	1
Wüste	161	161	1
Wüste	162	162	1
Wüste	163	163	1
Wüste	164	164	1
Wüste	165	165	1
Wüste	166	166, 167	2

Datengrundlage: Einwohnermelderegister, Stand: 31.12.2010, eigene Berechnung und Darstellung

Anlage 2: Verteilung von Wohngebieten nach Sozialraumtypen auf der Ebene der Planungsräume



## Anlage 3: Sozialraumtypen im Profilvergleich



Das Diagramm zeigt für jeden Sozialraumtyp die Abweichungen (in Standardabweichungen) der Merkmale vom städtischen Gesamtwert.

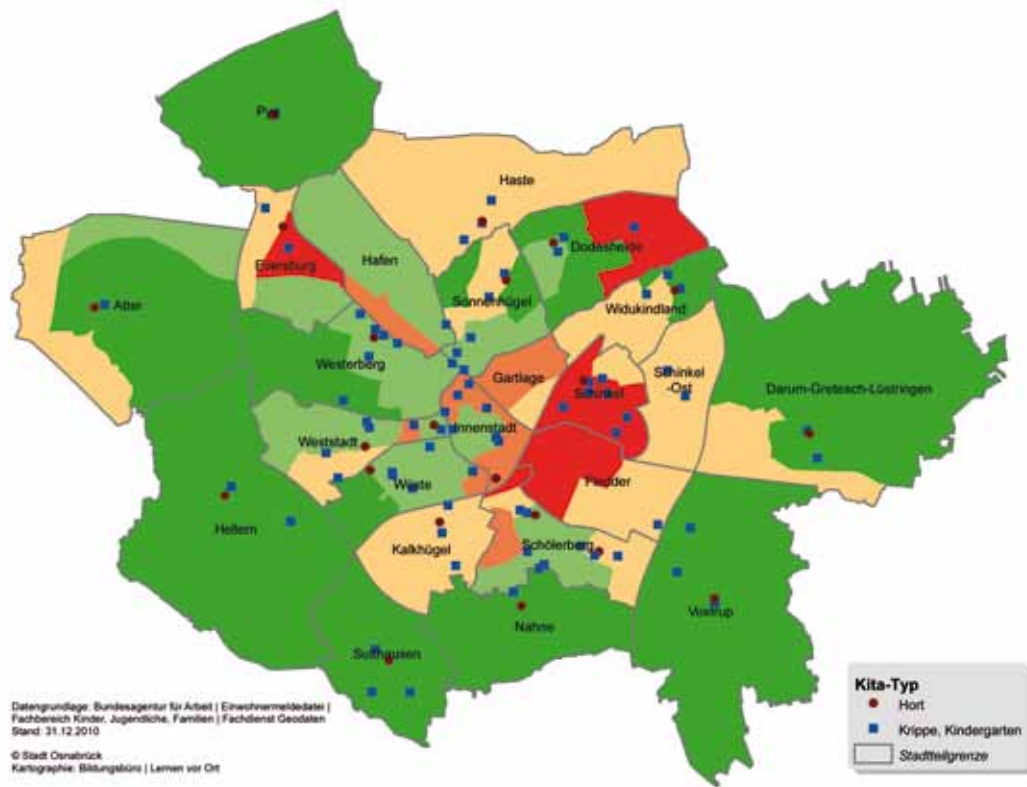
Merkmal	Abkürzung
Nichtdeutsche Bevölkerung	Bev_Ndt
Bevölkerung unter 18 Jahre	Bev_U18
Bevölkerung 20 bis unter 25 Jahre	Bev_20U25
Familien pro tausend Einwohner	Familien pro tsd. EW
Alleinerziehende pro 100 Familien	Alleinerz
SGB-II-Empfänger	SGB2
SGB-II-Empfänger unter 15 Jahren	SGB2_U15
Bedarfsgem. mit Kind pro 100 Familien	BG pro Familie
Arbeitslose unter 25 Jahren	ALO_U2

Anlage 4: Sozialraumtypen in absoluten Zahlen und im relativen Größenverhältnis zur Gesamtstadt

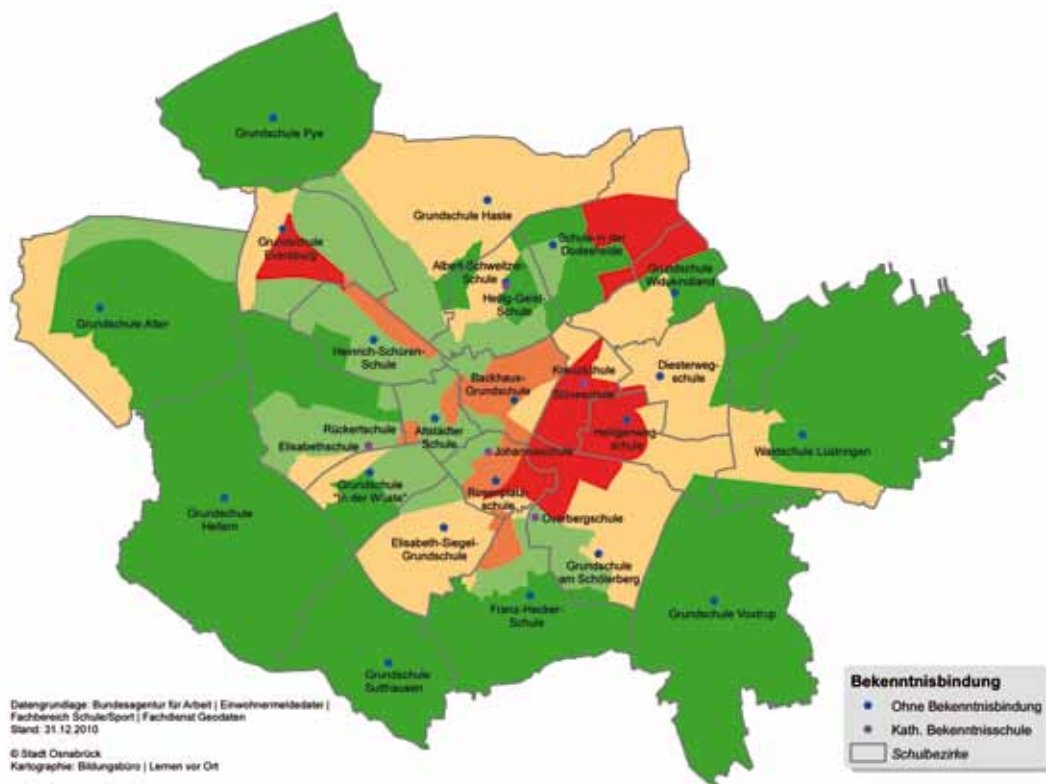
	Sozialraumtyp					Gesamtstadt (Summe)
	1	2	3	4	5	
Zugeordnete Planungsräume	10	8	18	21	21	78
Bevölkerung gesamt	19.569	15.573	39.574	37.912	43.520	<b>156.148</b>
	12,5%	10,0%	25,3%	24,3%	27,9%	<b>100,0%</b>
Nichtdeutsche Bevölkerung	4.038	1.919	4.244	2.493	1.865	<b>14.559</b>
	27,7%	13,2%	29,2%	17,1%	12,8%	<b>100,0%</b>
Bevölkerung unter 18 Jahren	3.732	1.524	6.918	4.444	7.381	<b>23.999</b>
	15,6%	6,4%	28,8%	18,5%	30,8%	<b>100,0%</b>
Bevölkerung 20 bis unter 25 Jahre	1.841	2.216	2.928	3.199	2.294	<b>12.478</b>
	14,8%	17,8%	23,5%	25,6%	18,4%	<b>100,0%</b>
Familien mit mind. einem Kind unter 18 Jahren	2.156	1.018	4.119	2.854	4.472	<b>14.619</b>
	14,7%	7,0%	28,2%	19,5%	30,6%	<b>100,0%</b>
Alleinerziehende	702	430	1.124	836	883	<b>3.975</b>
	17,7%	10,8%	28,3%	21,0%	22,2%	<b>100,0%</b>
SGB-II-Empfänger	4.794	2.134	5.020	2.605	2.247	<b>16.800</b>
	28,5%	12,7%	29,9%	15,5%	13,4%	<b>100,0%</b>
SGB-II-Empfänger unter 15 Jahren (Sozialgeld)	1.526	458	1.505	583	662	<b>4.734</b>
	32,2%	9,7%	31,8%	12,3%	14,0%	<b>100,0%</b>
Bedarfsgemeinschaften mit Kind	873	280	917	369	399	<b>2.838</b>
	30,8%	9,9%	32,3%	13,0%	14,1%	<b>100,0%</b>
Arbeitslose unter 25 Jahren	142	97	145	88	87	<b>559</b>
	25,4%	17,4%	25,9%	15,7%	15,6%	<b>100,0%</b>

Datengrundlage: Einwohnermelderegister, Stand: 31.12.2010, Bundesagentur für Arbeit

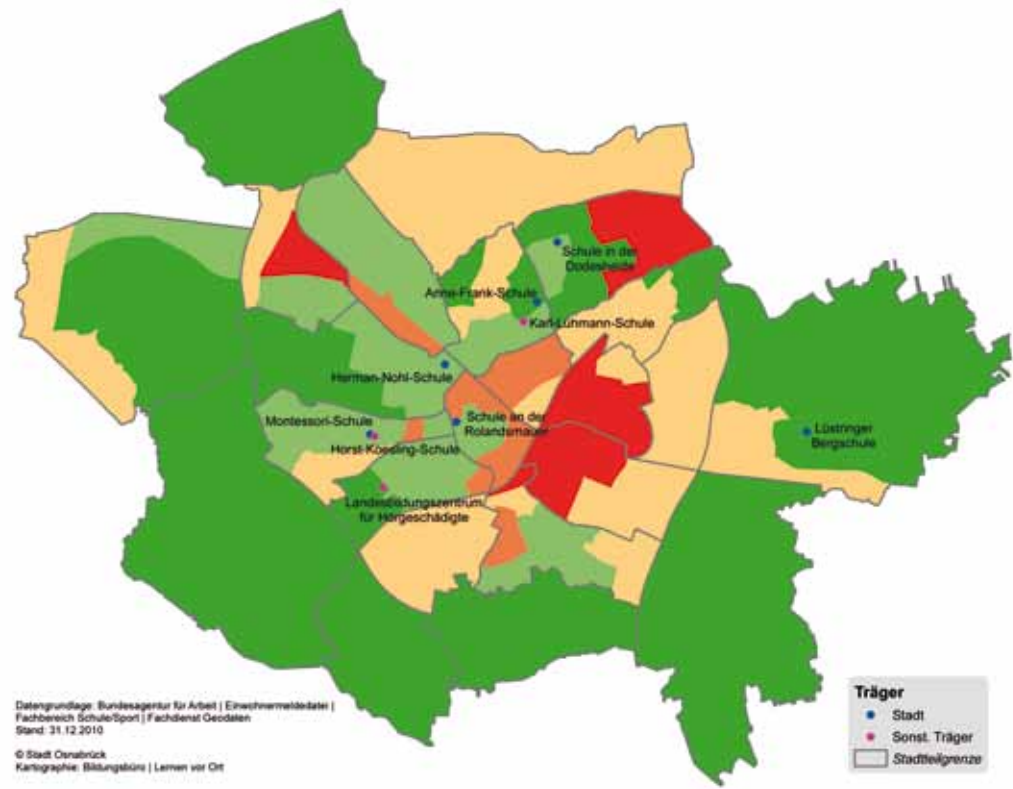
Anlage 5: Verteilung der Kita-Standorte auf die Sozialraumtypen



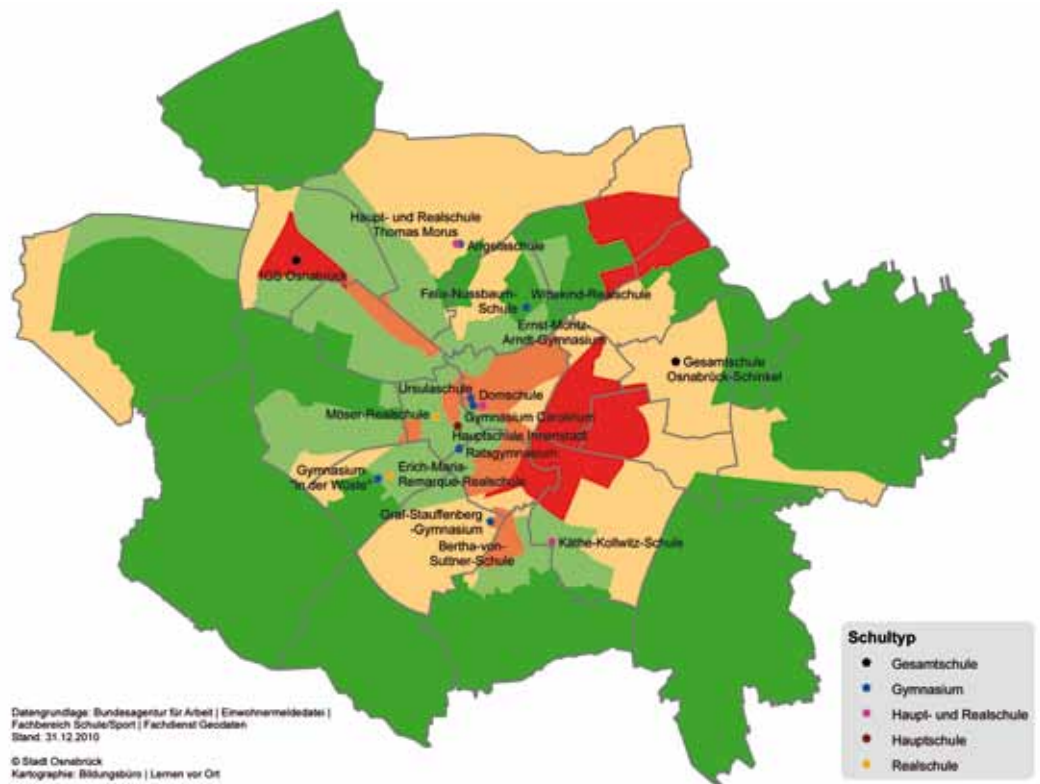
Anlage 6: Verteilung der Grundschulen auf die Sozialraumtypen



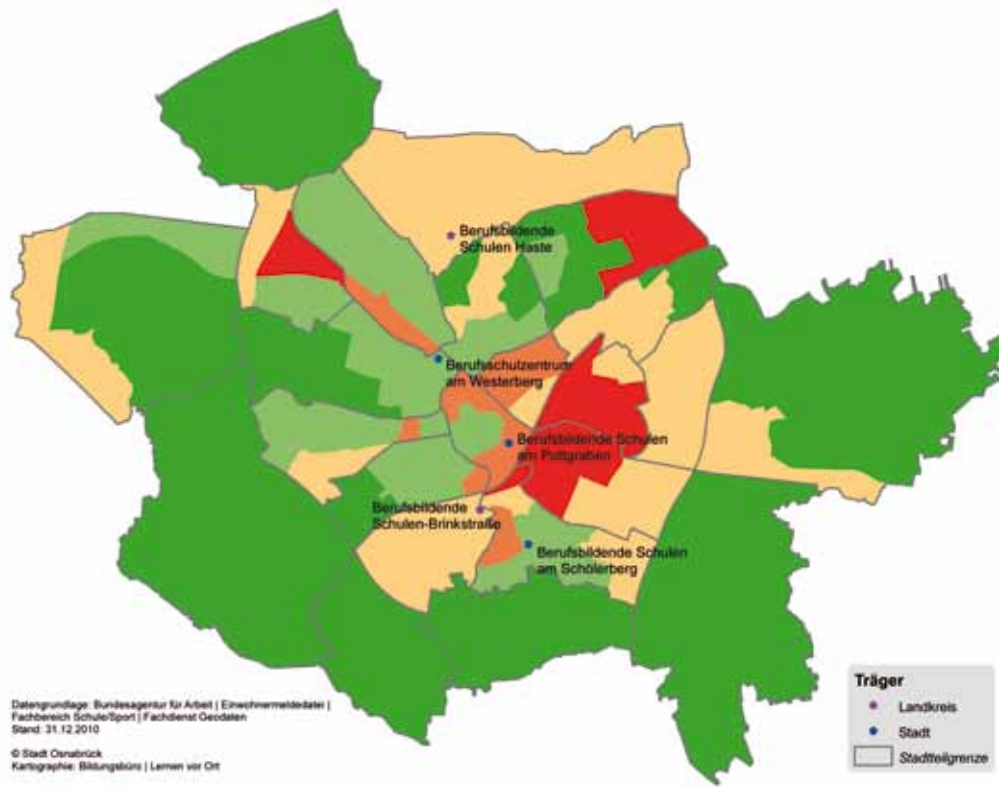
Anlage 7: Verteilung der Förderschulen auf die Sozialraumtypen



Anlage 8: Verteilung der weiterführenden Schulen auf die Sozialraumtypen



## Anlage 9: Verteilung der beruflichen Schulen auf die Sozialraumtypen



Anlage 10: Betreuungsangebote im Krippen- und Kindergartenbereich nach Stadtteilen

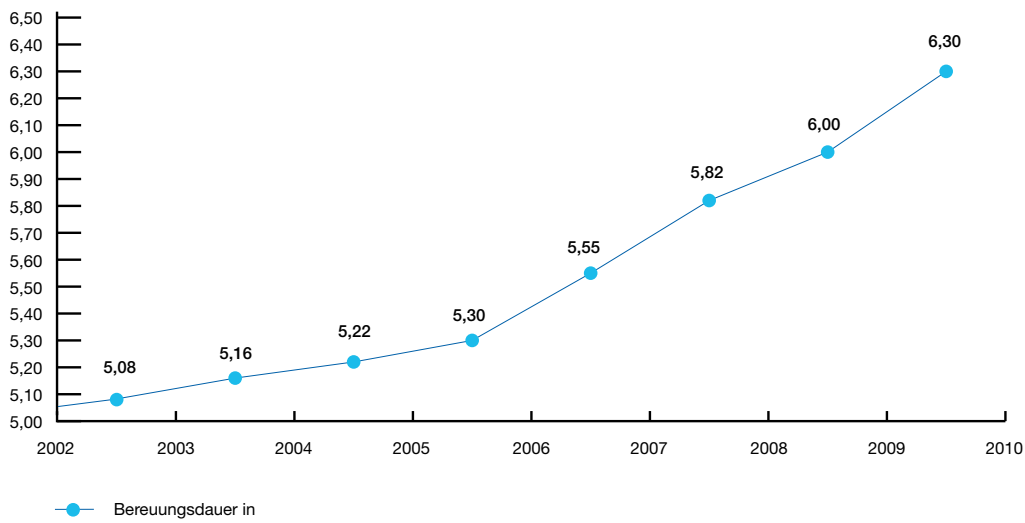
STADTEIL	NR.	EINRICHTUNG NAME	HALB-TAGS	GANZ-TAGS	SUMME	DAVON UNTER 3	DAVON INTEG-RATIVE PLÄTZE
01 Innenstadt	1	Evangelische Kinderkrippe	0	20	20	20	0
	2	Herz Jesu	25	55	80	16	4
	3	St. Johann	61	25	86	5	4
	4	St. Petrus Dom	0	50	50	0	0
	6	Kindertagesstätte Dt. Kinder-schutzbund	0	19	19	4	0
	7	Pustebume	0	33	33	15	1
	91	Kindervilla	0	40	40	16	0
	98	Niels-Stensen-Krippe	0	12	12	12	0
			<b>SUMME</b>	<b>86</b>	<b>254</b>	<b>340</b>	<b>88</b>
02 Weststadt	5	Marianne Schlieff	40	0	40	3	0
	9	Fliegenpilz	15	0	15	5	0
	10	St. Elisabeth	48	25	73	6	0
	11	Osn. Spiel- und Sportkindergarten	68	0	68	0	0
	14	Martinsburg	25	50	75	0	0
	66	Zauberflöte	14	0	14	6	0
		<b>SUMME</b>	<b>210</b>	<b>75</b>	<b>285</b>	<b>20</b>	<b>0</b>
03 Westerberg	15	Die kleinen Strolche	15	19	34	12	0
	16	Markus	42	21	63	7	0
	17	St. Marien Turnerstraße	20	55	75	20	0
	18	St. Marien Flohrstraße	48	25	73	5	0
	19	Fingerhut	0	51	51	24	0
	21	St. Barbara	50	37	87	15	0
		<b>SUMME</b>	<b>175</b>	<b>208</b>	<b>383</b>	<b>83</b>	<b>0</b>
04 Eversburg	22	St. Michaelis	110	25	135	18	0
	24	Liebfrauen	25	65	90	18	8
		<b>SUMME</b>	<b>135</b>	<b>90</b>	<b>225</b>	<b>36</b>	<b>8</b>
05 Hafen	25	Mobile	18	0	18	5	0
		<b>SUMME</b>	<b>18</b>	<b>0</b>	<b>18</b>	<b>5</b>	<b>0</b>
06 Sonnenhügel	26	Buntstift	0	23	23	3	0
	27	Matthäus	42	40	82	16	4
	28	Heilig Geist	95	40	135	23	0
	29	Villa Kunterbunt	0	18	18	6	0
		<b>SUMME</b>	<b>137</b>	<b>121</b>	<b>258</b>	<b>48</b>	<b>4</b>
07 Haste	30	St. Antonius Christus König	86	32	118	27	3
	31	Rasselbande	15	59	74	24	0
	33	Haste	24	61	85	14	0
		<b>SUMME</b>	<b>125</b>	<b>152</b>	<b>277</b>	<b>65</b>	<b>3</b>
08 Dodesheide	34	Thomas	68	18	86	0	8
	36	St. Franziskus	68	0	68	4	0
		<b>SUMME</b>	<b>136</b>	<b>18</b>	<b>154</b>	<b>4</b>	<b>8</b>
09 Gartlage		<b>SUMME</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

STADTTEIL	NR.	EINRICHTUNG NAME	HALB-TAGS	GANZ-TAGS	SUMME	DAVON UNTER 3	DAVON INTEG-RATIVE PLÄTZE
10 Schinkel	38	Paulus	50	23	73	3	0
	40	Heilig Kreuz	68	54	122	12	8
	42	Mosaik	18	21	39	6	0
	43	Schinkel	67	43	110	12	0
	44	Heiligenweg	25	45	70	0	0
	93	Regenbogen	0	12	12	12	2
	99	Altes Wasserwerk	0	18	18	3	4
		<b>SUMME</b>		<b>228</b>	<b>216</b>	<b>444</b>	<b>48</b>
11 Widukindland	45	Kinderladen Friesenweg	16	0	16	5	0
	46	Timotheus	42	0	42	9	0
	47	St. Bonifatius	45	0	45	4	0
		<b>SUMME</b>	<b>103</b>	<b>0</b>	<b>103</b>	<b>18</b>	<b>0</b>
12 Schinkel-Ost	48	Jakobus	25	25	50	0	0
	49	St. Maria Rosenkranz	43	43	86	11	0
		<b>SUMME</b>	<b>68</b>	<b>68</b>	<b>136</b>	<b>11</b>	<b>0</b>
13 Fledder	94	Fleddermäuse	0	12	12	12	0
	<b>SUMME</b>	<b>0</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>0</b>	
14 Schölerberg	50	Lukas	50	24	74	4	0
	51	Luther	60	25	85	11	0
	54	Heilige Familie	43	0	43	4	0
	55	St. Joseph	93	0	93	7	0
	56	Schölerberg	50	50	100	1	0
	57	Waldorfkindergarten	83	0	83	15	5
	82	Zwergennest	0	15	15	15	0
	89	Charly's Kinderparadies	15	15	30	30	0
	<b>SUMME</b>	<b>394</b>	<b>129</b>	<b>523</b>	<b>87</b>	<b>5</b>	
15 Kalkhügel	58	Melanchthon	87	0	87	0	4
	60	St. Pius	43	23	66	6	0
	61	Kinderhaus Limberger Straße	0	19	19	5	0
		<b>SUMME</b>	<b>130</b>	<b>42</b>	<b>172</b>	<b>11</b>	<b>4</b>
16 Wüste	62	St. Katharinen	75	50	125	10	0
	64	Wüste	43	43	86	2	8
	65	Wühlmäuse	0	36	36	12	0
	88	Wüstenmäuse	0	30	30	30	0
		<b>SUMME</b>	<b>118</b>	<b>159</b>	<b>277</b>	<b>54</b>	<b>8</b>
17 Sutthausen	67	Apostel „Kleine Freunde-Große Freunde“	43	30	73	29	0
	68	Waldkindergarten	15	0	15	0	0
	69	Maria Königin des Friedens	68	0	68	3	0
		<b>SUMME</b>	<b>126</b>	<b>30</b>	<b>156</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
18 Hellern	70	Martin	66	25	91	5	4
	71	St. Wiho	25	40	65	18	0
		<b>SUMME</b>	<b>91</b>	<b>65</b>	<b>156</b>	<b>23</b>	<b>4</b>

STADTTEIL	NR.	EINRICHTUNG NAME	HALB-TAGS	GANZ-TAGS	SUMME	DAVON UNTER 3	DAVON INTEG-RATIVE PLÄTZE
19 Atter	74	Atter	67	25	92	4	0
	SUMME			67	25	92	4
20 Pye	75	Pye	78	18	96	15	0
	SUMME			78	18	96	15
21 Dar./Gret./ Lüstr.	76	Kindertagesstätte des DRK	50	37	87	12	0
	77	Lüstringen	43	43	86	2	8
	SUMME			93	80	173	14
22 Voxtrup	78	Margareten	30	25	55	12	0
	79	St. Antonius	43	43	86	10	0
	80	St. Christophorus	68	18	86	1	8
	SUMME			141	86	227	23
23 Nahne	81	St. Ansgar	40	27	67	5	4
	SUMME			40	27	67	5
SUMME 2010			2.699	1.875	4.574	706	87
SUMME 2009			3.043	1.476	4.519		77
SUMME 2008			3.265	1.296	4.561		60

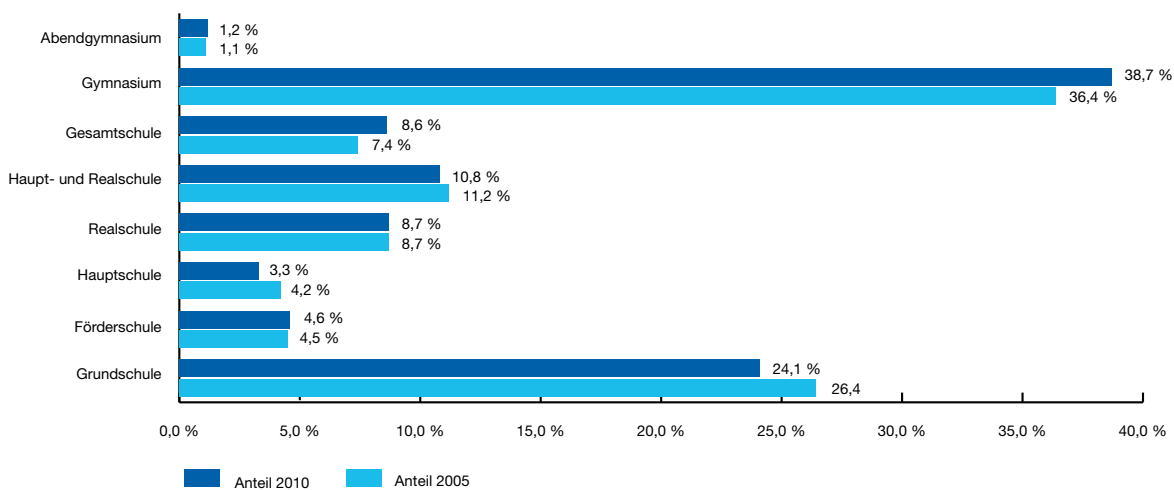
Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

Anlage 11: Entwicklung der durchschnittlichen Betreuungsdauer 2002 bis 2010



Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11

Anlage 12: Anteil der einzelnen Schulformen an den Schülern an allgemeinbildenden Schulen



Datengrundlage: Schulstatistik der Stadt Osnabrück

## Anlage 13: Schulen mit Ganztagsangebot in Osnabrück

Schulform	Schule	Art des Ganztagsangebots
Grundschule	Diesterwegschule	offen
Grundschule	Heiligenwegschule	offen nach Ziff. 8.2
Grundschule	Johannisschule	offen
Grundschule	Kreuzschule	offen nach Ziff. 8.2
Grundschule	Rosenplatzschule	offen
Grundschule	Stüveschule	offen nach Ziff. 8.2
Grund- und Förderschule	Schule in der Dodesheide	offen nach Ziff. 8.2 (zum 01.08.2011)
Förderschule	Herman-Nohl-Schule	offen nach Ziff. 8.2
Förderschule	Schule an der Rolands- mauer	offen nach Ziff. 8.2 zum 01.08.2010
Hauptschule	Felix-Nussbaum-Schule	verpflichtend an 2 Nachmittagen
Hauptschule	HS Eversburg	Kl. 5-7 verpfl. an 2 Nachmittagen, Kl. 8-10 offen
Hauptschule	HS Innenstadt	verpflichtend an 2 Nachmittagen
Haupt-/Realschule	Käthe-Kollwitz-Schule	verpflichtend an 2 Nachmittagen
Realschule	RS Eversburg	verpflichtend an 1 Nachmittag
Realschule	Wittekind-Realschule	verpflichtend an 2 Nachmittagen
Gymnasium	E.-M.-Arndt-Gymnasium	verpflichtend an 2 Nachmittagen
Gymnasium	Graf-Stauffenberg-Gym.	offen nach Ziff. 8.2
Gymnasium	Gym. „In der Wüste“	offen nach Ziff. 8.2
Gymnasium	Ratsgymnasium	offen nach Ziff. 8.2
Gymnasium	Carolinum	offen nach Ziff. 8.2 (zum 01.08.2012)
Gesamtschule	Gesamtschule Schinkel	verpflichtend an 4 Nachmittagen
Gesamtschule	IGS Osnabrück	offen nach Ziff. 8.2

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien

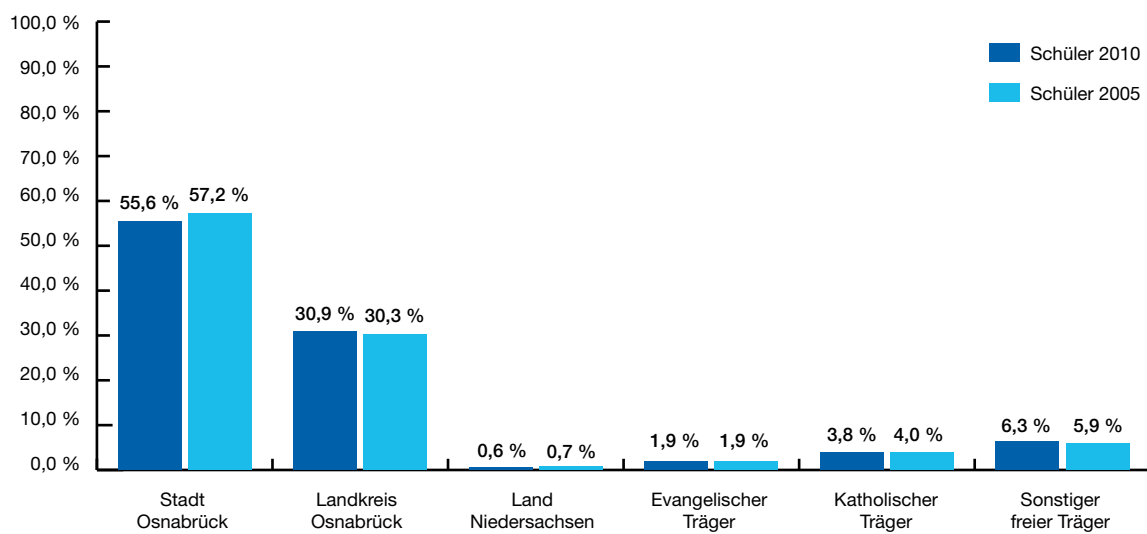
## Anlage 14: Hortangebot pro Grundschule 2010

Grundschule	Einrichtung	Hortplätze
Albert-Schweitzer-Schule	Ev. luth. Matthäushort	60
Altstädter Schule	CVJM-Hort	31
Diesterwegschule	Ganztagsschule	0
Elisabethschule	siehe Rückertschule	0
Elisabeth-Siegel-Schule	Hort Kalkhügel	60
Franz-Hecker-Schule	Hort Klecks	30
Grundschule Atter	Hort in Atter	19
Grundschule Eversburg	Hort Eversburg	60
Grundschule Haste	Latzhose	40
Grundschule Hellern	Hort Grundschule Hellern	40
Grundschule In der Wüste	Hort Grundschule „In der Wüste“	80
Grundschule Pye	Hort Pye	20
Grundschule Sutthausen	Hort Grundschule Sutthausen	20
Grundschule Voxtrup	Hort Voxtrup	32
Grundschule Widukindland	Hort Widukindland	32
Heiligenwegschule	Hort Schinkelkids	30
Heilig-Geist-Schule	siehe Albert-Schweitzer-Schule	0
Heinrich-Schüren-Schule	Hort vor Ort	100
Grundschule am Schölerberg	Hort Grundschule am Schölerberg	20
Johannisschule	Ganztagsschule	0
Kreuzschule	siehe Stüveschule	0
Overbergschule	Hort Overbergschule	32
Rosenplatzschule	Hort Rosenkinder	30
Rückertschule	Hort in der Weststadt	40
Schule in der Dodesheide	Hort in der Dodesheide	30
Stüveschule	Kinderhort Freunde	40
Waldschule Lüstringen	Hort DRK-Kindergarten	40
Weststadt	Hort Martinsburg	40
<b>Gesamt</b>		<b>926</b>

Datengrundlage: Fachbereich Kinder, Jugendliche und Familien, Kindertagesstättenplanung 2010/11



Anlage 16: Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen 2005 und 2010 (in %)



Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Anlage 17: Zuordnung der Bildungsgänge an beruflichen Schulen zu Bildungsbereichen

Segment   Bildungsgang	Jahr	
	2010	2005
Berufsschule (Teilzeit)		
Berufsschule (einschl. BGJ kooperativ 1)	11.109	9.014
Übergangssystem		
Schüler ohne Ausbildungsvertrag	74	79
Berufsgrundbildungsjahr (kooperativ 3)	-	1.051
Berufsgrundbildungsjahr (schulisch 3)	-	321
Berufseinstiegsklasse	123	-
Berufsvorbereitungsjahr	185	297
Berufsfachschulische Bildungsgänge		
B1 – 1 J., kein Abschluss vorausg. (Vollzeitform)	786	148
B2 – 1 J., Vorauss.: Realschulabschl. (Vollzeitf.)	-	514
B8 – 2 J., Ziel: Realschulabschluss (Vollzeitform)	109	397
Schulberufe		
Berufsfachschulische Bildungsgänge		
B4 – 1,5 J., Ziel: Berufl. Abschluss (Vollzeitform)	-	75
B7 – mind. 2 J., Ziel: Berufl. Abschluss (Vollzeitform)	1.689	1.458
B7 – mind. 2 J., Ziel: Berufl. Abschluss (Teilzeitform)	18	-
Vollzeitschulische Bildungsgänge		
Fachoberschule	1.282	1.098
Berufliches Gymnasium	709	654
Berufliche Weiterbildung		
Fachschule	990	823
Berufsoberschule	46	60
Summe	17.120	15.989

1) Außer bei Einrichtungen.

2) Berufsaufbauschule letztmalig 1999.

3) Berufsgrundbildungsjahr kooperativ und Berufsgrundbildungsjahr schulisch letztmalig 2008.

Datengrundlage: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN), eigene Darstellung





Bildungsbüro Osnabrück